

Kampf um die Weltherrschaft

***Der Ukrainekrieg und die Entstehung
einer neuen Weltordnung***



«Man ist frei, die Realität zu ignorieren. Man ist frei, seinen Verstand von jedem Fokus zu befreien und jeden Weg blind hinabzustolpern, den man möchte. Aber man ist nicht frei, den Abgrund zu vermeiden, den zu sehen man sich weigert.» (Ayn Rand)

Oliver Felix K., 1. Oktober 2025



*Für meinen Großvater Franz,
der als Soldat in einem Krieg diente,
dessen wahres Gesicht er erst später erkannte.
Er war ein guter Mensch,
der glaubte, das Richtige zu tun –
wie so viele, die in ihrer Zeit getäuscht wurden.*

*Auch heute ziehen Menschen in Kriege,
von denen sie glauben, sie seien gerecht.
Doch wieder wird gelogen,
wird getötet im Namen von Wahrheit und Freiheit,
während Gier und Macht im Hintergrund Regie führen.*

*Diese Widmung gilt dir –
und all jenen, die mit gutem Herzen
für falsche Interessen marschieren.*

Inhalt

Prolog und Danksagung: warum ich diese Zeilen schrieb	5
Der Kampf der Imperien um die Weltinsel	8
Strukturelle Analogien zu heute und Stellvertreterkriege	12
Die Entkoppelung von Narrativ und Wirklichkeit, Werteimperialismus als Ersatzreligion	16
Kann Russland strategisch besiegt werden?	19
Wer hat den Zweiten Weltkrieg gewonnen?	19
Wiederholt sich die Geschichte?	20
Die Rolle der Ukraine im Zweiten Weltkrieg	23
Nachkriegszeit	28
Der Kalte Krieg und die Gründung der NATO	28
Der Zerfall der Sowjetunion	29
Das verpasste «Ende der Geschichte»	30
Geostrategie: Zankapfel Ukraine	35
Die Vorgeschichte des Ukrainekriegs und die Bedeutung der Krim	39
Eskalation und Kriegssituation bis zu den US-Wahlen 2024	43
Der Auslöser des Krieges - Inszenierung oder Revolution?	43
Der Westen als Kriegspartei?	44
Der russische Einmarsch 2022	46
Der sabotierte Frieden nach Kriegsausbruch	49
Das Massaker von Butscha	51
Provozierter Krieg: Chronologie der Eskalation	53
Stellvertreterkrieg zur strategischen Schwächung Russlands	55
Militärische Lage und Frontverläufe bis Ende 2024	58
Demokratieverständnis unter Kriegsrecht	59
Militärische und strategische Lage nach den US-Wahlen 2025	62
Drei Szenarien des Kriegsverlaufs	65
Das Trump-Dilemma – Friedenstauben versus Falken im eigenen Lager	68
Die Natur des Krieges	70
Verluste	70
Frontgeschehen	74
Wirtschafts- und Rüstungskrieg	75
Der Westen als Opfer seiner eigenen Propaganda	78
Wirtschaftliche Bumerangeffekte: Sanktionen	80
Geschichtsklitterung und die Konstruktion von Narrativen	82

Zensur und Einschränkung der freien Meinungsäußerung.....	85
Wunderwaffen und NATO-Taktik.....	88
Der Missbrauch der Institutionen durch den Westen.....	97
Das Ende von Bretton Woods und der Petrodollar-Ära und die Hybris des Westens	99
Globale Institutionen zwischen Ideal und Instrumentalisierung	103
Die Hybris und der kollektive Narzissmus	107
Selbstverliebtheit als Zivilisationsmerkmal	107
Spätromische Dekadenz und die Anmassung des Wissens.....	109
Gesellschaftliche Spaltung und Ungleichgewichte.....	111
Zwischenbetrachtung.....	114
Kampf der Systeme	117
Vom Kolonialismus zur Finanzhegemonie.....	117
Bruchlinien an der diplomatischen Front.....	119
Ideologische Auswüchse im Westen: vom Wohlstand zur Hypermoral	121
Warum der Westen Russland hasst	123
Die Supermacht USA und der Niedergang des Westens.....	129
Die Entstehung einer multipolaren Weltordnung.....	137
Die Niederlage des Westens in der Ukraine und das Ende einer Hegemonie	137
Das Seidenstrassenprojekt	140
Das globale Machtgefüge im Wandel	142
Die Leitwährung und die Demokratie	144
Frieden oder Niederlage? Trumps Versprechen und die geopolitische Realität	145
BRICS als Gegenentwurf zum westlichen Hegemonieanspruch	147
Die Ukraine als Katalysator für den Niedergang des Westens.....	151
Trump, Russiagate und die verlorene Chance auf Annäherung.....	151
Die westliche Fixierung auf Russland	152
Der Kulminationspunkt: Frieden und Niederlage.....	155
Das Eingeständnis der Niederlage.....	157
Schlussbetrachtung	160
Prognose.....	165

Prolog und Danksagung: warum ich diese Zeilen schrieb

Obwohl ich Wirtschaft studierte, galt meine intellektuelle Leidenschaft seit jeher der Geschichte – insbesondere der neuzeitlichen europäischen. Denn dort liegen viele der Wurzeln geopolitischer Spannungen, deren Nachwirkungen sich bis in die heutige Weltordnung fortsetzen. Die Bruchlinien, die sich in der Geschichte Europas aufgetan haben, entladen sich regelmäßig in neuen Konflikten – das Beispiel der Ukraine ist hierfür paradigmatisch.

Europa mag wirtschaftlich und militärisch an Bedeutung verloren haben, bleibt aber das ideelle Epizentrum der Moderne – ein Kontinent, dessen kulturelle Glanzleistungen ebenso wie seine Irrwege prägend für die Weltgeschichte waren. Dass ausgerechnet in Europa erneut ein Krieg entflammt ist, der das Potenzial eines globalen Flächenbrands in sich trägt, verleiht diesem Buch seine Dringlichkeit.

Der Blick des Historikers: Perspektivenvielfalt und Primärquellen

Ein Studium der Geschichte schien mir damals zu brotlos, also wählte ich es als Nebenfach. Doch bereits früh erkannte ich: Geschichte wird von den Siegern geschrieben – und je nach geopolitischem und kulturellem Kontext völlig unterschiedlich erzählt. In US-amerikanischen Schulbüchern beginnt der Zweite Weltkrieg 1941 mit Pearl Harbor, in chinesischen 1937 mit der japanischen Invasion, in Europa 1939 mit dem deutschen Überfall auf Polen. Geschichte ist Interpretation, keine objektive Chronologie.

Schon in den 1990er-Jahren stellte ich in einer Proseminararbeit zur „Kriegsschuldfrage des Ersten Weltkriegs“ die These von der Alleinschuld Deutschlands in Frage – eine Position, die damals als ketzerisch galt, heute aber, spätestens seit Christopher Clarks populärwissenschaftliches Werk „Die Schlafwandler (2013)“ nahezu Konsens ist. Diese Erfahrung lehrte mich, wie entscheidend Primärquellen und ein multiperspektivischer Zugang für jede ernstzunehmende historische Analyse sind – besonders in Zeiten erhitzter Deutungs- und Meinungskämpfe.

Seit dem 24. Februar 2022 erleben wir einen Krieg, der sich angesichts der emotional geführten Debatten und der Hysterie in Politik und Medien nur noch schwer retrospektiv rekonstruieren lässt und dessen Eskalationslogik sich in Echtzeit vor unser aller Augen entfaltet. Für mich als Historiker ist dies ein seltener, verstörender und zugleich herausfordernder Umstand: Geschichte nicht im Rückspiegel, sondern im Seitenfenster zu beobachten. Dass dieser Krieg das Potenzial zur nuklearen Eskalation in sich trägt, macht das Ringen um Analyse und Deutung umso dringlicher.

Der einstige Traum vom „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama), der nach dem Kalten Krieg das Ende großer globaler Konflikte vorauszusehen wagte, hat sich als naive Illusion entpuppt. Wir erleben stattdessen die Rückkehr einer brutalen Realpolitik – und eine erschreckende Bereitschaft, den Krieg als Dauer- und Normalzustand hinzunehmen. Frieden durch Waffen ist zum gängigen Narrativ geworden. Deshalb müssen wir fragen: Wie konnte es so weit kommen? Und was können wir aus den Fehlern lernen?

Die Kriegspropaganda – damals und heute

Propaganda ist kein historisches Relikt – sie ist virulent, omnipräsent und raffiniert. Bereits im Ersten Weltkrieg kursierten groteske Lügen über deutsche Gräueltaten – etwa die Behauptung, deutsche Soldaten würden belgischen Kindern die Hände abhacken. Ähnliche Mechanismen wirken heute: Dehumanisierung des Gegners, Emotionalisierung des Publikums, moralischer Rigorismus.

Die Medien fungieren dabei weniger als vierte Gewalt, denn als Verstärker einer dominanten Kriegslogik. Wer die vorgegebenen Narrative hinterfragt, gilt schnell als „Putinverstehler“ – ein

Totschlagargument, das einer pluralistischen Debattenkultur unwürdig ist. Gerade in Zeiten des Krieges müssen kritische Stimmen nicht diffamiert, sondern gehört werden.



Propagandaposter des Ersten Weltkriegs: Darstellung deutscher Soldaten als Kinderschlächter – ein frühes Beispiel für Feindbilder zur Mobilisierung der Heimatfront.

Quellenbasis und Motivation

Trotz meiner Kritik an westlichen Medien habe ich mich bei der Recherche primär auf deren Berichterstattung gestützt – gerade, weil sie symptomatisch für das sind, was ich kritisiere, und oft in sich widersprüchlich sind. Sekundär kamen Primärquellen politischer und militärischer Entscheidungsträger hinzu – überprüfbare Reden, Interviews, diplomatische Notizen. Auch wenn derartige Quellen keine Orakel waren, waren doch die getätigten Aussagen belegbar und es bestand stets die Möglichkeit, diese in einen logischen Kontext zu den Ereignissen zu stellen. Zudem habe ich Dutzende unabhängiger Journalisten, Analysten und Militärbeobachter verfolgt – darunter Daniele Ganser, Patrik Baab, Harald Kujat, Thomas Röper, Brian Berletic, Alexander Mercouris, John Mearsheimer, Colonel McGregor, Alex Christoforou, Scott Ritter, Jeffrey Sachs und viele andere.

Die meisten dieser Quellen haben sich, so mein Urteil, als weitaus treffsicherer und analytisch tiefer erwiesen als die westlichen Leitmedien, deren Prognosen meist Wunschdenken folgten und bar jeglicher journalistischen Analyse waren. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass die westliche Politik in Zusammenarbeit mit den großen Internetkonzernen unmittelbar nach Kriegsbeginn begann, russische Nachrichtenkanäle zu sperren – während russische Gegensanktionen erst Wochen später folgten. [1]

Widmung und Dank

Mein besonderer Dank gilt meiner Frau Cristiane, die mich dazu ermutigt hat, dieses Buch überhaupt zu schreiben. Ursprünglich wollte ich die Entwicklungen nur für mich persönlich verstehen und dokumentieren – nicht als Autor, sondern als Beobachter. Doch sie drängte hartnäckig – mit Erfolg. Die Struktur entstand erst im Nachgang, das Material sammelte sich über Jahre hinweg. Herausgekommen ist eine analytische, essayistische und provokante Annäherung an einen Krieg, der die Welt aus dem Gleichgewicht zu bringen droht und den Niedergang des Westens auf dramatische Weise

beschleunigen dürfte – nicht nur durch Raketen und Bomben, sondern durch eine Realitätsverweigerung, die den Weltfrieden über Generationen gefährden kann.

[1] Sperrung von RT, Sputnik u.a. durch EU-Beschluss vom 2. März 2022 – siehe EU-Durchführungsverordnung 2022/350.

Der Kampf der Imperien um die Weltinsel

Im Jahr 1904 präsentierte der britische Geograph und Politiker Halford John Mackinder seine berühmt gewordene Heartland-Theorie. In seinem Vortrag *The Geographical Pivot of History* vor der Royal Geographical Society entwarf er ein geopolitisches Weltbild, das bis heute erstaunliche Aktualität beansprucht. Die zentrale These lautet:

„Wer Osteuropa beherrscht, kontrolliert das Heartland. Wer das Heartland beherrscht, kontrolliert die Weltinsel. Wer die Weltinsel beherrscht, kontrolliert die Welt.“ (Halford J. Mackinder, 1904)

Mit der „Weltinsel“ bezeichnet Mackinder die zusammenhängende Landmasse von Europa, Asien und Afrika – ein geopolitischer Superkontinent, der im Jahre 2024 über 80% der Weltbevölkerung, ca. 70 % der bekannten globalen Rohstoffreserven und fast 75% des Welt-Bruttoinlandproduktes (kaufkraftbereinigt) umfasst. Im Zentrum dieser Weltinsel liegt das sogenannte **Heartland, auch Pivot Area genannt** – ein riesiges, schwer zugängliches Gebiet, das weite Teile Russlands, Zentralasiens und die heutige Ostukraine umfasst. Wer dieses Zentrum kontrolliert, so Mackinder, kann den gesamten Kontinent dominieren – und mit ihm die Weltmacht beanspruchen.



Diese berühmte Karte stammt aus dem Werk „*The Geographical Pivot of History*“ von Halford John Mackinder, die er im Jahr 1904 veröffentlichte. Die Karte erschien als Teil seiner Präsentation vor der Royal Geographical Society in London und stellt eine der einflussreichsten geopolitischen Visualisierungen der modernen Geschichte dar.

Diese Vision, geprägt vom imperialen Denken des damaligen britischen Empires, erklärt noch heute viele strategische Spannungen – insbesondere rund um die Ukraine. Denn sie liegt genau dort, wo Mackinder die Bruchlinie zwischen den großen Mächteblöcken sah: im Übergangsraum zwischen maritimer Macht (USA, Großbritannien, NATO) und kontinentaler Landmacht (Russland, China). Die Ukraine ist in diesem Denkmodell kein bloßer Nationalstaat – sondern ein geostrategisches Scharnier, ein Puffer und potenzieller Zündfunke globaler Machtverschiebung.

Der Drang nach Osten: geopolitische Wiederholung

Die Heartland-Theorie war mehr als ein akademisches Gedankenspiel. Sie lieferte eine geostrategische Blaupause für die aggressiven Expansionsbestrebungen europäischer Großmächte. Sowohl Napoleon Bonaparte als auch Adolf Hitler unternahmen spektakuläre Versuche, dieses mythische Zentrum der Weltmacht zu erobern – und beide scheiterten spektakulär daran. Ihre Feldzüge gegen Russland lassen sich im Rückblick als historische Validierungen von Mackinders Analyse deuten.

Napoleon versuchte 1812, das zaristische Russland zu bezwingen und seine Kontinentalsperre durchzusetzen. Hitlers „Unternehmen Barbarossa“ im Jahr 1941 hatte das Ziel, das sowjetrussische Kernland bis zum Ural zu unterwerfen. Beide Feldzüge verband ein zentraler Impuls: die Kontrolle über den eurasischen Raum, über Ressourcen, Territorium, strategische Tiefe – und letztlich über die Weltinsel. Beide scheiterten jedoch an den schieren Distanzen, der Resilienz der russischen Bevölkerung, den klimatischen Bedingungen und der Überdehnung der eigenen Logistik.

Diese historischen Beispiele zeigen: Der Kampf um das Heartland ist kein abstraktes Theorem – er ist in Blut geschrieben. Und sie illustrieren eine geopolitische Konstante: Wer das Zentrum Eurasiens angreift, läuft Gefahr, an seiner Unzugänglichkeit und seinem Widerstandswillen zu zerbrechen. Es ist kein Zufall, dass sowohl Napoleon als auch Hitler den Beginn ihres Niedergangs in Russland erlebten.

Die Ukraine liegt genau dort, wo schon früher imperiale Hybris ihre Grenzen fand – an der Schwelle zwischen Europa und Russland, zwischen Landmacht und Seemacht, zwischen Ordnung und Eskalation.

Die geopolitische Dreiteilung der Welt

Mackinders Modell beruht auf einer Dreiteilung der eurasisch dominierten Weltinsel in drei konzentrische Zonen:

1. **Das Heartland** – das schwer zugängliche, zentral gelegene Landgebiet, das große Teile Russlands, Kasachstans, der heutigen Ostukraine und Zentralasiens umfasst.
2. **Der Innere Halbmond** (*Inner Crescent*) – angrenzende Zonen mit maritimer Orientierung: Europa, der Nahe Osten, Südasien, Nordafrika.
3. **Der Äußere Halbmond** (*Outer Crescent*) – die überseeischen, global agierenden Seemächte: Großbritannien, Japan, später die USA.

Mackinder argumentierte, dass das Heartland historisch schwer zu erobern war – nicht zuletzt aufgrund fehlender Küsten, wenig schiffbarer Flüsse und der enormen geografischen Weite. Gleichzeitig besitze es ein gewaltiges Rohstoffpotenzial. Mit der Industrialisierung und dem Ausbau des Eisenbahnnetzes wurde es jedoch zunehmend zugänglich – und damit für imperiale Ambitionen attraktiv.

Mobilität als Machtfaktor

Im Zeitalter der Seemächte – von Spanischen Weltreich, zum britischen Empire bis hin zur US-amerikanischen Hegemonie – galten Ozeane als Hauptachse der Macht. Wer Flotten unterhielt,

Kolonien versorgte und Seewege kontrollierte, bestimmte damit die Handels- und Kriegsführung der Welt. Doch Mackinder warnte: Mit den damals sich entwickelnden technologischen Innovationen wie Eisenbahn und Telegrafie würde die geopolitische Schwerkraft zurück aufs Land verlagert – zugunsten der Kontinentalmächte.

Seine Sorge galt dabei dem deutschen Kaiserreich, das mit dem Ausbau transkontinentaler Eisenbahnverbindungen – etwa dem „Bagdad-Bahn-Projekt“ – einen Zugriff auf das Herz Eurasiens anstrebte und damit zur Bedrohung für die britische Seemacht wurde. Ähnliche Ängste existieren heute vor allem in den USA gegenüber dem chinesischen Seidenstraßenprojekt (*Belt and Road Initiative*) – das ebenfalls auf die Kontrolle logistischer Korridore durch das Heartland zielt. [2]

Die Ukraine, als Übergangsraum zwischen Heartland und innerem Halbmond, ist in diesem Szenario ein Schlüsselterritorium – nicht nur geografisch, sondern als neuralgischer Punkt konkurrierender Machtentwürfe.

In der Geschichte der Weltreiche dominierten lange Zeit Seemächte. Vom spanischen und portugiesischen Kolonialreich über das britische Empire bis hin zur globalen Präsenz der US-Marine beruhte geopolitische Macht auf einer simplen Wahrheit: Wasser verbindet die Kontinente.

Seewege ermöglichten schnelleren Transport von Truppen, Gütern und Informationen. Küstenkontrolle bedeutete Handelsdominanz, Blockadefähigkeit und strategische Beweglichkeit. Großreiche, die Weltpolitik gestalten wollten, mussten Seemächte sein – und das bedeutete: Kontrolle über Engpässe wie den Suezkanal, die Straße von Hormus, Gibraltar oder den Bosphorus.

Doch Mackinder erkannte bereits im frühen 20. Jahrhundert, dass diese maritime Dominanz kein Naturgesetz ist. Mit dem Aufkommen industrieller Infrastruktur – Eisenbahnen, Telegrafenleitungen, Strassen und Pipelines – verschob sich das Kräfteverhältnis. Wer die inneren Verbindungen der eurasischen Landmasse kontrolliert, braucht keine Weltflotte, um globale Wirkung zu entfalten.

Das Heartland vernetzt sich: Chinas Seidenstraße und Russlands Rohstoffe

Heute ist diese tektonische Verschiebung erneut spürbar. China investiert mit der *Belt and Road Initiative* in ein gewaltiges Netz von Landverbindungen: Eisenbahntrassen, Straßen, Gaspipelines und digitale Infrastruktur – quer durch Zentralasien, den Iran, Pakistan bis nach Europa. Ziel ist die Reduktion der Abhängigkeit von Seewegen, die von der US-Navy kontrolliert werden. Parallel arbeitet Russland mit Partnern wie Indien und Iran am Ausbau eines „Nord-Süd-Korridors“, der den Persischen Golf mit dem eurasischen Raum verbindet. Auch diverse Pipeline-Projekte gehören dazu, die angesichts des Ukrainekrieges bekanntesten sind Nord Stream 1 und 2.

Russland selbst bleibt ein geostrategischer Ankerpunkt: das größte Land der Erde, reich an Rohstoffen, mit direktem Zugriff auf das Heartland – und mit einem nuklear-militärischen Arsenal, das jede konventionelle Überlegenheit westlicher Armeen relativiert.

In diesem Kontext ist die Ukraine nicht einfach ein Grenzstaat – sie ist geopolitischer Hebel, Transitland, potenzieller Brückenpfeiler oder Brandbeschleuniger zwischen den Ordnungsmodellen des Westens und der eurasischen Landmächte. Die alte Frage stellt sich neu: wird Eurasien über das Wasser beherrscht – oder durch Landverbindungen von innen heraus?

Die Ukraine als geopolitisches Scharnier des 21. Jahrhunderts

Mehr als ein Jahrhundert nach Mackinders Vortrag zeigt sich: Die Heartland-Theorie ist kein verstaubtes Relikt, sondern ein analytisches Werkzeug, um die gegenwärtigen globalen Konflikte

besser zu verstehen. Wer die Ukraine kontrolliert – sei es politisch, wirtschaftlich oder militärisch –, kontrolliert den Zugang zum eurasischen Kern.

Die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten verfolgen eine maritime Weltordnung, in der Macht durch globale Präsenz, Seewege und überlegene Luftwaffe projiziert wird. Russland hingegen ist klassischer Vertreter der Landmacht-Strategie: territoriale Tiefe, natürliche Barrieren, Rohstoffe, innere Mobilität. China verbindet beides – mit seiner massiven Seidenstraßen-Initiative (*Belt and Road*) agiert es zugleich als kontinentale Infrastrukturmacht und als maritime Handelsmacht im Indopazifik.

Die Ukraine ist in dieser Großwetterlage nicht Akteur, sondern Austragungsort. Ein Scharnierstaat, der zwischen den Systemen zerrieben wird – geopolitisch, kulturell, wirtschaftlich. Aus westlicher Sicht ist die Ukraine Bollwerk gegen russische Expansion; aus russischer Sicht hingegen ein Pufferstaat, dessen Einbindung in die NATO eine existentielle Bedrohung bedeutet.

Der heutige Krieg in der Ukraine ist deshalb mehr als ein regionaler Konflikt. Er ist ein Stellvertreterkrieg zwischen zwei Ordnungsmodellen: der maritimen Dominanz des Westens – und der eurasischen Selbstbehauptung Russlands (mit China an seiner Seite).

BRICS, Seidenstraße, und der Kampf um die Zukunftsordnung

Mit dem Aufstieg des BRICS-Blocks (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika – und ab 2024 erweitert um Iran, Ägypten und Saudi-Arabien u.a.) entsteht ein wirtschaftliches und geopolitisches Gegengewicht zur westlichen Hegemonie. Die Ukraine wird – ob sie will oder nicht – zum symbolischen Frontabschnitt dieser Systemkonkurrenz: liberal-westlich vs. souverän-national, globalistisch vs. multipolar.

Die massive Unterstützung der Ukraine durch den Westen (Waffen, Geheimdienste, Wirtschaftshilfe) ist Ausdruck einer Eindämmungspolitik gegenüber Russland – nicht unähnlich der Containment-Strategie des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion. Aus russischer Sicht ist die Ukraine daher keine gewöhnliche Nachbarin, sondern ein „trojanisches Pferd“ des Westens.

Mackinders Diktum lebt weiter – in neuer Gestalt: Wer die Ukraine hält, hält den Schlüssel zur Landbrücke zwischen Europa und Asien. Wer ihn verliert, verliert Einfluss auf die Weltinsel.

Die Ukraine ist damit der Nervenknoten konkurrierender Wirtschafts- und Zivilisationsmodelle. In ihr kulminiert ein geopolitischer Konflikt, der weit über ihre Grenzen hinausreicht. Mackinders Theorie liefert selbst keine Antworten – aber ein Deutungsraaster, das hilft, die Ursachen und Wirkungen der geopolitischen, tektonischen Plattenverschiebungen unserer Zeit zu erkennen.

[1] Vgl.:

- International Monetary Fund (IMF): *World Economic Outlook Database – April 2024*, www.imf.org
- World Bank: *World Development Indicators*, 2024, databank.worldbank.org
- United Nations DESA: *World Population Prospects 2022 – Revision*, New York 2022, population.un.org
- U.S. Geological Survey (USGS): *Mineral Commodity Summaries 2023*, Reston, VA: USGS, 2023, www.usgs.gov
- International Energy Agency (IEA): *World Energy Outlook 2023*, Paris: IEA, 2023, www.iea.org
- BP: *Statistical Review of World Energy 2023*, London: BP plc., bp.com/statisticalreview
- CIA: *World Factbook – Economy by Country and Region*, Washington, D.C.: Central Intelligence Agency, 2024, cia.gov
- Mackinder, Halford J.: *The Geographical Pivot of History*, in: *Geographical Journal*, Vol. 23 (1904), S. 421–437
- Brzezinski, Zbigniew: *The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives*, New York: Basic Books, 1997

[2] Kernaussage Mackinders: „Der Landraum gewinnt an strategischer Relevanz, sobald seine inneren Verkehrsverbindungen ausgebaut sind. Die Geschichte wird von Eisenbahnen, nicht mehr nur von Flotten geschrieben.“

Strukturelle Analogien zu heute und Stellvertreterkriege

Der Zweite Weltkrieg begann am 1. September 1939 mit dem deutschen Überfall auf Polen. Doch seine Ursachen reichen tiefer. Politische und psychologische Nachwirkungen des Versailler Vertrags von 1919 als Folge des Ersten Weltkrieges beschnitten das Deutsche Reich nicht nur militärisch und territorial massiv, sondern in Artikel 231 des Vertrags auch explizit zur alleinigen Kriegsschuld am Ersten Weltkrieg verurteilt – eine Zuschreibung, die schon zur damaligen Zeit umstritten war und heute weitgehend als historisch überholt gilt.

Deutschland verlor infolge des Versailler Vertrags rund 13 % seines Staatsgebiets und etwa 10 % seiner Bevölkerung. Zusätzlich wurden Reparationen in Höhe von bis zu 132 Milliarden Goldmark auferlegt – eine ökonomische Hypothek, die maßgeblich zur politischen Destabilisierung der Weimarer Republik beitrug. Die Reichswehr durfte nur noch 100.000 Mann umfassen, schwere Waffen und eine Luftwaffe waren verboten – selbst kleinere Nachbarstaaten wie Polen und die Tschechoslowakei verfügten über größere Streitkräfte. Diese Maßnahmen wurden von großen Teilen der deutschen Bevölkerung als „Schmach von Versailles“ empfunden – ein Begriff, der zur Grundlage eines breiten, parteiübergreifenden Revisionswillens wurde. Die Entstehung des Nationalsozialismus fiel auf diesen fruchtbaren Boden. [1]

Im Zentrum der Eskalation zwischen Deutschland und Polen stand die sogenannte Danzig-Frage. Der Freistaat Danzig war 1919 unter Völkerbundsmandat gestellt und faktisch vom Deutschen Reich abgetrennt worden. Danzig selbst war mehrheitlich deutschsprachig, Polen erhielt jedoch die Kontrolle über den Zugang und eine Reihe wirtschaftlicher Sonderrechte. Deutschland forderte einen extritorialen Korridor, um die Verbindung mit Ostpreußen zu sichern – Polen verweigerte dies unter Berufung auf seine territoriale Integrität.

Entscheidend war jedoch: Großbritannien und Frankreich hatten Polen im März 1939 eine Beistandszusage gegeben, die in der Praxis einer Blanko-Garantie gleichkam. Diese rückwirkend betrachtet folgenreiche Zusage führte dazu, dass Polen keine diplomatische Kompromisslösung mit Deutschland mehr anstrebte – in der Erwartung, im Kriegsfall militärisch unterstützt zu werden. [2] Eine ähnlich kompromisslose Haltung gegenüber Russland legte die Ukraine vor Beginn des heutigen Ukrainekriegs an den Tag – mit Rückendeckung der NATO-Staaten.

Die These, Hitler habe den Krieg von Anfang an gewollt, greift zu kurz. Zwar ist sein aggressiver Revanchismus unbestritten, doch wäre dieser ohne das strukturelle Versagen der internationalen Diplomatie und ohne das Machtvakuum der Zwischenkriegszeit kaum zum Flächenbrand geworden. Der britische Premierminister Neville Chamberlain glaubte noch im Sommer 1939 an einen Frieden – ein tragischer Irrtum. Die Welt taumelte in einen Krieg, weil die geopolitischen Sicherungsmechanismen versagten – und weil nationale Ambitionen aufeinanderprallten, ohne Rücksicht auf langfristige Stabilität. Der Zweite Weltkrieg war deshalb nicht bloß der Feldzug eines Diktators – er war Resultat eines internationalen Systems, das auf Revisionismus und Machtausweitung statt auf Versöhnung und Kooperation gebaut war. Im Grunde genommen ging es im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg darum, welche Grossmächte bzw. Grossmacht-Koalitionen das Heartland kontrollieren.

Geopolitik statt Moral: Der polnische Sonderweg

Polen wird in der westlichen Geschichtsschreibung gern ausschließlich als Opfer des nationalsozialistischen Angriffskriegs dargestellt – was es zweifellos war. Doch diese Perspektive verdeckt, dass Polen in den Jahren vor 1939 keineswegs passiv oder rein defensiv agierte. Das Land

verfolgte eigene Großmachtambitionen in Osteuropa – insbesondere gegenüber der damaligen Sowjetunion. [3]

Nach dem Ersten Weltkrieg griff Polen 1919 die im Bürgerkrieg geschwächte Sowjetunion an, um eine ukrainisch-polnisch dominierte Föderation (*Międzymorze-Konföderation*) unter Warschauer Führung zu etablieren. Der daraus resultierende Polnisch-Sowjetische Krieg (1919–1921) wurde zwar mit sowjetischem Rückschlag beendet, markierte jedoch den Beginn eines latenten Konflikts zwischen Polen und Russland – ein geopolitisches Erbe, das bis in die Gegenwart reicht.

Polen verfolgte 1939 eine harte Linie gegenüber Deutschland in der Danzig-Frage, weil es sich der militärischen Rückendeckung Großbritanniens und Frankreichs sicher wähnte. Diese „Blankovollmacht“ erwies sich jedoch als trügerisch: Im September 1939 wurde Polen vom Deutschen Reich überfallen – und nur zwei Wochen später auch von der Sowjetunion. Die versprochene militärische Hilfe der Westmächte blieb weitgehend aus. Faktisch hatte Polen auf Eskalation gesetzt – mit existenziellen Folgen. Die Beistandsgarantie des Westens war ein politisches Signal, aber kein militärischer Schutzschirm.

Spiegelbild zur Ukraine?

Die Parallelen zur heutigen Ukraine-Politik drängen sich auf. Auch hier wurde ein osteuropäischer Staat mit westlichen Sicherheitsgarantien und wirtschaftlicher und materieller Unterstützung ermutigt, eine harte Linie gegenüber einem übermächtigen Nachbarn zu verfolgen. Auch hier wurden eigene Interessen (Souveränität, Identität, machtpolitische und wirtschaftliche Interessen) mit geopolitischen Strategien des Westens überlagert – mit weitreichenden Konsequenzen.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat mehrfach erklärt, dass die NATO-Expansion bis an die russischen Grenzen und die militärische Aufrüstung der Ukraine als existenzielle Bedrohung wahrgenommen würde. Die Situation erinnert in ihrer Dynamik fatal an die späten 1930er-Jahre: ein sicherheitspolitischer Hochseilakt mit ideologischer Rhetorik, handfesten geopolitischen Zielen und einem unterschätzten Eskalationspotenzial. [4]

Schon 1939 war die Appeasement-Politik gegenüber Deutschland gescheitert – nicht, weil sie verhandelte, sondern weil sie spät, naiv und vielmehr taktischer Natur war. Der Westen verwechselte politische Absichtsbekundungen mit militärischer Abschreckung. Die strategische Logik hinter der Beistandsgarantie an Polen war nicht Verteidigung Polens, sondern die Schwächung Deutschlands, das sich anschickte, die führende Wirtschafts- und Militärmacht in Europa zu werden. Genauso stellt sich heute die Frage: Geht es dem Westen um den Schutz der ukrainischen Demokratie – oder primär um die Schwächung Russlands als geopolitischer Rivale?

Auch 1939 wurde ein europäischer Krieg durch eine inkohärente Bündnislogik mitprovoziert – von Mächten, die ihn selbst nicht führen, aber den Preis auf Dritte abwälzen wollten.

Formeller Krieg, informelle Beteiligung

Der Krieg in der Ukraine wird offiziell als Verteidigungskrieg eines souveränen Staates gegen eine völkerrechtswidrige Invasion geführt. Doch die Art, wie dieser Krieg unterstützt, instrumentalisiert und rhetorisch gerahmt wird, deutet auf eine tiefere Dimension: Es handelt sich faktisch um einen Stellvertreterkrieg, in dem nicht nur ukrainische Interessen, sondern vor allem westliche Strategien gegen die Eindämmung Russland zur Geltung gebracht werden.

Seit 2014 – dem Jahr der Maidan-Revolution und der Krim-Annexion – wurde die Ukraine militärisch, geheimdienstlich und finanziell vom Westen ausgebaut. Die USA investierten laut offiziellen Angaben

zwischen 2014 und 2021 rund 2,7 Milliarden US-Dollar in militärische Hilfe für Kiew – also schon viele Jahre vor Beginn der russischen Invasion. Nach Februar 2022 explodierte die Unterstützung, ergänzt durch massive Waffenlieferungen, Ausbildung ukrainischer Truppen und eine Medienkampagne ohne historischen Vergleich. Der Westen – insbesondere die NATO-Staaten – hat der Ukraine seitdem umfassende militärische Unterstützung zukommen lassen. Die Ausgaben westlicher Länder für Waffenlieferungen, Ausbildungen und logistische Hilfe belaufen sich mittlerweile auf mehr als 140 Milliarden US-Dollar. Die Vereinigten Staaten sind mit etwa 70 Milliarden USD weiterhin der größte Einzelgeber militärischer Hilfe. Allerdings haben die europäischen NATO-Mitglieder ihren Beitrag kontinuierlich erhöht und die USA im Jahr 2025 erstmals überholt. Bis April 2025 haben die europäischen NATO-Staaten rund 72 Milliarden Euro (etwa 78 Mrd. USD) an Militärhilfe geleistet. Insgesamt stammen über 99 % der militärischen Unterstützung für die Ukraine von NATO-Mitgliedern, wie die Allianz selbst betont. Allein im ersten Quartal 2025 flossen erneut über 20 Milliarden USD aus NATO-Ländern in militärische Hilfsmaßnahmen für die Ukraine. [5]

Gleichzeitig erklärten hochrangige US-Militärs offen, dass es ein strategisches Ziel sei, „Russland dauerhaft zu schwächen“. Henry Kissinger, keineswegs ein Freund Russlands, dafür umso weitwichtiger, warnte: „Die Ukraine darf nicht zu einem Brückenkopf des Westens gegen Russland werden.“ [6]

Russland wiederum sieht in der NATO-Erweiterung einen Bruch früherer Zusicherungen und interpretiert die Ukraine-Politik des Westens als Versuch, den Einfluss Moskaus in seinem geopolitischen Vorhof zu tilgen. Die geplante Integration der Ukraine in NATO-Strukturen, gemeinsame Militärmanöver und der wachsende westliche Einfluss auf die ukrainische Innenpolitik (einschließlich Verbot prorussischer Parteien, Abschaffung von Russisch als Amtssprache, Einflussnahme auf Medien, fragwürdigen Justizreformen) wurden in Moskau als gezielte Umzingelung gewertet.

So begegnen sich zwei Weltordnungsmodelle auf Kollisionskurs: der Westen, der auf globale Institutionen, Werteexport, offene Märkte und Militärpräsenz setzt gegen Russland (und China), die auf staatliche Souveränität, Einflusszonen, multipolare Machtverteilung und kulturelle Eigenständigkeit pochen.

Der Krieg in der Ukraine wird dadurch zur Projektionsfläche globaler Ordnungskämpfe – und zur Stellvertreterbühne einer systemischen Rivalität um die Kontrolle über das Heartland.

Stellvertreterkriege als historisches Muster

Seit dem Kalten Krieg haben die USA und ihre Verbündeten wiederholt auf Stellvertreterkriege (*proxy wars*) zurückgegriffen, um geopolitische Interessen durchzusetzen – ohne direkte militärische Konfrontation mit ihren Gegnern. Dabei unterstützen sie meist befreundete Regierungen oder Rebellengruppen mit Waffen, Ausbildung und Finanzierung, während rivalisierende Großmächte die Gegenseite stärken.

Ein klassisches Beispiel ist der Vietnamkrieg, in dem Nordvietnam von der Sowjetunion und China unterstützt wurde, während die USA massiv in Südvietnam intervenierten. Ähnlich verlief der Afghanistankrieg (1979–1989), als die USA über die CIA die Mudschaheddin im Kampf gegen sowjetische Truppen unterstützten. In Lateinamerika förderten die USA in den 1980er Jahren die *Contras* gegen die linksgerichtete Regierung Nicaraguas – teils verdeckt, wie die Iran-Contra-Affäre offenbarte. Auch in Angola unterstützten sie während des Bürgerkriegs die anti-kommunistische UNITA gegen die pro-sowjetische MPLA.

Nach dem Kalten Krieg blieben Stellvertreterkriege ein Mittel der indirekten Einflussnahme. Im Syrienkrieg etwa förderten westliche Staaten ausgewählte Rebellengruppen gegen das von Russland und Iran gestützte Assad-Regime. Im Jemenkrieg halfen die USA der von Saudi-Arabien geführten Koalition mit Waffen und Aufklärung gegen die vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen.

Der derzeit bedeutendste und gefährlichste Stellvertreterkrieg ist der Ukrainekrieg, bei dem die NATO-Staaten die gegnerische Seite unterstützen – ohne direkte Kriegserklärung, aber mit massiver logistischer und militärischer Hilfe. Der Ukrainekrieg ist deshalb auch nicht allein eine Verteidigung gegen eine Invasion – sondern Teil einer globalen, systemischen Konfrontation, die unterhalb der Schwelle direkter Konfrontation zwischen den Supermächten geführt wird.



Stellvertreterkrieg: Die Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses, Pelosi, hält gemeinsam mit US-Vizepräsidentin Harris eine ukrainische Flagge aus der umkämpften Stadt Bachmut hoch. Zuvor hatte der ukrainische Präsident Selenskyj eine Rede im Kongress abgehalten und ihnen die Flagge mit Unterschriften von ukrainischen Soldaten darauf übergeben.

In der Summe zeigt sich: Kriege entstehen selten aus dem Nichts. Sie sind das Ergebnis von Interessen, Bündnissen, Deutungsmustern – und historischen Kontinuitäten. Der Ukrainekrieg markiert keinen Bruch, sondern eine Wiederkehr geopolitischer Muster, in neuer Form, mit neuen Waffen, aber alten Logiken. Er ist kein Schwarz-Weiß-Konflikt – sondern ein globales Machtspiel, in dem moralische Narrative auf strategische Interessen treffen.

[1] „Was Versailles geschaffen hat, kann Versailles wieder zerstören.“, Adolf Hitler, 1923 (zitiert nach Ian Kershaw: Hitler, Bd. 1)

[2] Wie problematisch diese Dynamik war, erkannte auch der renommierte Historiker Richard Overy: „Polen verhandelte 1939 nicht mehr, es rechnete mit Krieg – gestützt auf Garantien, die sich als politische Illusion erwiesen.“, Richard Overy, *The Origins of the Second World War*, 2014

[3] Davies, Norman: *God's Playground: A History of Poland*, Oxford University Press, 2005.

[4] Die Erweiterung der NATO wäre der verhängnisvollste Fehler amerikanischer Politik seit dem Kalten Krieg. Sie würde den Nationalismus in Russland schüren und die russische Außenpolitik militarisieren.“: zitiert nach New York Times, 5. Februar 1998, Kennan, George F.: „A Fateful Error“.

[5] Kiel Institut für Weltwirtschaft – Ukraine Support Tracker: <https://www.ifw-kiel.de/topics/war-against-ukraine/ukraine-support-tracker/>

NATO – Official Support Statement: https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_192648.htm

US News: <https://www.usnews.com/news/best-countries/articles/these-countries-have-committed-the-most-aid-to-ukraine>

Business Insider (2025): <https://www.businessinsider.com/european-countries-fill-gap-mostly-left-us-ukraine-aid-2025-6>

Al Jazeera – NATO Aid Overview: <https://www.aljazeera.com/news/2023/2/15/infographic-how-much-have-nato-members-spent-on-ukraine>

Yahoo News: <https://www.yahoo.com/news/nato-military-aid-ukraine-track-161923026.html>

Congressional Research Service: *U.S. Security Assistance to Ukraine*, Updated November 2022.

[7] Kissinger, Henry: Rede beim *World Economic Forum*, Davos, 23. Mai 2022.

Die Entkoppelung von Narrativ und Wirklichkeit, Werteimperialismus als Ersatzreligion

Seit Beginn des Ukrainekriegs dominiert in westlichen Medien ein einheitliches Narrativ: Die Ukraine kämpft heldenhaft gegen eine militärisch marode, moralisch korruptierte, politisch isolierte Großmacht. Russland, so der Tenor, steht kurz vor dem Kollaps – wirtschaftlich, politisch und strategisch. Der ukrainische Widerstand sei nicht nur tapfer, sondern auch erfolgreich. Sieg sei nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich.

Diese Erzählung wird nicht in Frage gestellt, sondern täglich reproduziert – durch Headlines, Talkshows, regierungsnahe Expertenrunden, soziale Medien und Emotionalisierungen. Doch je länger der Krieg andauert, desto deutlicher wird: Die militärische Realität folgt einem anderen Skript.

Russland kontrolliert große Teile des Donbass, rückt langsam, aber beständig vor, hat strategische Infrastruktur im Süden gesichert und verteidigt seine Position mit einer Industrie, die auf Kriegswirtschaft umgeschaltet hat. Die vielbeschworene ukrainische Frühjahrsoffensive 2023 endete in hohen Verlusten für die Ukraine – bei kaum messbaren Geländegewinnen. Westliche Analysten wie Douglas Macgregor, Jeffrey Sachs, John Mearsheimer, Scott Ritter und viele andere weisen schon seit Langem darauf hin, dass die militärische Überlegenheit der Ukraine primär medial konstruiert ist. Hin und wieder gelingen der Ukraine spektakuläre Erfolge weit im russischen Hinterland, doch sind diese Erfolge nüchtern betrachtet nur Nadelstiche, die medial aufgebauscht werden, um die Heimatfront zu beruhigen, und den Kriegsverlauf nicht zu Gunsten der Ukraine zu beeinflussen vermögen.

Kognitive Dissonanz: Wenn Ideologie auf Fakten trifft

Der Unterschied zwischen öffentlicher Darstellung und realem Kriegsverlauf ist eklatant. Doch anstatt das Narrativ zu korrigieren, wird die Realität verbogen. Niederlagen heißen „strategische Rückzüge“, eigene Verluste werden kaschiert und hohe Verluste stets dem Gegner angedichtet, Kritik wird als Defätismus diskreditiert. Die Mechanismen erinnern an George Orwells Doppeldenk: „Krieg ist Frieden, Freiheit ist Sklaverei, Unwissenheit ist Stärke.“

Diese mediale Selbsthypnose ist kein journalistischer Zufall, sondern ein ideologisches Schutzsystem: Wer den Krieg ausschließlich als Kampf zwischen Gut und Böse interpretiert, muss Widersprüche unterdrücken – um die eigene moralische Identität zu wahren. Realitätsverweigerung wird zur Tugend. Kritik wird nicht geprüft, sondern pathologisiert. Der politische Diskurs degeneriert damit zum Glaubensbekenntnis und die Ukraine wird zur Projektionsfläche westlicher Selbstüberschätzung, abgekoppelt von nüchternen Analysen und Lageberichten.

Die Reaktion des Westens auf den Ukrainekrieg ist nicht primär durch sachliches Kalkül und strategischer Vernunft geprägt, sondern durch moralische Selbstüberhöhung. Der Westen präsentiert sich als Verteidiger universeller Werte: Freiheit, Demokratie, Menschenrechte. Russland hingegen wird nicht politisch, sondern moralisch verurteilt – als „Reich des Bösen“, als autokratischer Rückfall, als Bedrohung einer zivilisatorischen Ordnung.

Diese Rhetorik vernebelt die geopolitische Wirklichkeit: Der Krieg wird nicht als Ausdruck eines Systemkonflikts oder einer Sicherheitsdynamik verstanden, sondern als ein Angriff auf das „Wahre, Gute und Schöne“. Entsprechend gibt es kein Ringen um Verständigung, keine Suche nach Interessenausgleich – sondern einen absoluten Wahrheitsanspruch. Wer diesen in Frage stellt, wird ausgeschlossen, delegitimiert, moralisch disqualifiziert.

Die westliche Ordnung als Glaubenssystem

Was sich vollzieht, ist ein ideologischer Vorgang von quasireligiöser Struktur. Die westliche Werteordnung wird nicht als politisches System mit Vorteilen und Nachteilen reflektiert – sondern als Ersatzreligion: mit Dogmen, Sakramenten (Wahlen, Pressefreiheit), Ketzerverfolgung (Medienbann, Cancel Culture) und Heilsversprechen (liberale Weltordnung). Die Ukraine wird zum Märtyrer, der für diese Religion ihr Blut vergießt.

Diese Sakralisierung geopolitischer Kategorien ist gefährlich – nicht nur, weil sie politische Rationalität ersetzt, sondern weil sie zur Legitimierung unbegrenzter Eskalation genutzt werden kann. Wer gegen das Böse kämpft, ist zu allem berechtigt – so die implizite Logik. Waffenlieferungen, Sanktionen, Wirtschaftskrieg, Informationskontrolle: Alles erscheint gerechtfertigt, wenn es dem Sieg der „guten Seite“ dient. [1]

Die Selbstinszenierung des Westens als moralischer Leuchtturm kollidiert indes mit der realen Politik: Angriffskriege wie der Irakkrieg (2003), Regimewechseloperationen in Libyen (2011), Sanktionen gegen unliebsame Staaten – all das geschieht im Namen von Demokratie, aber mit Mitteln einer unverblühten Machtpolitik. Dass Saudi-Arabien oder Ägypten zu westlichen Partnern zählen, obwohl sie autokratisch regiert werden, entlarvt die Selektivität dieser „Werte“. Was sich als Wertepolitik ausgibt, ist oft nur Rhetorik – überlagert von geopolitischen Interessen, instrumentalisiert für die eigene Selbstlegitimation.

Die Ästhetik des Widerstands

Seit Beginn des Krieges wird der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj von westlichen Medien zum Inbegriff des „mutigen Verteidigers der Demokratie“ stilisiert – in militärischer Kleidung, ohne Krawatte, mit entschlossener Miene. Seine Reden vor westlichen Parlamenten, seine medialen Inszenierungen und sein moralischer Appell wirken wie aus dem PR-Handbuch eines digitalen Heldenepos.

Die Ukraine wird dabei zur Bühne für ein narrativ aufgeladenes Freiheitsdrama: David gegen Goliath, Gut gegen Böse, Licht gegen Dunkel. Selenskyj wurde bereits als Churchill des 21. Jahrhunderts bezeichnet. In dieser symbolischen Codierung darf es keine Ambivalenz, keine grauen Zonen geben – nur absolute Identifikationsangebote. Differenzierung stört. Wer Fragen stellt, relativiert angeblich. Wer Nuancen sucht, „versteht Putin“.

Wladimir Putin wird in westlichen Medien dagegen weitgehend entmenschlicht. Er gilt als irrational, größenwahnsinnig, imperialistisch – ein „neuer Hitler“, ein „KGB-Diktator“, ein „blutiger Autokrat“. [2] Diese Zuschreibungen lassen keinen Raum für Analysen über strategische Motive, Sicherheitsbedenken oder historische Perspektiven. Wer nach Ursachen fragt, macht sich verdächtig. Die Personalisierung des Konflikts ersetzt dessen Analyse. Anstelle von Analyse rückt eine Psychopathologie des Gegners. Die medial erzeugte Figur Putins dient nicht der Aufklärung, sondern der Moralverdichtung: Damit wird jede westliche Handlung automatisch gerechtfertigt – vom Sanktionsregime bis zur Kriegsverlängerung durch Waffenlieferungen.

Die Funktion der Schuldprojektion und Realitätsverweigerung

In dieser Polarisierung liegt ein psychologischer Mechanismus, der über den konkreten Krieg hinausweist: Schuld wird externalisiert. Der Westen, der über Jahrzehnte selbst in Kriege involviert war – von Afghanistan über Irak bis Libyen – sieht sich nun als moralisch gereinigt. Sogar Deutschland, das jahrzehntelang von der Schuld aus der Nazizeit geplagt war, scheint keinen Skrupel mehr zu kennen,

wenn es um die Niederringung Russlands geht. Die Ukraine wird zum moralischen Ablasshandel: Wer Waffen liefert, ist auf der „richtigen Seite der Geschichte“.

Die Folgen sind fatal: Es findet keine ernsthafte Selbstprüfung mehr statt. Kein Abgleich zwischen Strategie und Realität. Kein Innehalten. Stattdessen: Eskalation, Moralisierung, Selbstbespiegelung. Kritik wird als Illoyalität gegenüber der „guten Sache“ empfunden – und nicht als notwendiger Bestandteil demokratischer Öffentlichkeit. Die Dämonisierung des Gegners und die Sakralisierung des eigenen Lagers verhindern Verständigung. Sie fördern die Kriegerverlängerung – und behindern den Frieden. Den Preis zahlt die Ukraine mit einem zerstörten Land und Hunderttausenden Toten.

Was als Verteidigung westlicher Werte deklariert wird, entpuppt sich bei näherer Betrachtung oft als moralischer Selbstbetrug. Die Realität des Krieges bleibt ausgeblendet – überdeckt von Narrativen, Schuldprojektionen und Heldenmythen. Wer aber Politik nur als Fortsetzung von Moral mit anderen Mitteln betreibt, wird blind für Machtverhältnisse, Interessen und Kompromisse. In dieser Blindheit liegt die eigentliche Gefahr – nicht nur für die Ukraine, sondern für den Westen selbst. Mit den folgenden Kapiteln soll eine differenzierte Beurteilung und Perspektive auf den Konflikt eingenommen werden.

[1] Habermas, Jürgen: *Die neue Unübersichtlichkeit*, Suhrkamp, 1985, Zitat: „Moral wird zur politischen Ersatzwährung, wenn Macht nicht mehr als Kategorie zugelassen ist.“

[2] Chomsky, Noam: *Media Control: The Spectacular Achievements of Propaganda*, Seven Stories Press, 2002, Zitat: „Der Feind muss als irrationales Monster erscheinen – nur dann kann Gewalt gegen ihn als moralische Pflicht erscheinen.“ – In: *Media Control: The Spectacular Achievements of Propaganda*, 2002

Kann Russland strategisch besiegt werden?

Wer hat den Zweiten Weltkrieg gewonnen?

Der sogenannte *Diktatfrieden* von Versailles 1919 stellte Deutschland vor astronomische Reparationsforderungen und zwang es zu erheblichen Gebietsabtretungen. Diese Bedingungen schufen ein explosives politisches Klima. Der daraus resultierende Revanchismus, verbunden mit der wirtschaftlichen Verwüstung der Mittelschicht durch die Weltwirtschaftskrise der 1920er-Jahre, ebnete den Weg für den Aufstieg des Nationalsozialismus – und damit auch für den Zweiten Weltkrieg [1].

Nur einen Monat vor Kriegsbeginn am 1. September 1939 schlossen das nationalsozialistische Deutschland und die sowjetische Union überraschend einen Nichtangriffspakt. Der sogenannte Hitler-Stalin-Pakt war nicht nur ein diplomatischer Coup, sondern auch ein geopolitisches Erdbeben: Die beiden ideologischen Antipoden einigten sich auf eine Aufteilung Europas in Interessensphären. Diese Konvergenz widersprach fundamental der angloamerikanischen Geostrategie, die – im Sinne der Heartland-Theorie von Halford Mackinder [2] – stets die Allianz der stärksten kontinentalen Macht mit Russland zu verhindern suchte.

Die deutsche Führung, berauscht von ihren schnellen Siegen im Westen, überschätzte ihre Stärke und unterschätzte die Stärke ihres Gegners maßlos. Der Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 erfolgte nicht aus strategischer Rationalität, sondern aus ideologischer Überheblichkeit. Generalstabschef Franz Halder notierte am 3. Juli 1941: „Der Feldzug gegen Russland ist in 14 Tagen gewonnen.“ [3] Diese Fehleinschätzung sollte sich als fatal erweisen. Nach der Niederlage von Stalingrad wendete sich das Blatt: Die Rote Armee übernahm die Initiative.

Die Hauptlast des Krieges: Wer trug sie wirklich?

Während die westlichen Alliierten – Großbritannien, Frankreich, die USA und Kanada – zunächst vor allem mit logistischen Hilfen, Bombardements deutscher Städte und Industriezentren und symbolischen, nicht kriegsentscheidenden Militäroperationen präsent waren, kämpfte die Sowjetunion von Beginn an an der Hauptfront. Der Blutzoll ist bezeichnend: Rund 27 Millionen sowjetische Tote – darunter 14 Millionen Zivilisten – standen etwa 1 Million Toten auf Seiten seiner westlichen Alliierten gegenüber [4]. Mehr als 85 % der deutschen Verluste von insgesamt rund 5 Millionen Soldaten entfielen auf die Ostfront [5].

Bereits 1941 forderte Stalin die Eröffnung einer zweiten Front in Westeuropa. Diese erfolgte allerdings erst am 6. Juni 1944 mit der Landung in der Normandie – zu einem Zeitpunkt, als Deutschland militärisch bereits auf dem Rückzug war. Der Krieg war damit faktisch entschieden. Das strategische Ziel der Westalliierten war nun nicht mehr die bereits besiegelte Niederwerfung des Dritten Reichs, sondern die Eindämmung sowjetischer Expansion in Europa. Die Westmächte ernteten geopolitisch die Früchte eines Sieges, den primär die Sowjetunion erkämpft hatten.

Im westlichen Geschichtsbild dominiert allerdings der D-Day als Symbol für die Befreiung Europas. Doch in Wahrheit hatten sowjetische Truppen zu diesem Zeitpunkt längst das erste Konzentrationslager (Majdanek) befreit und standen tief in Polen und kurz vor der deutschen Grenze [6]. Die entscheidenden militärischen Durchbrüche gegen Deutschland geschahen im Osten – und sie geschahen unter entsetzlichen Opfern auf beiden Seiten.

Wer schreibt die Geschichte?

Dass Geschichtsschreibung oft den Interessen der Sieger dient, ist eine alte Erkenntnis. Die westliche Erzählung vom heldenhaften D-Day verschweigt die Rolle der Roten Armee keineswegs völlig – aber sie rückt sie an den Rand. Dass westliche Historiker in westlichen Gesellschaften das westliche Narrativ reproduzieren, ist dabei weniger eine Verschwörung als eine kulturelle Selbstvergewisserung.

Aus dem Zweiten Weltkrieg gingen zwei Supermächte hervor: die USA und die Sowjetunion. Der Kalte Krieg zementierte diese Bipolarität bis zum Zusammenbruch der UdSSR 1989. Seither dominieren die USA global, doch Russland blieb – ausgestattet mit Ressourcenreichtum, riesigem Territorium und atomarer Schlagkraft – ein geopolitischer Akteur mit Eigeninteressen. Nach dem Kalten Krieg mit dem Auseinanderfallen der Sowjetunion verfolgte spätestens unter Präsident Putin Russlands wieder eine eigenständige Strategie – nicht immer zur Freude des Westens, aber konsequent im Sinne nationaler Souveränität.



Die

Parallelen zu heute (US-amerikanische Magazin «Look» am 14.03.1939)?

Wiederholt sich die Geschichte?

Die Parallelen zwischen den Ursachen und Dynamiken des Zweiten Weltkriegs und des Ukraine-Konflikts drängen sich auf. Im Zentrum steht eine geopolitische Kontinuität westlicher – insbesondere angelsächsischer – Politik, die darauf abzielt, Kontinentaleuropa zu spalten und eine machtvoll wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland zu verhindern. Eine enge Verbindung zwischen Europa und Russland, insbesondere in Form kostengünstiger Energieimporte, galt den Vereinigten Staaten schon zu Zeiten des Kalten Krieges als strategische Bedrohung. Selbst auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges bezog Europa fossile Brennstoffe aus der Sowjetunion zu Vorzugspreisen. Dieser Wettbewerbsvorteil, insbesondere für Deutschland, intensivierte sich mit der Inbetriebnahme der Pipeline Nord Stream 1. Nord Stream 2 hätte diesen Vorteil noch gesteigert, wurde jedoch unter massivem politischen Druck der USA zwar fertiggestellt, aber nie in Betrieb genommen.

Im Februar 2023 legte der US-Investigativjournalist Seymour Hersh nahe, dass die USA in Kooperation mit Norwegen für die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines verantwortlich seien [7]. Die dänische Zeitung "Politiken" stützte diese These im Oktober 2024, gestützt auf Aussagen des Hafenmeisters von Christiansø: Die US-Marine habe sich nahe des Explosionsortes aufgehalten und ihre Transponder

deaktiviert [8]. Unmittelbar nach der Sabotage wurde russisches Gas durch teures, umweltschädliches Fracking-Flüssiggas (LNG) aus den USA ersetzt sowie durch eine neue norwegische Pipeline. Die Frage sei erlaubt: cui bono?

Der Ukrainekrieg als Stellvertreterkonflikt

Die Parallele zur Ausblutungsstrategie des Zweiten Weltkriegs liegt nahe: Bereits vor den Maidan-Protesten wurde die Ukraine vom Westen militärisch und finanziell unterstützt [9]. Ziel war es, Russland ohne eigenen Blutzoll zu schwächen – wirtschaftlich, militärisch, geopolitisch. Doch ähnlich wie im Zweiten Weltkrieg führte die Eskalation nicht zur Schwächung, sondern zur militärischen Konsolidierung und Erstarkung Russlands. Im Vergleich zur Ukraine, die seit 2022 drei neu aufgestellte Armeen verloren hat, ist Russland personell, materiell und ökonomisch erstarkt.

Kurz nach Beginn der russischen Spezialoperation im Februar 2022 fanden Friedensverhandlungen in Istanbul statt. Eine Einigung schien greifbar – doch der Westen blockierte. Die Ukraine wurde unterstützt, weiter zu eskalieren, gestützt auf die Hoffnung, Russland könne militärisch, wirtschaftlich und politisch in die Knie gezwungen werden, nachdem Russlands Armee zu Beginn des Einmarsches nicht immer einen professionellen Eindruck hinterliess. Diese Hoffnung erwies sich allerdings als trügerisch.

Die westliche Medienberichterstattung stilisiert unbeirrt davon ukrainische Teilerfolge zu strategisch relevanten Siegen, während sie die russische Vormachtstellung an der Front verschweigt. Militant wird an der Strategie festgehalten, die Ukraine weiter mit Waffenlieferungen zu unterstützen – "bis zum letzten Ukrainer". Angesichts der vermuteten Verlustrate an Soldaten und Waffen von bis zu 10:1 zugunsten Russlands und der Erschöpfung westlicher Waffenlager erscheint diese Politik zynisch. Der russische Außenminister Lawrow betonte im Mai 2024: Sollte der Westen eigene Soldaten entsenden, werde Russland den Konflikt eskalieren. Ein offener Krieg mit der NATO wäre dann kaum mehr zu verhindern.

Es sickert langsam, aber sicher in der Medienberichterstattung durch, dass die militärische Industriekapazität des Westens derjenigen Russlands unterlegen ist, denn sie folgt in erster Linie marktwirtschaftlichen Prinzipien: Gewinnmaximierung, Outsourcing, "Just-in-time"-Logistik. Die russische hingegen ist auf maximale Produktionsleistung im Kriegsfall ausgelegt. Westliche Waffen- und Munitionsbestände haben mit fortlaufendem Kriegsverlauf mit zunehmendem, akutem Mangel zu kämpfen, während Russland seine Fertigungsquoten steigert.

Die zwischen 2014 und 2015 geschlossenen Minsker Vereinbarungen sahen Autonomierechte, Waffenruhen und Dezentralisierung vor. Doch sie wurden nie umgesetzt. Angela Merkel und François Hollande räumten später ein, die Abkommen seien lediglich abgeschlossen worden, um der Ukraine Zeit zur militärischen Aufrüstung zu verschaffen [10]. Diese Enthüllung erschüttert die Vertrauensgrundlage für künftige Verhandlungen.

Historische Tiefenschärfe: Der polnisch-sowjetische Krieg

Wenig bekannt ist, dass Polen nach dem Ersten Weltkrieg (1919–1921) Russland angriff, um historische Ostgrenzen wiederherzustellen. Nach anfänglichen Erfolgen scheiterte der Vorstoß. Die Parallelen zur Ukraine sind frappierend: Auch sie verfolgt eine revanchistische Agenda, getragen von der Unterstützung der USA und der NATO. Der Glaube, keine Zugeständnisse machen zu müssen, fußt auf westlicher Rückendeckung.

Die historische Wiederholung mag nicht exakt sein, aber die Analogien sind nicht von der Hand zu weisen: geopolitische Instrumentalisierung eines Staates, Aufrüstung über Jahre hinweg,

Friedensverhandlungen als Taktik verschleppt, ein Krieg, der nicht gewonnen werden kann, aber dennoch geführt wird. Der Preis? Erneut zahlt ihn vor allem Europa.

- [1] Margaret MacMillan: *Die Friedensmacher. Wie der Versailler Vertrag die Welt veränderte*. S. Fischer Verlag, Frankfurt 2009.
- [2] Halford J. Mackinder: *The Geographical Pivot of History*, Geographical Journal, 1904.
- [3] Franz Halder: *Kriegstagebuch*, Eintrag vom 3. Juli 1941.
- [4] Christian Hartmann: *Wehrmacht im Ostkrieg*, Oldenbourg Verlag, 2009.
- [5] Rüdiger Overmans: *Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg*, Oldenbourg, 1999.
- [6] Antony Beevor: *Der Zweite Weltkrieg*, C. Bertelsmann Verlag, 2012.
- [7] Hersh, Seymour. "How America Took Out The Nord Stream Pipeline." *Substack*, 8. Februar 2023.
- [8] Politiken (Dänemark), Bericht zur Christiansø-Aussage, Oktober 2024.
- [9] Mearsheimer, John. *Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault*, Foreign Affairs, 2014.
- [10] Interview Merkel in *Die Zeit*, 7. Dezember 2022; Interview Hollande in *Le Monde*, Januar 2023.

Die Rolle der Ukraine im Zweiten Weltkrieg

Es kann kaum bestritten werden, dass die Ukraine im Zweiten Weltkrieg eine zweideutige und teils unrühmliche Rolle spielte. So wurde die deutsche Wehrmacht in der heutigen West-Ukraine nach der Besetzung Polens von Teilen der Bevölkerung überwiegend als Befreierin begrüßt. Zahlreiche Ukrainer beteiligten sich an Judenverfolgungen und -morden – der bekannteste unter ihnen war John Demjanjuk – oder dienten in der Wehrmacht und der SS. Sie kämpften somit Seite an Seite mit dem NS-Regime im Angriffskrieg gegen die Sowjetunion. Allerdings darf nicht verschwiegen werden, dass es auch Ukrainer gab, die auf Seiten der Roten Armee oder als Partisanen gegen die Wehrmacht kämpften. Dieser innere Zwiespalt zeigt sich auch im aktuellen Ukrainekrieg, in dem ebenfalls Ukrainer auf russischer Seite kämpfen.



Ukrainer begrüßen die Wehrmacht in Lwiw 1941 als Befreierin

Um den heutigen Konflikt besser verstehen zu können, ist es unerlässlich, sich die ethnische und kulturelle Heterogenität der Ukraine vor Augen zu führen. Die Ukraine ist kein homogenes Staatsgebilde, sondern war und ist ein von Identitätskonflikten geprägtes Land.

Ideologische Frontlinien und ethnische Spaltungen

Während des Zweiten Weltkriegs kämpfte die Ukrainische Nationalarmee (UNA), ein Verband ukrainischer Freiwilliger, auf deutscher Seite gegen die Sowjetunion – in der Hoffnung auf eine unabhängige Ukraine. Verwechslungsgefahr besteht mit der ukrainischen Volksarmee, die ebenfalls häufig als UNA bezeichnet wird. Neben der UNA gab es die sogenannte Wlassow-Armee – offiziell Russische Befreiungsarmee (ROA) – bestehend aus sowjetischen Deserteuren und ethnischen Minderheiten wie Armeniern, Georgiern, Tataren und auch Ukrainern.

Diese „Ostlegionen“ waren Ausdruck einer ambivalenten deutschen Strategie, die Slawen zwar rassistisch als „Untermenschen“ diffamierte, aber angesichts militärischer Notlage zunehmend auf ihre Unterstützung angewiesen war. Die spät einsetzende Kooperation unterstreicht den Pragmatismus der NS-Führung in der Endphase des Krieges.

Die ethnische Spaltung der Ukraine hat historische Wurzeln: Der Westen des Landes fühlt sich kulturell und politisch Westeuropa zugehörig, während der Osten mehrheitlich russischsprachig ist und sich traditionell Russland verbunden fühlt. Diese Differenz prägt die gesellschaftliche Identität bis heute und erklärt die gravierenden Unterschiede im historischen Gedächtnis – auch mit Blick auf den Zweiten Weltkrieg.



Ein Zug ukrainischer Wehrmachtsangehöriger in Sobibor, Frühjahr 1943. Das Bild zeigt den Ukrainer John Demjanjuk (vordere Reihe liegend, Mitte, der am 12. Mai 2011 vom Landgericht München II wegen Beihilfe zum Mord an 28'060 Menschen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt wurde).

Der Kult um Stepan Bandera

Nach dem Zerfall der Sowjetunion erklärte sich die Ukraine 1991 für unabhängig. Als nationale Integrationsfigur wurde ausgerechnet Stepan Bandera gewählt – ein radikaler Nationalist, Nazi-Kollaborateur und Anführer des terroristischen Flügels der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN-B). Er war wegen der Ermordung des polnischen Innenministers Bronisław Pieracki 1934 verurteilt worden, kam jedoch nach Beginn des Zweiten Weltkriegs wieder frei.

Bandera kollaborierte mit der Wehrmacht, seine OUN-Milizen übernahmen nach dem deutschen Einmarsch in Lemberg Polizeiaufgaben und beteiligten sich an Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung. Nachdem andere OUN-Mitglieder 1941 eigenmächtig einen unabhängigen ukrainischen Staat ausgerufen hatten, wurde Bandera von der Gestapo als Ehrenhäftling ins KZ Sachsenhausen gebracht. Heute wird Bandera vor allem im Westen der Ukraine verehrt. Seit 2014 wurden zahlreiche Straßen, Statuen und Denkmäler nach ihm benannt – Ausdruck eines bis heute tief verwurzelten Nationalismus.

Im aktuellen Konflikt fällt besonders das Asow-Regiment ins Auge, dessen Symbolik (z. B. die Wolfsangel) offen an NS-Insignien erinnert. Immer wieder tauchen Fotos und Videos ukrainischer Soldaten mit Hakenkreuzen oder SS-Abzeichen auf. Westliche Medien und Regierungen neigen jedoch dazu, diese Tendenzen zu relativieren oder zu ignorieren. Aussagen ukrainischer Politiker mit faschistoiden Anklängen sowie Berichte über Übergriffe auf ostukrainische Zivilisten seit 2014 bestätigen die Problematik. Schätzungen zufolge kamen zwischen 2014 und Februar 2022 bis zu 15.000 Zivilisten im Donbass ums Leben – die Verantwortung dafür wird mehrheitlich der ukrainischen Zentralregierung zugeschrieben.[1]



Foto von Asow-Kämpfern in der heutigen Ukraine mit Nazi-Flagge und der SS-Wolfsangel auf der Flagge des Asow-Regiments und Hitlergruss

Die Ukraine als Objekt imperialer Interessen

Für das nationalsozialistische Deutschland war die Ukraine eine zentrale Ressource: Sie sollte als „Kornkammer Europas“ die Versorgung der Wehrmacht sicherstellen. Die Bevölkerung selbst spielte dabei nur eine marginale Rolle – ebenso, wie es vielen westlichen Unterstützern der Ukraine heute weniger um das Schicksal der Bevölkerung als vielmehr um geopolitische Interessen geht.

Alfred Rosenberg, Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, konzipierte die zukünftige Ordnung Osteuropas entlang ethnischer Trennungslinien. In seiner Denkschrift vom 2. April 1941 schlug er vor, Ukrainer, Esten, Letten, Balten und Weißrussen in staatenähnliche Gebilde unter deutscher Oberhoheit zusammenzufassen – als Schutzwall („Cordon sanitaire“) gegen ein etwaiges Restbolschewismus.

Trotz ihrer Mitwirkung an NS-Verbrechen wird die SS-Division „Galizien“ in Teilen der Ukraine bis heute gefeiert. Anlässlich des 70. Gründungstages fanden Ehrungen statt, bei denen SS-Uniformen getragen und ukrainische Flaggen über Särge drapiert wurden. Kritik an solchen Veranstaltungen wird im Westen selten geäußert – ein Beispiel für selektives Erinnern.



Hans Frank und Johann Anton Hofstetter: die ersten ukrainischen Freiwilligen bei der SS-Galizien (Sanok, 1943).

Gemäß dem Simon-Wiesenthal-Zentrum wurde seit 1991 kein einziger Kriegsverbrecher in der Ukraine vor Gericht gestellt. Diese Praxis findet sich auch in anderen osteuropäischen Staaten wie Lettland oder Estland – meist mit Verweis auf den „gemeinsamen Feind“ Sowjetunion.[2]

Während im Osten der Ukraine der Sieg über den Nationalsozialismus gefeiert wird, genießen im Westen Veteranen der SS-Division „Galizien“ hohes Ansehen. Diese Division war u. a. in die

Partisanenbekämpfung und Massaker wie jenes von Huta Pieniacka verwickelt. Der Gedenktag des Wolyhynien-Massakers im Juli 1943, bei dem etwa 100.000 Polen getötet wurden, belegt die bis heute offene Wunde im kollektiven Gedächtnis der Region.

Nachkrieg und Kalter Krieg: CIA und OUN-B

Nach Kriegsende setzte die OUN-B ihren Kampf gegen Sowjets und Polen noch sieben Jahre fort – unterstützt durch die CIA. Diese Allianz zeigt, wie der Westen die Ukraine bereits im Kalten Krieg strategisch gegen Moskau zu instrumentalisieren versuchte. In dieser Logik stehen auch der Maidan-Umsturz 2014 sowie die seit 2008 stetige Aufrüstung der Ukraine.

Nationalistische Exilgruppen kultivierten nach 1945 ein heroisches Narrativ, das NS-Kollaborateure als Freiheitskämpfer stilisierte. Dieses Narrativ wirkt bis heute fort: In Lwiw findet seit 2010 jährlich eine Parade zu Ehren der SS-Division statt. 2020 entschied der Oberste Gerichtshof der Ukraine, dass die Symbole der Division „Galizien“ nicht dem Nationalsozialismus zuzurechnen seien – und somit legal verwendet werden dürfen.

Internationale Empörung löste die Ehrung von Jaroslaw Hunka im kanadischen Parlament im Beisein von Premierminister Justin Trudeau und Präsident Wolodymyr Selenskyj im September 2023 aus – ein ehemaliger Angehöriger der SS-Division „Galizien“. Dieses Ereignis wirft ein Schlaglicht auf den Umgang westlicher Staaten mit problematischen historischen Kontinuitäten.



Ein Skandal in Kanadas Parlament mit diplomatischem Nachspiel: Polen forderte eine Entschuldigung für den minutenlangen Applaus für einen SS-Veteranen im kanadischen Parlament.

Zwischen Analyse und Verantwortung

Das in diesem Kapitel Beschriebene ist keine Pauschalverurteilung des ukrainischen Volkes, wohl aber gehört zur Wahrheit dazu, dass es in der Ukraine seit Langem starke nationalistische Kräfte gibt, deren Einfluss seit dem Maidan 2014 zugenommen hat. Wer den aktuellen Krieg verstehen will, muss diese Realität anerkennen – auch wenn sie unbequem ist. Vor dem Kriegsausbruch in der Ukraine wurde diese Problematik noch offen in den westlichen Medien thematisiert.

Parteien wie Swoboda, Klitschkos Udar oder Timoschenkos Vaterlandspartei stehen für einen radikalen Nationalismus, der tief in der ukrainischen Politik verwurzelt ist.



Oleh Tjahnybok, Vorsitzender der radikal nationalistischen Partei Swoboda am 21. Februar 2014 auf der Bühne des Maidan in Kiew: „Schnappt euch die Gewehre, bekämpft die Russensäue, die Deutschen, die Judenschweine und anderes Ungeziefer. Kämpft für unsere ukrainische Heimat.“

Aussagen und Posts von ukrainischen Offiziellen, inklusive Selenskyj, haben oft einen Duktus, der an die Nazizeit erinnert. So bezeichnete Selenskyj Russen in den sozialen Medien wie X schon als "menschlichen Abschaum".



Präsident Selenskyj mit (unbeabsichtigtem) Foto eines ukrainischen Soldaten, der einen Aufnäher mit dem Symbol der SS-Division «Totenkopf» trägt, das Foto ist in Isjum entstanden

[1] Quelle: OSZE-Berichte zum Donbass-Konflikt (2014–2022); zitiert nach: International Crisis Group, "Eastern Ukraine: A Dangerous Winter," 2022.

[2] Efraim Zuroff, Simon-Wiesenthal-Zentrum, Interviews und Berichte 2015–2020.

Nachkriegszeit

Der Kalte Krieg und die Gründung der NATO

Nach dem Zweiten Weltkrieg, den in erster Linie die Sowjetunion in Europa gegen die Achsenmächte und die USA im Pazifik gegen Japan gewonnen hatten, begann der Kalte Krieg. Das Kalkül der westlichen Alliierten während des Krieges war, die Sowjetunion durch den deutschen Angriffskrieg so stark schwächen zu lassen, dass sie nach der Niederlage Deutschlands leichter in die Schranken zu weisen wäre [1]. Dieses Kalkül hat sich als falsch erwiesen. Am Ende des 2. Weltkrieges betrug die Rote Armee knapp 12 Millionen Soldaten, davon rund die Hälfte in Europa, während die US-Armee ebenfalls aus ca. 12 Millionen Soldaten bestand, davon waren allerdings etwas weniger als 3 Millionen in Europa stationiert. Dass es die Absicht gab, die Rote Armee zu schwächen erklärt auch, weshalb die von Stalin seit 1941 geforderte „Zweite Front“ in Westeuropa erst 1944 mit der Landung in der Normandie eröffnet wurde – zu einem Zeitpunkt, als Deutschland militärstrategisch bereits am Boden lag [2].

Die Atombomben als geopolitisches Signal

Die Atombombenabwürfe auf Hiroshima (6. August 1945) und Nagasaki (9. August 1945) machten aus militärischer Perspektive keinen Sinn mehr: Japans Niederlage war zu diesem Zeitpunkt unausweichlich [3]. Der Bombenterror, der vor allem die Zivilbevölkerung traf, war vielmehr ein politisches Signal an Stalin. Die Botschaft war eindeutig: Die USA verfügten über die ultimative Superwaffe, und Moskau sollte es nicht wagen, in Ostasien weiter vorzudringen.

Die sowjetische Invasion in der japanisch besetzten Mandschurei (9. August bis 2. September 1945) war der finale Schlag gegen das Kaiserreich. In kurzer Zeit eroberten sowjetische Truppen Mandschukuo, Mengjiang, Korea, Südsachalin und die Kurilen [4]. Dass diese Operation zeitlich mit den Atombombenabwürfen zusammenfiel, unterstreicht die wahre Absicht einer gründlichen Abschreckungsbotschaft an Moskau mit dem Abwurf der Atombomben. Das westliche Narrativ, die Bomben hätten den Krieg verkürzt und Millionen Menschenleben gerettet, wird von zahlreichen Historikern kritisch infrage gestellt [5].

NATO und Warschauer Pakt: Eine umgekehrte Reihenfolge

Am 4. April 1949 wurde die NATO gegründet – also ganze sechs Jahre vor der Gründung des Warschauer Pakts am 14. Mai 1955. Erst nachdem die USA mit der NATO ein Bündnis geschaffen hatten, zog die Sowjetunion mit einem eigenen Block nach [6]. Dies widerspricht der bis heute in vielen westlichen Geschichtsbüchern verankerten Darstellung, wonach die NATO als „Verteidigungsbündnis“ eine Reaktion auf die Bedrohung durch den Warschauer Pakt gewesen sei. In Wirklichkeit war es umgekehrt [7].

Dass die NATO kein reines Verteidigungsbündnis ist, zeigt ihr militärisches Handeln seit den 1990er-Jahren. Interventionen wie der Krieg gegen Jugoslawien 1999, der Einsatz in Afghanistan 2001 oder die Bombardierung Libyens 2011 erfolgten ohne UN-Mandat – und damit völkerrechtlich höchst umstritten [8]. Bemerkenswert ist auch die Sprachregelung: Während diese Einsätze im Westen „Militäroperationen“, „Bundeswehreinsatz“ oder „Anti-Terror-Einsätze“ genannt wurden, wird gleichzeitig die russische Bezeichnung „Spezielle Militäroperation“ für den Ukrainekrieg als beschönigend geißelt.

NATO: Struktur, Machtverhältnisse und Zahlen

In NATO-Staaten leben etwa 960 Millionen Menschen – rund ein Achtel der Weltbevölkerung. Umgekehrt formuliert: sieben Achtel der Menschheit leben außerhalb des Bündnisses. Nach der Aufnahme Finnlands (2023) und Schwedens (2024) zählt die NATO 32 Mitglieder, alles ausschließlich sogenannte westliche Staaten.

Die Militärausgaben der NATO summierten sich 2023 auf über 1,3 Billionen US-Dollar – mehr als das Dreifache der kombinierten Ausgaben Russlands und Chinas [9]. Die Führung des Bündnisses ist klar US-dominiert: Während der Generalsekretär – derzeit Mark Rutte – traditionell ein Europäer ist und vor allem repräsentative Funktionen erfüllt, liegt die tatsächliche militärische Kommandogewalt beim Supreme Allied Commander Europe, der stets ein US-General ist (seit 4. Juli 2025: General Alexis G. Grynkewich). Dieser wiederum untersteht direkt der Befehlsgewalt des US-Präsidenten, der gleichzeitig als Oberbefehlshaber der US-Armee fungiert [10].

Der ehemalige US-Präsident Richard Nixon brachte es 1968 auf den Punkt: „Die NATO ist die einzige internationale Organisation, die jemals funktioniert hat, und zwar deshalb, weil es eine militärische Organisation ist und wir sie anführen“ [11]. Auch Hastings Lionel Ismay, der erste NATO-Generalsekretär, formulierte unmissverständlich, das Bündnis sei gegründet worden, um „die Sowjetunion draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten“ [12].

Versäumte Chancen und wachsende Spannungen

Wenig bekannt ist heute, dass Wladimir Putin kurz nach seiner Wahl zum russischen Präsidenten im Jahr 2000 einen NATO-Beitritt Russlands ins Gespräch brachte. George Robertson, damaliger NATO-Generalsekretär, bestätigte dies später in einem Interview [13]. Doch der Vorstoß wurde ignoriert. Dies ist ein Indiz dafür, weshalb die NATO ein Instrument geostrategischer Ziele ist, das in der Tendenz gegen Russland gerichtet ist. 8 Jahre danach, 2008, warnte Putin beim NATO-Gipfel in Bukarest, dass die Entstehung eines „mächtigen Militärblocks“ an den Grenzen Russlands als direkte Bedrohung wahrgenommen werde [14]. Der NATO-Gipfel 2008 war in erster Linie dem Krieg in Afghanistan gewidmet und auf der Tagesordnung standen außerdem die Anerkennung des Kosovo und die Erweiterung des Bündnisses um Kroatien, Albanien und Mazedonien sowie der geplante Beitritt der Ukraine und Georgiens.

Michail Gorbatschow, der mit Glasnost und Perestroika das Ende des Kalten Krieges eingeleitet hatte, kritisierte sieben Jahre später 2015: „Die NATO-Osterweiterung hat die europäische Sicherheitsordnung zerstört ... Russische Vorschläge zu einer neuen Sicherheitsarchitektur wurden vom Westen arrogant ignoriert“ [15].

Der Zerfall der Sowjetunion

Mit dem Zerfall der Sowjetunion wurde auch der Warschauer Pakt aufgelöst, während das NATO-Bündnis intakt blieb. Am 9. Februar 1990 versprach der damalige US-Außenminister James Baker dem letzten sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow feierlich, die NATO werde sich „keinen Inch“ nach Osten ausdehnen. Baker stimmte sogar Gorbatschows Aussage zu, dass jede Erweiterung des Bündnisses inakzeptabel sei [16]. Doch schon 1999 – unter US-Präsident Bill Clinton – traten mit Polen, Tschechien und Ungarn die ersten drei osteuropäischen Staaten dem westlichen Bündnis bei. 2004 folgten sieben weitere Länder, bis 2020 nochmals vier [17].

Nach Ende des Kalten Krieges begannen NATO und Russland, ihr Verhältnis neu zu ordnen. Bereits 1994 war die Russische Föderation dem Programm *Partnerschaft für den Frieden* beigetreten. Daraus entwickelte sich die NATO-Russland-Grundakte, die am 27. Mai 1997 in Paris unterzeichnet wurde.

Ihr Ziel war es, das gegenseitige Misstrauen zu überwinden und einen Ausgleich der sicherheitspolitischen Interessen herzustellen. Sie verpflichtete beide Seiten auf vertrauensbildende Maßnahmen, Zusammenarbeit im Rahmen der OSZE sowie Abrüstung. Gleichzeitig hielt die NATO an ihrem Abschreckungspotenzial fest [18]. Im Gegenzug erhielt Russland privilegierte Konsultationsrechte, die keinem anderen Nichtmitglied eingeräumt worden waren. Beide Seiten bekannten sich zu friedlicher Konfliktbeilegung und zum Verzicht auf Gewalt.

Erste Verstöße gegen die Grundakte

Doch schon bald wurde dieses Abkommen ausgehöhlt. Bereits 1998 im Kosovokrieg, später auch im Irakkrieg 2003, verstießen NATO-Staaten gegen zentrale Grundprinzipien der Akte – insbesondere gegen das Gewaltverbot und die Achtung territorialer Integrität [19]. Die vom Westen erhobenen Vorwürfe gegen Russland folgten erst später: der Georgienkrieg 2008, die völkerrechtswidrige Annexion der Krim 2014 und schließlich der Angriff auf die Ukraine 2022. In diesem Sinne verletzte die NATO das Prinzip territorialer Unversehrtheit mehrfach, bevor sie Russland dasselbe Verhalten vorwarf.

Das umstrittene Versprechen von 1990

Im Zusammenhang mit dem heutigen Ukrainekrieg stellt sich immer wieder die Frage: Hat Washington 1990 tatsächlich zugesagt, die NATO nicht nach Osten zu erweitern?

Die wichtigste Quelle hierzu liefert die Harvard-Historikerin Mary Elise Sarotte. In ihrem Werk *1989: The Struggle to Create Post-Cold War Europe* beschreibt sie detailliert die Gespräche zwischen Baker und Gorbatschow. Demnach hielt Baker selbst in einer Notiz fest:

„End result: Unified Ger. anchored in a changed (polit.) NATO — whose jurisd. would not move eastwards“ [20].

Gorbatschow reagierte mit der Bemerkung: „Ganz gewiss wäre jede Erweiterung der NATO über ihren bisherigen Bereich inakzeptabel.“ Woraufhin Baker antwortete: „I agree.“ [21] Damit ist es historisch kaum zu bestreiten, dass mündlich eine Zusage bestand, die NATO nicht über die Grenzen des damaligen Ostdeutschlands hinaus zu erweitern – auch wenn diese nie vertraglich fixiert wurde. Die westliche Presse und Politik sind angesichts des Ukrainekonflikts heute sehr bemüht, diesen Sachverhalt anders darzustellen, da der geplante NATO-Beitritt der Ukrainer einer der wichtigsten Gründe für Russlands Angriff auf die Ukraine war.

Das verpasste «Ende der Geschichte»

Letztlich war es Präsident George H. W. Bush, der die Chance eines Neuanfangs mit Russland nicht erkannte und damit das Ende des Kalten Krieges in den Beginn neuer Spannungen verwandelte. Mit seiner abweisenden Reaktion auf die mündlichen Vereinbarungen zwischen Außenminister Baker und Gorbatschow beging Bush einen auch für Europa folgenschweren Fehler.

Robert B. Zoellick schrieb in der *Financial Times* am 3. Dezember 2018, Bush habe „die globalen Beziehungen transformiert“ – und meinte das positiv. Doch diese Einschätzung ist nicht zwingend. Zwar ermöglichte Bush im geopolitischen Interesse der USA und Deutschlands die schnelle Wiedervereinigung, denn Deutschland war und ist der Eckstein der US-Geostrategie in Europa. Doch gleichzeitig hatte er Baker beauftragt, Gorbatschow zu versichern, die NATO werde nicht über die deutschen Grenzen hinaus erweitert. Als Baker auf dieser Grundlage Gorbatschows Zustimmung erreichte, nahm Bush diese Zusage jedoch zurück. Auf den Rat seines Sicherheitsberaters Brent

Scowcroft erklärte er in Camp David lapidar: „Zur Hölle damit. Wir haben uns durchgesetzt, sie nicht“ [22].

Vierzehnfache Grenzüberschreitung

Es sei nochmals in Erinnerung gerufen: Die NATO brach ihre mündlichen Zusicherungen gegenüber Russland, indem sie sich seit 1999 in fünf Erweiterungen nach Osten ausdehnte – insgesamt 14 Staaten traten bei:

1999: Polen, Tschechien, Ungarn

2004: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei, Slowenien

2009: Albanien, Kroatien

2017: Montenegro

2020: Nordmazedonien

Fast alle diese Länder gehörten zuvor zum Warschauer Pakt oder standen im sowjetischen Einflussbereich. Jede Erweiterung bedeutete aus Moskauer Sicht eine weitere Provokation, eine rote Linie, die Präsident Putin mehrfach markiert hatte – insbesondere im Hinblick auf die Ukraine. Doch weil frühere rote Linien folgenlos überschritten wurden, nahm man Putins Warnungen nicht ernst [23].



Die Geschichte der NATO-Osterweiterung: europäische Länder nach Jahr des Eintritts in die NATO. Trotz des Versprechens, die NATO nicht nach Osten zu erweitern, schob sich das NATO-Bündnis seit dem Zerfall der Sowjetunion mit mehreren Erweiterungen immer näher an die Grenzen Russlands heran. Russland ließ es zunächst mit Protesten auf sich beruhen. Mit den geplanten Beitritten der Ukraine und Georgien konnte sich Russland aber nicht mehr abfinden, woraufhin Putin immer wieder hinwies. Auf dem Brüsseler Gipfel im Juni 2021 bekräftigten die NATO-Staats- und Regierungschefs die auf dem Bukarester Gipfel 2008 getroffene Entscheidung, dass die Ukraine Mitglied der Allianz werden würde und dass die Ukraine das Recht habe, ihre eigene Zukunft und außenpolitische Ausrichtung ohne äußere Einmischung selbst zu bestimmen. Dies war der wahrscheinlich wichtigste Grund für den Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022. (Bildquelle: ISW)

Weltkarte der US-Militärbasen

Quelle: Atlas der Globalisierung, Base Structure Report

// ILLEGALE KRIEGE DER NATO-LÄNDER

Auswahl souveräner Länder, die von Mitgliedern der NATO seit ihrer Gründung im Jahr 1949 ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats rechtswidrig destabilisiert & militärisch angegriffen wurden.

The map displays various conflict zones across the globe, each labeled with a country name and a year or range of years. The locations are marked with red icons representing conflict. Blue soldier icons are placed around the world, connected by dashed lines to the conflict zones. The conflicts shown are:

- Guatemala (1954)
- Nicaragua (1981)
- Kuba (1961)
- Syrien (seit 2011)
- Libyen (2011)
- Ägypten (1956)
- Serbien (1999)
- Ukraine (2014)
- Iran (1953)
- Afghanistan (seit 2001)
- Vietnam (1964)
- Irak (2003)
- Jemen (seit 2015)

Datenquelle: Daniele Ganser (2016) – Illegale Kriege: Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren – Eine Chronik von Kuba bis Syrien. Orell Füssli, Zürich, 370 Seiten.
Icon: Abhimanyu Rana via Flaticon // http://www.flaticon.com/free-icon/focus-square-interface-symbol_55113 // CC BY 3.0
© Alexandre de Robaulx de Beaureux, SIPER AG 2016, www.siper.ch

Swiss Institute for Peace and Energy Research
SIPER ☰ ⊕

32

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag und seine Sprengkraft

Deutschland verdankte seine Wiedervereinigung wesentlich dem sowjetischen Entgegenkommen. Dies wurde im **Zwei-plus-Vier-Vertrag** vom 12. September 1990 in Moskau besiegelt. Er regelte die außen- und sicherheitspolitischen Aspekte der Einheit zwischen BRD, DDR und den vier Siegermächten.

Aus russischer Perspektive war dieser Vertrag ein historischer Kompromiss: Moskau stimmte der Wiedervereinigung nur unter der Bedingung zu, dass Deutschland friedlich bleibt und nie wieder eine militärische Bedrohung darstellt [24].

Heute jedoch wird – so die russische Argumentation – genau dieser Geist verletzt: deutsche Truppen sind in Osteuropa stationiert, Berlin liefert schwere Waffen an die Ukraine, in Deutschland werden ukrainische Soldaten ausgebildet, und US-Militärbasen auf deutschem Boden dienen der Koordination von Angriffen gegen Russland. Für Moskau stellt dies nicht nur einen Bruch politischer Zusagen dar, sondern eine fundamentale Gefährdung der eigenen Sicherheit.

Russische Stimmen argumentieren daher, wenn Deutschland den Vertrag de facto verletze, müsse man auch seinen völkerrechtlichen Status als souveräner Staat neu bewerten – ein Szenario mit erheblicher Sprengkraft.



Ukrainischer Panzer in der Ukraine: aus russischer Sicht befindet man sich in einem Existenzkampf gegen einer Wiederauflage des Faschismus, der vom Westen in der Ukraine unterstützt wird. Nachdem am Anfang des Konflikts immer wieder ukrainische Panzer mit Hakenkreuzen in der Presse aufgetaucht sind und für Empörung sorgten, hat man sich offenbar mit dem deutschen Balkenkreuz begnügt, das auch von der deutschen Wehrmacht genutzt wurde, ebenso von der Bundeswehr. Deshalb ist es weniger offensichtlich, mit der Nazi-Ideologie in Verbindung gebracht zu werden, erklärt aber letztendlich, warum dieses taktische Zeichen verwendet wird. Fast jeder ukrainische Panzer und jedes gepanzerte Fahrzeug ist mit diesem taktischen Zeichen versehen. Die russischen Panzer und gepanzerten Fahrzeuge sind in der Regel mit den taktischen Zeichen „Z“, „O“ oder „V“ versehen.

Russland und die Ukraine: Von Brüderlichkeit zu Verrat

Noch schwerer wiegt für Moskau das Gefühl, von der Ukraine verraten worden zu sein – jenem Brudervolk, das sich nun aus russischer Sicht in den Dienst der NATO gestellt hat. Dieses Empfinden mag im Westen befremdlich wirken, ist jedoch tief in der russischen Geschichtserfahrung verwurzelt.

Schon im Zweiten Weltkrieg war die Ukraine Schauplatz wechselhafter Loyalitäten, von Kollaboration und Widerstand. Und noch weiter zurück reichen Beispiele für als Verrat empfundene Handlungen, die die bilateralen Beziehungen bis heute belasten.

Ein paradigmatisches Beispiel ist der Kosakenhetman **Iwan Masepa** (1639–1709). Zunächst ein Verbündeter Russlands, besetzte er 1703 im Einvernehmen mit Zar Peter I. die rechtsufrige Ukraine. Doch nach wachsender Unzufriedenheit mit der Zarenherrschaft wechselte Masepa während des Nordischen Krieges die Seiten und versprach dem schwedischen König Karl XII. Unterstützung. Nach der Niederlage floh er und starb im osmanischen Exil [25].

In Russland gilt Masepa bis heute als Symbol des Verrats, in der Ukraine dagegen vielfach als Kämpfer für Unabhängigkeit. Diese unterschiedlichen historischen Narrative prägen bis heute die kollektive Identität beider Nationen – und erklären, weshalb Moskau die aktuelle Entwicklung als Wiederholung alter Muster wahrnimmt.

-
- [1] Geoffrey Roberts, *Stalin's Wars: From World War to Cold War, 1939–1953*, Yale University Press, 2006.
 - [2] Antony Beevor, *D-Day: The Battle for Normandy*, Viking, 2009.
 - [3] Tsuyoshi Hasegawa, *Racing the Enemy: Stalin, Truman, and the Surrender of Japan*, Harvard University Press, 2005.
 - [4] David Glantz, *August Storm: The Soviet Strategic Offensive in Manchuria*, Leavenworth Papers, 1983.
 - [5] Gar Alperovitz, *The Decision to Use the Atomic Bomb*, Vintage, 1996.
 - [6] NATO, *The North Atlantic Treaty*, 1949.
 - [7] Odd Arne Westad, *The Cold War: A World History*, Basic Books, 2017.
 - [8] Mary Kaldor, *New and Old Wars*, Stanford University Press, 2012.
 - [9] SIPRI Military Expenditure Database, 2023.
 - [10] NATO, *Organizational Structure*, Stand: 2024.
 - [11] *The Independent*, Zitat Richard Nixon, 21. Juni 1968.
 - [12] Hastings Lionel Ismay, zitiert in: Lawrence Kaplan, *NATO and the United States: The Enduring Alliance*, Twayne Publishers, 1994.
 - [13] George Robertson, Interview im Podcast *One Decision*, 2021.
 - [14] Rede Putins beim NATO-Gipfel in Bukarest, 4. April 2008.
 - [15] *Der Spiegel*, Interview mit Michail Gorbatschow, 9. Januar 2015.
 - [16] Mary Elise Sarotte, *Not One Inch: America, Russia, and the Making of Post-Cold War Stalemate*, Yale University Press, 2021.
 - [17] NATO, *Enlargement Chronology*, offizielle Dokumentation, Stand: 2020.
 - [18] NATO-Russland-Grundakte, Paris, 27. Mai 1997.
 - [19] Mary Kaldor, *New and Old Wars*, Stanford University Press, 2012.
 - [20] Mary Elise Sarotte, *1989: The Struggle to Create Post-Cold War Europe*, Princeton University Press, 2009, S. 230f.
 - [21] Ebenda.
 - [22] Mary Elise Sarotte, *Not One Inch: America, Russia, and the Making of Post-Cold War Stalemate*, Yale University Press, 2021, S. 122f.
 - [23] Stephen F. Cohen, *War with Russia?*, Hot Books, 2019.
 - [24] Zwei-plus-Vier-Vertrag, Moskau, 12. September 1990; vgl. Hans-Dietrich Genscher, *Erinnerungen*, Siedler Verlag, 1995.
 - [25] Serhii Plokhy, *The Gates of Europe: A History of Ukraine*, Basic Books, 2017, S. 94–99.

Geostrategie: Zankapfel Ukraine

Die Ukraine ist geopolitisch und wirtschaftlich aus mehreren Gründen von herausragender Bedeutung: Sie liegt in einer geostrategisch zentralen Position zwischen Russland und der Europäischen Union und könnte – zumindest theoretisch – als Brücke zwischen Ost- und Westeuropa dienen: politisch, kulturell, wirtschaftlich und geografisch zugleich.

Aufgrund ihrer Größe und geographischen Lage wäre die Ukraine prädestiniert, erheblichen Einfluss auf die gesamte Region auszuüben – so wie sie es historisch bereits tat. Das Land verfügt über beträchtliche natürliche Ressourcen: große Vorkommen an Kohle, Erdgas, Öl, Eisenerz und andere Bodenschätze. Ebenso besitzt es landwirtschaftlich nutzbare Flächen von enormer Fruchtbarkeit. Die Ukraine galt nicht zufällig als „Kornkammer Europas“ und war bis zum heutigen Konflikt einer der größten Getreideexporteure der Welt [1].

Darüber hinaus war die Ukraine ein zentrales Transitland für den Energie- und Handelsverkehr zwischen Russland und Europa. Mehrere wichtige Gas- und Ölpipelines durchqueren das Land und transportierten russische Energie nach Westen. Diese strategische Rolle verlieh Kiew erheblichen Einfluss und Verhandlungsmacht.

Vor Ausbruch des Krieges lebten in der Ukraine etwa 40 Millionen Menschen. Zieht man die Millionen Geflüchteten in westliche Staaten oder nach Russland sowie die Bevölkerung der von Russland kontrollierten Regionen Krim, Donezk, Cherson, Saporischschja und Luhansk ab, leben heute schätzungsweise aber nur noch 25 Millionen Menschen im Land. Damit war die Ukraine nicht nur territorial, sondern auch demografisch ein gewichtiger Faktor – ein Markt mit großem Konsumpotenzial, attraktiv für Investoren und Unternehmen.

Der Maidan 2014 und seine Folgen

Der entscheidende Wendepunkt war das Jahr 2014: Der sogenannte Euromaidan, der im Westen euphorisch als „Wende nach Europa“ gefeiert wurde, führte zum Sturz des demokratisch gewählten Präsidenten Viktor Janukowitsch. Aus russischer Perspektive jedoch handelte es sich um einen orchestrierten und vom Westen finanzierten Putsch [2].



2014 auf dem Maidan, in dessen Folge der ukrainische Präsident Janukowitsch gestürzt wurde, im Bild: Victoria Nuland (damals Assistant Secretary of State und danach bis 5. März 2024

Vizeausenministerin der Biden-Regierung) sowie der amerikanische Botschafter G. Pyatt beim Verteilen von Süßigkeiten an die oppositionellen Demonstranten. Frage: was haben amerikanische Politiker der amtierenden US-Regierung dort zu suchen?

Kurz nach dem Regierungswechsel schickte Kiew mit Rückendeckung durch den damaligen CIA-Chef seine Streitkräfte in den Donbass. Dort trafen sie auf zunächst unbewaffnete Demonstranten, die gegen die neue Zentralregierung protestierten. Aus Sicht Moskaus begann damit ein Bürgerkrieg gegen die eigene, russischsprachige Bevölkerung im Osten.

Russland reagierte, indem es nach einem Referendum der Krim-Bevölkerung vom 16. März 2014, bei dem sich eine deutliche Mehrheit für den Anschluss an die Russische Föderation aussprach, die damals halbautonome Halbinsel in seinen Staatsverband aufnahm. Parallel unterstützte Moskau separatistische Bewegungen in Donezk und Luhansk, die erklärten, sich gegen Repressionen und militärische Gewalt aus Kiew zur Wehr zu setzen.

Während der Westen diese Schritte als eklatanten Bruch des Völkerrechts und als Beginn russischer Aggression deutete, stellte Moskau dies als legitimen Schutz eigener Sicherheitsinteressen und der russischsprachigen Bevölkerung dar. Genau in dieser doppelten Lesart – Aggression auf der einen, Schutzbehauptung auf der anderen Seite – liegt der Kern des Konflikts.

Wirtschaftlicher Niedergang und geopolitische Bindungen

Auch ökonomisch begann mit dem Maidan eine Abwärtsspirale. Die bestehenden, tief verwurzelten wirtschaftlichen Verflechtungen mit Russland wurden von der neuen Regierung abrupt gekappt. An ihre Stelle traten keine gleichwertigen westlichen Alternativen.

Das Ergebnis war eine rapide Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage: Inflation, Arbeitslosigkeit, Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und der Niedergang der ukrainischen Industrie waren die Folgen. Gleichzeitig intensivierte sich die sicherheitspolitische Verflechtung mit der NATO. Auf ihrer offiziellen Website erklärt die NATO selbst, dass sie bereits seit 2014 Ausrüstung und finanzielle Unterstützung bereitgestellt, Zehntausende ukrainische Soldaten ausgebildet und Kiew in Manöver integriert habe [3]. Dies geschah acht Jahre vor dem russischen Einmarsch – eine Tatsache, die Moskaus Argumentation, es handle sich um einen Stellvertreterkrieg des Westens, nicht gänzlich von der Hand weist.



2017: Lindsey Graham, US-Senator von South Carolina, und John McCain, Senator von Arizona und ehemaliger republikanischer US-Präsidentschaftskandidat, während eines Besuchs beim damaligen Präsidenten Poroschenko und im Beisein von Militärs, 5 Jahre vor Russlands Angriff auf die Ukraine. Graham: "Your fight is our fight. 2017 will be the year of offense. All of us will go back to Washington and we will push the case against Russia." McCain zu den anwesenden Militärs: "I believe you will win. I am convinced you will win and we will do everything we can to provide you with what you need to win."

Identitätspolitik und „Entrussifizierung“

Unter Präsident Wolodymyr Selenskyj, der 2019 ins Amt kam, wurden Gesetze zur „Entrussifizierung“ verabschiedet. Russische Literatur, Musik und andere kulturelle Ausdrucksformen wurden verboten.

Publikationen dürfen seither nur noch auf Ukrainisch oder in den „indigenen Sprachen der EU“ erscheinen.

Dies bedeutete für viele Russischsprachige faktisch eine Herabstufung zu Bürgern zweiter Klasse. Aus russischer Perspektive stellte dies einen kulturellen Bruch dar: den Versuch, jahrhundertlange Verbundenheit auszulöschen und die russische Identität aus der Ukraine zu verdrängen.

Die Ukraine wurde so von einem potenziellen „Brückenstaat“ zwischen Ost und West zu einem geopolitischen Zankapfel. Während westliche Narrative sie als „Frontstaat der Demokratie“ beschreiben, betrachtet Russland sie als Teil seines historischen Kernlandes – und als letzte rote Linie gegenüber einer grenzenlosen NATO-Expansion.

Die gegensätzlichen Narrative – Demokratie gegen Autokratie, Selbstbestimmung gegen Einflusszonen, nationale Souveränität gegen imperiale Sicherheitsinteressen – überlagern und verstärken sich hier. Dass die Ukraine in diesem Spannungsfeld vom Bindeglied zum Schlachtfeld wurde, markiert die eigentliche Tragik ihrer geopolitischen Lage.

Notwendigkeit von Dialog und Verhandlungen

Um eine friedliche Lösung des Konflikts erreichen zu können, wäre es unerlässlich, die Vielschichtigkeit der Ursachen zu verstehen, Dialog zu fördern und auf diplomatische Lösungen zu setzen. Entgegen der Darstellung in westlicher Presse und Politik war es mit Ausnahme der US-Administration unter Donald Trump stets der Westen, der direkte Gespräche mit Russland verweigerte, während Moskau von Beginn an signalisierte, für Verhandlungen offen zu sein [4].

Bislang fanden fünf sogenannte „Friedenskonferenzen“ auf Initiative westlicher Staaten statt – stets auf Grundlage der „ukrainischen Friedensformel“. Diese sieht allerdings Bedingungen vor, die aus Moskauer Sicht einer Kapitulation gleichkommen: den vollständigen Rückzug russischer Truppen, Reparationszahlungen und ein internationales Kriegsverbrechertribunal. Für Russland, das die Oberhand im Kriegsgeschehen hat, besteht kein Anreiz, diesen Forderungen nachzukommen.

Ein gravierender Schönheitsfehler dieser Initiativen ist zudem, dass Russland als zentrale Konfliktpartei gar nicht eingeladen war. Die Tatsache, dass die militärische Lage gegen die Ukraine spielt, verstärkt den Eindruck, dass es sich um symbolische Veranstaltungen handelt, die mehr der Propaganda als der Lösung dienen.

Das Verbot von Verhandlungen durch Kiew

Ein markantes Hindernis für echte Friedensgespräche war zudem das Dekret des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj vom 4. Oktober 2022, das direkte Verhandlungen mit Präsident Wladimir Putin offiziell untersagte [5]. Damit wurde ein diplomatischer Weg praktisch blockiert.

Die letzte Friedenskonferenz im Juni 2024 im Schweizer Bürgenstock Resort offenbarte die Grenzen dieser Strategie. Mit der Ausrichtung dieser Konferenz und der gleichzeitigen Übernahme westlicher Sanktionen gegen Russland hat die Schweiz ihre traditionelle Neutralität faktisch aufgegeben. Der ukrainische „Friedensplan“ sah vor, dass Verhandlungen erst nach Erfüllung aller zehn Punkte möglich seien, darunter auch die Einrichtung eines internationalen Sondertribunals gegen russische Führungspersonen. Wäre Putin tatsächlich nach Bürgenstock gereist, hätte die Schweizer Justiz ihn daher unmittelbar verhaften müssen – ein Szenario, das die Absurdität dieses Formats deutlich macht.

Folgerichtig lehnten China und zahlreiche Staaten des globalen Südens – von Lateinamerika bis Afrika und Asien – die ukrainische Friedensformel ab, da eine ernsthafte Lösung nur unter Einbezug Russlands möglich sei. Dementsprechend unterschrieben neben westlichen Staaten kaum Länder die

gemeinsame Abschlusserklärung. Selbst Teilnehmer wie Saudi-Arabien, Mexiko, Indonesien, Libyen oder die Vereinigten Arabischen Emirate verweigerten ihre Zustimmung [6].

Putins Sichtweise

Präsident Putin erklärte in einem im Staatsfernsehen übertragenen Treffen mit Kommunalvertretern, dass der ukrainischen Staatlichkeit durch die Eskalationsstrategie Kiews ein „irreparabler Schlag“ drohe. Die sogenannte Friedensformel Selenskyjs sei nichts anderes als eine Fortsetzung des faktischen Verbots von Verhandlungen.

Ein Kernpunkt, so Putin, sei der geforderte Abzug russischer Truppen. Dies sei jedoch „unmöglich, weil niemand Russland zwingen könne, auf die eroberten Gebiete zu verzichten“. Die ukrainische Gegenoffensive des Sommers 2023 bezeichnete er als gescheitert. Spätestens danach, so seine Argumentation, hätte Kiew an den Verhandlungstisch zurückkehren müssen – zumal die Verluste auf ukrainischer Seite inzwischen in die Hunderttausende gingen [7].

Putin warf den ukrainischen Streitkräften zudem vor, Zivilisten in russischen Grenzregionen wie Belgorod zu beschießen, um von eigenen militärischen Misserfolgen abzulenken und gleichzeitig den westlichen Unterstützern Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Er betonte außerdem, der Krieg hätte bereits im März 2022 beendet werden können, wenn die Ukraine die im Rahmen der Verhandlungen von Istanbul erzielten Einigungen umgesetzt hätte. Doch, so Putin, die vom Westen gesteuerten „Dummköpfe“ in Kiew hätten sich entschieden, den Kampf fortzusetzen [8].

Eine ernsthafte Friedenssuche war auf westlicher Seite nicht erkennbar und wirkt widersprüchlich: Einerseits proklamiert der Westen den Wunsch nach Frieden, andererseits verweigert er Verhandlungen mit Moskau. Gleichzeitig blockiert Kiew Gespräche per Dekret. Solange eine Seite als zu verurteilender Aggressor gebrandmarkt wird und man ihr faktisch keine legitimen Sicherheitsinteressen zubilligt, erscheint eine Verhandlungslösung vorerst kaum möglich.

Unter der US-Administration von Trump gibt es zwar erkennbare Friedensfühler und direkte Gespräche mit Russland, wie der USA-Russland-Gipfel vom 18. August 2025 auf der US-Militärbasis Elmendorf-Richardson in Anchorage (Alaska) zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Donald Trump, und dem Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, zeit. Bei diesem Gipfel stand der thematische Schwerpunkt auf Fragen der europäischen Sicherheitsarchitektur im Kontext des seit 2022 andauernden Krieges in der Ukraine. Doch von einem Frieden ist man immer noch weit entfernt (Stand September 2025).

[1] Serhii Plokyh, *The Gates of Europe: A History of Ukraine*, Basic Books, 2017.

[2] Richard Sakwa, *Frontline Ukraine: Crisis in the Borderlands*, I.B. Tauris, 2015.

[3] NATO, *Relations with Ukraine*, offizielle Website, Stand 2014–2022.

[4] Dmitri Trenin, *Russia and the West: The 2022 Negotiations That Failed*, Carnegie Moscow Center, 2022.

[5] Präsidialerlass Nr. 679/2022, Büro des Präsidenten der Ukraine, 4. Oktober 2022.

[6] Bericht zur Ukraine-Friedenskonferenz, *Neue Zürcher Zeitung*, 16. Juni 2024.

[7] Wladimir Putin, Rede im Kreml, zitiert nach *Tass News Agency*, 14. Juli 2023.

[8] Protokoll der Istanbul-Gespräche, März 2022; siehe auch *Financial Times*, 28. März 2022.

Die Vorgeschichte des Ukrainekriegs und die Bedeutung der Krim

Der Ukraine-Konflikt begann nicht erst am 24. Februar 2022 mit dem Angriff Russlands auf ukrainisches Staatsgebiet. Differenziert betrachtet reichen seine Wurzeln mindestens bis ins Jahr 2014 zurück: mit dem Maidan-Putsch und den darauffolgenden Gewaltexzessen gegen die russischsprachige Bevölkerung auf der Krim und im Osten der Ukraine.

Die ukrainisch-russischen Beziehungen sind seit Jahrhunderten von Brüchen geprägt – von der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Imperien bis zu den politischen Systemwechseln des 20. Jahrhunderts. Während sich die Bevölkerung im Osten mehrheitlich mit der russischen Kultur identifiziert, fühlt sich der Westen stärker nach Mitteleuropa orientiert. Diese Spaltung verläuft jedoch nicht nur entlang geografischer Linien, sondern geht quer durch Gesellschaften und Familien.



Der ukrainische Staat ist ein unnatürliches und neuzeitliches Gebilde: nach dem von der Roten Armee gewonnenen Krieg gegen Nazi-Deutschland wurden polnische, rumänische, tschechische Gebiete der ukrainischen Sowjetrepublik als Teil der Sowjetunion zugeschlagen. 1954 wurde die Krim unter Chruschtschow, damals Ministerpräsident der Sowjetunion, der selbst Ukrainer war, an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik angegliedert und verblieb auch nach der Auflösung der UdSSR innerhalb des neuen, ukrainischen Staates.

Janukowitsch, das EU-Abkommen und der Maidan

Unter der Präsidentschaft von Wiktor Janukowitsch (2010–2014) erhoben sich Vorwürfe der Korruption, autoritären Regierungsführung und Unterdrückung der Opposition – freilich keine Ausnahme in einem Staat, dessen politische Eliten seit der Unabhängigkeit 1991 von ähnlichen Problemen geprägt waren. Janukowitsch versuchte, die Ukraine als wirtschaftliche Brücke zwischen Ost und West zu positionieren. Im November 2013 jedoch verweigerte er die Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens. Offiziell geschah dies aus Sorge vor Unruhen im Osten; inoffiziell auch

deshalb, weil das Abkommen eine militärische Zusammenarbeit vorsah – eine Vorstufe zur NATO-Mitgliedschaft, die Russland aus sicherheitspolitischen Gründen stets kategorisch ablehnte.

Diese „Last-Minute-Kehrtwende“ führte zu massiven Protesten, insbesondere in Kiew und im Westen des Landes, die vom Westen politisch und finanziell unterstützt wurden [1]. Die sogenannten „Euromaidan-Proteste“ mündeten im Februar 2014 in gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften, bei denen es zahlreiche Todesopfer auf beiden Seiten gab. Der Machtwechsel beendete die Amtszeit Janukowitschs abrupt und leitete eine radikale Westorientierung der Ukraine ein.

Die Annexion der Krim und geopolitische Dimensionen

Nur wenige Wochen später annektierte Russland die Krim. Ein von Kiew nicht anerkanntes Referendum führte mit überwältigender Mehrheit zum Votum für den Anschluss an Russland. Moskau begründete diesen Schritt mit dem Schutz der russischsprachigen Bevölkerung und der strategischen Bedeutung der Halbinsel, insbesondere für die Schwarzmeerflotte in Sewastopol [2]. Die Krim war schon vor 2014 von geostrategischer Bedeutung und besaß einen halbautonomen Status innerhalb der Ukraine. International jedoch wurde die Annexion mehrheitlich als Bruch des Völkerrechts verurteilt [3].

Die Krise war jedoch nicht allein durch innenpolitische Spannungen in der Ukraine bedingt. Ein tieferer Grund liegt in den geopolitischen Interessen und Einflüssen von außen: Das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen war hier ausschlaggebend, denn die Krim ist bereits seit Jahrhunderten ein Zankapfel internationaler Politik – ein Schlüsselraum zwischen Schwarzem Meer, Mittelmeer und osteuropäischem Machtgefüge. Schon der Krimkrieg im 19. Jahrhundert zeigte, dass es dem Westen stets auch darum ging, Russlands Zugang zum Mittelmeer einzuschränken.

Vor diesem Hintergrund wirkt es naiv, wenn westliche Politiker heute ihre Unterstützung für Kiew mit Begriffen wie „Selbstbestimmung“, „Demokratie“ und „Menschenrechte“ verklären. Die bedingungslose Parteinahme des Westens für die Ukraine folgt nicht altruistischen Prinzipien, sondern klaren geopolitischen Kalkülen. Dass dabei die Sicherheitsinteressen Russlands und die Gewalt gegen die russischsprachige Bevölkerung in der Ukraine kaum thematisiert oder gar verurteilt werden, spricht eine deutliche Sprache.

Nach der Annexion der vormals halbautonomen Provinz Krim entstanden auch separatistische Bewegungen in den Regionen Donezk und Luhansk. Mit russischer Unterstützung erklärten sie ihre Unabhängigkeit und gründeten selbsternannte „Volksrepubliken“. Damit weitete sich der Konflikt in die Ostukraine aus und bekam eine Dynamik, die bis heute ungelöst bleibt.

Die Schlüsselstellung der Krim und historische Verwurzelung

Die Krim ist eine Halbinsel zwischen dem nördlichen Schwarzen Meer und dem Asowschen Meer. Mit fast 27.000 Quadratkilometern und über zwei Millionen Einwohnern ist sie nicht nur geografisch bedeutend, sondern auch historisch vielschichtig. Bereits in der Antike siedelten hier Taurer und Kimmerer, gefolgt von Skythen, Römern, Byzantinern, Goten, Hunnen und Tataren. Später unterstand die Halbinsel Genuesern und Osmanen, ehe sie Ende des 18. Jahrhunderts Teil des Russischen Kaiserreichs wurde [4].

Nach dem russischen Bürgerkrieg fiel die Krim an die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik. Im Zweiten Weltkrieg war sie hart umkämpft und zeitweise von der Wehrmacht besetzt. Nach der Rückeroberung 1944 deportierte Stalin zahlreiche nicht-russische Ethnien. 1954 übertrug Nikita Chruschtschow die Krim an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik – offiziell aus

pragmatischen, geografischen Gründen, faktisch als symbolisches „Geschenk“. Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 blieb die Krim Teil der unabhängigen Ukraine, allerdings mit halbautonomem Status. Seit der Annexion 2014 übt Russland die faktische Kontrolle aus [5].

Die Krim ist für Russland strategisch unverzichtbar: der Hafen von Sewastopol ist einer der wenigen eisfreien Häfen Russlands auf der europäischen Seite und bietet direkten Zugang zum Mittelmeer. Diese geostrategische Bedeutung war schon im 18. Jahrhundert ausschlaggebend, als Russland die Halbinsel nach Kriegen mit dem Osmanischen Reich unter seine Kontrolle brachte [6].

Ein Blick auf die Weltkarte zeigt: trotz seiner gewaltigen Größe verfügt Russland nur über wenige nutzbare Seezugänge zu den Weltmeeren. St. Petersburg an der Ostsee friert im Winter teilweise zu, zudem kontrollieren Dänemark und Norwegen – beides NATO-Staaten – die Durchfahrt in den Atlantik. Der Hafen von Murmansk bleibt zwar eisfrei, liegt jedoch weitab vom russischen Kernland. Wladiwostok im Osten liegt am Japanischen Meer und ist im Winter von Eis bedeckt; zudem kontrollieren Japan und Südkorea die Durchfahrt in den Pazifik – zwei enge Verbündete der USA.

Die Krim bietet damit eine geographische Ausnahme: Sie verbindet Russland über das Schwarze Meer mit dem Mittelmeer und eröffnet damit Handels- wie auch Militärwege, die sonst versperrt wären.

Militärische und ökonomische Dimension

Etwa 90 Prozent des weltweiten Warenverkehrs erfolgt über die Schifffahrt auf den Weltmeeren. Damit sind eisfreie Häfen für Russland nicht nur militärisch, sondern vor allem auch ökonomisch von zentraler Bedeutung. Sewastopol liegt zudem in relativer Nähe zu den bevölkerungsreichen Regionen des europäischen Russlands. Militärisch ermöglicht die Krim die Kontrolle über das Schwarze Meer. Allerdings ist der Zugang ins Mittelmeer nur über den Bosphorus möglich – eine Meerenge, die die Türkei, ein NATO-Mitglied, im Kriegsfall aufgrund des Montreux-Abkommens von 1936 im Kriegsfall sperren darf [7].

Die Krim war seit Jahrhunderten geopolitischer Zankapfel. Im Krimkrieg von 1853–1856 kämpfte das Russische Reich gegen das Osmanische Reich, unterstützt von Frankreich, Großbritannien und Sardinien-Piemont. Mehr als eine halbe Million Soldaten fielen diesem Krieg zum Opfer. Schon damals versuchte der Westen, Russlands Zugang zum Mittelmeer zu blockieren – ein Muster, das bis heute fortwirkt [8].

Die demographische Realität

200 Jahre lang siedelten die russischen Zaren zunehmend ethnische Russen auf der Halbinsel an – eine Politik, die Stalin fortführte. Dadurch entwickelte sich eine mehrheitlich russischsprachige und prorussische Bevölkerung, was auch westliche Umfragen vor 2014 bestätigten [9]. Solange die Ukraine innerhalb der Sowjetunion Teil desselben Staatsgefüges war, blieb dies unproblematisch. Doch mit dem Machtwechsel nach dem Maidan 2014 sah Moskau die Sicherheit seiner Flotte, des Stützpunkts und der russischstämmigen Bevölkerung bedroht.

Das darauffolgende Referendum auf der Krim von 2014 – aus westlicher Sicht illegitim, aus russischer Sicht Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts – wurde schließlich der Anlass für die Annexion.

Für Moskau ist die Krim nicht verhandelbar. Wladimir Putin machte schon 2014 deutlich, dass Russland keinen Kompromiss akzeptieren werde, der die Schwarzmeerflotte oder den Anschluss der Halbinsel infrage stellt. Angesichts der militärischen Realität und der prorussischen Bevölkerungsmehrheit erscheint die westliche Forderung nach Rückgabe der Krim an die Ukraine als politische Illusion.



Die Ukraine hat eine komplexe Geschichte und Identität. Die Ukraine in den Grenzen, wie wir sie nach dem Zerfall der Sowjetunion kennen, entstand aus zahllosen Gebiets-Annexionen und -Zuordnungen.

-
- [1] Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): *Euromaidan 2013/14 – Hintergründe und Verlauf* (2019).
 - [2] Götz, Roland: *Russlands Krim-Politik: Motive und Folgen*. SWP-Studie, Berlin 2014.
 - [3] Internationaler Gerichtshof: *Gutachten zur Krim und zum Völkerrecht*, Den Haag 2015.
 - [4] Subtelny, Orest: *Ukraine. A History*. University of Toronto Press, 2009.
 - [5] Götz, Roland: *Russlands Krim-Politik: Motive und Folgen*. SWP-Studie, Berlin 2014.
 - [6] Lieven, Dominic: *Empire. The Russian Empire and Its Rivals*. Yale University Press, 2001.
 - [7] Übereinkommen von Montreux über den Bosphorus und die Dardanellen (1936).
 - [8] Figes, Orlando: *The Crimean War: A History*. Vintage Books, 2012.
 - [9] Pew Research Center: *Ukrainian Public Opinion Survey on Crimea* (2013).

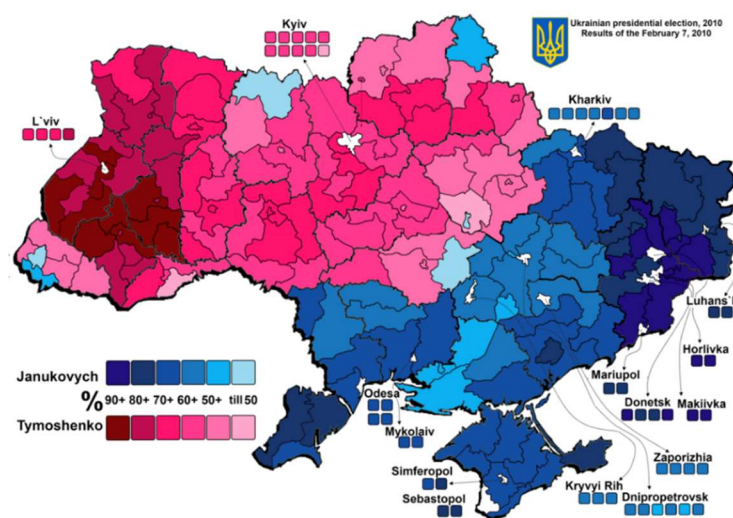
Eskalation und Kriegssituation bis zu den US-Wahlen 2024

Der Auslöser des Krieges- Inszenierung oder Revolution?

Die gängigen Narrative westlicher Medien blendeten von Anfang an aus, dass der Umsturz in der Ukraine 2014 nicht allein Ergebnis demokratischer Proteste war, sondern erheblich durch westliche Einflussnahme – insbesondere seitens der USA – befördert wurde. Ein veröffentlichtes Telefongespräch zwischen der damaligen US-Staatssekretärin Victoria Nuland und dem Botschafter Geoffrey Pyatt offenbarte sogar konkrete Planungen zur Besetzung der ukrainischen Regierung – noch bevor Präsident Janukowitsch gestürzt wurde [1]. Dieser Regierungswechsel, im Westen als Fortschritt gefeiert, erschien aus russischer Sicht als Bruch gegebener Zusicherungen und wurde als feindlicher Akt gewertet.

Der unmittelbare Auslöser der Krise war Janukowitschs Weigerung, das EU-Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen – ein Abkommen, das weitreichende wirtschaftliche Integration in den EU-Binnenmarkt sowie militärische Kooperationen vorsah [2]. Für Russland bedeutete dies eine schleichende geopolitische Verschiebung – samt der Gefahr eines NATO-Beitritts der Ukraine direkt vor seiner Haustür.

Warnungen zahlreicher Experten, dass eine NATO-Erweiterung in die Ukraine das Land zerreißen könnte [3], wurden von westlichen Politikern ignoriert. Über Jahre hatten die USA Milliarden in die Ukraine investiert – offiziell zur Demokratieförderung, faktisch zur strategischen Bindung an den Westen [4]. Nach dem Maidan 2014 intensivierte sich militärische Ausbildungsprogramme durch NATO-Truppen, was in Moskau den Eindruck verstärkte, dass man nicht länger tatenlos zusehen könne.



Präsidenten-Stichwahl im Jahr 2010. Der vorwiegend russischsprachige Osten und Südosten favorisierte den russlandfreundlichen Präsidenten Janukowitsch. © Offizielle Resultate der damaligen ukrainischen Regierung, die belegen, wie sehr die Ukraine gespalten war – im Westen pro EU, im Osten pro Russland.

Eskalation im Donbas

Die Abspaltung der Krim und der Ostukraine durch Volksreferenden und die massive Unterstützung Kiews durch den Westen führten zu einer chronischen Gewaltspirale. Tägliche Gefechte, hohe zivile Opferzahlen und westliche Waffenlieferungen prägten den Donbas-Konflikt – lange vor dem russischen Einmarsch 2022. Die Rolle des ultranationalistischen Asow-Regiments und gezielte Angriffe auf Separatistengebiete verschärften die Lage zusätzlich [5].

Die RAND-Corporation, ein zentraler Think Tank der US-Streitkräfte, empfahl 2019 explizit sogar eine Ausweitung westlicher Militärhilfe, Wirtschaftssanktionen und psychologischer Operationen zur Schwächung Russlands [6]. Die Ukraine wurde so zum geostrategischen Druckmittel – eine Strategie, die in Moskau zwangsläufig als weitere Provokation gelesen werden musste.

Verpasste Sicherheitsgarantien

Kurz vor Kriegsausbruch legte Russland im Dezember 2021 Entwürfe für gegenseitige Sicherheitsgarantien vor, die weder von den USA noch von der NATO beantwortet wurden [7]. Der ehemalige CIA-Russlandchef George Beebe sprach rückblickend von einer „Eskalationsfalle“: Das russische Veto gegen eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine sei nicht verhandelt, sondern provoziert worden [8]. Schon 2008 hatte der damalige US-Botschafter in Moskau, William Burns, vor einem NATO-Beitritt der Ukraine gewarnt. Für Russland sei dies ein nicht verhandelbarer „roter Faden“ [9]. Dennoch hielt der Westen am NATO-Versprechen fest und beschleunigte die militärische Integration.

Zwischen 2014 und 2022 war die westliche Politik gegenüber der Ukraine von einer doppelten Strategie geprägt: wirtschaftliche Integration und militärische Annäherung einerseits, politische Destabilisierung prorussischer Kräfte andererseits. Der russische Angriff im Februar 2022 war zweifellos ein Bruch des Völkerrechts – doch zugleich das Resultat eines jahrelangen geopolitischen Konfrontationskurses.

Die wiederholten Warnungen wurden ignoriert, diplomatische Angebote ausgeschlagen – stattdessen wurde das Konfliktpotenzial systematisch erhöht. Verantwortung tragen deshalb nicht nur Moskau, sondern auch Washington, Brüssel, London, Paris und Berlin.

Verpasste Chance auf Diplomatie

Der Krieg hätte verhindert werden können – und mit ihm die heute immer noch virulente Gefahr einer atomaren Eskalation. Dokumente auf der Website des russischen Außenministeriums belegen, dass Moskau am 15. Dezember 2021 den USA und der NATO Vertragsentwürfe über gegenseitige Sicherheitsgarantien vorlegte. Darin enthalten waren Vorschläge wie ein Stopp der NATO-Erweiterung, der Abzug von Atomwaffen aus Europa und die Etablierung regelmäßiger Konsultationen.

Natürlich konnte der Westen diese Forderungen nicht eins zu eins übernehmen. Doch sie hätten als Diskussionsgrundlage dienen können. Russland erklärte ausdrücklich, dass es diese Vorschläge als „Ausgangsbasis für ernsthafte Gespräche“ betrachte. Doch statt Gegenvorschlägen wiesen die USA und die NATO die Initiativen ab.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2022 verschärfte Präsident Wolodymyr Selenskyj die Rhetorik zusätzlich, indem er eine atomare Bewaffnung der Ukraine forderte – ein klarer Bruch des Budapester Memorandums von 1994 [10]. Für Putin war dies der endgültige Punkt, an dem Moskau die militärische Option wählte.

Der russische Einmarsch vom 24. Februar 2022 bleibt völkerrechtswidrig. Doch für eine ausgewogene Bewertung muss er in seinem historischen und geopolitischen Kontext verstanden werden. Wer den Konflikt ausschließlich auf diesen Tag datiert, läuft Gefahr, in eine vereinfachende Gut-Böse-Logik zu verfallen. Die Wirklichkeit ist komplexer – und die Trennlinien verlaufen selten gradlinig.

Der Westen als Kriegspartei?

Entgegen aller Dementi politischer Entscheidungsträger ist der Westen längst Kriegspartei geworden. Zunächst lockte man die Ukraine mit der NATO-Perspektive; als diese nicht sofort umgesetzt werden

konnte, begann seit 2008 eine schrittweise militärische Integration: verdeckte Waffenlieferungen, Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte nach NATO-Standards.

Mit Beginn des offenen Krieges beschränkte sich die Unterstützung zunächst auf humanitäre Hilfe und Defensivwaffen. Rasch jedoch folgten schwere Panzer, weitreichende Artillerie und schließlich Mittelstreckenraketen. Mithilfe westlicher Satellitennavigation und Geheimdienstinformationen griff die Ukraine zunehmend nicht nur militärische, sondern auch zivile Ziele in Russland an [11]. Ziel war offenbar, die Moral der russischen Bevölkerung zu erschüttern und politischen Druck auf den Kreml aufzubauen.

Die ukrainische Regierung wiederum hatte sich seit dem vom Westen unterstützten Maidan-Umsturz 2014 auf einen Bürgerkrieg eingelassen, der acht Jahre lang gegen die mehrheitlich russischsprachige Bevölkerung im Osten geführt wurde – mit über zehntausend toten Zivilisten [12]. Vor diesem Hintergrund erscheint es wenig überraschend, dass Russland sich und die Bevölkerung im Donbas sowie auf der Krim nicht als Aggressor, sondern als Verteidiger sieht.

Die Rhetorik des Westens und Kiews wurde zunehmend hysterisch. Mit der Lieferung von Langstreckenraketen und Kampfflugzeugen, die Ziele tief im russischen Kernland erreichen können, wurde ein weiterer Tabubruch vollzogen. Bereits zuvor hatte Washington internationale geächtete Streumunition geliefert [13]. Im November 2024 kündigten die USA schließlich sogar an, die Ukraine mit Antipersonenminen auszurüsten – ebenfalls völkerrechtlich geächtet [14].

Minsk als Täuschungsmanöver

Um den seit 2014 tobenden Bürgerkrieg im Osten zu beenden, wurden die Abkommen Minsk I (2014) und Minsk II (2015) geschlossen. Offiziell sollten sie Waffenstillstand und eine politische Lösung sichern. Vertragspartner waren u. a. die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, der französische Präsident François Hollande, der ukrainische Präsident Petro Poroschenko und Russlands Präsident Wladimir Putin sowie Vertreter der OSZE und der Separatisten [15].

Heute wissen wir, dass die Abkommen für Kiew und den Westen vor allem eine taktische Finte waren. Merkel räumte 2022 ein, Minsk habe der Ukraine lediglich „Zeit gegeben, sich aufzurüsten“ [16]. Hollande bestätigte, es sei um die „Stärkung der militärischen Position“ Kiews gegangen [17]. Tatsächlich hatte in den Jahren danach meist die Ukraine die vereinbarten Bestimmungen nicht umgesetzt, während Russland regelmäßig protestierte.

NATO-Erweiterung und gebrochene Zusagen

Russland protestierte ebenso gegen die 14 Runden der NATO-Osterweiterung zwischen 1999 und 2020 [18] – entgegen früheren westlichen Zusicherungen, dass es keine Ausdehnung „um keinen Zoll nach Osten“ geben werde. Der freiwillige Abzug der Roten Armee aus der DDR, der die deutsche Wiedervereinigung erst ermöglichte, war aus Moskauer Sicht ein Vertrauensvorschuss, der durch die NATO-Politik zunichtegemacht wurde.

Putins wiederholte rote Linie betraf stets eine nicht neutrale Ukraine als Teil der NATO. Für die Mehrheit der Russen gilt die Ukraine als „Brudernation“, als kulturelle Brücke zwischen West und Ost. Doch spätestens als Präsident Selenskyj auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2022 offen den NATO-Beitritt forderte und zudem eine nukleare Bewaffnung der Ukraine in Aussicht stellte – im klaren Widerspruch zum Budapester Memorandum von 1994 [19] –, war aus Moskauer Sicht das Fass übergelaufen.

Der russische Einmarsch 2022

Am 24. Februar 2022 zog Russland rund 150.000 Soldaten an der Grenze zur Ukraine zusammen, überschritt diese jedoch zunächst mit nur etwa 90.000 Mann. Damit trat die russische Armee gegen eine ukrainische Streitmacht an, die zahlenmäßig drei- bis viermal größer war [20].

Die westliche Presse behauptete unablässig, Moskau wolle die Ukraine vollständig unterwerfen, besetzen und die alte Sowjetunion wiederherstellen – die Ukraine sei dabei nur das erste Opfer. Doch schon ein nüchterner Blick auf die Truppenstärken zeigt, dass diese These propagandistischen Charakter hatte. Mit 90.000 Soldaten lässt sich weder ein Flächenstaat von über 600.000 km² noch eine Millionenstadt wie Kiew besetzen. Historische Vergleiche bestätigen dies: Deutschland setzte 1939 beim Überfall auf Polen 1,5 Millionen Soldaten ein [21], die Koalition gegen den Irak 1991 bei „Desert Storm“ musste rund 630.000 Mann aufbieten – für Kuwait, ein Land von der Größe Hessens [22].

Der russische Aufmarsch diente zunächst vor allem als Drohkulisse, um den lange ignorierten Sicherheitsforderungen Nachdruck zu verleihen. Der anschließende Einmarsch sollte die ukrainische Regierung an den Verhandlungstisch zwingen – was tatsächlich wenige Wochen später geschah.

Putins Kriegsziele

Putin forderte zu Beginn die „Entmilitarisierung“ und „Entnazifizierung“ der Ukraine sowie deren Neutralität. Zudem müsse die Krim als russisches Territorium anerkannt werden. Dies seien die Bedingungen für ein Kriegsende, ließ der Kreml nach Gesprächen mit dem französischen Präsidenten Macron verlauten [23].

Tatsächlich sah sich die Ukraine trotz zahlenmäßiger Überlegenheit militärisch in einer heiklen Lage. Russland stellte klar, dass seine Sicherheitsinteressen – vor allem der Ausschluss eines NATO-Beitritts – nicht länger ignoriert werden könnten.

Die eigentliche Schuld an der Eskalation, so die russische Sicht, lag darin, dass der Westen Moskau unterschätzte und auf Eskalation setzte: auf einen „Siegfrieden“ und sogar auf einen Regimewechsel in Russland. Doch ein „Regime-Change“ würde mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht zu einem Kurswechsel führen, sondern eine radikalere Regierung hervorbringen. Putin selbst bewahrte in der Krise kühlen Kopf und äußerte wiederholt die Hoffnung, nach dem Krieg wieder mit dem Westen kooperieren zu können [24].

Gescheiterte Friedensgespräche und Informationskrieg

Ende März/Anfang April 2022 fanden in Istanbul tatsächlich wenige Wochen nach Kriegsbeginn Friedensverhandlungen statt, die sogar kurz vor einer Einigung standen [25]. Doch westliche Regierungen untergruben den Prozess und ermutigten die Ukraine zum Weiterkämpfen – beflügelt von der Siegeszuversicht in der westlichen Öffentlichkeit. Mit Verweis auf das nie eindeutig aufgeklärte Massaker von Butscha wurden die Gespräche abrupt abgebrochen.

Obwohl oft behauptet wird, Moskau wolle keine Friedensgespräche, spricht vieles für das Gegenteil: Präsident Selenskyj verbot im Oktober 2022 per Dekret Verhandlungen mit Putin [26]. Zudem machten der Westen und Kiew einen bedingungslosen Abzug aller russischen Truppen zur Vorbedingung – eine Forderung, die faktisch jeden diplomatischen Prozess blockierte.

Wie in allen Kriegen war die Wahrheit auch hier das erste Opfer, denn rückblickend lässt sich feststellen: Der Westen behielt vor allem im Informations- und Propagandakrieg die Oberhand, während Russland in anderen Bereichen – militärisch, wirtschaftlich und geopolitisch – seine Position

behaupten oder gar stärken konnte [27]. Mit einer Prise Skepsis, Kritikfähigkeit und eigener Recherche gelangt man zu gänzlich anderen Schlüssen, als die offiziellen Narrative westlicher Politik und Medien suggerieren. Außerhalb des Westens, der heute nur noch etwa 15 % der Weltbevölkerung stellt [28], hat man einen deutlich differenzierteren Blick auf den Konflikt bewahrt. Deshalb ist absehbar, dass die Glaubwürdigkeit des Westens in der Welt im Ukrainekrieg irreparablen Schaden nehmen wird.

Die Geschichte zeigt: In vorangegangenen Konflikten – Vietnam, Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Syrien oder Libyen – ging es genauso wenig um Demokratie, Selbstbestimmung und Menschenrechte, sondern um handfeste geopolitische und ökonomische Interessen [29]. Staaten außerhalb des Westens, die selbst Kolonialerfahrungen machten, erkannten dieses Muster schnell – weshalb viele Russland nicht feindlich, sondern sogar mit Sympathie begegnen. Im Gegensatz zum westlichen Narrativ, die Welt sei „vereint gegen Russland“, sieht die Realität anders aus: Große Teile Asiens, Afrikas und Lateinamerikas bewundern Russland geradezu dafür, dass es praktisch im Alleingang einen Stellvertreterkrieg gegen die wirtschaftliche und militärische Macht des kollektiven Westens führt.

Westliche Presse als Propagandainstrument

Die westliche Presse hat im Ukrainekrieg auf breiter Front versagt. Informations- und Wahrheitsgehalt tendieren vielfach gegen Null [30]. Statt kritischer Berichterstattung dominiert ein propagandistischer Grundton. Kaum ein westlicher Journalist befasst sich ernsthaft mit der „anderen Seite“. Alternative Standpunkte werden ausgeblendet, kritische Stimmen stigmatisiert – mit Etiketten wie „Putin-Versteher“ oder „Russland-Troll“. Spätestens hier sollten bei kritikfähigen Medienkonsumenten alle Alarmglocken schrillen.

Hinzu kommt, dass westliche Medien begierig auf äusserst fragwürdige Quellen zurückgreifen: Meldungen des ukrainischen Generalstabs, Geheimdienstberichte aus London oder Washington, Aussagen einzelner Politiker oder gar Pentagon-Briefings. Dass Geheimdienste nicht Wahrheitsagenturen, sondern Werkzeuge politischer Einflussnahme sind, sollte eigentlich jedem klar sein [31].

Exorbitante Verlustzahlen und eingebettete Journalisten

Wie fragwürdig diese „Quellen“ sind, zeigt ein Beispiel: Die *Frankfurter Rundschau* titelte am 1. November 2024: „Russlands Verluste: fast 700.000 Soldaten getötet oder verwundet“. [32] Erst im Kleingedruckten erfährt der Leser, dass die Quelle der ukrainische Generalstab ist. Seriöse Analysten sprechen von regelrechten „Mythologien“ dieser Verlustzahlen, denn solche Übertreibungen dienen vor allem dazu, die „Heimatfront“ zu beruhigen und die milliardenschweren Geldströme des Westens in die Ukraine zu legitimieren. Das Ziel: den Eindruck zu erzeugen, ein „Endsieg“ über Russland sei greifbar – obwohl militärische Realisten genau das Gegenteil prognostizieren.

Nicht viel besser steht es um die großen westlichen Nachrichtenagenturen, von denen die meisten Medienhäuser unkritisch abschreiben. An der Front sind unabhängige Journalisten selten; wenn sie vor Ort sind, dann fast ausschließlich eingebettet in militärische Verbände. Wie schon im Zweiten Golfkrieg prägt diese Nähe zur kämpfenden Truppe die Berichterstattung: Eigene Verluste und Gräueltaten bleiben meist unsichtbar, während das Leid der „anderen Seite“ überzeichnet wird [33]. So wird die „eigene Seite“ automatisch zur Opferseite stilisiert, während die „andere Seite“ zum Täter erklärt wird. Objektivität ist unter diesen Bedingungen kaum möglich.

Das Framing des „unprovozierten Angriffskriegs“

Westliche Medien nennen den russischen Angriff in der Regel „unprovozierten Angriffskrieg“ (*unprovoked, full-scale invasion*). Doch wie zuvor ausgeführt wurde, war die Invasion weder

„unprovziert“ noch eine „Großoffensive“ im Sinne einer Besetzungsstrategie. Das Framing dient dazu, den Medienkonsumenten gar nicht erst auf die Idee kommen zu lassen, diese Narrative zu hinterfragen. Russland wird damit in das historische Muster des NS-Angriffs auf Polen 1939 eingeordnet – ein rhetorisch wirksamer, aber historisch fragwürdiger Vergleich [34].

Die Ukraine ist nämlich keineswegs das „unschuldige Opfer“, als das sie im Westen dargestellt wird. Vielmehr ist sie auch Akteurin, die gezielt auf Eskalation setzt und den Krieg nutzt, um westliche Unterstützung zu mobilisieren. Nicht zufällig sprechen Kritiker von einer „Geldwaschanlage gigantischen Ausmaßes“.

Im *Corruption Perceptions Index* von Transparency International lag ausgerechnet die Ukraine 2023 mit 36 Punkten auf Platz 104 von 180 Staaten – gleichauf mit Gambia, Sambia und Äthiopien. Zum Vergleich: Deutschland erreichte 78 Punkte (Platz 9), Spitzenreiter war Dänemark mit 90 Punkten (Platz 1) [35]. Die strukturelle Korruption im Land ist ein Faktor, der im westlichen Diskurs ebenfalls systematisch ausgeblendet wird.



Gezielter, ukrainischer Raketenangriff auf Neujahres-Eislaufdielen im Zentrum von Belgorod (Russland) am 30. Dezember 2023: je nach Quelle bis zu 25 Tote, zum Zeitpunkt des Einschlags liefen dort Erwachsene und Kinder Schlittschuh.



Die Ukraine hat die Stadt Sewastopol auf der Krim mit aus den USA gelieferten ATACMS-Raketen beschossen, die zudem mit geächteter Streumunition bestückt waren. 4 konnten abgefangen werden. Auf dem Bild sieht man die vielen Einschläge durch die Streumunition im Meer deutlich. Es wurden 5 Zivilisten, darunter 3 Kinder, getötet und über 124 verletzt, darunter 27 Kinder. Die Regierung in Kiew bezeichnete die Opfer des Angriffs lapidar als „zivile Besatzer“.

Der sabotierte Frieden nach Kriegsausbruch

Als Russland am 24. Februar 2022 in die Ukraine einmarschierte, geschah dies – entgegen dem westlichen Narrativ – nicht mit dem Ziel, die gesamte Ukraine zu erobern, sondern um mit militärischem Druck Kiew zu Verhandlungen zu bewegen. [1] Noch in den ersten Kriegstagen rief Präsident Wolodymyr Selenskyj den israelischen Premierminister Naftali Bennett an und erklärte sich bereit, auf den geplanten NATO-Beitritt zu verzichten. Bennett flog am 5. März 2022 in einem vom israelischen Geheimdienst bereitgestellten Jet nach Moskau. Sein Eindruck: „Beide Seiten hatten großes Interesse an einem Waffenstillstand.“ [2]

Als Zeichen des guten Willens zog die russische Armee daraufhin aus der Umgebung Kiews ab. In der westlichen Presse wurde dies später als „militärischer Sieg“ der Ukraine gefeiert – tatsächlich handelte es sich um einen freiwilligen Rückzug Russlands, um ein positives Klima für Friedensverhandlungen zu ermöglichen. [3] Die ersten und bislang letzten direkten Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Russland fanden in Istanbul am 29. März 2022 im Dolmabahçe-Palast statt und dauerten bis Ende April desselben Jahres. Laut Bennett war das Abkommen im Detail mit Deutschland und Frankreich abgestimmt, sei dann jedoch von Boris Johnson und Joe Biden blockiert worden. Sein Urteil: „Ich glaube, das war ein Fehler.“ [4]

Warum der Westen den Frieden verhinderte

Russland beteuerte bereits am Tag des Einmarsches seine Gesprächsbereitschaft. Die Darstellung westlicher Politiker, Moskau habe eine vollständige Besetzung der Ukraine beabsichtigt, erscheint vor diesem Hintergrund wenig plausibel – zumal die Zahl der eingesetzten Soldaten für eine solche Operation völlig unzureichend gewesen wäre [5] – wie im vorangegangenen Kapitel bereits dargestellt.

Stattdessen setzte der Westen auf eine andere Strategie: parallel zum Krieg wurde ein umfassender illegaler Wirtschaftskrieg gegen Russland eröffnet, während die Ukraine mit Geld, Waffen und Geheimdienstinformationen unterstützt wurde. Die Erwartung: ein schneller und billiger Sieg über Russland, ohne eigene Soldaten riskieren zu müssen. [6]

Ende März 2022 war die Stimmung in den meisten westlichen Hauptstädten so optimistisch, dass Friedensverhandlungen nicht mehr opportun erschienen. Die NATO-Staaten – insbesondere die USA und Großbritannien – wollten den militärischen Sieg erzwingen. [7]



Friedensverhandlungen in Istanbul Ende März: russische und ukrainische Verhandlungsteams standen kurz vor einer Einigung.

Pyrrhussiege und ihre Folgen

Im September 2022 schien der Sieg auch tatsächlich in greifbarer Nähe zu sein: die Ukraine konnte bei Charkiw und Cherson Geländegewinne verbuchen, die in westlichen Medien als strategischer Triumph

gefeiert wurden. Schlagzeilen lauteten: „In wenigen Wochen 50 % der besetzten Gebiete zurückerobert“ oder „russische Armee auf der Flucht“. Tatsächlich handelte es sich um geordnete Rückzüge der damals zahlenmässig unterlegenen russischen Armee, die der Ukraine bei cleveren Rückzugsgefechten erhebliche Verluste zufügte – mehrere ukrainische Brigaden wurden vollständig aufgerieben. [8]

Dieser vermeintliche Sieg, der ein Pyrrhussieg war, war teuer erkaufte: Schätzungen gehen allein im ersten Kriegsjahr von über 100.000 ukrainischen Gefallenen aus. [9] Spätestens mit der russischen Teilmobilmachung im Herbst 2022 kippte das Kräfteverhältnis an Soldaten langsam, aber sicher endgültig zugunsten Moskaus.

Stimmen der Zeitzeugen

Mehrere Primär- und Sekundärquellen bestätigen, dass der Westen die Istanbul Gespräche sabotierte:

- Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu sagte am 20. April 2022: „Einige NATO-Staaten wollten, dass der Krieg weitergeht, um Russland zu schwächen.“ [10]
- Michael von der Schulenburg, ehemaliger UN-Assistent-Secretary-General, berichtete, die NATO habe am 24. März 2022 beschlossen, die Verhandlungen nicht zu unterstützen. [11]
- John Mearsheimer, Politikwissenschaftler an der University of Chicago: „Die USA machten der Ukraine klar, dass Neutralität nicht akzeptabel sei. Wir wollten keinen Deal mit Russland.“ [12]
- General Harald Kujat, ehemaliger Vorsitzender des NATO-Militärausschusses: „Der Krieg hätte bereits im Frühjahr 2022 beendet werden können.“ [13]

Noch am 27. März 2022 hatte Selenskyj öffentlich die vorläufigen Ergebnisse der Friedensgespräche verteidigt – doch am 9. April 2022 reiste Boris Johnson nach Kiew und drängte Selenskyj, das Abkommen nicht zu unterzeichnen. [14] Tage darauf dominierten die Bilder des angeblichen „Massakers von Butscha“ die Schlagzeilen – ein Ereignis, das die Verhandlungen endgültig scheitern liess.

Warum Washington auf Eskalation setzte

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin erklärte am 25. April 2022 in Kiew offen, Ziel sei es, Russland „dauerhaft militärisch und wirtschaftlich zu schwächen“. [15] Am folgenden Tag formulierte er in Ramstein den militärischen Sieg der Ukraine als strategisches Ziel. Im Gegensatz dazu betonte Präsident Putin am 21. September 2022: „Nach den Gesprächen in Istanbul äusserten sich die Kiewer Vertreter positiv zu unseren Vorschlägen. Aber eine friedliche Lösung passte dem Westen nicht – weshalb Kiew befohlen wurde, diese Vereinbarungen zunichtezumachen.“ [16]

Diese Vereinbarungen hätten vorgesehen, dass Russland sich aus allen seit dem 24. Februar 2022 besetzten Gebieten zurückzieht, während die Ukraine auf einen NATO-Beitritt verzichtet.

Dass diese Option scheiterte, kostete nach seriösen Schätzungen über 90 % der über 1 Million bis heute gefallenen ukrainischen Soldaten das Leben [17] und Russland hätte sich territorial damals noch mit der Krim begnügt. Denn erst ein halbes Jahr später vom 23. bis 27. September 2022 wurden die Referenden in den selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk sowie in den von Russland besetzten Teilen der Oblaste Cherson und Saporischschja durchgeführt, die mehrheitlich für einen Anschluss an Russland optierten. Heute stehen diese Gebiete aus russischer Sicht für einen Kompromissfrieden nicht mehr zur Debatte.

Das Massaker von Butscha

Kiew und der Westen warfen Russland Anfang April 2022 – nur einen Monat nach Kriegsbeginn – vor, in Butscha ein Massaker an Zivilisten verübt zu haben. [18] Dies geschah während laufender Friedensgespräche in Istanbul. Bis heute existiert jedoch keine offizielle internationale Untersuchung, und Kiew hat trotz wiederholter Anfragen keine vollständige Liste der angeblich getöteten Zivilisten veröffentlicht. [19]

Russlands Außenminister Sergej Lawrow erinnerte den UN-Generalsekretär António Guterres im September 2023 beim G20-Gipfel erneut daran, dass Moskau weiterhin auf die Offenlegung der Namen warte. [20] Guterres antwortete lapidar, dies liege nicht in seiner Kompetenz.

Ungereimtheiten

Die Bilder von Leichen auf den Straßen Butschas gingen Anfang April 2022 um die Welt. Auffällig ist: Am 31. März – also nach dem freiwilligen Abzug der russischen Truppen – verkündete der Bürgermeister in einer Videobotschaft die „Befreiung“ seiner Stadt, ohne ein Wort über Massaker zu verlieren. [21] Am 2. April rückten weitere Teile der ukrainischen Armee in die Stadt ein und begannen eine „Säuberungsaktion“ gegen angebliche russische Kollaborateure. Am Tag darauf erschienen die international verbreiteten Fotos.

Zahlreiche Opfer trugen weiße Armbinden – eigentlich ein Erkennungszeichen prorussischer Zivilisten oder Kollaborateure. Ukrainische Soldaten nutzten hingegen gelbe, blaue oder türkisfarbene Binden. [22] Dass ausgerechnet Personen mit prorussischer Markierung tot aufgefunden wurden, legt nahe, dass die Exekutionen von ukrainischer Seite ausgingen.

Die russischen Truppen hatten Butscha bereits am 30. März vollständig verlassen. [23] Wenn Russland tatsächlich ein Massaker verübt hätte, stellt sich die Frage, warum die Armee weder Spuren beseitigte noch Leichen entfernte – zumal Russland zu diesem Zeitpunkt mitten in Friedensverhandlungen stand.

Fehlende Aufklärung

Russland forderte mehrfach neutrale internationale Untersuchungen, erhielt jedoch keine Antwort. [24] Stattdessen erklärten westliche Regierungen die Vorfälle ohne Beweise zu erwiesenen Kriegsverbrechen. Kritische Fragen blieben tabu – in Deutschland kann das Infragestellen der offiziellen Darstellung sogar strafrechtliche Folgen haben. [25]

Ein tschechischer Söldner, Filip Šimán, sagte 2024 vor Gericht aus, bei den Ereignissen in Butscha dabei gewesen zu sein. Er berichtete von Plünderungen, Vergewaltigungen und Morden durch ukrainische Nationalisten und ausländische Söldner. [26] Westliche Medien ignorierten diese Aussagen.

Politische Funktion

Der Zeitpunkt wirft Fragen auf: Ende März 2022 standen die Friedensverhandlungen in Istanbul kurz vor einem Abschluss. Russland hatte sogar den Abzug aus dem Kiewer Umland als Geste des guten Willens angeordnet. [27] Butscha jedoch dominierte plötzlich die Schlagzeilen und zerstörte das politische Klima für Verhandlungen.

Mehrere Stimmen aus der Diplomatie bestätigten später, dass westliche Staaten – allen voran die USA und Großbritannien – kein Interesse an einem schnellen Frieden hatten, da man auf eine strategische Schwächung Russlands setzte. [28]

Drei Jahre später

Im März 2025 forderte Russland wiederholt eine internationale Untersuchung. Das Außenministerium in Moskau sprach von einer „blutigen Inszenierung“ des Selenskyj-Regimes und seiner westlichen Unterstützer. [29] Sprecherin Maria Sacharowa erklärte, die Darstellung eines Massakers sei vorschnell und ohne Beweise verbreitet worden – als Vorwand, um die Friedensgespräche abubrechen.

Bis heute hat die Ukraine keine vollständige Opferliste vorgelegt. Dass das Thema in vielen westlichen Ländern tabuisiert wird, verstärkt den Verdacht einer gezielten Instrumentalisierung.

Ob Butscha ein Kriegsverbrechen oder eine „False-Flag“-Operation war, bleibt ungeklärt. Fakt ist: Eine unabhängige Untersuchung hat nie stattgefunden. Die Vorfälle von Butscha markierten nicht nur einen medialen Wendepunkt, sondern auch das abrupte Ende realistischer Friedensgespräche. Damit wurde eine frühe Friedenschance geopfert – mit verheerenden Folgen: hunderttausenden Toten, einer zerstörten Ukraine und einem destabilisierten Europa.

[1] Vgl. John Mearsheimer: *Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault*, *Foreign Affairs*, 2014.

[2] Naftali Bennett, Interview mit Channel 12, Februar 2023.

[3] *Haaretz*, „Bennett: Russia Offered Ceasefire in March 2022“, 06.02.2023.

[4] Ebd.

[5] IISS, *The Military Balance* 2022.

[6] Michael von der Schulenburg: *Krieg in der Ukraine – Hintergründe und Folgen*, 2022.

[7] *Financial Times*, „West Hopes for Ukraine Victory“, April 2022.

[8] *New York Times*, „Ukraine's Advances and Russia's Retreats“, 15.09.2022.

[9] RAND Corporation, *Attrition in the Ukraine War*, 2023.

[10] CNN Türk, Interview mit Mevlüt Çavuşoğlu, 20.04.2022.

[11] Schulenburg, Vortrag, Berlin, Juni 2022.

[12] John Mearsheimer, Lecture, University of Chicago, 2022.

[13] Harald Kujat, Interview bei *Cicero*, 12.10.2022.

[14] *The Guardian*, „Boris Johnson's Visit to Kyiv“, 10.04.2022.

[15] US Department of Defense, Statement Lloyd Austin, 25.04.2022.

[16] Rede Wladimir Putin zur Teilmobilmachung, 21.09.2022.

[17] *Le Monde*, „Ukraine War Casualties“, Juli 2024.

[18] *BBC*, „Bucha massacre: What we know“, 12.04.2022.

[19] UN Human Rights Monitoring Mission Ukraine (OHCHR), Report 2023.

[20] *RIA Novosti*, Bericht über Lawrows G20-Auftritt, 09.2023.

[21] Videobotschaft des Bürgermeisters Anatolij Fedoruk, 31.03.2022.

[22] *New York Times*, „Armbands in Bucha killings“, 10.04.2022.

[23] Russisches Verteidigungsministerium, Pressebriefing, 31.03.2022.

[24] UN-Sicherheitsratsprotokolle, April–Mai 2022.

[25] Deutsches Strafgesetzbuch §130, „Volksverhetzung“ (Ausweitung 2022 auf Kriegsverbrechen).

[26] Prozessakten Prag, Fall *Filip Šimán*, 2024.

[27] Naftali Bennett, Interview, *Channel 12* Israel, 02.2023.

[28] John Mearsheimer, Lecture University of Chicago, 2022; Mevlüt Çavuşoğlu, CNN Türk, 20.04.2022.

[29] Russische Außenministeriums-Pressekonferenz, 03.2025.

Provozierter Krieg: Chronologie der Eskalation

Dass der Westen von langer Hand auf eine Konfrontation mit Russland hinarbeitete, ist inzwischen kaum mehr zu leugnen. Doch in der Weltöffentlichkeit fällt es leicht, Russland als alleinigen Aggressor zu brandmarken – sofern man die Vorgeschichte ausblendet: den Maidan-Putsch 2014, den anschließenden Bürgerkrieg im Donbass und schließlich die Wahl Wolodymyr Selenskyjs 2019.

Schon wenig später nach Selenskyjs Wahl trafen sich die Staatsechefs Russlands, der Ukraine, Deutschlands und Frankreichs im Rahmen des Normandie-Formats in Paris. Selenskyj erklärte dort, er werde das Minsker Abkommen nicht umsetzen, mit dem der Bürgerkrieg im Donbass hätte entschärft werden sollen. Damit war allen klar, dass ein Konflikt mit Russland heraufbeschworen werden könnte. [1]

Kiew rüstete weiter auf und begann konkrete Kriegsvorbereitungen – ein Fakt, den der Chef des ukrainischen Sicherheitsrates, Alexej Danilow, 2022 offen zugab. Auch Selenskyj bestätigte dies später in einem Interview mit dem *Spiegel*. [2]

Selenskyj war vor seiner Wahl noch mit dem Versprechen angetreten, die gesplattene Ukraine zu einen. Tatsächlich aber forcierte er im Einklang mit seinen westlichen Partnern eine Eskalationsstrategie, die den Krieg nahezu zwangsläufig machte. Der Westen ermunterte die Ukraine moralisch, finanziell und militärisch, den Konfrontationskurs weiterzuführen – selbst als unmittelbar nach Kriegsausbruch die Friedensgespräche von Istanbul 2022 kurz vor einem Durchbruch standen. Statt auf Deeskalation setzte man auf den Traum vom „russischen Zusammenbruch“.

Die Euphorie war groß, weil die russische Armee zu Beginn des Krieges ein durchwachsendes Bild abgab. Viele im Westen hielten Russland für einen „Koloss auf tönernen Füßen“ – ein fataler Irrtum, an dem schon Napoleon, Hitler und andere Größenwahnsinnige gescheitert waren. [3]

Die neue Linie aus Washington

Im Januar 2021 wurde Joe Biden US-Präsident. Anders als sein Vorgänger Donald Trump, der Eskalationen vermeiden wollte, signalisierte Biden gegenüber Selenskyj grünes Licht. Kurz darauf begann Kiew, massiv gegen die Opposition vorzugehen: Der Chef der größten Oppositionspartei wurde unter Hausarrest gestellt, oppositionelle Medien verboten. [4]

Nur zwei Monate später, am 24. März 2021, unterzeichnete Selenskyj das Dekret Nr. 117 – die „Strategie zur De-Okkupation der Krim“. Damit legte er offen die Rückeroberung der Krim und eine gewaltsame Lösung des Donbass-Konflikts fest. [5]

Im April 2021 kündigte die Biden-Regierung den Abzug aus Afghanistan an. Kritiker sahen bereits damals einen Zusammenhang: Die USA wollten freie Hand für ein neues geopolitisches Projekt – die Ukraine. [6]

Im Juni 2021 trafen sich Putin und Biden zu einem Gipfel. Eine Annäherung blieb aus. Nur drei Monate später flohen NATO- und US-Truppen überstürzt aus Afghanistan – offenbar hatten sie es eilig, denn kaum war der Rückzug vollzogen, unterzeichneten die USA mit der Ukraine zwei zentrale Abkommen: am 30. August 2021 ein Militärkooperationsabkommen, am 10. November 2021 eine „Strategische Partnerschaft“. Darin hieß es, die USA würden die „Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen“ unterstützen – einschließlich der Krim. [7]

Parallel beendeten Deutschland und Frankreich im November 2021 faktisch das Minsker Abkommen. Im Dezember 2021 erklärten sowohl Berlin als auch Paris in diplomatischen Gesprächen mit Moskau und Kiew, dass Minsk II keine tragfähige Grundlage mehr für eine Lösung des Konflikts sei. Über diesen

Epochenbruch berichteten westliche Medien kaum. Bundeskanzlerin Angela Merkel bestätigte im Dezember 2022 in einem Interview mit der *Zeit*, Minsk sei „ein Versuch gewesen, der Ukraine Zeit zu verschaffen“ – also nicht zur Umsetzung gedacht, sondern um Kiew aufzurüsten. Auch der damalige französische Präsident François Hollande bestätigte später diese Darstellung: Auch er habe Minsk als Mittel gesehen, die Ukraine militärisch zu stärken. Und der ukrainische Ex-Präsident Petro Poroschenko sagte Ähnliches im Juni 2022 in einem BBC-Interview.

Bereits ab Herbst 2021 bereiteten Washington und Brüssel Sanktionen gegen Russland vor. [8] Damit war klar: Ein Krieg in der Ukraine war nicht nur einkalkuliert, sondern im Westen auch erwünscht.

Im Dezember 2021 forderte Moskau ultimativ gegenseitige Sicherheitsgarantien und den Abzug von NATO-Truppen aus der Ukraine. Man warnte, im Falle einer Ablehnung „militärtechnisch“ reagieren zu müssen. Der Westen lehnte ab. Damit war allen Verantwortlichen klar: Ein Krieg war unausweichlich. [9]

Die westliche Standardformel, die Ukraine habe als souveräner Staat das Recht, selbst über Bündnisse zu entscheiden, ist moralisch nachvollziehbar, aber politisch naiv. Auch die USA akzeptierten 1962 nicht, dass die Sowjetunion Raketen auf Kuba stationierte – die Kubakrise führte damals beinahe zum Atomkrieg. Gelöst wurde sie nicht durch Prinzipien, sondern durch Kompromisse: Abzug der Raketen von Kuba im Gegenzug zum Rückzug amerikanischer Raketen aus der Türkei.

Ein neutraler Status der Ukraine hätte den heutigen Krieg verhindern können.

Januar 2022 – die Weichen sind gestellt

Der damalige US-Botschafter in der Schweiz, Scott Miller, erklärte später offen, dass Washington bereits Anfang Januar 2022 „Geheimdienstinformationen über die Invasion“ gehabt habe. [10] Das bedeutet: Während man offiziell noch über Sicherheitsgarantien verhandelte, hatte die US-Regierung längst beschlossen, nicht einzulernen – und bereitete Sanktionen vor.

Ende Januar 2022 brachte der US-Kongress das *Ukraine Democracy Defense Lend-Lease Act* ein – einen Monat vor dem russischen Einmarsch. Parallel lehnten die USA und die NATO russische Sicherheitsvorschläge ab. [11] Dies war ein entscheidender Eskalationsschritt der USA, denn das Gesetz griff bewusst die historische Erinnerung an das Lend-Lease-Programm des Zweiten Weltkriegs auf, mit dem Washington einst Großbritannien und die Sowjetunion mit Waffen und Nachschub über Wasser hielt. Das neue Gesetz erlaubte es der US-Regierung, Rüstungsgüter, Munition und Ausrüstung direkt an die Ukraine zu liefern, ohne die üblichen parlamentarischen Prüfungen und Exportbeschränkungen. Die Ukraine musste diese Lieferungen nicht sofort bezahlen; formal handelte es sich um „Leihe oder Miete“, in der Praxis jedoch um eine offene Kreditlinie – ein Blankoscheck für Waffenlieferungen. Seine Bedeutung lag weniger in den praktischen Details, sondern in der Signalwirkung: Die USA machten unmissverständlich klar, dass sie nicht auf eine schnelle Beendigung der Kämpfe setzten, sondern den Krieg systematisch und langfristig anlegten. Das Narrativ vom „Schutz der Demokratie“ überdeckte dabei die nüchterne Tatsache, dass Washington eine Kriegsökonomie zugunsten Kiews in Gang setzte – ein Vorratsbeschluss, der Waffenströme für Jahre absichern sollte.

Kritiker sahen darin den endgültigen Beweis, dass es den USA nicht um einen schnellen Frieden, sondern um einen langen Abnutzungskrieg ging, dessen eigentlicher Adressat Moskau war. Die Ukraine geriet damit – ähnlich wie im Zweiten Weltkrieg die Empfängerländer des historischen Lend-Lease – in eine neue Form politisch-ökonomischer Abhängigkeit. Das Gesetz wirkte wie ein unscheinbarer Verwaltungsakt, war jedoch de facto eine Kriegserklärung auf Raten.

Die Eskalation von München

Am 19. Februar 2022, nur Tage vor dem Krieg, erklärte Selenskyj auf der Münchner Sicherheitskonferenz unter Applaus, die Ukraine könne Atomwaffen erwerben. [12] Für Moskau war dies eine existenzielle Bedrohung und brachte das Fass endgültig zum Überlaufen.

Drei Tage später, am 21. Februar, erkannte Russland die nach Unabhängigkeit strebenden Donbass-Republiken an und schloss Beistandsverträge. Am 24. Februar begann die russische Militäroperation. Wenige Wochen später stand die russische Armee bereits vor Kiew.

Die Eskalation war kein „Überfall aus dem Nichts“, sondern das Ergebnis jahrelanger Fehlentscheidungen, gebrochener Abkommen und bewusster Provokationen. Der Westen hat mit Sanktionen, politischen Signalen und strategischen Verträgen die Eskalationsspirale in Gang gesetzt. Russland reagierte – zwar brachial und völkerrechtswidrig, aber aus seiner Logik erklärbar.

Wer heute Russland isoliert als Aggressor darstellt, blendet die Vorgeschichte aus und wiederholt den Fehler, Geschichte auf Schlagzeilen zu reduzieren, statt auf Ursachen zu blicken.

Stellvertreterkrieg zur strategischen Schwächung Russlands

Wie bereits erwähnt, fanden am 29. März 2022 in Istanbul Verhandlungen zwischen Kiew und Moskau über ein Ende des Krieges statt. Die Ukraine schlug dabei vor, die Krim als russisches Territorium anzuerkennen und für den Donbass eine Verhandlungslösung zu finden. Darüber hinaus sagte Kiew zu, keine ausländischen Truppen im Land zu stationieren und nicht der NATO beizutreten – ein EU-Beitritt hingegen sollte möglich bleiben. Russland erklärte sich bereit, seine Truppen als Zeichen des guten Willens aus der Region Kiew zurückzuziehen. Dieser Rückzug erfolgte kampflos und aus einer Position relativer Stärke, wurde in westlichen Medien jedoch sofort als militärische Niederlage Russlands umgedeutet. [13]

Nur wenige Tage später, am 3. April 2022, erschienen Meldungen über angebliche Massaker der russischen Armee in Butscha. Wie bereits dargestellt, spricht vieles dafür, dass es sich um eine Inszenierung handelte. Dennoch wurde der Vorfall als erwiesenes russisches Kriegsverbrechen bezeichnet und dominierte wochenlang die Schlagzeilen, während die fast unterschriftsreifen Friedensgespräche in den Hintergrund gedrängt wurden. [14]

Am 8. April 2022 versprach Großbritannien der Ukraine Militärhilfe im Umfang von 100 Millionen Pfund – zu diesem Zeitpunkt eines der größten Hilfspakete. Nur einen Tag später reiste Premierminister Boris Johnson nach Kiew. Nach diesem Treffen zog Selenskyj sein Friedensangebot zurück und erklärte, die Entscheidung müsse „auf dem Schlachtfeld“ fallen. [15]

Der Weg in die Eskalation

Am 30. September 2022 verbot Selenskyj per Dekret jegliche Verhandlungen mit Präsident Putin. Diese Entscheidung markierte einen Wendepunkt und Verhandlungen wurden per Gesetz verunmöglicht.

Nach der gescheiterten ukrainischen Sommeroffensive 2023 und dem endgültigen Verlust der Initiative auf dem Schlachtfeld, erklärte Frankreichs Präsident Macron im April 2024, die Entsendung westlicher Bodentruppen nicht auszuschließen. Der britische Außenminister Cameron erklärte sich ebenfalls dazu bereit und ging sogar noch weiter und sprach sich für den Einsatz britischer Langstreckenwaffen gegen russisches Kernland aus – ein Szenario, das nur mit westlicher Zielprogrammierung möglich ist. [16]

Die nukleare Dimension

Im November 2024 wurden erstmals US-amerikanische ATACMS-Raketen von der Ukraine gegen russisches Kerngebiet eingesetzt, u. a. in Brjansk und Kursk. Putin reagierte mit einer neuen Nukleardoktrin: Russland behält sich mit dieser vor, auch auf konventionelle Angriffe mit Atomwaffen zu reagieren, wenn diese durch eine Atommacht unterstützt werden. [17]

Die neue Doktrin definiert vier Einsatzfälle:

- drohender Atomwaffeneinsatz gegen Russland oder seine Verbündeten.
- konventioneller Angriff, der die Existenz des russischen Staates gefährdet.
- Abschuss ballistischer Raketen auf Russland.
- Angriffe auf russische Kommandozentralen.

Moskau betonte, nicht auf Vorherrschaft zu zielen, sondern auf Abschreckung. Hintergrund war die zunehmende Eskalation durch westliche Waffenlieferungen, Sabotageakte und den Einsatz ausländischer Söldner, die nach russischer Darstellung teils aktive NATO-Soldaten seien. [18]

Rüstung, Wirtschaft und Machtprojektion

Russland reagierte zudem mit der Serienproduktion der neuen Hyperschall-Mittelstreckenrakete „Oreschnik“, die demonstrativ gegen Dnipro eingesetzt wurde – zunächst ohne Sprengkopf. Gleichzeitig drohte Moskau, verbündete Kräfte im Nahen Osten (Iran, Hisbollah, Huthis) mit moderner Waffentechnologie auszurüsten.

Das Kalkül des Westens bleibt unverändert: Nachdem offenbar wurde, dass Russland nicht besiegt werden kann, so soll wenigstens dauerhaft geschwächt werden – militärisch, wirtschaftlich, politisch.

Ein willkommener, weiterer Nebeneffekt: Der Rüstungssektor boomt, teures und umweltschädliches US-Schiefergas ersetzt günstiges Gas aus Russland in Europa, Inflation und Rezession können bequem auf den Krieg geschoben werden. Ende 2022 lagen die Backlogs (Werte aller noch offenen, bereits zugesagten Bestellungen) der 15 größten westlichen Rüstungsunternehmen bei rund 777 Milliarden USD, ein Niveau, das nur von wenigen historischen Spitzen übertroffen wurde, 2023 setzte sich dieser Trend fort. Analysen berichten von Rekorden, gesteuert durch den geopolitischen Nachfrageschub. Rheinmetall erreichte Ende 2024 einen Rekord-Auftragsbestand von 55 Milliarden EUR – ein deutlicher Anstieg gegenüber 38 Milliarden EUR im Vorjahr. [19] Die Rüstungsbranche profitiert massiv von der geopolitischen Eskalation – und viele politische Entscheidungsträger und Lobbyisten ebenso.

Russland und die EU – ein neuer Gegner

Russland hat seine Haltung zu einem möglichen EU-Beitritt der Ukraine nach Jahren des Krieges grundlegend geändert. Durch Waffenlieferungen, Ausbildung, Finanzierung des Krieges und die Verwendung eingefrorener russischer Vermögen sieht Moskau die EU inzwischen als aktiv kriegsführende, russlandfeindliche Organisation. Medwedew, stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrats der Russischen Föderation, erklärte am 25. Juni 2025 offen, die EU sei heute eine ebenso große Bedrohung wie die NATO. [20]

Ursprünglich galt die EU als wirtschaftliches Projekt, doch spätestens seit dem Ukrainekrieg kann sie durchaus auch als militärischer Block interpretiert werden. Der Grund dafür ist Artikel 42.7 des Lissabonner Vertrags von 2009, der eine Beistandspflicht vorsieht, die sogar über die berühmte NATO-Beistandsklausel Artikel 5 hinausgeht. Während oft von Artikel 5 der NATO die Rede ist, der einen militärischen Beistand im Falle eines Angriffs vorsieht, bleibt die Beistandsklausel der EU weitgehend unbeachtet. Dieser Artikel 42.7 des Vertrags über die EU verpflichtet die Mitgliedsstaaten, einem

angegriffenen Land „alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung“ zu leisten. Damit geht die EU-Verpflichtung in ihrer Formulierung sogar über die NATO-Klausel hinaus, die den Mitgliedsstaaten mehr Spielraum bei der Art der Reaktion lässt. Politisch wird damit deutlich: Die Europäische Union versteht sich heute nicht ausschliesslich als wirtschaftliche, sondern zunehmend als sicherheitspolitische Gemeinschaft mit militärischem Beistandscharakter. Frankreich berief sich 2015 nach den Pariser Terroranschlägen erstmals auf Artikel 42.7 – ein Beispiel dafür, dass die EU-Klausel im Ernstfall konkrete Wirkung entfalten kann, auch wenn ihre praktische Umsetzung immer vom politischen Willen der Mitgliedsstaaten abhängt.

NATO-Aufrüstung – ein epochaler Schritt

Die NATO-Mitgliedsstaaten haben beim Gipfel in Den Haag am 24.–25. Juni 2025 einstimmig beschlossen, ihre Verteidigungsausgaben bis spätestens 2035 auf 5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen – eine Verdopplung des bisherigen Ziels. [21] Zum Vergleich nachfolgend die Militärausgaben 2023:

- NATO-Staaten: 1,3 Billionen US-Dollar (2,7 % des BIP),
davon USA: über 0,85 Billionen US-Dollar.
- Russland: 110 Milliarden US-Dollar (6,2 % des BIP)
China: 296 Milliarden US-Dollar (1,6 % des BIP).

Das neue Ziel entspräche jährlichen Ausgaben von ca. 2,35 Billionen US-Dollar aller NATO-Staaten – mehr als das Zwanzigfache der russischen und das Achtfache der chinesischen Rüstungsausgaben. Damit signalisiert der Westen eine grundlegende strategische Weichenstellung: Man rüstet für eine lange Epoche der Konfrontation.

Die Chronologie zeigt: Jeder Schritt in Richtung Frieden wurde unterlaufen. Statt Deeskalation wurde der Stellvertreterkrieg genutzt, um Russland langfristig zu schwächen. Doch die Rechnung ist gefährlich: Je höher die Einsätze, desto realer die Gefahr, dass der Konflikt in eine nukleare Dimension kippt.

[1] Protokolle Normandie-Treffen Paris, Dezember 2019.

[2] *Der Spiegel*, Interview mit Selenskyj, 2022.

[3] Timothy Snyder, *The Road to Unfreedom*, 2018; vgl. auch Christopher Clark, *Die Schlafwandler*, 2012.

[4] Freedom House, *Ukraine Report 2021*.

[5] Dekret Nr. 117/2021, Präsidialamt Ukraine.

[6] Vgl. *Foreign Affairs*, April 2021.

[7] Vertrag über strategische Partnerschaft USA–Ukraine, 10. November 2021.

[8] *Politico*, Oktober 2022.

[9] Offizielle russische Note an USA/NATO, Dezember 2021.

[10] Interview Scott Miller, *Neue Zürcher Zeitung*, 11/2022.

[11] *Congressional Record*, Januar 2022.

[12] Münchner Sicherheitskonferenz, Redetext Selenskyj, 19. Februar 2022.

[13] *Financial Times*, 30. März 2022.

[14] Vgl. Swiss Policy Research, Dossier Butscha, 2023.

[15] *The Guardian*, 10. April 2022.

[16] *Le Monde*, 12. April 2024; BBC, 15. April 2024.

[17] Kreml-Verlautbarung zur Nukleardoktrin, Dezember 2024.

[18] Sergej Lawrow, Pressekonferenz, 2024.

[19] SIPRI Rüstungsreport 2023.

[20] Medwedew, Telegram-Post, 25. Juni 2025.

[21] NATO-Gipfelbeschluss, Den Haag, 25. Juni 2025.

Militärische Lage und Frontverläufe bis Ende 2024

Nordfront: Der Vorstoß auf Kiew

Der schnelle Vormarsch russischer Truppen über Belarus bis an die Hauptstadt Kiew schuf im Westen den Eindruck, Russland habe eine Besetzung und einen „Regime Change“ geplant. Tatsächlich war der Vorstoß logistisch kaum abgesichert, die Truppenstärke für eine Einnahme einer Millionenmetropole völlig unzureichend. [38] Ziel dürfte vielmehr gewesen sein, die ukrainische Führung zu direkten Verhandlungen zu zwingen – was Anfang März 2022 auch gelang. [39] Der Rückzug aus Kiew wurde im Westen als Niederlage Russlands gefeiert, militärisch jedoch war er eher eine taktische Umgruppierung zur Konzentration auf den Donbass.

Donbass-Front: Schwerpunktkämpfe 2022–2023

Der eigentliche Schwerpunkt der Kämpfe verlagerte sich schnell in den Osten. Besonders heftig umkämpft war Mariupol, das nach wochenlanger Belagerung im Mai 2022 fiel. [40] Dort leistete das nationalistische Asow-Regiment erbitterten Widerstand, was Russland propagandistisch als „Entnazifizierung“ darstellte. Die Einnahme von Sjewjerodonezk und Lysychansk im Sommer 2022 festigte die russische Kontrolle über Luhansk. [41] Der Donbass wurde zum Abnutzungskrieg: tägliche Artillerieduelle, hohe Verluste auf beiden Seiten, minimale Geländegewinne.

Südfront: Cherson und Saporischschja

Im Süden gelang Russland im Frühjahr 2022 die Einnahme von Cherson – der ersten und einzigen Regionalhauptstadt, die Moskau damals kontrollierte. [42] Die ukrainische Gegenoffensive im Herbst 2022 zwang Russland jedoch zum Rückzug auf das Ostufer des Dnipro. Strategisch blieb damit eine stabile Verteidigungslinie erhalten, doch der Verlust Chersons bedeutete eine symbolische Niederlage. Parallel dazu wurde Saporischschja, insbesondere das größte europäische Atomkraftwerk, zum Brennpunkt internationaler Besorgnis, da dieses immer wieder von der Ukraine angegriffen wurde.

Krim und Schwarzmeerfront

Die Krim blieb logistisches Rückgrat der russischen Operation. Angriffe auf die Krim-Brücke und die Schwarzmeerflotte in Sewastopol sollten die Verwundbarkeit Russlands der Welt deutlich machen. [43] Das Getreideabkommen, das im Sommer 2022 von der Türkei vermittelt wurde, konnte die Blockade ukrainischer Häfen nur vorübergehend entschärfen. Nach dessen Auslaufen im Sommer 2023 nutzte Russland das Schwarze Meer wieder zunehmend als Druckmittel gegen die Ukraine.

Die „Sommeroffensive 2023“ der Ukraine

Im Sommer 2023 startete die Ukraine ihre lang angekündigte und immer wieder verschobene Gegenoffensive, hochgerüstet mit westlichen Waffen, darunter Leopard-2-Panzer, HIMARS-Systeme und westliche Artillerie. [44] Ziel war es, die russischen Verteidigungslinien im Süden zu durchbrechen und die Krim von Landverbindungen abzuschneiden. Doch die russische Armee hatte tief gestaffelte Verteidigungsanlagen errichtet – Minenfelder, Panzergräben, Artilleriestellungen. Die Offensive scheiterte an diesen Befestigungen, die ukrainischen Verluste waren enorm. [45] Im Westen wich die anfängliche Euphorie schnell Ernüchterung.

Frontlage 2024: Eingefrorener Stellungskrieg

Bis 2024 verfestigte sich ein Stellungskrieg entlang einer über 1.000 Kilometer langen Front. [46] Russland setzte zunehmend auf seine überlegene Artillerieproduktion, während die Ukraine immer

stärker von westlicher Munition abhängig wurde. Angriffe tief im russischen Hinterland – ermöglicht durch Drohnen und Langstreckenwaffen – nahmen zu, änderten aber nichts am strategischen Gesamtbild. Das Kräfteverhältnis entwickelte sich zu einem Abnutzungskrieg, in dem Russland dank größerer Ressourcen und massiver Industrieproduktion Vorteile auf seiner Seite hat.

Militärische Realität vs. westliche Narrative

Die offizielle westliche Darstellung eines „unprovokierten Großangriffs“ ist kaum mit den realen Frontverläufen vereinbar. Russland konnte zwar bis Ende 2024 seine Kriegsziele nicht durchsetzen, aber es hat entscheidende territoriale Gewinne im Osten und Süden gesichert, die nicht mehr ohne weiteres zurückzuerobert sind. [47] Die Ukraine hingegen hat trotz westlicher Milliardenhilfen ihre strategischen Ziele – Rückeroberung der Krim, vollständige Rücknahme der russischen Eroberungen – nicht erreicht und diverse Mobilisierungswellen über sich ergehen lassen müssen. Der Krieg war Ende 2024 festgefahren, doch geopolitisch hatte Russland seine Position im Schwarzmeerraum und in der Ostukraine stabilisiert.

Demokratieverständnis unter Kriegsrecht

In Sachen Demokratieverständnis steht es für die Ukraine nicht zum Besten. Unter Berufung auf das Kriegsrecht wurden seit 2019 keine Wahlen mehr abgehalten. So gesehen hätte Selenskyjs reguläre Amtszeit am 20. Mai 2024 enden müssen – doch er sitzt weiter fest im Sattel und baute den Staat in eine Art „Diktatur light“ um. Die *Neue Zürcher Zeitung* titelte am 4. September 2024: „In Kiew kommt es zum grössten Regierungsumbau des Krieges – und zu einer Machtverschiebung zugunsten des Präsidenten. Wolodimir Selenskyj und seine Berater entlassen und versetzen Minister nach Gutdünken.“ [48]

Bereits unmittelbar nach dem russischen Einmarsch 2022 hatte Selenskyj per Dekret die Aktivitäten von elf Parteien verboten, darunter auch zwei große Oppositionsparteien, die als prorussisch verunglimpft wurden. [49] Kritisch bewertet wurde auch das Verbot der ukrainisch-orthodoxen Kirche (UOK) durch die Werchowyna Rada am 20. August 2024. Die UNO äußerte „ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Religionsfreiheit“, da die Maßnahme internationale Menschenrechtsnormen verletze. [50] Ziel des Gesetzes war es, jede Verbindung zur Russisch-Orthodoxen Kirche zu kappen – Kritiker sahen darin ein faktisches Verbot des orthodoxen Glaubens. [51]

Die UOK sieht in diesem Schritt einen klaren Verstoß gegen die ukrainische Verfassung. Ihr Anwalt Robert Amsterdam warnte Selenskyj vor möglichen internationalen Konsequenzen. [52] Schon zuvor war die Kirche in der Ukraine diskriminiert worden: Schikanen, gewaltsame Übergriffe, Beschlagnahmung von Kirchen und Hochverratsprozesse gegen Geistliche zeichneten ein Bild wachsender Repression. [53]

Bröckelnde demokratische Fassade auch im Westen

Doch auch im Westen bröckelt die demokratische Fassade. Während Putin im März 2024 mitten im Krieg zur Wiederwahl antrat, versuchten US-Demokraten, Donald Trump auf juristischem Wege von den Präsidentschaftswahlen auszuschließen. [54] Diffamierungskampagnen in den Leitmedien, zahlreiche Prozesse und schließlich der mysteriöse Mordanschlag auf Trump am 13. Juli 2024 in Pennsylvania – bis heute nicht restlos aufgeklärt – nährten den Verdacht, dass unliebsame Präsidenten in den USA ein gefährliches Leben führen. [55]

Nachdem die erste TV-Debatte Biden gegen Trump für Biden desaströs verlief, wurde am 23. August 2024 Kamala Harris ohne innerparteiliche Vorwahl zur Präsidentschaftskandidatin der Demokraten ernannt. [56] Demokratische Spielregeln scheinen auch in den USA flexibel auslegbar. In Europa zeigt

sich ein ähnliches Muster: In Frankreich wird der *Rassemblement National* seit Jahren systematisch von der Regierungsverantwortung ferngehalten; in Deutschland fordern Politiker, Medien und Parteien offen ein Verbot der AfD, nachdem die Beobachtung durch den Verfassungsschutz nicht die erhoffte Wirkung zeigte. [57]

Was also bedeutet „Demokratie“ im Westen? Offenbar ein Prinzip, das hochgehalten wird, solange es den eigenen Machtinteressen nützt.

Das Resultat des Krieges bis Ende 2024

Als Russland am 24. Februar 2022 an mehreren Frontabschnitten vorrückte, stand die ukrainische Armee zunächst mit dem Rücken zur Wand. Innerhalb weniger Wochen kontrollierten die Russen rund 40 % des Landes östlich und nördlich von Kiew. [58]

Bereits Ende März 2022 legten ukrainische und russische Delegationen in Istanbul ein 15-Punkte-Papier vor. Kern war die Neutralität der Ukraine: „Die Ukraine erklärt sich selbst zu einem blockfreien Staat und verspricht, blockfrei zu bleiben ... und keine ausländischen Militärstützpunkte oder Truppenkontingente aufzunehmen.“ [59] Doch der Prozess wurde – wie im nächsten Kapitel gezeigt wird – vom Westen torpediert. Das Ergebnis: bis heute über 1 Million Tote, zerstörte Städte, mehrere vollständig aufgeriebene ukrainische Armeen. [60]

- **Erste Armee (2022):** Von der NATO trainiert, jedoch noch weitgehend mit sowjetischem Material ausgerüstet, wurde sie gleich zu Beginn des Krieges zerschlagen.
- **Zweite Armee (2022/23):** Wiederaufgefüllt mit Altbeständen aus ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten, die der Westen nutzte, um Kiews Armee auf NATO-Standards umzurüsten.
- **Dritte Armee (2023/2024):** Mit modernstem westlichem Gerät ausgestattet, sollte sie die große Gegenoffensive tragen. Doch die Offensive, verschoben und schließlich im Juni 2023 gestartet, scheiterte katastrophal. [61]

Das Ziel, im Süden Saporischschja und Cherson zurückzuerobern und die Krim vom Landweg abzuschneiden, wurde verfehlt. Die ukrainischen Verluste waren enorm. General Saluschnyj, populär und angesehen, wurde im Februar 2024 abgesetzt. Ihm folgte Syrskij, berüchtigt für sinnlose Angriffs- und Haltebefehle – ein Bauernopfer, das von internen Führungsproblemen ablenken sollte. [62]

Ressourcen erschöpft – Hoffnung als Strategie

Die Ukraine hat ihre personellen und materiellen Reserven weitgehend erschöpft. Frauen und 60-Jährige werden eingezogen, das Durchschnittsalter der Frontsoldaten liegt bei 43 Jahren. [63] Russland hingegen hat sich auf einen langen Krieg eingerichtet und verfügt über die Initiative.

Das US-Hilfspaket vom 20. April 2024 in Höhe von 95 Milliarden US-Dollar – davon 61 Milliarden für die Ukraine – mochte kurzfristig das Regime stützen, verlängerte aber nur den Krieg. [64] Ein Großteil der Gelder floss ohnehin an US-Rüstungskonzerne. Videos von Massengräbern, Drohnenangriffen und Bombardierungen ukrainischer Stellungen zeichnen ein Bild der Hoffnungslosigkeit.

Zynisch betrachtet ging es bei dem Paket nur darum, den Zusammenbruch der Ukraine über die US-Wahlen hinaus hinauszuschieben, damit eine mögliche Niederlage nicht der amtierenden Regierung angelastet wird.

[1] „Ukraine crisis: Transcript of leaked Nuland-Pyatt call“, *BBC News*, 7. Februar 2014.

- [2] Aslund, Anders: *Ukraine: What Went Wrong and How to Fix It*. Peterson Institute, 2015.
- [3] Mearsheimer, John J.: „Why the Ukraine Crisis Is the West’s Fault“, *Foreign Affairs*, September 2014.
- [4] USAID Reports on Ukraine, 2010–2013.
- [5] Wilson, Andrew: *Ukraine Crisis: What It Means for the West*. Yale University Press, 2014.
- [6] RAND Corporation: *Overextending and Unbalancing Russia*, 2019.
- [7] Russische Föderation: Vertragsentwürfe für Sicherheitsgarantien, Außenministerium Moskau, 15. Dezember 2021.
- [8] Beebe, George: *The Russia Trap*. Thomas Dunne Books, 2019.
- [9] WikiLeaks: Cable 08MOSCOW265 – „Nyet Means Nyet“, 2008.
- [10] Budapester Memorandum über Sicherheitsgarantien, 1994.
- [11] Freedman, Lawrence: *Ukraine and the Art of Strategy*. Oxford University Press, 2019.
- [12] Sakwa, Richard: *Frontline Ukraine: Crisis in the Borderlands*. I.B. Tauris, 2015.
- [13] Human Rights Watch: „Ukraine: US Cluster Munitions Transfers Harm Civilians“, Juli 2023.
- [14] International Campaign to Ban Landmines (ICBL), Bericht 2024.
- [15] Text der Minsker Vereinbarungen, OSZE-Dokumentation, 2014/2015.
- [16] Interview Angela Merkel, *Die Zeit*, 7. Dezember 2022.
- [17] Interview François Hollande, *Kyiv Independent*, 28. Dezember 2022.
- [18] NATO, „Enlargement since 1949“, offizielles Archiv.
- [19] Budapester Memorandum über Sicherheitsgarantien, 1994.
- [20] International Institute for Strategic Studies (IISS): *The Military Balance 2022*.
- [21] Davies, Norman: *Europe at War 1939–1945: No Simple Victory*. Macmillan, 2006.
- [22] Gordon, Michael R.: *The Generals’ War: The Inside Story of the Conflict in the Gulf*. Little, Brown, 1995.
- [23] Le Monde: „Putin fordert Anerkennung der Krim und Neutralität der Ukraine“, 28. Februar 2022.
- [24] Putin, Rede im Kreml, 18. März 2022, offizielles Transkript.
- [25] Financial Times: „Russia and Ukraine draw up tentative peace plan“, 16. März 2022.
- [26] Dekret Nr. 679/2022 des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj.
- [27] Trenin, Dmitri: *Russia’s War: Outlook and Lessons*. Carnegie Moscow, 2023.
- [28] UN Department of Economic and Social Affairs, World Population Prospects 2022.
- [29] Chomsky, Noam: *Who Rules the World?* Metropolitan Books, 2016.
- [30] Umland, Andreas: „Die Ukraine-Berichterstattung und ihre Defizite“, *Osteuropa*, 72 (2022).
- [31] Andrew, Christopher: *The Secret World: A History of Intelligence*. Yale University Press, 2018.
- [32] *Frankfurter Rundschau*, 1. November 2024: „Russlands Verluste: fast 700.000 Soldaten getötet oder verwundet“.
- [33] Knightley, Phillip: *The First Casualty: The War Correspondent as Hero and Myth-Maker*. Johns Hopkins University Press, 2004.
- [34] Mearsheimer, John J.: „Why the Ukraine Crisis Is the West’s Fault“, *Foreign Affairs*, September 2014.
- [35] Transparency International: *Corruption Perceptions Index 2023*.
- [36] Lawrence Freedman: *Command: The Politics of Military Operations from Korea to Ukraine*, London 2022.
- [37] Friedensgespräche in Istanbul, März 2022; siehe auch Berichte in *The Guardian*, 29.03.2022.
- [38] Michael Kofman/Rob Lee: „Not Built for Purpose: The Russian Military’s Ill-Fated Force Design“, in: *War on the Rocks*, 2022.
- [39] Thomas Graham: *Russia’s War in Ukraine: Assessments and Implications*, Council on Foreign Relations, 2022.
- [40] *Institute for the Study of War (ISW)*: Russia Campaign Assessments, November 2022.
- [41] *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, „Angriffe auf die Krim-Brücke“, 09.10.2022.
- [42] Bundeswehr-Analysezentrum, Bericht zur ukrainischen Gegenoffensive, Juli 2023.
- [43] RAND Corporation: *The Ukraine Counteroffensive 2023: Strategic Lessons*, Santa Monica 2023.
- [44] SIPRI Yearbook 2024: Armaments, Disarmament and International Security, Stockholm 2024.
- [45] Mearsheimer, John: „Why the Ukraine War Is a Predictable Disaster“, in: *Foreign Affairs*, 2023.
- [46] *Neue Zürcher Zeitung*, 04.09.2024.
- [47] Freedom House: *Ukraine: Nations in Transit 2023*, Washington 2023.
- [48] UNO-Menschenrechtskommission: Bericht zur Religionsfreiheit in der Ukraine, August 2024.
- [49] *Kyiv Independent*, 21.08.2024.
- [50] Robert Amsterdam: Statement zur Religionsfreiheit, Pressekonferenz, September 2024.
- [51] Human Rights Watch: *Ukraine: Attacks on Orthodox Churches*, 2023.
- [52] *New York Times*, „Efforts to Bar Trump from Ballot“, Januar 2024.
- [53] *Washington Post*, „Assassination Attempt in Pennsylvania Raises Questions“, Juli 2024.
- [54] *CNN Politics*, 23.08.2024.
- [55] *Le Monde*, „Le Rassemblement National face au cordon sanitaire“, 2023; *Der Spiegel*, „Debatte über AfD-Verbot“, 2024.
- [56] IISS: *The Military Balance 2022*.
- [57] *Istanbul Communiqué*, 29.03.2022.
- [58] RAND Corporation: *Ukraine War Attrition Estimates*, 2024.
- [59] Bundeswehr-Analysezentrum, Bericht zur ukrainischen Gegenoffensive 2023.
- [60] *Financial Times*, „Ukraine’s Military Shake-Up“, Februar 2024.
- [61] *BBC News*, „Ukraine Mobilization Expands“, Oktober 2023.
- [62] US Congress, *Ukraine Aid Bill*, April 2024.

Militärische und strategische Lage nach den US-Wahlen 2025

Zu den US-Wahlen Ende 2024 stellt sich die Frage: Wo steht der Krieg und welche Perspektiven gibt es? Bemerkenswert ist, dass nach Umfragen westlicher Institute sowohl die ukrainische als auch die westliche Bevölkerung mehrheitlich Friedensverhandlungen befürwortet. [1] Doch während die Menschen Frieden wollen, halten die politische Führung in Kiew im und ihre westlichen Unterstützer im Gleichschritt mit den Mainstreammedien unbeirrt am Kriegskurs fest.

Friedenskonferenzen ohne Russland und das ukrainische Verbot, direkt mit Präsident Putin zu verhandeln, unterstreichen den Kurs der Eskalation. Russland hingegen hat wiederholt signalisiert, zu Gesprächen ohne Vorbedingungen bereit zu sein. [2] Im März/April 2022 gab es in Istanbul ein Grundsatzpapier, das den Rahmen für eine Friedenslösung abgesteckt hätte. [3] Doch der Westen blockierte und seitdem war die Chance vertan und die Zahl der Toten wächst von Tag zu Tag, während westliche Politiker und Medien immer noch von einer „strategischen Niederlage Russlands“ träumen.

Illusionen der militärischen Wende

Die Vorstellung, die Ukraine könne die strategische Lage zu ihren Gunsten wenden, ist angesichts der Kräfteverhältnisse und der strategischen Lage illusorisch. Selbst die Freigabe westlicher Waffensysteme für Angriffe auf russisches Territorium ändert daran nichts – im Gegenteil: Sie erhöht höchstens die Gefahr einer direkten NATO-Russland-Konfrontation mitsamt dem Risiko einer nuklearen Eskalation. [4]

Russland hat bisher militärisch vor allem strategische Ziele ins Visier genommen. Die Ukraine dagegen greift wiederholt zivile Ziele in russischen Grenzregionen an – etwa in Belgorod. [5] Damit will Kiew Moskau zu asymmetrischen Reaktionen provozieren, die wiederum den Westen in den Krieg ziehen sollen. Bislang ist dieses Kalkül nicht aufgegangen: Putin reagierte – entgegen westlichen Stereotypen – eher zurückhaltend, während sich westliche Politiker mit immer neuen Vorschlägen überboten, wie „rote Linien“ austestbar seien. [6]

NATO-Truppen als Tabubruch?

In mehreren Hauptstädten wurde die Entsendung westlicher Truppen offen diskutiert – vor allem in Frankreich, Polen, Großbritannien und den baltischen Staaten, seit der Wahl von Bundeskanzler Merz sogar in Deutschland, was aufgrund seiner Geschichte besonders tragisch ist. Präsident Macron sprach seit Anfang 2024 sogar von französischen Ausbildern in der Ukraine und suchte nach einer „Koalition der Willigen“. [7]

Am 2. März 2025 verkündete der britische Premierminister Keir Starmer und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in London erneut die Bildung einer „Koalition der Willigen“. Offiziell geht es darum, die Ukraine langfristig zu stabilisieren, faktisch aber entsteht damit ein eigenständiges Interventionsbündnis außerhalb des regulären NATO-Rahmens. Kurz darauf trafen sich in Paris militärische Vertreter von rund dreißig Staaten, darunter viele EU-Länder, Kanada, Australien und Neuseeland, um über Strukturen und Einsatzoptionen zu beraten.

Während die USA nach der Wahl Trumps zurückhaltend agierten, nahmen amerikanische Senatoren und Militärberater ungeachtet dessen im Sommer 2025 offen an den Beratungen teil – ein deutliches Signal, dass Washington das Projekt unterstützt, ohne es offiziell führen zu wollen. Frankreich, Großbritannien und die baltischen Staaten erklärten sich schon früh bereit, auch eigene Truppen zu

entsenden. Andere Länder – etwa Deutschland, Italien oder Polen – halten sich bislang zurück und betonen, vorerst nur logistische und finanzielle Unterstützung leisten zu wollen.

Mit dieser Koalition zeichnet sich ein gefährlicher Spagat ab: Einerseits will man der Ukraine durch „Sicherheitsgarantien“ Stärke vermitteln, andererseits droht genau dadurch eine noch tiefere Verstrickung des Westens in den Krieg. Kritiker sehen in dem Bündnis einen Versuch, die NATO-Skepsis einzelner Mitgliedsstaaten zu umgehen und dennoch militärische Präsenz in der Ukraine zu schaffen. Ob es sich um einen ersten Schritt zu einer offiziellen Intervention handelt oder um ein machtpolitisches Druckmittel gegenüber Moskau, bleibt vorerst noch offen. Klar ist jedoch: Mit einer tatsächlichen Koalition der Willigen würde der Ukrainekrieg endgültig zu einem gesamteuropäischen Krieg, der sich zu einem Weltkrieg ausweiten könnte.

Der Faktor Personal

Das Kernproblem der Ukraine ist der akute Mangel an Soldaten, nicht nur wegen Tod und Verwundung, sondern zunehmend auch wegen Desertion. Schon Ende 2023 forderte General Saluschnyi 500.000 zusätzliche Rekruten, die Zahl wurde später auf 400.000 reduziert. Eingezogen werden konnten im Sommer 2024 aber kaum mehr als 150.000 – eine Folge von Massenauswanderung, Desertionen, extremen Verlusten und demografischer Schwäche der Jahrgänge zwischen 20 und 30 Jahren. [8] Die Regierung senkte das Mobilisierungsalter 2024 per Gesetz von 27 auf 25 Jahre. [9] In westlichen Medien war von einem „existenziellen Rekrutierungsproblem“ die Rede. [10]

Strategische Rückschläge

Im Raum Charkiw eröffnete Russland im Mai 2024 eine neue Front und zwang die Ukraine, ihre letzten strategischen Reserven einzusetzen. [11] Was im Westen oft übersehen wird: Moskau will keine großflächigen neuen Gebiete annektieren, sondern eine Pufferzone schaffen, um grenznahe russische Städte vor ukrainischem Beschuss zu schützen, darüber hinaus soll die Ukraine gezwungen werden, ihre strategischen Reserven aufzubreuchen und ihr damit die Fähigkeit zur militärischen Initiative zu berauben. [12]

Weil militärische Gegenoffensiven aussichtslos geworden sind, wie die letzte ukrainische Offensive Richtung Kurs im August 2024 bewiesen hat, setzt Kiew zunehmend auf eine andere Strategie: gezielte Angriffe auf «weiche», zivile Ziele in Russland, um Gegenreaktionen zu provozieren, die die NATO zum direkten Eingreifen zwingen könnten. Für Präsident Selenskyj ist dies der „letzte Strohhalm“: nicht die Rückeroberung verlorener Gebiete, sondern die Eskalation zum größeren Krieg, um so einen Patt-Frieden zu erzwingen.

Während ukrainische Angriffe auf zivile Ziele im Westen meist verschwiegen werden, berichten Medien ausführlich über russische Vergeltungsschläge auf die ukrainische Energieinfrastruktur – selten jedoch über deren Kontext. Die Asymmetrie in der Berichterstattung verstärkt die Kluft zwischen öffentlicher Wahrnehmung und militärischer Realität.

Ausbildung an der Front – ein gefährlicher Vorwand

Dass die Ukraine das Kriegsglück noch einmal wenden könnte, ist ausgeschlossen. Dennoch forderte Kiew, die NATO solle die Ausbildung von rund 150.000 Soldaten direkt in Frontnähe übernehmen. Die offizielle Begründung: Die Rekruten könnten dadurch rascher in die Verteidigung eingebunden werden. Dieses Argument überzeugt kaum, da bereits zahlreiche Brigaden in NATO-Staaten trainiert und danach zügig an die Front geschickt worden sind.

Wahrscheinlicher ist ein anderes Kalkül: Mit einer frontnahen Ausbildung wäre es nur eine Frage der Zeit, bis es zu Kampfhandlungen zwischen NATO-Ausbildern und russischen Truppen käme. Da diese zwangsläufig durch bodengestützte Luftabwehr geschützt werden müssten, entstünde ein direkter militärischer Kontakt – ein gefährlicher Schritt hin zur Eskalation. Russland hat mehrfach betont, dass alle Soldaten in der Ukraine legitime Ziele seien. [13]

Schon zuvor gab es Berichte über getötete NATO-Militärs und ausländische Söldner in der Ukraine. [14] Angesichts der ablehnenden Haltung breiter Bevölkerungsschichten in Europa und den USA zu einem direkten Kriegseinsatz entsteht der Eindruck, dass die politischen Eliten – ähnlich wie im Vietnamkrieg – schleichend in eine Konfrontation hineingleiten wollen: Zuerst Waffen und Logistik, dann Ausbilder, schließlich Bodentruppen. [15] Das Ende des Vietnamkriegs ist bekannt – und unrühmlich.

Eskalation als letzte Strategie Kiews

Ein weiteres Beispiel für die Eskalationslogik Kiews ist die Forderung, dass Nachbarstaaten wie Polen oder Rumänien ihre Luftabwehr einsetzen sollen, um russische Raketen über ukrainischem Territorium abzuschießen. Ziel ist klar: Die NATO soll direkt in den Krieg hineingezogen werden.

Ab Juli 2024 erhielt die Ukraine erstmals F-16-Kampfflugzeuge. Sie sind theoretisch in der Lage, mit weitreichenden Luft-Luft-Raketen in den russischen Luftraum vorzudringen. In der Praxis änderte dies wenig: Russland behielt die Luftüberlegenheit, während die ukrainischen Angriffe nur begrenzte Wirkung zeigten. [16]

Kriegsbegeisterung oder Hybris?

Auf westlicher Seite macht sich zunehmend so etwas wie eine Kriegsbegeisterung breit – mindestens jedoch eine Hysterie, die an die Stimmung vor dem Ersten Weltkrieg erinnert, als die Schrecken des letzten Krieges bereits verblasst waren. Die politische Parole lautet: „Die Ukraine darf nicht verlieren.“ Damit wird Freiheit und Demokratie beschworen – ähnlich wie im Afghanistankrieg, als es hieß, die Freiheit des Westens werde am Hindukusch verteidigt. Welch propagandistische Illusion! [17]

Doch die Realität ist eine andere: Die Lage der Ukraine ist katastrophaler denn je, das „Rad der Eskalation“ lässt sich nicht mehr zurückdrehen, ohne Fehler einzugestehen. Eine klare westliche Strategie ist nicht erkennbar – und genau das macht die Situation so gefährlich.

Parallel dazu formieren sich die BRICS-Staaten immer schneller zu einem Gegenblock. Sie entkoppeln sich vom US-Dollar und kritisieren die westliche Kriegsrhetorik offen als arrogant und selbstzerstörerisch. [18] Während der Westen mit Sanktionen und Waffenlieferungen experimentiert und jedes Land praktisch zum Feind erklärt, das sich nicht gegen Russland stellt, baut sich im globalen Süden eine multipolare Ordnung auf, die sich bewusst vom westlichen Hegemoniemodell absetzt.

Spiel mit dem atomaren Feuer

Biden hatte zu Beginn des Krieges Angriffe auf russisches Territorium ausgeschlossen, um einen Dritten Weltkrieg zu vermeiden. Heute wirkt diese Linie wie vergessen: Ende Mai 2024 griff die Ukraine zwei Radarsysteme des russischen atomaren Frühwarnsystems an. Selbst westliche Medien sprachen von einem „höchst riskanten Schritt“. [19] Denn solche Systeme dienen dazu, interkontinentale Angriffe frühzeitig zu erkennen. Werden sie zerstört, steigt die Gefahr einer Fehleinschätzung – und damit eines atomaren Schlagabtauschs.

Putin betont, keinen Atomkrieg anzustreben. Doch Russland besitzt neben Nuklearwaffen auch hochentwickelte konventionelle Waffensysteme mit enormer Reichweite. Die entscheidende Frage ist

daher: Was kann der Westen realistisch erreichen – und zu welchem Preis? Mit jedem Monat steigen die Kosten eines Friedens, während die ukrainischen Kriegsziele – Rückeroberung von Krim und Donbass – längst außerhalb des Realisierbaren liegen.

Warnungen aus den USA

Michael Flynn, pensionierter Generalleutnant der US-Armee, forderte Vizepräsidentin Kamala Harris öffentlich auf, Präsident Biden zu stoppen, nachdem dieser den Einsatz von ATACMS-Raketen gegen Ziele tief in Russland genehmigt hatte. Biden habe zudem die Lieferung international geächteter Antipersonenminen gebilligt – ein Bruch seines eigenen Versprechens von 2022. [20] Flynn ging noch weiter: Biden führe die USA „schlafwandlerisch in den Dritten Weltkrieg“ und müsse notfalls über den 25. Verfassungszusatz abgesetzt werden. Er forderte Trumps Verbündete auf, „die Identität der Deep-State-Agenten aufzudecken“, die Biden zu diesem Handeln drängten. Künftige US-Beamte müssten unverzüglich das Gespräch mit Putin suchen, um eine Deeskalation einzuleiten. [21]

Drei Szenarien des Kriegsverlaufs

Die Frage ist, wie es weitergehen wird – und welche Optionen aus westlicher Sicht bestehen.

Erste Option: Der Krieg wird so fortgeführt wie bisher – mit stetiger materieller Unterstützung aus dem Westen, steigenden ukrainischen Verlusten und vergleichsweise moderaten Verlusten Russlands. Dieser Konflikt könnte sich zu einem „ewigen Krieg“ entwickeln, ähnlich den Konflikten im Nahen Osten: ohne klaren Sieger, aber mit einer Ukraine, die als „failed state“ auf Jahrzehnte vom Westen abhängig bliebe. Russland würde die eroberten Gebiete behalten, womöglich sogar zusätzlich Cherson, Charkiw und Odessa erobern, wenn der Westen weiterhin Friedensverhandlungen blockiert. In diesem Fall würde Russland seine Ziele als erreicht ansehen, die Kampfhandlungen einstellen und sich als Sieger erklären. Ein solches Szenario würde den Krieg langfristig „einfrieren“, und die Ukraine würde mit permanenten westlichen Hilfen und ohne die Aussicht auf eine nachhaltige Wiederherstellung ihrer Souveränität leben müssen.

Zweite Option: Der Westen könnte eine konventionelle Eskalation anstreben, um einen russischen Durchbruch zu verhindern, indem er zunächst NATO-Staaten mit nationalen Truppen in den Kampf schickt. Dies würde zu enormen Verlusten auf beiden Seiten führen und könnte den Krieg auf Europa ausweiten, mit der realen Gefahr eines Weltkrieges oder gar einer nuklearen Eskalation. Eine solche Option wird eher als undenkbar betrachtet, da sie einen europäischen Großkrieg und den möglichen Einsatz von Massenvernichtungswaffen zur Folge hätte. Es ist zu hoffen, dass westliche Politiker angesichts der Risiken noch das Verantwortungsbewusstsein besitzen, diesen Weg zu vermeiden.

Dritte Option: Die westliche Welt könnte endlich einsehen, dass die Ukraine ihre militärischen und politischen Ziele nicht mehr erreichen kann. In diesem Fall müsste der Westen sich mit den Russen an einen Tisch setzen, einen Waffenstillstand vereinbaren und über einen zukünftigen Friedensprozess verhandeln. Ein solcher Waffenstillstand müsste die bestehende militärische Realität respektieren, also auch russische Gebietsgewinne und territoriale Realitäten anerkennen. Dies würde von beiden Seiten Kompromisse abverlangen.

Chinas Friedensvorschlag als Grundlage

Eine interessante Entwicklung blieb in westlichen Medien weitgehend unbeachtet: Bereits vor seinem Besuch in China im Mai 2024 erklärte Präsident Putin, dass der chinesische Friedensplan vom 24. Februar 2023 eine gute Grundlage für künftige Verhandlungen darstelle. [22] Zwei Bedingungen müssten jedoch erfüllt werden: Erstens, die Anerkennung der militärischen Realitäten, was bedeutet, dass die von Russland eroberten Gebiete nicht mehr zur Disposition stünden. Zweitens müssten die

Sicherheitsinteressen nicht nur der Ukraine, sondern auch Russlands berücksichtigt werden. Damit wird die geopolitische Komplexität des Konflikts offensichtlich, da Russland nicht nur territoriale, sondern auch sicherheitspolitische Ansprüche erhebt. Dieser Sachverhalt zeigt, dass die wahrscheinlichste Option die dritte Option ist, da nach der verlustreichen ukrainischen Gegenoffensive im Sommer 2023 und der Kursk-Offensive im Sommer 2024 die USA der Ukraine geraten hatten, sich auf eine strategische Defensive zu konzentrieren, um Zeit zu gewinnen, die hohen Verluste zu kompensieren und das verbleibende ukrainische Territorium zu halten.

Kursk-Offensive – ein riskantes Manöver

Im August 2024 eröffnete die ukrainische Armee überraschend eine neue Front in der russischen Grenzregion Kursk, wofür die letzten Reserven und die kampfkraftigsten Einheiten eingesetzt wurden. [23] Dies galt als ein verzweifelter Versuch Kiews, das strategische Gleichgewicht in einem zunehmend aussichtslosen Krieg zu verschieben und die Initiative über das Kriegsgeschehen zurückzugewinnen. Ziel war es, tief in russisches Territorium vorzudringen und so politischen sowie militärischen Druck auf Moskau auszuüben – insbesondere im Kontext der stockenden Friedensgespräche und der bevorstehenden US-Präsidentschaftswahl.

Berichte, auch aus russischen und alternativen Medien, deuteten darauf hin, dass ein zentrales Ziel der Offensive die Eroberung des Atomkraftwerks Kursk gewesen sei. [24] Dies hätte Kiew ein starkes politisches und strategisches Druckmittel verschafft – sowohl für künftige Verhandlungen als auch propagandistisch. Nachdem dieser Plan jedoch scheiterte, versuchte Kiew, die Besetzung kleinerer russischer Ortschaften nahe der Grenze als Erfolg darzustellen und sich diese Gebiete als Verhandlungspoker vorzubehalten. Doch die anfänglichen Geländegewinne erwiesen sich als nicht haltbar. Die russischen Streitkräfte reagierten schnell und entschieden, verstärkten ihre Präsenz in der Region und starteten massive Gegenoffensiven an der gesamten Front.

Arestowitsch-Enthüllungen – Atomkraftwerke als Erpressungsmittel

In einem brisanten Podcast-Gespräch erhob der ehemalige Berater des ukrainischen Präsidentenamts, Alexei Arestowitsch, schwere Vorwürfe gegen die ukrainische Führung: Der Chef des ukrainischen Militärgeheimdienstes, Kyrill Budanow, habe bereits vor über einem Jahr Pläne entwickelt, im Falle einer drohenden Niederlage sowohl russische als auch ukrainische Atomkraftwerke zu sprengen. [25] Ziel war es, Russland unter nuklearen Druck zu setzen. Arestowitsch erklärte, dass die USA über diese Pläne informiert gewesen seien.

„Wir werden alles in die Luft jagen, alle russischen Atomkraftwerke, die wir erreichen können, und all unsere eigenen, damit niemand sie bekommt“, sagte Budanow laut Arestowitsch. Diese Enthüllungen werfen ein düsteres Licht auf die Denkweise in Teilen der ukrainischen Führung und stellen eine neue Dimension geopolitischer Erpressung dar, bei der auch die USA offenbar involviert waren.

Abnutzungskrieg und drohender Frontkollaps

Die militärische Lage im Donbass verschlechtert sich zunehmend. Laut russischen Einschätzungen steht die ukrainische Armee an mehreren Frontabschnitten vor einer strategischen Krise. Die russische Kriegsführung folgt dem Prinzip des Abnutzungskriegs (war of attrition): Langsame, methodische Zermürbung des Gegners durch Artillerie, Luftunterstützung und präzise Angriffe auf gegnerische Stellungen. [26] Russland vermeidet riskante Sturmangriffe und setzt auf eine kontinuierliche Zerstörung der ukrainischen Kampfkraft. Diese Taktik hat den Vorteil, dass sie die moralische Widerstandskraft der ukrainischen Truppen untergräbt.

Die ukrainische Armee leidet unter massiven Personalengpässen. Präsident Selenskyj hat das Rekrutierungsalter auf über 60 Jahre angehoben, um die Verluste an Soldaten zu kompensieren. Die Desertionen nehmen zu, täglich verlassen mehrere Hundert Soldaten ihre Einheiten, und die Regierung reagiert mit kollektivem Druck auf die Familien der Deserteure.

Sollte die Ukraine den Donbass verlieren, wäre es aus kaum möglich, den Osten des Landes östlich des Dnipro zu halten. Selbst die Regionen Poltawa und Charkiw wären dann gefährdet. Russland verfügt über umfangreiche Reserven und kann seine Einheiten regelmäßig rotieren, während die ukrainische Armee zunehmend erschöpft ist.

Gleichzeitig versuchen die USA diplomatisch gegenzusteuern. Nach dem direkten Treffen zwischen Trump und Putin im August 2025 in Alaska ging es dem Westen vor allem darum, den russischen Vormarsch politisch zu bremsen. In Moskau jedoch überwiegt die Skepsis gegenüber einem möglichen „Minsk-3“-Abkommen, das als riskanter Waffenstillstand auf Kosten militärischer Erfolge gesehen würde.

Geopolitischer Machtkampf um das „Heartland“

Der Ukraine-Krieg ist mehr als ein regionaler Konflikt. Er ist Teil des globalen geopolitischen Machtkampfes um die Kontrolle des „Heartland“, der Schlüsselregion zwischen Europa und Asien. [27] Wer diese Region kontrolliert, sichert sich nicht nur Zugang zu strategischen Ressourcen, sondern auch Einfluss über die geopolitischen und militärischen Verhältnisse in Europa und darüber hinaus. Der Westen hat seit Jahrzehnten das Ziel verfolgt, Russland und China zu schwächen und ihre Kontrolle über Eurasien zu verhindern. Russland seinerseits betrachtet die Ukraine als Pufferstaat und strategischen Hebel zur Wiederherstellung seiner geopolitischen Stärke. Der Ausgang dieses Krieges wird maßgeblich darüber entscheiden, ob der Westen weiterhin die Kontrolle über das „Heartland“ behält oder ob eine neue multipolare Ordnung entsteht, in der Russland und China eigene Regeln aufstellen.

Westen als Kriegspartei

Im Juli 2025 räumte die New York Times erstmals öffentlich ein, dass die USA und ihre westlichen Verbündeten de facto direkte Kriegsparteien im Ukraine-Konflikt sind. [28] Washington koordiniert nicht nur Waffenlieferungen und Aufklärungsdaten, sondern ist aktiv in die Zielerfassung, Einsatzplanung und logistische Steuerung involviert. Westliche Spezialkräfte sind dabei in Frontnähe tätig, offiziell zur Ausbildung, faktisch aber oft auch in militärische Operationen involviert. Dies markiert einen Bruch mit dem bisherigen Narrativ des Westens, wonach es sich lediglich um „Unterstützung eines angegriffenen Staates“ handele. Die Einmischung des Westens reicht mittlerweile so weit, dass ukrainische Offensivoperationen in enger Abstimmung mit westlichen Kommandozentralen geplant werden.

Der Westen vor einem Scherbenhaufen

Trotz der kontinuierlichen Unterstützung aus dem Westen wird es für die Ukraine immer schwieriger, die Initiative zu ergreifen und den Krieg offensiv zu führen. Die ukrainischen Verluste in Verbindung mit der russischen Übermacht führen zu einer verheerenden Erschöpfung. Gleichzeitig baut Russland unaufhörlich seine militärische, wirtschaftliche und personelle Stärke aus. Der Westen steht zunehmend vor der Frage, wie lange er noch an einem militärisch nicht mehr zu gewinnenden Krieg festhalten kann, ohne dabei noch mehr geopolitische und moralische Substanz zu verlieren.

Das Trump-Dilemma – Friedenstauben versus Falken im eigenen Lager

Mit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten hat sich die geopolitische Lage und die Möglichkeiten für einen Frieden auf den ersten Blick verändert. Trump hatte im Wahlkampf wiederholt angekündigt, den Ukrainekrieg binnen 24 Stunden beenden zu können – ein Versprechen, das vor allem auf sein Image als „Deal-Maker“ und Pragmatiker setzt. Tatsächlich weiß er jedoch, dass Wunsch und Wirklichkeit weit auseinanderliegen.

Denn während Trump in seiner Rhetorik eine schnelle Verständigung mit Russland andeutete – etwa auf Basis von Neutralitätsgarantien für die Ukraine –, steht er im Inneren seiner Partei wie auch in Teilen seiner eigenen Regierung einer starken Fraktion von Falken gegenüber. Diese fordern nicht Deeskalation, sondern im Gegenteil eine konsequent harte Linie gegenüber Moskau.

Einige der republikanischen Schwergewichte, insbesondere aus dem nationalkonservativen und sicherheitspolitischen Establishment, sind überzeugt, dass ein Rückzug der USA oder gar ein Waffenstillstand mit Russland als Schwächezeichen gewertet würde. Sie argumentieren, dass ein „Nachgeben“ gegenüber Putin nicht nur die geopolitische Position der USA in Europa schwächen, sondern auch China ermutigen könnte, seine eigenen territorialen Ansprüche – vor allem gegenüber Taiwan – aggressiver zu verfolgen. In diesem Denken gilt der Ukrainekrieg als Testfall der Glaubwürdigkeit amerikanischer Machtprojektion.

Trump steckt somit in einer Zwickmühle:

- Setzt er auf einen Deal mit Russland, riskiert er, als „zu weich“ und als „Gefahr für die nationale Sicherheit“ von den eigenen Falken und einem Teil des Establishments gebrandmarkt zu werden.
- Setzt er den Kriegskurs fort, verrät er sein Wahlversprechen und entfremdet sich von jenen Wählern, die ihn gerade wegen seiner Friedensrhetorik und seines Versprechens, die USA aus „endlosen Kriegen“ herauszuhalten, gewählt haben.

Dieses Dilemma wird durch die Struktur der amerikanischen Machtpolitik verschärft: Selbst ein mächtiger US-Präsident ist eingebettet in ein Geflecht von Interessen – vom militärisch-industriellen Komplex, der von den Rekorderträgen profitiert, bis hin zu einflussreichen Think Tanks und Lobbyorganisationen, die seit Jahrzehnten eine Eindämmungspolitik gegen Russland verfolgen.

Trump könnte also zwar theoretisch Friedensgespräche anstoßen, doch ob er sie gegen den Widerstand der eigenen Sicherheitselite und der NATO-Verbündeten tatsächlich durchsetzen kann, bleibt offen. Sein größtes Risiko ist, dass er zwar Frieden will, aber von den Falken in Washington und Brüssel in eine Politik gedrängt wird, die weiter auf Konfrontation setzt – und er am Ende für Eskalationen mitverantwortlich gemacht wird, die er ursprünglich beenden wollte.

Das eigentliche Paradoxon lautet: Der einzige US-Präsident, der den Mut hätte, einen Deal mit Putin zu suchen, könnte zugleich derjenige sein, der von den Kräften im eigenen Land am stärksten daran gehindert wird.

[1] Pew Research Center: „Public opinion on Ukraine war and peace talks“ (2023/2024).

[2] Reuters: „Russia open to talks without preconditions“ (mehrfach seit 2022).

[3] Reuters: „Ukraine, Russia hold talks in Turkey“ (März 2022).

[4] Reuters: „U.S. allows Ukraine limited strikes inside Russia“ (31. Mai 2024).

[5] Reuters: „Ukraine strikes Russian city Belgorod; civilians killed“ (2023/2024).

[6] Foreign Policy: Debatte über „red lines“ (2023/24).

- [7] Reuters: „France says European trainers could be sent to Ukraine“ (2024/25).
- [8] Guardian: „Ukraine faces acute shortage of frontline troops“ (Dezember 2024).
- [9] Kyiv Independent: „Ukraine lowers draft age from 27 to 25“ (April 2024).
- [10] Associated Press (via Politico): „Ukraine’s existential recruitment problem“ (2024).
- [11] Reuters: „Russia opens new front near Kharkiv“ (Mai 2024).
- [12] BBC: „Putin says buffer zone needed in Kharkiv region“ (2024).
- [13] BBC: „Russia says NATO trainers in Ukraine are legitimate targets“ (2023).
- [14] The Guardian: „Foreign fighters killed in Ukraine confirmed“ (2023).
- [15] Historischer Vergleich: Pentagon-Papiere zum Vietnamkrieg (1971).
- [16] Reuters: „Ukraine receives first F-16s, impact limited“ (Juli 2024).
- [17] Spiegel Archiv: „Die Freiheit des Westens wird am Hindukusch verteidigt“ (2002).
- [18] Financial Times: „BRICS states accelerate de-dollarisation“ (2024).
- [19] New York Times: „Ukraine strike on Russian radar seen as risky escalation“ (Mai 2024).
- [20] Human Rights Watch: „US to supply Ukraine with banned cluster munitions and mines“ (2024).
- [21] Fox News: „Michael Flynn calls for Biden’s removal over Ukraine war“ (2024).
- [22] Xinhua: „China’s 12-Point Peace Proposal“ (Februar 2023).
- [23] TASS / Reuters: Berichte zur Kursk-Offensive (2024/25).
- [24] International Atomic Energy Agency (IAEA): Bericht zu Risiken von Angriffen auf AKW Kursk (2024).
- [25] Podcast A. Arestowitsch, zitiert nach *Ukrainska Pravda* (2024).
- [26] Military Summary Channel / Institute for the Study of War: Lageberichte zu Pokrowsk (2025).
- [27] Halford Mackinder: *The Geographical Pivot of History* (1904).
- [28] *New York Times*: „U.S. and Allies Are De Facto at War in Ukraine“ (Juli 2025).

Die Natur des Krieges

Verluste

Das Ende des Überraschungsmoments

Die Natur des Krieges in der Ukraine wird durch eine historisch neue Tatsache geprägt: Zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte ist das Momentum der Überraschung praktisch eliminiert – auf beiden Seiten. Während in früheren Epochen Überraschungsangriffe oft kriegsentscheidend waren – vom Vormittelalter über Napoleon bis in die Weltkriege – verhindert heute die nahezu lückenlose Überwachung durch Satelliten und Drohnen jeden unerwarteten Vorstoß. Permanente Echtzeit-Aufklärung erlaubt es, gegnerische Truppenbewegungen sofort zu registrieren und binnen Minuten darauf zu reagieren [1].

Damit gleicht der moderne Krieg in mancher Hinsicht einem Rückfall in die erstarrten Frontlinien des Ersten Weltkriegs: Großoffensiven verlieren ihre Durchschlagskraft, weil ihre Vorbereitung und Durchführung nicht verborgen bleibt. Rasche Geländegewinne sind nur noch unter Inkaufnahme massiver eigener Verluste möglich.

Russische Strategie: Zermürbung statt Raumgewinn

Die westliche Propaganda verspottete Russland vor allem zu Beginn des Krieges als schlecht ausgerüstet, schwach motiviert und militärisch unfähig. Doch diese Deutung übersieht den Kern der russischen Kriegsführung: Russland strebt traditionell weniger nach territorialem Prestigegewinn, sondern nach der physischen Vernichtung der gegnerischen Armeen. Russland hat in seiner Geschichte gelernt, vorübergehend eigene Gebiete preiszugeben, um den Feind in verlustreiche Kämpfe zu zwingen – eine Strategie, die bereits den Schweden, Napoleon und Hitler zum Verhängnis wurde [2].

So auch im Ukrainekrieg: Russland akzeptierte im Herbst 2022 die Rückeroberung von Charkiw, Balaklija, Kupjansk, Isjum, Lyman und Cherson durch die Ukraine [3]. Während der Westen dies als „erfolgreiche Gegenoffensive“ feierte, handelte es sich nüchtern betrachtet um taktische Rückzüge, die den nachstoßenden ukrainischen Kräften enorme Verluste an Menschen und Material zufügten.

Verluste und Mobilisierung in der Ukraine

Besonders brutal zeigt sich die neue Natur des Krieges in den Verlustzahlen. Ende August 2025 meldeten russische Hacker, sie hätten die Datenbanken des ukrainischen Generalstabs kompromittiert und dabei Listen mit Namen, Todesumständen, Angehörigenkontakten und Fotos erbeuteter Soldaten eingesehen [4]. Demnach habe die Ukraine im Verlauf des Krieges bereits rund 1,7 Millionen Soldaten verloren – Gefallene wie Vermisste. Die Aufschlüsselung laut diesen Quellen: 118.500 im Jahr 2022, 405.400 im Jahr 2023, 595.000 im Jahr 2024 und ein Höchststand von 621.000 allein im laufenden Jahr 2025 [5].

Unabhängig von der Glaubwürdigkeit dieser Zahlen ist unbestreitbar: Die Ukraine steht unter massivem Rekrutierungsdruck. Mehrere Mobilisierungswellen haben bereits Männer ohne militärische Vorerfahrung an die Front gebracht, inzwischen auch über 60-Jährige. Das Durchschnittsalter der neu Eingezogenen lag im Januar 2024 bei 43 Jahren. Künftig sollen auch im Ausland lebende Ukrainer und zunehmend Frauen eingezogen werden [6]. Ende 2024 befürwortete die US-Regierung unter Präsident Biden öffentlich eine Absenkung des Mindestalters von 25 auf 18 Jahre – ein Eingeständnis, dass die Ukraine vor einem „existenziellen Rekrutierungsproblem“ steht [7].

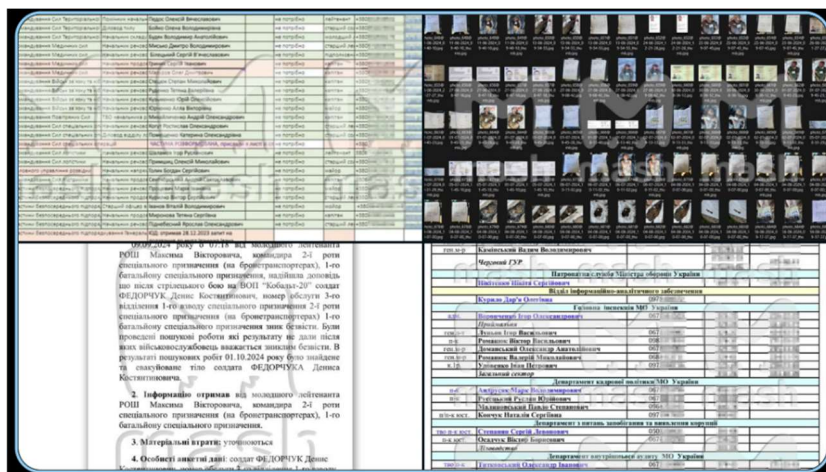
Russlands historische Tiefenstrategie

Russland hat über Jahrhunderte gelernt, die eigene territoriale Weite als strategische Waffe einzusetzen. Es „verschluckt“ feindliche Offensiven, zwingt sie in die Tiefe des Raumes und schwächt sie durch logistische Überdehnung und systematische Zermürbung. Schon Karl XII. von Schweden, Napoleon und Hitler scheiterten an dieser Asymmetrie der Macht – der Fähigkeit Russlands, Raum gegen Zeit und Menschen gegen Material zu tauschen [8].

Die Ukraine erlebt derzeit dasselbe Muster: Ihre Offensiven führten zwar kurzfristig zu Geländegewinnen, doch der Preis war katastrophal hoch. In der militärischen Logik Russlands gilt nicht der Besitz von Städten und Gebieten als entscheidend, sondern die irreversible Vernichtung gegnerischer Verbände. Dies zeigt sich auch in den tatsächlichen Verlustzahlen.

Informationskrieg um Zahlen

Die Ermittlung verlässlicher Verlustzahlen erweist sich im Ukrainekrieg als nahezu unmöglich. Beide Kriegsparteien veröffentlichen keine Angaben zu eigenen Verlusten, sondern ausschließlich zu denen des Gegners. Wer den Begriff „ukrainische Verluste Soldaten“ googelt, stößt fast ausschließlich auf Meldungen über angeblich exorbitant hohe russische Verluste, während ukrainische Verluste in westlichen Medien weit geringer ausfallen. Schon dies zeigt, dass wir uns in einem Informationskrieg befinden [9].



Gehackte Dokumente mit vollständigen Namen, Beschreibung der Umstände und des Ortes des Todes/Verlustes, persönlichen Daten, Kontakten der nächsten Angehörigen und Fotos von ukrainischen Soldaten.

Dimension der ukrainischen Verluste

Legt man verschiedene Quellen zugrunde und bildet ein Gesamtbild, so muss davon ausgegangen werden, dass die Ukraine bis August 2025 mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit über 1.000.000 gefallene Soldaten zu beklagen hat. Zählt man Schwerverwundete hinzu, die nie wieder einsatzfähig sein werden, summieren sich die unwiederbringlichen Verluste auf eine Zahl, die nicht unter der bereits erwähnten Zahl von 1,7 Millionen [10] liegen dürfte.

Diese Zahlen erscheinen plausibel, weil Russland der Ukraine einen Abnutzungskrieg („war of attrition“) aufgezwungen hat, der nach seriösen Analysen zu einem Verlustverhältnis von 1:8 bis 1:13 zuungunsten der Ukraine geführt haben dürfte [11]. Dies legt auch der Umstand nahe, dass Russland im Artilleriebereich einen quantitativen Vorteil von etwa 10:1 hat und die Artilleriewaffe für rund 80 % aller Verluste verantwortlich ist [12].

Auch der Drohnenkrieg, die Raketenproduktion, die Luftüberlegenheit sowie die bessere militärische Logistik sind eindeutig auf russischer Seite zu verorten. Die Ukraine hat zudem seit Kriegsbeginn immer wieder größere Offensiven gestartet – zuletzt die gescheiterte Sommeroffensive 2023 und die

Offensive bei Kursk im Sommer 2024 – was die hohen Verluste auf ukrainischer Seite zusätzlich plausibilisiert, denn Angreifer haben nach einer historischen Faustregel drei- bis viermal höhere Verluste als Verteidiger hinnehmen müssen, wenn sie auf einen materiell überlegenen Gegner treffen [13].

Russische Verluste – eine andere Dimension

Während westliche und ukrainische Quellen regelmäßig von Hunderttausenden gefallenen Russen sprechen, ergeben seriöse Recherchen ein anderes Bild. Die unabhängigen, wenngleich vom Westen finanzierten Portale Meduza und Mediazona legten 2025 eine detaillierte Untersuchung vor, die ebenfalls tendenziös sein dürften. Dennoch: sie werteten Datenbanken für Erbangelegenheiten, Sterberegister sowie Meldungen von Hinterbliebenen aus. Ihr Ergebnis: Seit Februar 2022 seien zwischen 160.000 und 165.000 russische Soldaten gefallen – darunter Berufssoldaten und Mobilisierte [14].

Die Autoren betonten, es handle sich nicht um exakte Zahlen, sondern um statistische Schätzungen. Dennoch gilt ihre Arbeit als seriöser Ansatz und damit als verlässlicher als die Schätzungen westlicher Behörden, die durch Propaganda und Wunschdenken geprägt erscheinen. So sprach die NATO im April 2025 von bis zu 900.000 getöteten oder verwundeten russischen Soldaten, davon bis zu 250.000 Toten. Der ukrainische Generalstab nannte im Juni 2025 sogar über 1.000.000 kampfunfähige russische Soldaten (inklusive Verwundete). Keine dieser Zahlen ist durch überprüfbare Belege gedeckt [15].

Die Realität dürfte bei rund 150.000 russischen Toten liegen – hoch, aber eben auch rund mindestens sieben- bis zehnmal niedriger als die vermutlichen ukrainischen Verluste [16], die deutlich über 1.000.000 liegen dürften. Zum Vergleich: Im Vietnamkrieg starben zwischen 1961 und 1975 rund 58.000 US-Soldaten [17], 250.000 südvietnamesische Soldaten und 1.100.000 nordvietnamesische und Vietcong-Soldaten. Setzt man diese Zahl ins Verhältnis, wird das Ausmaß der Verluste im aktuellen Konflikt deutlich, zumal dieser noch lange nicht beendet sein wird.



Die Verluste auf beiden Seiten sind schwer zu beziffern, da beide Seiten keine Angaben zu eigenen Verlusten machen und Angaben zu den Verlusten des Gegners übertrieben werden. Dennoch gibt es verschiedene Annäherungen, wie man zu objektivierbaren Verlusten kommen kann. Unter anderem dadurch, dass man sich die Zahlen der ausgetauschten Gefallenen anschaut, bei dem das Verhältnis im Schnitt 1:8,5 beträgt, bzw. 1 toter russischer Soldat im Austausch für 8,5 tote ukrainische Soldaten.

Medienwirksame, aber folgenlose Erfolge

Während die Ukraine spektakuläre Angriffe im russischen Hinterland oder gegen die Schwarzmeerflotte propagandistisch ausschlachtet, bleibt deren Wirkung begrenzt. Diese Aktionen sind medienwirksam, aber nicht kriegsentscheidend. Ihr eigentlicher Zweck besteht darin, die Siegeszuversicht im Westen aufrechtzuerhalten, um den stetigen Fluss von Militär- und Wirtschaftshilfe nicht versiegen zu lassen [18].

Russland hingegen verfolgt eine langfristige Strategie: Es geht nicht nur darum, die ukrainische Armee zu demilitarisieren, sondern gleichzeitig auch die NATO herauszufordern, deren Bestände an Waffen und Munition durch Lieferungen an die Ukraine zunehmend ausgedünnt sind [19].

Viele russische Politiker und Analysten betonen, dass Moskau faktisch gegen die geballte Wirtschafts- und Militärmacht des „kollektiven Westens“ kämpfe – ein Narrativ, das ausserhalb Europas und Nordamerikas breite Zustimmung findet [20]. Tatsächlich tragen die weltweiten Sanktionen fast ausschließlich westliche Länder mit, während große Teile des Globalen Südens weiterhin Handel mit Russland treiben oder neue Bündnisse schmieden [21].

Rüstung, Wirtschaft und die Realität der Sanktionen

Die fortgesetzte Lieferung von Waffen und Logistik an Kiew kann kaum noch mit dem Ziel eines ukrainischen Sieges begründet werden. Vielmehr dient sie dem Kalkül, Russland militärisch und wirtschaftlich zu schwächen – und gleichzeitig die Profite des militärisch-industriellen Komplexes im Westen zu sichern [22]. Doch auch dieses Kalkül läuft ins Leere: Russland ist aus dem Konflikt gestärkt hervorgegangen.

- Die Armee verfügt heute über mehr Soldaten als je zuvor – kampferprobt und logistisch besser organisiert.
- Verlorenes Kriegsgerät wurde ersetzt und durch moderne Systeme ergänzt.
- Die russische Wirtschaft wächst trotz Sanktionen, während große Teile Europas in Rezession verfallen [23].

Damit wurde das westliche Narrativ einer „geschwächten russischen Armee“ widerlegt.

Der „David gegen Goliath“-Mythos

Zu Beginn der russischen Militäroperation am 24. Februar 2022 stellte der Westen das Bild von „David gegen Goliath“ auf – die kleine Ukraine gegen die übermächtige russische Armee. Doch die Realität sah anders aus: Russland marschierte mit lediglich rund 90.000 Soldaten in die Ukraine ein, während die ukrainische Armee ein Mehrfaches an Truppen mobilisieren konnte [24].

Dass der Westen und Kiew dennoch nicht bereit waren, sich auf eine Verhandlungslösung einzulassen, führte zur Eskalation. Man war überzeugt, Russland wirtschaftlich und militärisch in die Knie zwingen zu können – eine Fehleinschätzung, die sich als fatal erwiesen hat. Während die Ukraine ausgeblutet wurde, baute Russland seine Streitkräfte systematisch aus.

Russlands Armee im Umbau

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow erklärte am 17. September 2024, dass der Ausbau der russischen Streitkräfte eine Reaktion auf wachsende Bedrohungen an den Grenzen sei – sowohl durch westliche Aktivitäten im postsowjetischen Raum (Armenien, Georgien, Kasachstan) als auch durch das zunehmend feindselige Umfeld im Westen [25].

Präsident Wladimir Putin hatte zuvor angeordnet, die reguläre Größe der russischen Armee um 180.000 Mann auf 1,5 Millionen aktive Soldaten zu erhöhen. Damit würde Russland – nach China – über die zweitgrößte Armee der Welt verfügen. Laut Daten des International Institute for Strategic Studies (IISS) liegt Russland bei den aktiven Kampfsoldaten bereits vor den USA und Indien [26].

Frontgeschehen

Krieg ohne Winterpause

Viele ukrainische Experten hatten Ende 2024 gehofft, dass die Schlammseason eine Pause der Kämpfe erzwingen würde. Doch die Realität war eine andere: Anfang 2025 kam es zu einigen der heftigsten Gefechte seit Beginn des Krieges. Obwohl die Ukraine militärisch auf der Verliererstraße ist, steigen die Opferzahlen weiter – vergleichbar mit dem Zweiten Weltkrieg, in dem das letzte Kriegsjahr mehr Tote forderte als die vier Jahre zuvor [27].

Stellungskrieg im 21. Jahrhundert und flexible russische Anpassung

Zu Beginn glich das Frontgeschehen einem Stellungskrieg, wie man ihn aus dem Ersten Weltkrieg kennt – nur mit den Technologien des 21. Jahrhunderts: Drohnen, Satellitenaufklärung und ferngesteuerte Präzisionswaffen machen es nahezu unmöglich, größere Offensiven vorzubereiten, ohne sofort entdeckt und zerschlagen zu werden [28]. Panzer haben ihre klassische Rolle verloren und fungieren zunehmend als mobile Artillerie. Der eigentliche Schwerpunkt liegt wieder bei der Infanterie, die unter ständiger Drohnenüberwachung in Kleingruppen operiert.

Russische Truppen passten sich an diese neue Realität an und rückten langsam, aber stetig vor. Während westliche Analysten dieses Vorgehen als Zeichen der Schwäche deuteten, war es in Wahrheit Ausdruck einer überlegten Anpassung: ein methodisches, verlustminimierendes Vorrücken im Rahmen eines Abnutzungskrieges [29].

Die Lehren aus Awdejewka

Ein prägnantes Beispiel ist die Offensive auf Awdejewka Ende 2023. Russland versuchte, die Stadt klassisch einzukesseln. Obwohl die Kämpfe von massiven Trommelfeuern unterstützt waren, dauerten sie Monate und forderten hohe Verluste auf beiden Seiten. Die Lehre für Moskau: Statt großer Einzeloperationen setzt man heute auf mehrere parallele Offensiven entlang der Front. Angriffssachsen werden flexibel verschoben, erfolgreiche Durchbrüche verstärkt – ein dynamisches, adaptives Vorgehen.

Kursk-Offensive – Verzweiflung ohne Wirkung

Im August 2024 versuchte die Ukraine seinerseits, mit einer Offensive in der russischen Region Kursk das strategische Blatt zu wenden und die Initiative zu ergreifen. Der Angriff auf Sudzha brachte kurzfristige taktische Erfolge, doch weder konnte das Atomkraftwerk Kursk erobert noch russische Truppen gezwungen werden, Reserven aus dem Donbass nach Kursk zu verlegen [30]. Stattdessen verhärtete sich die russische Position: Moskau erklärte, dass Frieden erst nach vollständiger Vernichtung des Feindes auf eigenem Boden möglich sei.

Überlastete Ukraine – militärisch und moralisch

Die Ukraine sitzt seitdem in einer Falle: Um politische „Verhandlungsmasse“ zu schaffen, hält sie an Gebieten fest, die militärisch wertlos und kaum zu verteidigen sind. Gleichzeitig erzielte Russland am anderen Ende der Front, im südlichen Donbass, erhebliche Fortschritte. Strategisch wichtige Städte auf Anhöhen fielen, was der russischen Armee neue Vorteile für ihre geplante Großoffensive verschaffte [31].

Desertionen und Mobilisierungsprobleme

Besonders alarmierend ist die wachsende Zahl an Desertionen. Schätzungen zufolge haben seit Kriegsbeginn über 200.000 ukrainische Soldaten ihre Einheiten verlassen [32]. Hinzu kommen Rekruten, die durch Bestechung nie an die Front gelangen, und ein massiver Exodus von Männern ins Ausland. Die Freiwilligen von 2022 sind zum größten Teil gefallen oder schwer verwundet; neue Brigaden bestehen überwiegend aus hastig ausgebildeten Wehrpflichtigen und Zwangsrekrutierten mit geringer Moral.

Diese strukturellen Schwächen führten mehrfach zu Frontzusammenbrüchen – etwa bei der Einnahme von Ugledar im Donbass oder beim Kollaps der Westflanke der Kursker Ausbuchtung. In beiden Fällen flohen unentlohnte Wehrpflichtige und öffneten die Flanken, was den Russen operative Durchbrüche ermöglichte [33].

Wirtschafts- und Rüstungskrieg

Russlands Rüstungswirtschaft auf Hochtouren

Aufgrund des hohen Materialverschleißes arbeitet der militärisch-industrielle Komplex Russlands inzwischen mit voller Kapazität. Unterstützt wird Moskau dabei von den Rüstungsindustrien Nordkoreas und des Iran [34]. Mit der Ernennung des Ökonomen Andrej Beloussow zum Verteidigungsminister setzte der Kreml zudem neue Schwerpunkte: die Fokussierung auf den Ausbau der eigenen Rüstungsindustrie sowie eine Intensivierung strategischer Raketenangriffe tief im Hinterland des Gegners. Die Angriffe auf den Hafen von Odessa – den größten der Ukraine – sind Ausdruck dieser Strategie des Zermübrungskrieges. Hinzu kommen stetige Schläge gegen die ukrainische Energieinfrastruktur. Atomkraftwerke bleiben dabei unangetastet, doch das Ziel ist klar: die ukrainische Wirtschaft systematisch auszuhöhlen, bis sie für den Westen zur unerträglichen Belastung wird oder Kiew zur Kapitulation zwingt [35].

Belastungen auf russischer Seite

Auch Russland selbst ist von diesem Abnutzungskrieg getroffen. Der Kreml versucht, die Zivilbevölkerung weitgehend von den unmittelbaren Folgen fernzuhalten – vor allem, um innenpolitische Stabilität zu sichern. Deshalb wurde eine zweite (Teil-)Mobilisierungswelle vermieden und Russland arbeitet weitestgehend mit Kontraktssoldaten und Freiwilligen, indem unter anderem auf hohe finanzielle Prämien für Vertragsfreiwillige gesetzt wird, die vor allem in ärmeren Regionen enorme Anreize darstellen.

Russlands Wirtschaft hat die kriegsbedingte Produktion massiv ausgeweitet. Zwar blieb der private Konsum bislang stabil, doch die Abwanderung von Arbeitskräften in die Armee wirkt sich auch negativ auf den Arbeitsmarkt aus. Hohe Löhne aufgrund der Beschäftigungsknappheit und großzügige Entschädigungen gefallener oder verwundeter Soldaten belasten die Volkswirtschaft. Die Zentralbank reagiert mit harten Maßnahmen: ein Leitzins von 18 % im Juni 2025 konnte die Inflation auf unter 9 % absenken und bekämpft die wirtschaftliche Überhitzung – ein hoher Preis für die Binnenwirtschaft [36].

Der Westen und das Szenario eines „eingefrorenen Krieges“

Vor diesem Hintergrund diskutieren westliche Politiker immer häufiger die Möglichkeit eines eingefrorenen Konflikts. Im westlichen Establishment hat sich die Vorstellung etabliert, dass Kiew langfristig Gebietsverluste hinnehmen muss, während in der Ukraine selbst die Bereitschaft, „bis zur Rückeroberung aller Grenzen“ zu kämpfen, stetig abnimmt. Zwar verfügt die ukrainische Armee trotz

hoher Verluste noch über eine gewisse Handlungsfähigkeit, doch der Preis ist verheerend: wirtschaftlicher Zusammenbruch, demografische Ausblutung, gesellschaftliche Erosion [37].

Russland seinerseits beharrt auf harten Bedingungen: territoriale Zugeständnisse, Reduktion der ukrainischen Streitkräfte, Neutralität und blockfreier Status. Forderungen, die für Kiew kaum annehmbar erscheinen – und doch den Rahmen künftiger Verhandlungen vorgeben.

Der Krieg hat auch für Russland seinen Preis, dennoch verfügt Moskau über genügend industrielle und militärische Reserven, um den Krieg noch lange durchzuhalten.

Eine unbequeme Analyse

Der französische Historiker Emmanuel Todd fasste die Lage provokant zusammen: „Wir können jetzt nichts mehr tun. ... Wenn die USA, wie ich glaube, besiegt werden, wird die NATO zerfallen und Europa wird befreit werden. ... Russland hat keine Lust zu expandieren – es hat bereits 17 Millionen Quadratkilometer. Die russophobe Hysterie des Westens, die von einem (russischen) Expansionsdrang nach Europa fantasiert, ist für einen seriösen Historiker absurd. Der psychologische Schock, der die Europäer erwartet, wird die Entdeckung sein, dass die NATO nicht existiert, um uns zu schützen, sondern um uns zu kontrollieren.“ [38]



Bis zum letzten Ukrainer! Selenskyj beim Friedhofsbesuch

Während der Westen starr an seinem „Projekt Ukraine“ festhält, rücken andere tektonische Verschiebungen in den Vordergrund: Die Weltwirtschaft bewegt sich weg von der Dollar-Hegemonie und der unipolaren US-Ordnung. Die BRICS-Staaten erweitern ihren Einfluss, die geopolitischen Karten werden neu gemischt. Der Ukrainekrieg wirkt dabei wie ein Katalysator: Er beschleunigt den Niedergang der westlichen Vormachtstellung und öffnet den Weg in eine multipolare Weltordnung [39].

[1] Michael Kofman: „The Attrition War in Ukraine“, *War on the Rocks* (2023).

[2] Dominic Lieven: *Russia against Napoleon* (2009).

[3] *Institute for the Study of War*: Berichte zur ukrainischen Gegenoffensive (Oktober 2022).

[4] RIA Nowosti: „Russian Hackers Claim to Have Breached AFU Database“ (August 2025).

[5] Ebd., zusammengefasste Verlustzahlen laut gehackten Dokumenten.

[6] BBC: „Ukraine Considers Drafting Women Amid Rising Casualties“ (Dezember 2024).

[7] *Washington Post*: Bericht zur US-Debatte über das Wehrpflichtalter in der Ukraine (November 2024).

[8] Geoffrey Hosking: *Russia and the Russians: A History* (2011).

[9] Christoph Reuter: „Krieg der Zahlen“, *Der Spiegel* (2023).

[10] RIA Novosti: „Russische Hacker veröffentlichen angebliche AFU-Datenbank“ (August 2025).

[11] Michael Kofman: „The Attrition War in Ukraine“, *War on the Rocks* (2023).

- [12] Jack Watling, Nick Reynolds: *Meatgrinder: Russian Tactics in the Second Year of Its Invasion of Ukraine*, RUSI (2023).
- [13] Lawrence Freedman: *Command: The Politics of Military Operations from Korea to Ukraine* (2022).
- [14] Meduza/Mediazona: „How Many Russians Have Died in Ukraine?“ (2025).
- [15] NATO Military Committee: Briefing zu russischen Verlusten (April 2025); Ukrainischer Generalstab, Verlustzahlen (Juni 2025).
- [16] Ebd., zusammengefasst.
- [17] U.S. National Archives: *Vietnam Conflict Extract Data File* (2019).
- [18] BBC: „Ukraine’s Long-Range Strikes – Symbolic but Limited Impact“ (2023).
- [19] RAND Corporation: „NATO Stockpiles and Ukraine War“ (2024).
- [20] Sergej Karaganow: Rede im Russischen Sicherheitsrat (2023).
- [21] Financial Times: „Global South Still Trading with Russia Despite Sanctions“ (2024).
- [22] SIPRI: „Global Military Spending 2024“ (2024).
- [23] Weltbank: Russia Economic Report (2024).
- [24] Lawrence Freedman: *Command: The Politics of Military Operations from Korea to Ukraine* (2022).
- [25] TASS: Erklärung Dmitri Peskow (17. September 2024).
- [26] IISS: *The Military Balance 2024*.
- [27] Snyder, T.: *Bloodlands. Europe between Hitler and Stalin*, New York 2010.
- [28] Kofman, M. / Lee, R.: „The Role of Drones in Modern Warfare“, CNA Report (2023).
- [29] ISW – *Russian Offensive Campaign Assessments*, fortlaufend 2023–2025.
- [30] TASS / Reuters, Berichte zur Kursk-Offensive, August–Oktober 2024.
- [31] Military Summary Channel, Lageberichte zu Donbass-Operationen (2024/25).
- [32] Kyiv Independent, Report zu Mobilisierungsproblemen und Desertionen (Februar 2025).
- [33] New York Times: „Ukraine Faces Desertions as Russian Pressure Mounts“ (März 2025).
- [34] SIPRI: *Arms Transfers Database* (2023/24).
- [35] TASS / Reuters: Berichte zu Angriffen auf Odessa und Energieinfrastruktur (2023–2025).
- [36] Zentralbank der Russischen Föderation: Geldpolitischer Bericht (Q4 2024).
- [37] Kyiv Independent: „Ukraine’s War Economy on the Brink“ (Februar 2025).
- [38] Emmanuel Todd, Interview in *Le Figaro* (Dezember 2024).
- [39] BRICS Policy Center: *Multipolarity and the Global South* (2025).

Der Westen als Opfer seiner eigenen Propaganda

Wenn man die westliche Presse seit dem russischen Einmarsch verfolgt, kommt man aus dem Staunen kaum heraus, was sich Redaktionen an Narrativen, Lügen und Mythen einfallen ließen, um die Leserschaft und das Wahlvolk bei Laune zu halten. Ziel war es, den Glauben an einen möglichen ukrainischen Sieg wachzuhalten und unentwegt zu betonen, die Ukraine sei eine unschuldige Opferration, die um ihr nacktes Überleben, ihre Souveränität und ihre Demokratie kämpfe – eine Nation aus Helden, die den „bösen Russen“ das Fürchten lehren solle.

Das Bild war schnell gezeichnet: David gegen Goliath, Gut gegen Böse. Präsident Selenskyj wurde von westlichen Leitmedien bereits in den ersten Kriegsmonaten zum „Winston Churchill des 21. Jahrhunderts“ hochstilisiert. Zahlreiche reale wie auch fiktive Figuren wurden über Nacht zu Helden erklärt – mit Geschichten, die eher an Hollywood-Drehbücher erinnern. Kein Witz: So kursierte etwa die Legende vom 19-jährigen „Saporischschja-Rächer“, der angeblich sieben russische Kampfflugzeuge und eine ballistische Rakete mit einem schultergestützten Raketenwerfer abgeschossen haben soll. Noch absurder wirkte die in angelsächsischen Medien gefeierte Episode von der „Goat of Kiev“, einer Ziege, die durch das Auslösen einer Explosion 40 russische Soldaten getötet habe.

Russland als „Reich des Bösen“

Die westliche Presse scheute nicht davor zurück, Russland zum neuen „Reich des Bösen“ zu erklären. Putins Truppen wurden dargestellt, als würden sie aus schierer Todesverachtung endlose „Menschenwellen“ an die Front werfen. Putin selbst wurde in Leitartikeln und Talkshows zum „Hitler des 21. Jahrhunderts“ erklärt, der – so die Suggestion – ganz Europa erobern würde, falls die „freie Welt“ ihn nicht in der Ukraine stoppe.

Die Zwischenfrage drängt sich auf: Wenn Russland tatsächlich die Absicht hätte, große Teile Europas zu erobern, warum liefert der Westen dann sein modernstes Kriegsgerät in so großen Mengen in die Ukraine, dass die eigene Verteidigungsfähigkeit ausgehöhlt wird? Die Antwort liegt nahe: Weil die westlichen Entscheidungsträger sehr wohl wissen, dass Russland keine Ambitionen jenseits seiner Sicherheitsinteressen in der Ukraine verfolgt.

Einige der zentralen Narrative wurden bereits erwähnt: das angebliche Massaker von Butscha, für das bis heute keine hieb- und stichfesten Beweise vorliegen [1], oder die Darstellung, die russische Belagerung Kiews sei durch heroischen Widerstand gebrochen worden. In Wahrheit handelte es sich um einen geordneten russischen Rückzug, um ein positives Klima für die damals laufenden Friedensverhandlungen im Frühjahr 2022 zu schaffen [2].

Pyrrhussiege von Charkow und Cherson

Die angeblich „großen Offensiven“ der Ukraine im Herbst 2022 – in Charkow und Cherson – wurden im Westen als strategische Meisterleistung gefeiert. Tatsächlich handelte es sich um russische Rückzüge angesichts der damaligen ukrainischen personellen und materiellen Übermacht.

Diese Rückzüge waren nicht etwa Niederlagen, sondern taktische Manöver, bei denen den nachstoßenden ukrainischen Kräften erhebliche Verluste zugefügt wurden. Mehrere Brigaden wurden dabei praktisch aufgegeben. Erst danach etablierte General Sergei Surowikin die berühmte „Surowikin-Linie“, ein Netz aus Gräben, Befestigungen und Minenfeldern im Süden der Ukraine, um der Ukraine einen Abnutzungskrieg aufzuzwingen, so wie wir ihn heute kennen [3]. Ziel war nicht nur die Zermürbung Kiews, sondern zugleich die Demilitarisierung des NATO-Potenzials.

Hollywood-Propaganda: Kachowka und Nord Stream

Besonders eindrucksvoll sind die Fälle der Sprengung des Kachowka-Staudamms am 6. Juni 2023 und des Anschlags auf die Nord-Stream-Pipelines am 26. September 2022. Noch am Tag der Ereignisse schrieben westliche Leitmedien Russland die Verantwortung zu – ohne Beweise oder nachvollziehbare Motive. Die simpelste investigative Frage, „Cui bono?“ – wem nützt es?, stellte kaum jemand. Und das, obwohl beide Ereignisse offensichtlich nicht im Interesse Moskaus lagen, sondern im Interesse Kiews – im Falle der Sprengung des Staudamms, um den russischen Vormarsch zu stoppen, und im Falle von Nord Stream, um russische Erdgaslieferungen nach Europa zu verunmöglichen. Doch westliche Medien und Journalisten übernahmen weitgehend unkritisch die Lesarten westlicher Geheimdienste und ukrainischer Regierungsstellen.

Zum Nord-Stream-Skandal lohnt zudem ein Blick auf den Enthüllungsjournalisten Seymour Hersh, der bereits 1969 das Massaker von My Lai aufdeckte und 1974 mit Recherchen zu Watergate den Rücktritt Nixons mit auslöste. Seine detaillierte Recherche, wonach die USA gemeinsam mit Norwegen die Pipeline sprengten [4], wurde reflexartig als „Verschwörungstheorie“ abgetan. Doch erneut: Wem nützte es? Während europäische Energieunternehmen Milliardenverluste erlitten, profitierte die US-Energieindustrie: Schon im 1. Halbjahr 2023 stiegen US-Öl- und Gasexporte auf Rekordniveau, wobei 44 % nach Europa gingen; die LNG-Lieferungen explodierten um +170 % [5].

Während die EU bei der Verhängung von Sanktionen nicht in der Lage zu sein scheint, sich von wirtschaftlicher, sondern von politisch-moralischer Logik leiten zu lassen, orientiert man sich in den USA an nüchternen Geschäftsinteressen – ganz im Sinne von «America first». Denn die USA profitieren von Europas Abkoppelung von russischen Energieträgern, was in ganz Europa – vor allem der deutschen Wirtschaftslokomotive – irreversiblen wirtschaftlichen Schaden angerichtet hat.

„Russland gehen die Waffen aus“ – ein westliches Märchen

Besonders grotesk mutete die Erzählung an, Russland ginge die Munition aus – vor allem zu Beginn des Krieges. Manche Medien fabulierten gar, russische Soldaten müssten mit Schaufeln kämpfen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen behauptete am 14. September 2022 in Straßburg vollmundig, Russland baue seine Waffensysteme mit Mikrochips, die aus Kühlschränken und Geschirrspülern ausgebaut würden [6].



Ursula Von der Leyen am 14. September 2022 in Strassburg: «Das russische Militär nimmt Chips aus Geschirrspülern und Kühlschränken, um militärisches Gerät zu reparieren, weil ihnen die Halbleiter ausgegangen sind.»

Doch die Realität war eine andere: Russland steigerte seine Produktionsraten kontinuierlich, wurde unabhängig von westlichen Importen, intensivierte den Handel mit China, Indien, Saudi-Arabien, Iran und vielen anderen Staaten und konnte so eigene Verluste überkompensieren. Währenddessen stand

die Ukraine zunehmend mit leeren Magazinen da, verschliss ihre besten Soldaten und war auf permanente westliche Militär- und Finanzhilfe angewiesen.

Der Global Firepower Index 2025 musste schließlich einräumen, dass Russland nach den USA über die zweitmächtigste Armee der Welt verfügt – noch vor China [7]. Damit brach ein weiteres Narrativ in sich zusammen, wonach Russland angeblich militärisch am Ende sei.

So bleibt die bittere Erkenntnis: Der Westen ist Opfer seiner eigenen Propaganda geworden. Er glaubte an ein Narrativ, das er selbst erschuf – und verkennt dabei die Realität eines Abnutzungskrieges, den Russland strategisch vorbereitet und zu seinen Gunsten geführt hat.

Wirtschaftliche Bumerangeffekte: Sanktionen

Dass die russische Wirtschaft in die Knie gezwungen werden könne, war eine Behauptung, die bei jedem der einzelnen Sanktionspakete [8] gegen Russland nicht fehlen durfte. Russland ist mittlerweile das vom Westen am stärksten sanktionierte Land der Welt – weit mehr noch als die bisherigen Spitzenreiter Iran oder Nordkorea, die seit Jahrzehnten mit Embargos leben müssen. Die restriktiven Maßnahmen gegen Russland gelten für über 2'500 Personen und Einrichtungen sowie über 4'000 Einzelpersonen. 21,5 Milliarden Euro an Vermögenswerten wurden in der EU eingefroren, zusätzlich 300 Milliarden US-Dollar der russischen Zentralbank in der EU und den G7 blockiert. Hinzu kommen 43,9 Milliarden Euro an mit Sanktionen belegten Ausfuhren nach Russland sowie 91,2 Milliarden Euro an sanktionierten Einfuhren. Vor Kriegsbeginn existierten bereits rund 2'500 Einzelsanktionen – seither wurden rund 20'000 weitere verhängt.

Doch entgegen allen westlichen Prognosen ist die russische Wirtschaft nicht kollabiert, sondern gewachsen. 2024 verzeichnete sie sogar ein Plus von +4,1 %, während Deutschland (-0.2 %), Großbritannien (+1.1 %) und Frankreich (+1.1 %) rückläufige oder minimale Wachstumsraten auswiesen. Ausserdem stieg in Russland der Einzelhandelsumsatz im 1. Halbjahr 2024 um +8.8 % die die Fertigungsindustrie um bis zu +7.0 % im scharfen Kontrast zu Deutschland, Großbritannien, wo negative Wachstumsraten bestanden [9]. Auch der Immobilienmarkt in Russland ist robuster als in den meisten europäischen Ländern.

Nachdem man im Westen schnell mit Erstaunen feststellen musste, dass Russlands Wirtschaft trotz Sanktionen wächst [10], während die eigene schrumpft, reagierte man dennoch mit weiteren EU-Sanktionspaketen, bis August 2025 waren es 18 an der Zahl. Bei den Sanktionspaketen handelt es sich um gebündelte Maßnahmenpakete, die vom EU-Rat beschlossen werden müssen und für alle Mitgliedstaaten verbindlich sind und mehrere Komponenten enthalten wie Wirtschaftssanktionen, Handelsverbote, Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, Finanzsanktionen, Sperrung von Vermögenswerten, Ausschluss vom internationalen Zahlungsverkehr, Reisesanktionen etc. Hier passt Einsteins Definition von Wahnsinn: *„Immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten“* [11].

Zudem gilt: Alle Sanktionen waren schlicht völkerrechtswidrig, da sie nicht von der UNO beschlossen wurden. Der Westen setzte dennoch auf ökonomischen Druck als Ersatz für militärisches Eingreifen – und scheiterte.

Der Irrtum über die Wirksamkeit wirtschaftlicher Zwangsmittel

Die westliche Fehleinschätzung, unliebsame Staaten durch Sanktionen gefügig machen zu können, beruht auf einem fundamentalen Missverständnis: Handel ist in aller Regel für beide Vertragspartner vorteilhaft. Dies gilt ebenso für das weltweite Banken- und Finanzsystem, das den globalen Zahlungsverkehr in Sekunden ermöglicht.

Sanktionen wirken daher immer doppelt: Sie schädigen nicht nur den sanktionierten Staat, sondern auch jene, die sie verhängen. Wer wirtschaftliche Kooperation unterbindet, nimmt zwangsläufig Verluste auf beiden Seiten in Kauf [11a].

Selbstschuss ins eigene Knie

Der Westen hat in den letzten Jahrzehnten eine Art Ritual daraus gemacht, Staaten mit „illegalen Sanktionen“ – also ohne Mandat der Vereinten Nationen – zu überziehen. Während dieses Vorgehen gegen kleine, wirtschaftlich schwache Länder bisweilen Wirkung zeigte, hat sich das Machtgefüge inzwischen fundamental verschoben. Heute existieren Alternativen: neue Märkte, neue Finanzsysteme, neue geopolitische Bündnisse.

Folglich trifft die Sanktionspolitik gegen Russland vor allem Europa selbst. Russische Rohstoffe – ob Energie, Metalle oder Agrargüter – sind günstig, qualitativ hochwertig und in zentralen Industrien kaum ersetzbar. Russland hingegen findet außerhalb des Westens leicht neue Abnehmer: in Asien, im Nahen Osten oder in den BRICS-Staaten [11b].

Im Sanktionsfieber hat der Westen zunehmend den Realitätssinn verloren. Längst beschränken sich die Maßnahmen nicht mehr nur auf Russland. Auch gegen China und Indien wurden Drohungen für Zwangsmaßnahmen verhängt – mit gravierenden Folgen. Im Dezember 2024 zog Peking erstmals eine klare rote Linie: Es untersagte den Export strategischer Mineralien wie Gallium, Germanium und Antimon in die USA [11c]. Diese Rohstoffe sind essenziell für Militärtechnik, Solarmodule und Glasfaserkabel. Der Schlag traf die amerikanische Industrie empfindlich – und zeigte, dass die Ära der einseitigen westlichen Sanktionserfolge vorbei ist.

SWIFT-Ausschluss und Preisdeckel – stumpfe Schwerter

Als besonders drastische Maßnahme galt die „nukleare Option“: der Ausschluss russischer Banken aus SWIFT. Doch die russische Zentralbank war vorbereitet: Bereits seit 2014 hatte Moskau ein eigenes Zahlungssystem (SPFS) aufgebaut, Devisenreserven in China und Gold verlagert sowie bilaterale Abkommen mit Indien und der Türkei geschlossen [12].

Auch der westliche Ölpreisdeckel verpuffte: Russland baute eine Flotte von Tankern auf, verschleierte Herkunft und Preise seiner Exporte und verlagerte den Handel nach Asien. Indien und China wurden zu den größten Abnehmern russischen Öls, das raffiniert weiterverarbeitet zum grossen Teil wieder auf westliche Märkte gelangte [13].

Die Sanktionen hatten eine paradoxe Wirkung: Sie beschleunigten die wirtschaftliche Autarkie Russlands. Importsubstitution, Parallelimporte über China, Türkei und Kasachstan sowie neue Lieferketten machten Russland unabhängiger vom Westen. Gleichzeitig verstärkte Moskau seine Integration in die BRICS-Strukturen und entwickelte alternative Handelsrouten, etwa über das Kaspische Meer [14].

Der Rubel und die eingefrorenen Reserven

Besonders dreist war das Einfrieren von 60 % der 630 Milliarden Dollar umfassenden Währungsreserven Russlands – rund 300 Milliarden davon bei Euroclear in Belgien. Die USA hielten nur 6 Milliarden, drängten ihre Verbündeten jedoch zur direkten Beschlagnahmung. Mit dem REPO-Act schuf Washington sogar die Möglichkeit, eingefrorene russische Gelder in die Ukraine umzuleiten [15].

Doch auch dieser Angriff auf den Rubel schlug fehl: mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine erlebte der Rubel aus den genannten Gründen einen dramatischen Einbruch mit einem Rekordtief am 7. März

2022 von 142,67 RUB pro US-Dollar sowie 155,03 RUB pro Euro. In Folge von Gegenmassnahmen, Leitzinsanhebungen und Deviseninterventionen stieg der Rubel aber wieder schnell an und betrug 3 Jahre später im März 2025 (Monatsdurchschnitt) 93,2 RUB pro Euro und 86,4 RUB pro US-Dollar. Selbst westliche Wirtschaftsmedien mussten rasch anerkennen, dass die russische Währung überraschend stark blieb [16].

Bumerangeffekt für Europa

Die Hauptleidtragenden der Sanktionen sind europäische Volkswirtschaften. Russische Energieträger werden über Umwege – etwa über Indien – teurer zurückgekauft, während die USA als Gewinner aussteigen: bereits 2023 entfielen 44 % der US-Öl- und Gasexporte auf die EU, LNG-Lieferungen stiegen im selben Jahr um +170 % [17].

Russland hingegen nutzte den Konflikt, um seine strategische Position auszubauen, während Europa deindustrialisiert. Damit bestätigen die Sanktionen vor allem eines: Sie haben Russland nicht in die Knie gezwungen, wohl aber Europa in die Rezession geführt.

Geschichtsklitterung und die Konstruktion von Narrativen

Um das Bild des „böartigen Putin-Regimes“ aufrechtzuerhalten, kam der Tod des russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny am 16. Februar 2024 mitten im Präsidentschaftswahlkampf für westliche Medien und Politiker wie gerufen. Kaum waren die ersten Meldungen draußen, überschlugen sich westliche Staatsvertreter mit Anschuldigungen: Putin habe Nawalny ermorden lassen – ohne Beweise, ohne Indizien, ohne auch nur den Versuch einer gründlichen Analyse [18].

Die westliche Presse übernahm dieses Narrativ umgehend. Kaum erwähnt wurde hingegen, dass Kyrjlo Budanow, Chef des ukrainischen Militärsicherheitsdienstes, nur wenige Tage später erklärte: Nawalny sei „an einem Blutgerinnsel gestorben“ [19]. Ein Detail, das in westlichen Medien höchstens am Rande, in Alternativmedien jedoch prominent aufgegriffen wurde.

Die nüchterne Wahrheit: Nawalny war nie ein ernsthafter Herausforderer Putins. Selbst auf dem Höhepunkt seiner Popularität, bei der Moskauer Bürgermeisterwahl 2013, erreichte er lediglich 27 % der Stimmen – gegen Amtsinhaber Sergej Sobjanin, der klar siegte [20]. Landesweit wäre seine Unterstützung kaum über ein zweistelliges Ergebnis hinausgegangen.

Warum also sollte Putin ausgerechnet wenige Wochen vor der Wahl einen Oppositionspolitiker „beseitigen“, der weder zugelassen war noch eine reale Gefahr darstellte? Zumal der Kreml kurz vor Nawalnys Tod sogar über einen Gefangenenaustausch verhandelte, um ihn gegen inhaftierte Russen im Westen auszutauschen [21]. Die Frage *qui bono?* hätte jedem seriösen Journalisten in den Sinn kommen müssen.

Der Vorgang erinnert an den Fall Sergej Skripal im März 2018. Auch damals wurden Russland und Putin beschuldigt, einen Giftanschlag auf den Ex-Agenten verübt zu haben – wiederum ohne Beweise. Auffällig ist das Muster: Kurz vor wichtigen politischen Ereignissen in Russland erscheinen Fälle, die im Westen propagandistisch genutzt werden, um Putins Legitimität infrage zu stellen. Dass diese Fälle in ihrer politischen Logik eher gegen als für eine Täterschaft Russlands sprechen, wird dabei ignoriert [22].

Präsidentschaftswahl 2024 in Russland – Demokratie oder „Scheinwahl“?

Die letzte Präsidentschaftswahl in Russland fand vom 15. bis 17. März 2024 statt. Gewählt wurde der Präsident der Russischen Föderation für die Amtszeit von 2024 bis 2030. Wladimir Putin wurde dabei im Amt bestätigt. Bereits Ende Dezember 2023 hatte die Zentrale Wahlkommission (ZIK) bekanntgegeben, dass 33 Personen ihre Absicht erklärt hätten, an den Wahlen teilzunehmen: 24 unabhängige Bewerber und 9 parteibasierte Nominierungen. Davon reichten 15 Personen Bewerbungsunterlagen ein, um offiziell als Kandidaten registriert zu werden. Zu jenen, die ihre Absicht zwar bekundet, aber keine Bewerbung eingereicht hatten, gehörte etwa der inhaftierte Ultranationalist Igor Girkin [23].

Viele Kandidaten schieden im Verlauf des Verfahrens aus formalen Gründen oder aufgrund der Wahlbestimmungen aus. In der westlichen Presse wurde dieser Umstand jedoch meist so dargestellt, als habe Putin eine „Scheinwahl“ abgehalten, bei der keine echte Opposition zugelassen sei [24].

Internationale Wahlbeobachter bestätigten, dass die Wahl ohne gravierende Unregelmäßigkeiten verlaufen sei [25]. Dennoch titulierten zahlreiche westliche Medien im Gleichschritt die Abstimmung als „Fake-Wahl“. Das US-Außenministerium ging sogar so weit, internationale, freiwillige Wahlbeobachter vor einer Teilnahme zu warnen – offenbar aus Sorge, das offizielle Narrativ einer manipulierten Wahl könnte ins Wanken geraten [25a].

Auffällig ist, dass westliche Medien regelmäßig behaupteten, die russischen Wahlen seien stärker manipuliert als je zuvor, ohne jedoch belastbare Belege vorzulegen. Es dominierte die Wiederholung – nicht die Beweisführung.

Besonders auffällig ist die Doppelmoral, wenn man sich folgenden Sachverhalt vor Augen hält: In Russland wurden 2024 am Ende vier Kandidaten zur Wahl zugelassen – was im Westen sofort als Beleg für ein autoritäres System gewertet wurde. Doch dass in den USA traditionell nur zwei Kandidaten realistische Chancen haben, wird kaum als undemokratisch bezeichnet. Bemerkenswert ist, dass die Wahlbeteiligung in Russland bei 77 % lag, was deutlich höher ist als in den meisten westlichen Demokratien. Wenn die russische Bevölkerung tatsächlich gegen Putin eingestellt wäre, hätte sie spätestens durch Wahlenthaltung ein sichtbares Signal setzen können.

Beliebtheitswerte im Vergleich

Auch westliche Meinungsforschungsinstitute bestätigen seit Jahren die hohe Popularität Putins. In über 20 Jahren im Amt ist seine Zustimmung nie unter 60 % gefallen. Vor den Präsidentschaftswahlen 2024 lag sie laut Umfragen sogar bei rund 80 % [25b].



Russland wird im Westen ständig als Diktatur und Autokratie bezeichnet, ohne dass es dafür Belege gibt. Die Beliebtheit von Putin im eigenen Volk ist sogar im Westen unbestritten und die Leistungsbilanz von Präsident Putin lässt sich sehen.

Im Kontrast dazu herrscht in westlichen Demokratien massive Unzufriedenheit: In Deutschland äußerten 2024 über 80 % der Bürger Unzufriedenheit mit ihrer Regierung [25c]; in Frankreich ist die Ablehnung gegenüber Präsident Macron ähnlich hoch, und US-Präsident Biden galt Umfragen zufolge als einer der unbeliebtesten Präsidenten der amerikanischen Geschichte [25d]. Trotzdem gelten diese Systeme im Westen unhinterfragt als „vollwertige Demokratien“ – auch wenn sie mehr oder weniger offen gegen den Willen des Volkes regieren und sich der Mehrheitswille der Bevölkerung nicht in der Regierungspolitik widerspiegelt.

Saporischschja – ein Spiel mit dem atomaren Risiko

Im Sommer 2022 attackierte die ukrainische Armee wiederholt das AKW Saporischschja, Europas größtes Kernkraftwerk. Selbst Kiew räumte den Einsatz von Kamikaze-Drohnen ein, betonte jedoch, sie seien gegen „nahegelegene militärische Ziele“ gerichtet gewesen. Moskau legte Bilder vor, die Einschläge auf dem Kraftwerksgelände zeigten [26].

Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) forderte Inspektionen, doch da das AKW formell auf ukrainischem Staatsgebiet liegt, blockierte Kiew die Genehmigung – während westliche Medien Russland beschuldigten, Inspektionen zu verhindern. Ein klassisches Beispiel, wie Propaganda durch selektive Darstellung funktioniert.



Ist ein Staat erst dann demokratisch, wenn dessen politische Führer unbeliebt sind, oder ist es nicht vielmehr so, dass es um die Demokratie in einigen «demokratischen» Ländern nicht gut bestellt ist, wenn die Beliebtheitswerte der politischen Führung dermassen im Keller sind, da ganz offensichtlich am Mehrheitswille der jeweiligen Bevölkerungen vorbei regiert wird?

Terror als letzte Karte

Als klar wurde, dass die Ukraine den Krieg nicht gewinnen kann, intensivierten sich ukrainische Anschläge auf zivile Ziele im russischen Hinterland. Am 22. März 2024 traf ein besonders schwerer Angriff die Crocus City Hall bei Moskau, über 140 Menschen starben [27]. Auffällig: Die Täter flohen – untypisch für islamistische Selbstmordattentäter. In Verhören gaben sie an, für Geld gehandelt zu haben. Der Fluchtweg führte Richtung Ukraine, wo sie den Rest der Bezahlung erhalten sollten.

Zudem hatte die US-Botschaft wenige Tage zuvor auffällig explizit vor Konzerten in Moskau gewarnt. Ein Zufall? Möglich. Aber dass westliche Medien die Frage *qui bono?* konsequent mieden, spricht Bände.

Informationskrieg und Zensur im Westen

„Im Krieg ist die Wahrheit das erste Opfer.“ Dieses alte Sprichwort bestätigte sich erneut. Schon am 2. März 2022 – nur eine Woche nach Kriegsbeginn – beschloss die EU die Sperrung praktisch aller russischen Medien [28]. Offiziell, um „Propaganda einzudämmen“. In der Realität: eine umfassende Einschränkung der Meinungsvielfalt. Erst danach zog Russland mit Gegenmassnahmen nach.

Die US-Diplomatie versucht inzwischen sogar, auch Länder des Globalen Südens zum Verbot russischer Medien zu bewegen. In Indien jedoch wies das Außenministerium entsprechende Forderungen zurück und verwies auf die Popularität von RT (Russia Today) [29]. Auch arabische Medien wie die saudische *Okaz* brandmarkten die westliche Haltung als Doppelmoral [30].

Bezeichnend ist auch der Umgang mit Social Media. Während 2021 die Accounts des damaligen, noch amtierenden US-Präsidenten Trump ohne Gerichtsbeschluss gesperrt wurden, sah sich später Elon Musks Plattform X 2023 mit EU-Verfahren wegen „Desinformation“ konfrontiert [31]. Telegram-Gründer Pawel Durow, einst im Westen für seine Standhaftigkeit gegen Zensur gefeiert, wurde 2024 in Paris verhaftet – weil Telegram sich zum wichtigsten Informationskanal jenseits westlicher Narrative entwickelt hatte [32].

Zensur und Einschränkung der freien Meinungsäußerung

Die Zensur im Westen nahm bereits mit der Corona-Krise Fahrt auf, doch mit dem Ukrainekrieg erreichte sie ein bislang unerträgliches Ausmaß. In der EU gilt seit 2023 ein Zensurgesetz, das Internetplattformen verpflichtet, Inhalte zu „moderieren“ – sprich: alles zu entfernen, was den westlichen Narrativen widerspricht [33].

Ironischerweise ist damit genau das eingetreten, was man Russland stets vorwarf. Alles, was die russischen Behörden einst von Telegram-Gründer Pawel Durow verlangten, aber nie bekamen, ist im Westen längst bittere Realität geworden. In Russland wurden weder Durow noch seine Mitarbeiter verhaftet, obwohl sie staatliche Forderungen ablehnten. Zudem verlangte der russische Staat keinen pauschalen Zugriff auf Daten, sondern nur in begründeten Fällen Einsicht [34]. Doch in Frankreich wurde er verhaftet.

Telegram, Rumble und die Jagd auf Dissidenz

Die Verhaftung von Pawel Durow am 24. August 2024 auf einem Pariser Flughafen war ein Fanal. Russland hatte ihn zuvor mehrfach aufgefordert, nach Moskau zurückzukehren, um seine Sicherheit zu gewährleisten, doch Durow schlug alle Warnungen in den Wind. Die Folgen blieben nicht aus: Die Vereinigten Arabischen Emirate – deren Staatsbürger Durow ebenfalls ist – froren den milliardenschweren Kaufvertrag über 80 französische Kampfflugzeuge ein, aus Protest gegen seine Inhaftierung [35].

Nicht nur Telegram, auch andere Plattformen gerieten unter Druck. Chris Pawlowski, Gründer des Videoportals *Rumble*, verließ vorsorglich Europa. Bereits 2022 hatte er offengelegt, dass die französische Regierung von ihm verlangte, russische Kanäle zu blockieren. Er verweigerte dies und erklärte: „Wie Elon Musk werde ich unsere Pfeiler der Meinungsfreiheit nicht für eine ausländische Regierung verschieben“ [36].

Geschichtsklitterung als Instrument

Zur westlichen Kriegspropaganda gehört nicht nur die Gegenwartssteuerung, sondern auch das stille Umschreiben der Vergangenheit. Der immense sowjetische Beitrag zum Sieg über Hitlerdeutschland

wird in vielen westlichen Darstellungen vor allem seit dem Ukrainekrieg konsequent herabgespielt. Stattdessen stilisiert man die Landung in der Normandie und die Bombardierungen deutscher Städte zum entscheidenden Faktor des Sieges über Nazideutschland.

Ein weiteres Beispiel: das Narrativ, die Ukraine hätte ihre Souveränität wahren können, wenn sie ihre Atomwaffen nach dem Zerfall der Sowjetunion nicht an Russland abgegeben hätte. Tatsächlich war es im Interesse aller – vor allem der USA und des Westens –, dass nicht plötzlich neue instabile Atomkräfte entstanden. Die Codes für den Einsatz lagen ohnehin in Moskau; ohne diese Freischaltung wären die Waffen nutzlos gewesen, respektive allenfalls für eine «schmutzige Bombe» tauglich gewesen. Das Budapester Memorandum von 1994 sah die Abgabe der Atomwaffen an Russland im Gegenzug für Sicherheitsgarantien durch die USA, Großbritannien und Russland vor [37].

Dass die Ukraine mit westlicher Unterstützung selbst gegen einige dieser Verpflichtungen verstieß, bleibt im medialen Diskurs zumeist ebenso unerwähnt.

Noch etwas sei in diesem Zusammenhang erwähnt: ebenso wie die Ukraine hatten Kasachstan und Weissrussland aus denselben Gründen ihre Atomwaffen an Russland abgegeben.

Medienkampagnen: Zwischen Wunschdenken und Alarmismus

Seit mehr als drei Jahren wird die Öffentlichkeit mit einer Dauerwelle aus Propaganda-Schlagzeilen überzogen. Eine nüchterne Analyse weicht schrillen Überschriften, die zwischen Wunschdenken, Dämonisierung und apokalyptischen Szenarien changieren. Exemplarisch dafür stehen nachfolgende Headlines aus zwei zufällig ausgewählten Tagen (31. Mai und 1. Juni 2025): Um das Narrativ vom maroden Russland zu zeichnen, bestanden Headlines wie „Russland verliert Panzerflotte: Putin setzt Kampf unbeirrbar fort“ und „Putins Pearl Harbor“. Oder noch fantastischer: „Russlands Verluste bei fast einer Million Soldaten“. Um Weltkriegs- und Eskalationsängste zu schüren, gab es Überschriften wie „Russland droht USA mit Drittem Weltkrieg“ oder „Die Bedrohung ist real: NATO-Armeechef über Russlands neue Annexion in Sicht?“ Parallel darf natürlich die Siegeszuversicht in der Bevölkerung nicht abreißen, wofür Geschichten über Wunderwaffen verbreitet und Heldengeschichten erzählt wurden wie „Leopard 2A8: Europas neuer Panzerkönig mit Schutzsystem Trophy“ oder „Die Ukrainer sind grimmig realistisch – das sollten wir auch sein“. Ebenso wenig durften Berichte fehlen, die Russland als allgegenwärtige Bedrohung in Erinnerung rufen wie „Brandanschläge und Hackerangriffe: wie der Kreml die Ukraine-Hilfe sabotiert“ oder „Geheime russische Nuklearbasen enthüllt“ [38]

Wenn man diese Berichte emotionslos verfolgt, ist das Muster allerdings leicht durchschaubar: Russland wird als taumelnder Koloss dargestellt, als allgegenwärtige Bedrohung dämonisiert, während westliche Waffen und Heldenmythen die Rolle der „Heilsbringer“ übernehmen.

Realitätsverweigerung und Zirkelschluss

Die Konsequenz: westliche Entscheidungsträger stützen ihre Politik oft auf eben jene Medienberichte, die selbst Produkt von Propaganda sind. Es entsteht ein Zirkelschluss, in dem Politik und Presse sich gegenseitig bestätigen. Nur militärische Insider ahnten von Beginn an, dass der Krieg kaum militärisch zu gewinnen sei.

Doch das eigentliche Ziel war nie nur der Sieg über Russland. Für die Eliten im Westen genügte schon das Minimalziel, Russland zu schwächen und als geopolitischen Rivalen um den Kampf um die Weltherrschaft auszuschalten. Hinzu kommt der ökonomische Aspekt: Jeder Monat Krieg bedeutet Milliarden für den militärisch-industriellen Komplex [39]. Den Preis zahlen das ukrainische Volk und der ukrainische Staat, der ohne westliche Hilfe längst kollabiert wäre.

-
- [1] UN-Berichte & OSZE-Beobachtungen zu Butscha (2022), keine abschließenden Beweise.
- [2] *Financial Times*: „Russia withdrew troops from Kyiv to boost negotiations“ (April 2022).
- [3] Institute for the Study of War (ISW): Berichte zur Surowikin-Linie (2023).
- [4] Seymour Hersh: „How America Took Out the Nord Stream Pipeline“ (Substack, 2023).
- [5] U.S. Energy Information Administration (EIA): Exportdaten Öl & LNG (2023).
- [6] Rede von Ursula von der Leyen vor dem EU-Parlament, Straßburg, 14. September 2022.
- [7] Global Firepower Index 2025: Ranking der Militärmächte.
- [8] EU-Kommission: *Sanktionsübersicht gegen Russland*.
- [9] Quelle: Reuters
- [10] Handelsblatt, 7. Februar 2023: „Russische Wirtschaft erholt sich 2023 – BIP steigt um +3,6 Prozent“.
- [11] Zitat Albert Einstein, zugeschrieben, vielfach verwendet in politischem Kontext.
- [11a] Münchau, Wolfgang: *Warum Sanktionen selten funktionieren*. Financial Times, 2023.
- [11b] International Energy Agency (IEA): *Russia's Energy Exports and Global Trade Flows*, Report 2023.
- [11c] *South China Morning Post*, 12. Dezember 2024: „China bans export of gallium, germanium and antimony to the US“.
- [12] Russische Zentralbank: Bericht zu SPFS und Kapitalverkehrskontrollen (2022).
- [13] Financial Times, Dezember 2023: Analyse zur „Schattenflotte“ Russlands.
- [14] BRICS Joint Statement, August 2023: Ausbau multipolarer Handelsstrukturen.
- [15] US-Kongress: *Rebuilding Economic Prosperity and Opportunity (REPO) Act*, 2023.
- [16] Börsen-Zeitung, 23. November 2023: „Der Rubel verblüfft mit seiner plötzlichen Stärke“ und Investing.com (Historische Daten EUR/RUB).
- [17] US-EIA (Energy Information Administration), Exportstatistik 2023.
- [18] EU-Kommission / Presseerklärungen westlicher Staatsvertreter, 16.–17. Februar 2024.
- [19] Pressekonferenz Kyrylo Budanow, Kiew, 23. Februar 2024.
- [20] Wahlkommission Moskau: Ergebnisse der Bürgermeisterwahl 2013.
- [21] *Kommersant*, Februar 2024: Bericht über geplanten Gefangenenaustausch.
- [22] BBC / Guardian: Berichte zum Fall Skripal (März 2018).
- [23] Zentrale Wahlkommission Russlands (ZIK), Pressemitteilung vom 28.12.2023.
- [24] *Der Spiegel*, 17.03.2024: „Putins Scheinwahl – Opposition ausgeschlossen“.
- [25] OSZE-Bericht (Beobachterdelegation), März 2024.
- [25a] US-State Department, Statement vom 10.03.2024.
- [25b] Levada-Zentrum, Umfrageergebnisse 2023/2024.
- [25c] Infratest dimap, DeutschlandTREND, Januar 2024.
- [25d] Gallup Poll, Approval Ratings of U.S. Presidents, 2024.
- [26] IAEA-Lagebericht zu Saporischschja, Oktober 2022.
- [27] TASS / Reuters: Berichte zum Terroranschlag Crocus City Hall, 22. März 2024.
- [28] Amtsblatt der Europäischen Union, Beschluss vom 2. März 2022.
- [29] *The Hindu*, Juli 2024: „India rejects U.S. demand to ban RT“.
- [30] *Okaz* (Saudi-Arabien), August 2024.
- [31] EU-Kommission, Verfahren gegen X nach DSA, Dezember 2023.
- [32] AFP: Bericht über Festnahme Pawel Durow, Paris, 24. August 2024.
- [33] EU-Amtsblatt: Gesetz für digitale Dienste (DSA), 2023.
- [34] Aussagen Pawel Durow, Interviews 2018–2023.
- [35] *Al Jazeera*, 2024: Meldung zu eingefrorenem Emirate-Kampfflugzeugdeal nach Durows Verhaftung.
- [36] Chris Pawlowski (*Rumble*), öffentliche Stellungnahme, November 2022.
- [37] Budapest Memorandum, 5. Dezember 1994; UN-Dokumentation.
- [38] Schlagzeilensammlung: *Spiegel*, *NZZ*, *FAZ*, *CNN*, *MSNBC*, 31. Mai / 1. Juni 2025.
- [39] SIPRI: *Trends in World Military Expenditure 2024*.

Wunderwaffen und NATO-Taktik

Ähnlich wie im Zweiten Weltkrieg, als den Deutschen allmählich klar wurde, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war, sollten Durchhalteparolen und sogenannte Wunderwaffen noch einmal den entscheidenden Stimmungsumschwung erzeugen. Die Propaganda versprach mit Düsenjägern, überschweren Panzern sowie den unbemannten Raketen V1 und V2 den „Endsieg“ – oder zumindest den Glauben daran. Doch diese Waffen konnten das Blatt nicht wenden: Zwar waren sie technisch ihrer Zeit voraus, aber weder in ausreichender Zahl verfügbar noch logistisch tragfähig. Treibstoff fehlte, ausgebildetes Personal war rar. So blieb der Nimbus der „Wunderwaffen“ eine Illusion [1].

Die gegenwärtigen Kampfhandlungen in der Ukraine haben auf eindrückliche Weise gezeigt, dass die an die Ukraine ausgelieferten und im Westen zu Wunderwaffen und Gamechangern hochgepriesenen Systeme ebenso oft nicht nur untauglich, sondern auch noch störungsanfällig und wartungsintensiv sind.

Panzerhaubitzen – Präzision mit eingebautem Wartungsstau

So muss etwa die vielgerühmte deutsche Panzerhaubitze 2000 nach kurzen Fronteinsätzen bereits zur Instandsetzung, weil die Rohre durch die Dauerbelastung des Artilleriekrieges schnell unbrauchbar werden. Französische Medien berichteten zudem über massive Probleme mit der Panzerhaubitze *Caesar*: Sie schieße zwar präzise und schnell, sei aber „sehr sauberkeitsbedürftig“ und an die Realitäten eines Stellungskrieges kaum angepasst. Ukrainische Soldaten verglichen die Bedienung ironisch mit chirurgischen Eingriffen, bei denen Handschuhe und Schuhüberzieher Pflicht seien [2].

Leopard 2 – deutsches Aushängeschild unter Druck

Auch der Leopard 2, Aushängeschild deutscher Rüstungskunst, hat sich in der Ukraine keineswegs bewährt. Selbst der *Spiegel* titelte am 4. Januar 2024 ernüchtert: „Kiews Problem mit den deutschen Pannen-Panzern“. In dem Artikel hieß es: „Details zur Anzahl der kaputten Panzer und der Art ihrer Schäden sollen nicht veröffentlicht werden; darum bat das Unternehmen LDS, ein Zusammenschluss der deutschen Panzerproduzenten Rheinmetall und KMW. Russlands Führung solle keine Information erhalten, die ihr im Krieg gegen die Ukraine nützen könnte. Aber so viel kann man wohl sagen: Von den 18 modernen Kampfpanzern Leopard 2 A6, die Deutschland der Ukraine geliefert hat, befanden sich nicht wenige in der litauischen Werkshalle“ [3].

Offiziell begründete man die Geheimhaltung mit Rücksicht auf den Gegner. Wahrscheinlicher aber ist: Man wollte das Image der vermeintlichen „Wunderwaffe“ Leopard 2 schützen. Denn gerade die modernste Version des Panzers zeigt sich in der Praxis als überraschend anfällig und alles andere als kriegsentscheidend. Bereits kurz nach Einsatz dieser Panzer gingen unzählige Bilder brennender Leopard-Panzer in den sozialen Medien um die Welt.

Abrams-Panzer – zu spät, zu schwer, zu verwundbar

Nicht anders verhält es sich mit den US-amerikanischen M1-Abrams-Panzern. Diese wurden aufgrund ihrer Untauglichkeit für das ukrainische Gelände lange zurückgehalten und erst Anfang 2024, mangels Alternativen, an die Front geschickt. Ihre Probleme sind offensichtlich: Sie sind zu schwer für das schlammige Terrain, bleiben in der „Rasputiza“ (Schlammperiode im Frühling und Herbst) stecken und sind unzureichend gegen Drohnen geschützt.

Eine nachträglich angebrachte Zusatzpanzerung sollte Abhilfe schaffen, erhöhte jedoch das Gewicht weiter und verschärfte dabei die Mobilitätsprobleme. Die Schweizer Zeitung *Blick* titelte am 20. Oktober 2023: „Abrams-Panzer kommen zu spät – und machen jetzt nur Probleme“ [4]. Und als im

April 2024 Bilder ausgebrannter Abrams weltweit kursierten, schrieb dasselbe Blatt: „Angst vor russischen Drohnen – Ukraine zieht 10-Millionen-Panzer von der Front ab“ [5]. Die Bilanz war ernüchternd: Erst mit Mühe und Not geliefert bekommen, danach als militärische Hypothek erkannt.

Auch zahlreiche Humvees und andere US-Fahrzeuge zeigen sich als wenig geeignet für die ukrainischen Bodenverhältnisse. Wie schon deutsche Panzerfahrzeuge im Zweiten Weltkrieg bleiben sie im Schlamm stecken – ein wiederkehrendes Muster militärischer Fehleinschätzungen aufgrund eigener Überlegenheitsfantasien.

Technikgläubigkeit als strategische Falle - warum westliche „Wunderwaffen“ scheitern

Ob Leopard, Abrams oder Panzerhaubitzen – sie alle sind Ausdruck eines übersteigerten Technikglaubens. Politik und Medien stilisierten westliche Waffen zu „Gamechangern“, doch an der Front erweisen sie sich als schwerfällig, anfällig und unzureichend. Wie schon im Zweiten Weltkrieg zeigt sich: Hightech ersetzt keine strategische Überlegenheit, keine robuste Logistik und schon gar nicht den langen Atem in einem Abnutzungskrieg.

Warum verhält es sich so mit den westlichen „Wunderwaffen“? Ein naheliegender Erklärungsansatz ist, dass das System der Rüstungsindustrie im Westen in großen Teilen als rein gewinnorientiert und korrupt zu betrachten ist – wie die ungezählten Skandale im deutschen Verteidigungsministerium wie auch im Pentagon belegen [6]. Den Herstellern geht es in erster Linie um Gewinne und Börsenkurse, nicht um die Produktion wirklich praxistauglicher Waffen in grossen Mengen – und damit letztlich auch nicht um das Gewinnen von Kriegen.

Hightech, Marketing und Wartungsprofite

Die westlichen Produzenten haben überwiegend sehr teure, hochtechnologische Waffensysteme entwickelt, die mit allerlei Gadgets versehen sind. Sie erzeugen damit auf Waffenmessen eine starke Werbewirkung und können auf dem Papier viel. Doch genau diese Komplexität macht sie im Einsatz störungsanfällig und schwer zu warten. Die hohe Wartungsintensität ist für die Industrie sogar ein willkommener Nebeneffekt: Mit dem Unterhalt wird oft mehr verdient als mit dem Verkauf. Bei US-Kampfflugzeugen beispielsweise fließt ein Vielfaches des Erlöses über Jahrzehnte in Wartung, Service und Ersatzteile – weit mehr als durch den ursprünglichen Kaufpreis erzielt wird [7].

Hybris nach dem Zerfall der Sowjetunion

Ein Effekt dieser Entwicklung war die Hybris im Westen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Man war so sehr von der eigenen Überlegenheit überzeugt, dass man auf die tatsächliche Qualität und Kriegstauglichkeit kaum noch Wert legte. Vor allem ein angemessenes Preis-Leistungs-Verhältnis spielte keine Rolle mehr – obwohl in großen Kriegen gerade die Menge an Kriegsgerät ausschlaggebend ist.

Das Beispiel aus dem Zweiten Weltkrieg zeigt dies eindrücklich: Die deutschen Tiger-Panzer waren technisch überlegen und galten als die besten Panzer ihrer Zeit. Doch im gesamten Krieg wurden nur 1.350 Exemplare gebaut. Die Sowjetunion hingegen produzierte rund 54.000 T-34, die nur marginal schlechter waren, den Tigern aber zahlenmäßig weit überlegen. Dieses Missverhältnis entschied ganze Frontabschnitte [8].

„Schönwetterkriege“ des Westens

Nüchtern betrachtet waren die Kriege des Westens nach 1991 ausnahmslos kurze Kriege, die vor allem von einer überlegenen Luftwaffe entschieden wurden. Die Bodentruppen mussten keine großangelegten, intensiven Kampfeinsätze bestehen, sondern führten nur kurze Gefechte gegen meist hoffnungslos unterlegene Gegner. Beispiele hierfür sind die beiden Irak-Kriege ebenso wie der Afghanistan-Einsatz.

Für solche Interventionen mögen die hochtechnologischen Waffen geeignet sein. Doch für einen echten Abnutzungskrieg mit hoher Feuerrate, mit Schmutz, Nässe, Staub – und vor allem gegen einen ebenbürtigen, motivierten Gegner – sind diese Systeme schlicht nicht ausgelegt [9].

Russlands Gegenüberlegenheit in Schlüsselbereichen

Dieser Sachverhalt wird von den westlichen Medien beharrlich ignoriert. Dabei zeigt der Krieg in der Ukraine, dass Russland in entscheidenden Bereichen mindestens ebenbürtig, in manchen sogar überlegen ist. Russland verfügt nicht nur über eine vergleichbare Satellitenaufklärung, eine starke Luftwaffe und Panzertruppen, sondern hat klare Vorteile bei Luftabwehrsystemen, bei der Artillerie mit endphasengesteuerter Präzisionsmunition, bei Marschflugkörpern, Drohnen und Hyperschallwaffen. In genau diesen Bereichen jedoch werden die Kriege des 21. Jahrhunderts geführt und entschieden werden. [10]

Die Ukraine ist dafür zum Testfeld geworden – und sie liefert den ernüchternden Beweis: westliche „Schönwetterwaffen“ bestehen im Dauereinsatz gegen einen ebenbürtigen Gegner nicht.

Der Mythos der NATO-Taktik

Mit der vielgerühmten NATO-Taktik verhält es sich im Grunde genauso wie mit den westlichen „Wunderwaffen“. Während westliche Medien den NATO-Ausbildungsstandard für ukrainische Truppen als überlegen und kriegsentscheidend bezeichnen, muss man zur nüchternen Einsicht gelangen, dass auch die NATO nur mit Wasser kocht. Die NATO-Taktik ist alles andere als geeignet, Russland in die Knie zu zwingen.

Im Gegenteil: Sie beruht auf einer alten Kriegsdoktrin, hervorgegangen aus dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg, in der das Primat der Luftüberlegenheit vorausgesetzt wurde und ausschlaggebend war. Doch genau diese Luftüberlegenheit ist im Ukraine Konflikt nicht gegeben [11/12].

Russlands Lernkurve und technologische Führung

Die russische Armee hat hingegen aus ihren Einsätzen in Afghanistan, Tschetschenien, Syrien, Georgien und aus über drei Jahren Ukrainekrieg gelernt. Heute liegt sie in zentralen Bereichen uneinholbar an der Weltspitze: bei Hyperschallwaffen, in der elektronischen Kriegführung und im Drohnenkrieg, beziehungsweise allgemein im Bereich unbemannter Systeme [13]. Deshalb war es nur folgerichtig, dass der russische Verteidigungsminister Andrej Beloussow Ende 2024 dem Vorstand des Verteidigungsministeriums mitteilte, dass im dritten Quartal 2025 innerhalb der russischen Streitkräfte ein eigenes Kommando für unbemannte Systeme gegründet werde [14].

Als Feststellung bleibt: Das Gerede um NATO-Wunderwaffen und -Taktik entspringt einem westlichen Wunschdenken, das einer Überlegenheits-Hybris entspringt. Im Glauben an den Sieg aufgrund der haushohen Überlegenheit von NATO-Waffen und -Taktik konnten westliche Regierungen Milliarden an

Steuergeldern für die Ukraine freimachen – mit dem Resultat, dass Hunderttausende Ukrainer ihr Leben ließen, für nichts und wieder nichts.

Die Parallelen zu Deutschland am Ende des Zweiten Weltkriegs sind frappierend: Der überwiegende Teil der Bevölkerung glaubte damals tatsächlich an den „Endsieg“ und daran, dass „Wunderwaffen“ die Wende bringen würden. Heute ist es ähnlich: War es nicht am Anfang das US-amerikanische HIMARS-System oder der Leopard-Panzer, die die Wende bringen würden? Oder würden es nicht die F-16 richten können – oder Langstreckenraketen wie Atacms, Storm Shadow, Scalp oder Taurus? Nein, die Wahrheit ist: All diese zu Wunderwaffen stilisierten Systeme sind bei nüchterner Bewertung nicht besser als die russischen – oftmals sogar schlechter und für den Krieg in der Ukraine ungeeignet.

Der Mangel an Soldaten – Parallelen zum Volkssturm

Vor allem sind die Systeme nicht in ausreichender Zahl vorhanden – und ausserdem sind die Soldaten auf den Systemen nicht lange genug ausgebildet worden. Inzwischen sind der Ukraine die Soldaten ausgegangen. Schon Sechzigjährige, Wehruntaugliche und sogar Frauen werden eingezogen. Ende 2024 forderte die scheidende US-Regierung von Biden angesichts des aussichtslosen Krieges die Herabsetzung der Wehrpflicht auf 18 Jahre.

All dies erinnert an die letzten Monate des Zweiten Weltkrieges, als in Deutschland der Volkssturm gegründet wurde und Minderjährige wie Greise eingezogen wurden – mit dem Unterschied, dass dort im Gegensatz zur heutigen Ukraine keine Frauen für den Fronteinsatz bestimmt waren [15].

Überzüchtete Technik vs. robuster Realismus

Während im Westen ständig über die Überlegenheit von NATO-Waffen und -Taktik fabuliert und neue Systeme als „Gamechanger“ hochstilisiert werden, zeigt sich in Wahrheit das Gegenteil: Die russische Armee hat gelernt, große Kriege mit langem Atem und vergleichsweise tiefen Verlusten zu führen und ihre Taktik wie auch ihre Technik den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Die NATO hingegen produziert Waffen, die technisch überzüchtet, störungsanfällig und für harte Dauereinsätze wenig geeignet sind. Russland hat vorgemacht, wie die neuen Kriege des 21. Jahrhunderts tatsächlich geführt werden.

Palantin und die Dominanz der elektronischen Kriegführung

Kaum noch bestritten ist, dass Russland bei Hyperschallwaffen, Artilleriesystemen und in der radioelektronischen Kriegführung die Nase vorn hat. Das System *Palantin* etwa kann gegnerische Kommunikationssysteme unterdrücken und die Verbindung zwischen Drohnen und ihren Operatoren kappen, sodass diese nicht mehr gesteuert werden können. Es wirkt in verschiedenen Reichweiten, unterdrückt Mobilfunk- und Bündelfunkverbindungen und kann GPS-Ortungen stören oder ausschalten. Russische Einheiten verfügen damit über Mittel, die alle Arten von Kommunikations- und Kontrollsystemen neutralisieren können [16].

Deshalb bereiteten anfangs amerikanische HIMARS-Raketen, britisch-französische Storm Shadows, die US-amerikanischen Atacms oder die deutschen Taurus-Marschflugkörper den Russen durchaus Schwierigkeiten. Doch die russische Seite stellte sich schnell darauf ein: Der Großteil wird inzwischen im Anflug abgefangen oder durch elektronische Störsysteme neutralisiert.

Hyperschallwaffen im Ukrainekrieg

Hyperschallwaffen rückten im Zuge des Ukraine-Krieges verstärkt in den Fokus der medialen Öffentlichkeit, als bekannt wurde, dass es sich bei den von Russland auf die Ukraine eingesetzten

Raketen vom Typ *Ch-47M2 Kinschal* und *Zirkon* um neuartige, weltweit erstmalig eingesetzte Hyperschallwaffen handelt – Waffensysteme, die nach aktuellem Stand von keinem Abwehrsystem aufgehalten werden können.

Charakteristisch für Hyperschallwaffen sind ihre hohen Geschwindigkeiten (mindestens das Fünffache der Schallgeschwindigkeit) sowie die Fähigkeit, während des Flugs unvorhersehbare Kursänderungen vorzunehmen. Sie können sowohl konventionelle als auch nukleare Sprengköpfe tragen. Zwei Typen sind heute besonders relevant: Hyperschallmarschflugkörper mit luftatmenden Strahltriebwerken sowie Hyperschallgleitflugkörper ohne eigenen Antrieb [17].

Dabei handelt es sich nicht um völlig neuartige Technologien, sondern um Weiterentwicklungen bereits existierender Systeme – die Marschflugkörper leiten sich aus konventionellen Cruise-Missiles ab, die Gleitflugkörper aus ballistischen Interkontinentalraketen.

Die größte Herausforderung bei Hyperschallwaffen ist das Plasma, das entsteht, wenn sich die Oberfläche des Flugkörpers durch Geschwindigkeit und Luftreibung auf über 2.000 °Celsius erhitzt. Dieses Plasma erschwert nicht nur die Navigation erheblich, sondern macht die Flugkörper praktisch unsichtbar: Die entstehende Plasmawolke absorbiert Funkwellen und verhindert ihre Ortung durch Radarsysteme [18].

Rüstungsspirale nach dem Ende des ABM-Vertrags

Die beschleunigte Entwicklung von Hyperschallwaffen ist untrennbar mit der Kündigung des Anti-Ballistic-Missile-Vertrags (ABM-Vertrag) verbunden. Dieser Vertrag von 1972 regelte ursprünglich die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen. Nach der einseitigen Kündigung durch die USA am 13. Juni 2002 veränderte sich das strategische Gleichgewicht dadurch grundlegend. Der Westen wollte seine Abwehrkapazitäten stärken – und provozierte damit eine qualitative Reaktion.

Denn im Rückblick wirkt dieser Schritt wie ein klassischer Bumerang: Gerade Russland nutzte die neu entstandene Situation, um massiv in die Entwicklung von Hyperschallwaffen zu investieren, um Raketenabwehrsysteme obsolet zu machen. Heute ist Moskau auf diesem Feld technologisch führend – und testet seine Systeme zudem unter realen Kriegsbedingungen [19]. Im November 2024 kam erstmals die *Oreschnik* (russisch für Haselstrauch) in der Ukraine zum Einsatz, eine neuartige russische Mittelstreckenrakete, die in der Lage ist, Raketenabwehrsysteme zu umgehen und seit 2025 in Serie produziert wird.

Strategische Instabilität durch Unklarheit

Aus Sicht der strategischen Stabilität stellen Hyperschallwaffen eine immense Herausforderung dar. Die Uneindeutigkeit ihres Kursverlaufs erschwert die Bestimmung des Ziels, und die Unklarheit, ob konventionelle oder nukleare Sprengköpfe geladen sind, erhöht die Gefahr von Fehlentscheidungen. Damit steigt das Risiko einer unbeabsichtigten Eskalation beträchtlich [20].

Der INF-Vertrag von 1987 über die Vernichtung landgestützter Raketen mit mittlerer und kürzerer Reichweite wurde von den USA am 1. Februar 2019 gekündigt, gefolgt von Russland, wodurch der Vertrag am 2. August 2019 offiziell endete. Damit brach ein weiterer Pfeiler der Rüstungskontrolle weg. Ursprünglich sollten diese Verträge – INF wie ABM – das Wettrüsten eindämmen, vertrauensbildende Maßnahmen schaffen und das strategische Gleichgewicht in Europa sichern [21]. Offenbar fühlten sich die USA gegenüber Russland stark genug, diese Verträge aufzukündigen zu können.

Dass der Westen dennoch glaubte, all diese Verträge brechen und gleichzeitig die NATO bis an Russlands Grenzen erweitern zu können, ohne eine Gegenreaktion in Russland auszulösen, war

Ausdruck eines gefährlichen Hochmuts – und dieser Hochmut hat zweifellos zur militärischen Eskalation in der Ukraine beigetragen.

Russlands Flugabwehr als Gegenstrategie

Ein weiterer Grund für Russlands Vorsprung liegt in seiner jahrzehntelangen Konzentration auf Flugabwehr. Schon im Zweiten Weltkrieg, ebenso in Korea, Vietnam und im Irak, setzte der Westen – insbesondere die USA und Großbritannien – auf absolute Luftüberlegenheit. Da die Sowjetunion und später Russland in diesem Bereich weder numerisch mithalten konnten noch wollten, entwickelten sie als Antwort das weltweit leistungsfähigste, integrierte Flugabwehrsystem.

Zunächst wurde das S-300-System umfassend modernisiert, später folgte die Entwicklung des S-500 „Prometei“, das sich vor allem auf die Abwehr ballistischer Raketen spezialisierte.

Der erste Langstreckentest fand 2018 auf dem Übungsgelände Sary-Schagan statt, bei dem ein Ziel in 480 Kilometern Entfernung erfolgreich getroffen wurde. Drei Jahre später gelang ein weiterer Test auf Kapustin Jar. Im Dezember 2021 wurde bei einer Übung in der Arktis erstmals eine mit Hyperschallgeschwindigkeit fliegende Rakete abgefangen. Kurz darauf wurde die erste S-500-Batterie in die russischen Weltraumtruppen eingegliedert und zur Luftverteidigung Moskaus eingesetzt. Im Februar 2024 schließlich sollen bei einer weiteren Testreihe erneut Ziele mit Hyperschallgeschwindigkeit erfolgreich abgefangen worden sein – ein Meilenstein, der selbst von westlichen Experten nicht mehr grundsätzlich bestritten wurde [22].

Robotisierung und KI im modernen Krieg

Im Frühjahr 2024 gingen aufsehenerregende Bilder russischer Kampfroborer durch die Welpresse. Schon seit längerer Zeit ist zudem bekannt, dass russische Drohnen vermehrt KI-Technologien nutzen – ein Vorgeschmack darauf, wie Kriege der Zukunft geführt werden könnten. Die Robotisierung der russischen Streitkräfte läuft auf Hochtouren und die Erfahrungen, die auf dem ukrainischen Schlachtfeld gesammelt werden, dienen als unmittelbares Testfeld.

Beispiele russischer Robotersysteme

Der **Marker-Roboter** ist ein Panzerkiller und eine Kampfversion eines fortschrittlichen Roboterkomplexes, der darauf ausgelegt ist, feindliche Kampfpanzer zu erkennen, zu priorisieren und zu bekämpfen. Bereits im Februar 2023 wurde er im Donbass eingesetzt.

Der **Sosna-N** ist ein Anti-Scharfschützen-Roboter. Er schlägt Alarm, wenn er in bis zu 3 km Entfernung einen Scharfschützen entdeckt. Den Standort bestimmt er präzise, das Ziel stört er mit Laserstrahlen in einer Reichweite bis 2 km.

Der **Cherepakha-Roboter** ist eine rollende Drohne, die Infanterieeinheiten begleitet, 500 kg Last transportieren kann, dabei nahezu geräuschlos arbeitet und keine erkennbare Wärmesignatur abstrahlt.

Der **Stalker-Roboter** dient der Minenräumung. Er kann Minen bis zu 30 cm Tiefe beseitigen und damit den Vormarsch von Infanterie und Panzern sichern. Mit seinen Kameras bietet er den Bedienern aus bis zu 1 km Entfernung einen umfassenden Überblick über das Gelände.

Der **Scorpion** ist ein kleiner Entminungsroboter, der unter Fahrzeugen manövrieren kann. Mit rotierender Kamera durchsucht er den Unterboden nach Sprengsätzen. Einziehbarer Manipulatoren entschärfen Drähte und transportieren bis zu 25 kg Sprengstoff in einem Spezialbehälter zur kontrollierten Detonation.

Schließlich gibt es das **Uran-System**, bestehend aus drei Robotervarianten auf einer Plattform: Uran-6 (Minenräumung), Uran-9 (schwer bewaffnetes Angriffsmodell) und Uran-14 (Feuerlösch-Einheit).



Russische Uran-9 Kriegerroboter an einer Militärparade.

Diese Systeme verdeutlichen, wie weit Russland die Integration unbemannter Systeme bereits vorangetrieben hat [23].

Präzisions-Gleitbomben als Kriegsfaktor

Parallel dazu hat Russland Tausende Bomben sowjetischer Bauart in präzisionsgelenkte Gleitbomben umgerüstet. Je nach Gewicht heißen sie FAB-500, FAB-1500 oder FAB-3000. Sie verfügen über Laser- und Satellitensteuerung, können Bunker mit bis zu 3 Metern Stahlbeton in 20 Metern Tiefe zerstören und richten Schäden im Umkreis von 500 Metern an.

Von Luftabwehrsystemen sind diese Bomben nicht abzufangen. Selbst westliche Presseorgane bezeichneten sie als „Gamechanger“. Sie werden teilweise zu Hunderten pro Tag abgeworfen und spielten bei der Eroberung der strategisch wichtigen Stadt Awdijiwka im Frühjahr 2024 eine zentrale Rolle. Da die Bomben aus einer Entfernung von bis zu 70 km abgeworfen werden können, bleiben die Flugzeuge außerhalb der Reichweite ukrainischer Luftabwehr – ein erheblicher Vorteil.

Die Lancet-Drohne – Symbol russischer Drohnenkriegsführung

Seit Jahren macht die Kamikaze-Drohne Lancet der Ukraine und ihren westlichen Unterstützern zu schaffen. Sie gilt als effektivster Panzer- und Artillerie-Killer der russischen Armee. Unzählige Videos, in sozialen Netzwerken geteilt, dokumentieren die Zerstörung westlicher Waffensysteme durch Lancet-Angriffe.

Die Drohne gehört zur „Loitering Munition“, den „herumlungernden Waffen“, die längere Zeit in der Luft auf ihr Ziel warten können. Sie ist klein genug, um Luftabwehrsystemen zu entgehen, und kann sich punktgenau auf ihr Ziel stürzen.

Die Reichweite wurde inzwischen auf 100 km erweitert. Lancet-Drohnen trafen bereits Flughäfen weit hinter der Front. Hinzu kommt die Fähigkeit zu Schwarmangriffen: Eine Drohne identifiziert Ziele und weist sie an andere weiter – unterstützt durch KI. Bilder von Drohnenlagern und voll ausgestatteten Produktionsstätten gingen um die Welt. Schätzungen zufolge soll die Produktion auf über 50.000 Stück pro Jahr gesteigert werden.

Glasfasergelenkte Drohnen

Ein weiteres Novum sind russische Drohnen, die nicht elektronisch gestört werden können. Sie werden durch ein ultradünnes, bis zu zehn Kilometer langes Glasfaserkabel gesteuert. Dieses Kabel wickelt sich während des Flugs ab und gewährleistet so eine durchgehend stabile Verbindung zum Bediener.

Der Pilot empfängt Echtzeitbilder in hoher Auflösung und steuert die Drohne bis zur letzten Sekunde präzise ins Ziel. Störsender sind wirkungslos, die Treffgenauigkeit stieg nach russischen Angaben um das Fünffache. Folgerichtig richtete Russland 2024 einen eigenen militärischen Zweig für unbemannte Systeme ein – eine direkte Umsetzung von Präsident Putins Aufruf zur massiven Erhöhung der Drohnenproduktion [24].

Rüstungsökonomie und Effektivität

Laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI stiegen die weltweiten Militärausgaben 2024 inflationsbereinigt mit +9.4 % stärker als jemals seit dem Ende des Kalten Krieges. Sie belaufen sich nun auf gut 2.7 Billionen US-Dollar. Die USA machen damit über 1/3 der weltweiten Ausgaben aus – mehr als die Plätze zwei bis neun zusammen, das Dreifache Chinas und über das Sechsfache Russlands, dessen Budget 2024 bei 149 Milliarden US-Dollar lag [25].

Doch die Höhe der Ausgaben allein entscheidet nicht über militärische Schlagkraft. Effektivität, taktische Einbettung, Ausbildung und Motivation der Soldaten sowie ein funktionierendes logistisches System sind entscheidender. Ein technisch überzüchteter Panzer kann weniger wert sein als ein robuster Kampfpfänger, eingebettet in ein abgestimmtes System verbundener Waffen.

Zudem belasten Korruption und Vetternwirtschaft die Militärausgaben. Genaue Prozentanteile sind nicht bekannt, doch dürfte der Effekt beträchtlich sein.

Ernüchternde Einschätzungen

Ein politischer Paukenschlag war die Veröffentlichung französischer Geheimdienstberichte in der Wochenzeitschrift *Marianne* im Herbst 2023. Dort hieß es unmissverständlich: „Die Ukraine kann diesen Krieg militärisch nicht gewinnen.“ Nach der gescheiterten Offensive Kiews lobten die Berichte die russischen Streitkräfte als neuen „taktischen und technischen Maßstab“. Die schonungslose Quintessenz: „Täuschen Sie sich nicht: Gegen die Russen sind wir eine Armee von Cheerleadern.“ [26]

[1] Vgl. Kershaw, Ian: *Das Ende – Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45*. München: DVA, 2011.

[2] Vgl. *Le Monde*: „Caesar sous le feu de la critique“, 2023.

[3] Vgl. *Der Spiegel*: „Kiews Problem mit den deutschen Pannen-Panzern“, 04.01.2024.

[4] *Blick*: „Abrams-Panzer kommen zu spät – und machen jetzt nur Probleme“, 20.10.2023.

[5] *Blick*: „Ukraine zieht 10-Millionen-Panzer von der Front ab“, 26.04.2024.

[6] Kümmel, Gerhard: *Korruption und Intransparenz im Rüstungssektor*. SWP-Studie, 2019.

[7] Sprey, Pierre: „Why US Fighters Fail: Maintenance as Business Model“, *Defense Analysis Journal*, 2017.

[8] Glantz, David M.: *When Titans Clashed – How the Red Army Stopped Hitler*. University Press of Kansas, 1995.

[9] Biddle, Stephen: *Military Power: Explaining Victory and Defeat in Modern Battle*. Princeton University Press, 2004.

[10] Freedman, Lawrence: *The Future of War – A History*. London: Penguin, 2018.

[11] Freedman, Lawrence: *The Future of War – A History*. London: Penguin, 2018.

[12] Biddle, Stephen: *Military Power: Explaining Victory and Defeat in Modern Battle*. Princeton University Press, 2004.

[13] Trenin, Dmitri: *Russia's Military Transformation*. Carnegie Moscow Center, 2020.

[14] Mitteilung des russischen Verteidigungsministeriums, Dezember 2024.

[15] Snyder, Timothy: *Bloodlands: Europe Between Hitler and Stalin*. New York: Basic Books, 2010.

[16] Grau, Lester W. / Bartles, Charles K.: *The Russian Way of War*. Foreign Military Studies Office, 2016.

[17] Acton, James M.: *Hypersonic Weapons and Strategic Stability*. Carnegie Endowment for International Peace, 2018.

[18] Freedman, Lawrence: *The Future of War – A History*. London: Penguin, 2018.

[19] Lewis, Jeffrey: „The 2002 ABM Treaty Withdrawal and its Consequences“, *Arms Control Today*, 2002.

- [20] Podvig, Pavel: *Russian Strategic Nuclear Forces*. MIT Press, 2001.
- [21] Sokov, Nikolai: „Russia’s Withdrawal from INF: Causes and Consequences“, Vienna Center for Disarmament and Non-Proliferation, 2019.
- [22] Bronk, Justin: *Modern Russian and Chinese Integrated Air Defence Systems*. RUSI Report, 2020.
- [23] Bendett, Samuel: „Russia’s Robotics and AI in Warfare“, *Center for Naval Analyses*, 2023.
- [24] Kofman, Michael / Fink, Anya: „Russian Military Adaptations in the Ukraine War“, *War on the Rocks*, 2024.
- [25] SIPRI Fact Sheet: *Trends in World Military Expenditure, 2023*, April 2024.
- [26] *Marianne*: „Rapports secrets: l’Ukraine ne peut pas gagner“, Oktober 2023.

Der Missbrauch der Institutionen durch den Westen

Bereits 2014, auf der jährlich stattfindenden Waldai-Konferenz, warnte Wladimir Putin eindringlich: *«Die Sanktionen haben die Grundlagen des Welthandels und die WTO-Regeln, die Grundsätze der Unverletzlichkeit des Privateigentums und das liberale Modell der Globalisierung untergraben, das auf der Freiheit des Marktes und des Wettbewerbs basiert – ein Modell, dessen wichtigste Nutzniesser die Länder des Westens sind... Jetzt riskieren sie, ihre Glaubwürdigkeit als Führer der Globalisierung zu verlieren. Man fragt sich, warum tun sie das? Schliesslich ist der Wohlstand eben dieser Vereinigten Staaten abhängig vom Vertrauen der Investoren, der ausländischen Inhaber von US-Dollar und US-Wertpapieren. Die Glaubwürdigkeit wird eindeutig verspielt, Anzeichen von Enttäuschung am Nutzen der Globalisierung zeigen sich heute in vielen Ländern.»* [1]

Diese Worte klingen heute fast prophetisch. Denn mit ihren Sanktionen – die völkerrechtlich nur dann legal wären, wenn sie von den Vereinten Nationen beschlossen würden – hat sich die westliche Welt in erster Linie selbst geschadet: ökonomisch, politisch und moralisch.

Der Rest der Welt beobachtet genau, wie leichtfertig und selbstherrlich ganze Volkswirtschaften durch einseitige Beschlüsse vom Welthandel ausgeschlossen werden können. Damit untergräbt der Westen das Fundament, auf dem sein eigener Wohlstand ruht: eine arbeitsteilige Weltwirtschaft.

Diese ist darauf angewiesen, dass Partner in ihren Sparten wettbewerbsfähige Produkte liefern. Werden Lieferketten zerstört, schadet dies allen – vor allem aber zunehmend dem Westen selbst, wie die Sanktionspolitik gegen Russland eindrücklich zeigt. Denn der Westen importiert in Summe deutlich mehr, als er exportiert. Fehlende Güter müssen teuer ersetzt werden, während der Rest der Welt beginnt, sich ohne den Westen neu zu organisieren.

Es sind fast ausschliesslich Staaten des Westens, die im Zuge des Ukrainekrieges Sanktionen gegen Russland verhängt haben: genau genommen 36 Länder – darunter die 27 EU-Mitgliedsstaaten plus Grossbritannien, Australien, Japan, Kanada, die Schweiz, Neuseeland, Südkorea, Taiwan und die Ukraine [2].

Umgekehrt formuliert: 159 von 195 Ländern lehnen diese Sanktionen ab. Unter ihnen befinden sich ironischerweise auch NATO-Mitglieder wie die Türkei und Ungarn [3]. Der Westen wollte Russland isolieren, isoliert aber zunehmend sich selbst.

BRICS+: Die neue Allianz

Im Schatten des Ukrainekrieges hat sich die Allianz der BRICS-Staaten zur erweiterten Plattform BRICS+ entwickelt. Russland übernahm 2024 den Vorsitz und schloss mit 13 neuen Staaten Assoziierungsabkommen [4]. Die Dimensionen sind bemerkenswert: die Länder von BRICS+ umfassen 32 % der Erdoberfläche mit 3,95 Milliarden Menschen, was 48.5 % der Weltbevölkerung entspricht [5]. Immer mehr Länder streben eine Mitgliedschaft an, mit dem Ziel, ihre Abhängigkeit vom westlich dominierten Finanzsystem zu verringern.

Die gegenwärtigen Mitglieder sind Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, Ägypten, Äthiopien, Iran, Indonesien, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate.



Gegenüberstellung der Bruttosozialprodukte zu Kaufkraftparität, BRICS-Staaten vs. G7-Staaten: unbequeme Realitäten. (Quelle: IMF)

Angriff auf den Dollar

BRICS+ opponiert inzwischen offen gegen den Dollar als Leitwährung. Der Ukrainekrieg wirkte wie ein Katalysator: Viele Länder ausserhalb des Westens erkannten, dass auch sie jederzeit Ziel westlicher Sanktionen werden könnten, wenn sie nicht gehorchen [6]. Die Liste sanktionierter Länder ist lang – gegenwärtig stehen etwa 70 Staaten unter US-Sanktionen [7]. In der Konsequenz suchen immer mehr Volkswirtschaften nach Alternativen.

Putin sprach folgerichtig von einem „unumkehrbaren Prozess der Entdollarisierung“ [8]. Ali Bagheri Kani, stellvertretender iranischer Aussenminister, erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Nowosti, dass Teheran – wie auch andere BRICS-Staaten – den US-Dollar vollständig aus Handel und Finanzbeziehungen eliminieren wolle:

„Innerhalb der Organisation haben wir viele Missionen sowie gemeinsame Aktivitäten mit anderen BRICS-Staaten geplant. Die Entdollarisierung von Handels- und Wirtschaftstransaktionen, aber auch der finanziellen Zusammenarbeit wurde zu einer der wichtigsten Aufgaben. Die Tätigkeit in diesem Bereich hat bereits begonnen. Wir hoffen, die entsprechenden Massnahmen stärken und ausbauen zu können, um diese Aufgabe so schnell wie möglich zu realisieren.“ [9]

Russland und China als Vorreiter

Russland und China haben die Entdollarisierung im bilateralen Handel nahezu vollzogen. Nach Angaben von Ministerpräsident Michail Mischustin laufen über 90 % des Handels inzwischen über Rubel oder Yuan [10]. Dies sei eine „fast vollständige Entdollarisierung der Wirtschaftsbeziehungen“. Ökonomen verweisen darauf, dass gerade die westlichen Sanktionen den Yuan weltweit stärker verankert haben.

Der Anteil des US-Dollars an den weltweiten Zentralbankreserven lag im ersten Quartal 2025 nur noch bei 57,7 %, während er im Jahr 2000 noch rund 70 % betrug [11]. Über Jahrzehnte lebten die USA vom „exorbitanten Privileg“ ihrer Leitwährung [12]. Doch seit dem Ende des Bretton-Woods-Systems 1973 ist der Dollar nicht mehr goldgedeckt und besitzt keinen inneren Wert [13]. Sein Status beruht allein auf Vertrauen – und dieses Vertrauen erodiert angesichts der zahlreichen geopolitischen Krisen, in denen die USA involviert sind.

Die nackten Zahlen verdeutlichen die Dimension: Die US-Staatsverschuldung lag Ende 2021 vor dem Ukrainekrieg bei 29.6 Billionen US-Dollar [14] und wuchs bis August 2025 auf 36.9 Billionen US-Dollar. Für den Haushalt 2025 werden Netto-Zinszahlungen von 952 Milliarden US-Dollar für den Schuldendienst aufgebracht werden müssen [15] mit steigender Tendenz. Damit geben die USA heute gleichviel für den Zinsdienst aus wie für das Militär. Für 2026 dürfte die Zinslast sogar grösser sein als die gesamten Militärausgaben.

Das Ende der Selbstgewissheit

Die Geschichte kennt viele Ironien. Eine der bittersten ist diese: Der Westen hat das Instrument der Sanktionen geschaffen – als Waffe, um seine Macht zu sichern – und beschleunigt damit seinen eigenen Bedeutungsverlust. Hinzu kommt die uferlose Schuldenpolitik.

Je häufiger der Westen Volkswirtschaften vom Welthandel ausschliesst, desto schneller entsteht eine alternative Ordnung. Ausgerechnet die Sanktionen, gedacht als Ausdruck westlicher Stärke, werden zum Beweis seiner Schwäche. Der Westen verliert nicht nur ökonomische Dominanz, sondern verspielt auch seine Glaubwürdigkeit als Hüter der Globalisierung, denn Sanktionen laufen im Kern auf eine De-Globalisierung hinaus.

Das Ende von Bretton Woods und der Petrodollar-Ära und die Hybris des Westens

Ein paar Worte zu Bretton Woods: Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Bretton-Woods-System geschaffen, das eine internationale Währungsordnung mit festen Wechselkursbandbreiten gewährleisten sollte – mit einem goldgedeckten US-Dollar als Ankerwährung [16]. Als in den 1960er- und 1970er-Jahren jedoch durchsickerte, dass die USA entgegen ihrer Zusage nicht in der Lage sein würden, jeden Dollar zum festgelegten Goldkurs zu tauschen, überraschte Präsident Nixon 1971 die Weltöffentlichkeit, indem er den Gold-Dollar-Standard abrupt beendete [17].

Dies erklärt, weshalb Henry Kissinger 1974 gemeinsam mit dem saudischen Prinzen Fahd Ibn Abd al-Aziz ein Wirtschaftsabkommen mit 50-jähriger Laufzeit aushandelte. Es begründete den Handel mit saudischem Öl in Dollar und stellte damit den zentralen Eckpfeiler für die Absicherung des Dollars als Weltwährung dar – obwohl dieser nach dem Ende der Golddeckung keinen inneren Wert mehr besass [18]. Durch dieses Abkommen entstand eine weltweite, künstliche Nachfrage nach US-Dollar, um Rohstoffe und andere Güter auf den Weltmärkten kaufen zu können.

Das leise Ende eines halben Jahrhunderts

Nach 50 Jahren beendete Saudi-Arabien mitten im Ukrainekrieg, am 9. Juni 2024, dieses Abkommen stillschweigend. Der Schritt hatte geopolitische Sprengkraft: Das Königreich hatte registriert, wie nonchalant die USA unbeugsame Staaten wie Russland, Nordkorea, Syrien oder Iran von ihren Dollarreserven abgeschnitten hatten. Mit seinen enormen Beständen an US-Dollar wurde auch Saudi-Arabien als besonders verwundbar und erpressbar angesehen. Die Beendigung des Abkommens wurde in der westlichen Presse kaum thematisiert, obwohl dies weitreichende geopolitische Folgen haben dürfte.

Die Entscheidung, den Petrodollar-Vertrag nicht zu verlängern, bedeutet: Saudi-Arabien kann sein Öl und andere Rohstoffe erstmals frei in anderen Währungen verkaufen. Damit ist die Petrodollar-Ära offiziell beendet [19]. Der Dollar als Weltreservewährung erlitt damit einen weiteren schweren Schlag.

Saudi-Arabiens Drohung gegen Europa

Besonders pikant: Im Juli 2024 wurde bekannt, dass Saudi-Arabien den Euro-Staaten gedroht hatte, im Falle einer Enteignung russischer Vermögenswerte seine Euro-Staatsanleihen auf den Markt zu werfen [20]. Daraufhin verzichtete die EU darauf, die fast 300 Milliarden Dollar eingefrorener russischer Vermögenswerte direkt zu konfiszieren, und beschränkte sich darauf, lediglich deren Gewinne an die Ukraine umzuleiten.

Die Diskussion darüber, wie diese Vermögenswerte verwendet werden sollten, hatte monatelang Schlagzeilen bestimmt. Die grossen Nicht-EU-Länder des Westens, insbesondere die USA und Grossbritannien, drängten die EU, die eingefrorenen Gelder an Kiew zu überweisen – offiziell zum Wiederaufbau, in Wahrheit jedoch, um die US-Rüstungsindustrie zu bedienen [21]. Saudi-Arabien zog daraus die Konsequenz: Es distanzierte sich zunehmend von den USA und suchte den Schulterschluss mit den aufstrebenden Mächten China und Russland. Heute ist Saudi-Arabien ein vollwertiges Mitglied von BRICS+.

Yuan auf dem Vormarsch

Dass dieser geopolitische Wandel reale Folgen hat, zeigt sich im internationalen Zahlungsverkehr. Der Anteil des chinesischen Yuan erreichte im November 2023 laut SWIFT ein Rekordhoch; die Währung stieg zur viertwichtigsten Valuta weltweit auf [22]. Auch die grenzüberschreitende Kreditvergabe in Yuan nahm zu. Die People's Bank of China unterhält mittlerweile über 30 bilaterale Währungsswaps – darunter mit Saudi-Arabien [23]. Ein solcher Swap bedeutet, dass zwei Parteien vereinbaren, ihre Währungen für eine bestimmte Zeit zu tauschen und später wieder zurückzutauschen. Diese Mechanismen erlauben es, Handel und Finanzgeschäfte zunehmend am US-Dollar vorbei abzuwickeln.

Der Yuan, offiziell „Renminbi“ (Volkswährung) genannt, ist die gesetzliche Währung Chinas; der Yuan (CNY) stellt dabei die Grundeinheit dar. Die wachsende Rolle des Renminbis verdeutlicht Pekings strategische Bemühungen, die Dollar-Abhängigkeit systematisch zu reduzieren.

Der weltweite Trend, nationale Währungen statt US-Dollar im Handel zu nutzen, gewann bereits 2022 an Fahrt – nachdem Russland durch Sanktionen vom westlichen Finanzsystem abgeschnitten und seine Währungsreserven eingefroren worden war [24].

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) warnte, dass der zunehmende Handel Russlands in Yuan die Dollar-Dominanz untergraben werde [25]. Wirtschaftswissenschaftler wiesen darauf hin, dass die westlichen Handelsbeschränkungen die internationale Nutzung des Yuan auf Kosten des Dollars beschleunigten.

Demographie und Technik: der Globale Süden im Aufstieg

Dieser Trend wird durch die Demographie verstärkt. Der „Globale Süden“ hat seit dem Zweiten Weltkrieg demografisch enorm aufgeholt: Heute ist seine Bevölkerung etwa sechsmal so gross wie die des Westens [26]. Parallel dazu holen viele Staaten technologisch auf, teilweise überholen sie den Westen bereits.

Währenddessen steckt der Westen in einer ökonomischen, moralischen und intellektuellen Agonie. Der Globale Süden ist nicht länger bereit, die finanzwirtschaftliche Dominanz des Westens zu akzeptieren – eine Dominanz, die nach 1990 ihren Höhepunkt erreichte.

Nach 1945 glaubte der Westen, die Geschichte sei zugunsten seiner Ordnung entschieden [27]. Man war überzeugt, wirtschaftliche, militärische und moralische Überlegenheit auf Dauer behaupten zu können – durch Sanktionen, notfalls durch militärische Gewalt.

Die Enttäuschung war entsprechend gross, als diese Vorherrschaft spätestens zwei Jahrzehnte nach dem Kalten Krieg herausgefordert wurde – vor allem durch China und Russland.

Hybris und Realitätsschock

Die westlichen Eliten reagierten nicht mit Anpassung, sondern mit Trotz. Statt sich in die multipolare Ordnung einzufügen, stemmten sie sich mit Gewalt dagegen: in den Kriegen gegen Serbien, Irak,

Syrien, Afghanistan, und durch Wahlinterventionen in Georgien, Weissrussland, Venezuela oder Rumänien [28].

Ganz im Sinne der Heartland-Theorie, dass die Weltinsel von keiner kontinentalen Mähtekonstellatation dominiert werden darf, wollte man über die Ukraine schliesslich Russland schwächen, um dessen Rohstoffe und geostrategische Lage zu kontrollieren – und so den Rivalen China in Schach zu halten und um einen Schulterschluss China-Russland zu verhindern. Bewirkt wurde das Gegenteil.

Der Plan scheiterte: Spätestens nach der gescheiterten ukrainischen Gegenoffensive 2023, bei der westlich ausgebildete und mit modernstem Gerät ausgerüstete Soldaten keinen Durchbruch erzielten, wurde klar, dass das Ziel einer Schwächung Russlands verfehlt wurde [29].

Der Westen wird von seinen eigenen Waffen getroffen: Der Krieg und Sanktionen, gedacht als Instrument der Stärke, haben neue Allianzen geschaffen, im BRICS-Verbund eine echte Alternative zum westlichen System geschaffen und den Petrodollar angezählt. Die „Waffe der Sanktionen“ ist zum Bumerang geworden – und beschleunigt die tektonische Verschiebung in eine multipolare Weltordnung.

Putsche im Sahel – Abrechnung mit den alten Eliten

Dass die westliche Autorität auf dem Rückzug ist, zeigen auch die zahlreichen Putsche in den Sahel-Ländern. In den vergangenen vier Jahren kam es in Mali, Tschad, Burkina Faso und Niger zu Machtübernahmen durch Militärregierungen [30]. Diese neuen Regime genossen erheblichen Rückhalt in ihren Bevölkerungen, weil sie korrupte, mit dem Westen verflochtene Eliten ablösten, die ihre Länder im Interesse westlicher Konzerne ausplündern liessen, während das eigene Volk im Elend verharrte.

Frankreich, die einstige Kolonialmacht, wurde dabei immer offener angefeindet. Auch die USA wurden gedrängt, ihre Militärstützpunkte zu schliessen. Auf den Strassen der Hauptstädte waren Demonstranten mit russischen Fahnen kaum zu übersehen. Russland, das nie Kolonialmacht in Afrika war und nicht bevormundend auftrat, gilt dort zunehmend als Partner. In den Augen vieler Afrikaner kämpft Russland in der Ukraine einen gerechten Krieg gegen westliche Kolonialmächte – eine Wahrnehmung, die erhebliche Sympathien auslöst.

Die USA hatten ihren Abzug aus Niger wiederholt hinausgezögert. Doch nachdem das Sicherheitsabkommen mit Washington gekündigt worden war, setzte die nigrische Regierung eine Frist für September 2024. Im Juli 2024 kündigten die USA schliesslich an, ihre Militärpräsenz abziehen [31]. Besonders umstritten war der Drohnenstützpunkt „Niger Air Base 201“, der 2018 für 100 Millionen US-Dollar fertiggestellt wurde. Er war das grösste Bauprojekt der US Air Force im Ausland und diente als Knotenpunkt für CIA-Spionageoperationen in der Sahelzone. Dass dieser Stützpunkt nun aufgegeben werden muss, gilt als symbolischer Rückschlag.

Bei regierungsfreundlichen Demonstrationen in Niger wurden russische Fahnen geschwenkt. Umfragen zeigten, dass Moskau in der Bevölkerung breite Zustimmung geniesst. Am 30. Januar 2024 schrieb der *Spiegel*: „Russland gewinnt den Kampf um Einfluss in Afrika – drei Staaten der Sahelzone haben ihren Ausstieg aus der westafrikanischen Staatengemeinschaft Ecowas angekündigt. Warum das eine gute Nachricht für Russland ist – und eine schlechte für Europa.“ [32]

Auch ausserhalb des Sahel wendet man sich vom Westen ab. Russland und Äthiopien haben im Juni 2024 ihre Zusammenarbeit vertieft, vor allem bei Geologie und Rohstoffförderung. Eine russische Delegation reiste eigens nach Addis Abeba, um Perspektiven für die Zukunft zu besprechen [33].

Mali: Terrorismus, Propaganda und Narrative

Ende Juli 2024 kam es in Mali zu heftigen Kämpfen um das Dorf Tinzaouatène an der Grenze zu Algerien. Dutzende russische Söldner und malische Soldaten wurden getötet, als die islamistische Terrorgruppe GSIM – mit Al-Kaida verbündet – einen Konvoi angriff [34].

Brisant wurde der Vorfall, weil die ukrainische Botschaft ein Video dazu veröffentlichte. Daraufhin bestellte der Senegal den ukrainischen Botschafter ein und erklärte, man dulde keine Propaganda, die Terrorismus unterstütze. Wenig später gab ein Vertreter des ukrainischen Geheimdienstes offen zu, Tuareg-Rebellen bei dem Angriff unterstützt zu haben. Ein Foto, das Kämpfer mit ukrainischer Flagge zeigte, machte im Internet die Runde.

Die Folge: Mali brach die diplomatischen Beziehungen zur Ukraine ab. Immer mehr afrikanische Staaten sehen nicht nur Frankreich und die USA kritisch, sondern auch die Ukraine und andere westliche Länder – als neokoloniale Juniorpartner.

Der Vorwand „Terrorbekämpfung“

Westliche Staaten rechtfertigten ihre militärische Präsenz in Afrika stets mit dem Kampf gegen Terrorismus. Doch viele Afrikaner sehen darin nur einen Vorwand: Der Kampf gegen Islamisten wurde nie ernsthaft geführt. In Wahrheit ging es darum, Militärbasen zu sichern und politisches Gewicht zu behalten – ohne den Vorwurf offener Kolonialpolitik [35].

Russische Söldner hingegen – so die Wahrnehmung vor Ort – agieren auf Einladung der jeweiligen Regierungen. Sie kämpfen Schulter an Schulter mit den nationalen Armeen gegen Islamisten. Während westliche Medien von „russischer Einmischung“ sprechen, erleben afrikanische Gesellschaften Demonstrationen für eine engere Kooperation mit Moskau.

Nach dem Angriff in Mali tauchten in Städten Plakate auf: „Die Ukraine ist ein terroristisches Land“ und „Nein zum Terrorismus“. Im Senegal forderten Demonstranten die Ausweisung des ukrainischen Botschafters Juri Piwowarow.

Wagner und das „Afrika-Korps“

Die russische Wagner-Gruppe meldete, nicht länger an der „militärischen Spezialoperation“ in der Ukraine beteiligt zu sein, sondern ihren Schwerpunkt nach Belarus und Afrika verlagert zu haben. In Afrika tritt sie nun als „Afrika-Korps“ auf, direkt dem russischen Verteidigungsministerium unterstellt [36]. Im Sudan, in Syrien, Libyen und den Sahelstaaten war Wagner schon zuvor aktiv. Neuere Berichte deuten darauf hin, dass Wagner auch in Venezuela und anderen lateinamerikanischen Staaten präsent sei – ein Szenario, das in Washington und Brüssel Panik auslöst.

Europas Abhängigkeit von Washington

Die westlichen Eliten erscheinen nach aussen geschlossen, sind in Wahrheit aber stark abhängig von Washington. Lobbygruppen und NGOs sorgen dafür, dass Europa nicht eigenständig mit Russland kooperieren kann. Eine Landverbindung über die Neue Seidenstrasse nach China würde eine unabhängige und autarke Wirtschaft auf der Weltinsel unter Ausschluss von Seemächten ermöglichen – ein Albtraum für die USA und Grossbritannien [37].

Russophobie wird gezielt kultiviert: Hollywood stilisiert Russen als Bösewichte, westliche Medien porträtieren Putin als „Hitler des 21. Jahrhunderts“. Nach der mutmasslichen Sprengung der Nordstream-Pipelines durch die USA und Norwegen [38], kombiniert mit der deutschen

„Energiewende“, stürzte die deutsche Wirtschaft ab. Konzerne wanderten ab, Kapital floss in die USA, wo die Wirtschaft wuchs – während Deutschland und Europa in die Rezession schlitterten.

Nahost: Ein globalisierter Konflikt

Die Eskalation in Israel verschärft die weltweiten Spannungen zusätzlich. Mit dem Hamas-Angriff vom Oktober 2023 und der darauffolgenden Eskalation des Gaza-Krieges wurde der Konflikt globalisiert. Die Huthi-Rebellen aus dem Jemen griffen Handels- und Kriegsschiffe im Roten Meer an, die Israel, die USA oder Grossbritannien unterstützten. Selbst der US-Flugzeugträger *USS Eisenhower* wurde mit Drohnen beschossen [39].

Während Schiffe aus Russland, China oder neutralen Staaten freie Passage zugesichert bekamen, mussten westliche Schiffe enorme Umwege fahren. Russland bot sichere Passagen über das Nordmeer an – doch wegen der Sanktionen gegen Moskau bleiben diese ungenutzt.

Der Westen verliert die Deutungshoheit

Afrika, Nahost, Asien – überall bröckelt die westliche Autorität. Der Westen predigt „liberale Ordnung“, praktiziert aber ökonomische Erpressung und militärische Dominanz. Die Welt aber zieht eigene Schlüsse: Sie wendet sich ab.

Die tektonischen Verschiebungen sind offensichtlich: Militärbasen werden geschlossen, Allianzen neu geschmiedet, der Westen verdrängt. Russland, lange selbst schwach, tritt heute als Alternative auf – nicht, weil es moralisch überlegen wäre, sondern weil es als weniger heuchlerisch wahrgenommen wird.

Die Geschichte rächt sich: Die Waffen der Dominanz – Sanktionen, Militär, Propaganda – kehren wie ein Bumerang zurück. Der Westen verliert nicht nur die Kontrolle, sondern zunehmend auch die Deutungshoheit über die Weltordnung.

Globale Institutionen zwischen Ideal und Instrumentalisierung

Viele wichtige NGOs sowie weltweit operierende Bündnisse und Institutionen – darunter NATO, der Internationale Strafgerichtshof (ICC), das SWIFT-System und der Internationale Währungsfonds (IWF) – wurden vom Westen gegründet oder sind bis heute von ihm dominiert. Auf dem Papier dienen sie der Weltgemeinschaft als Garanten für Frieden, Handel, Demokratie und Prosperität.

Die NATO (North Atlantic Treaty Organization) ist offiziell ein Verteidigungsbündnis von 32 europäischen und nordamerikanischen Mitgliedstaaten. Gemäss Statut dient sie dem gemeinsamen Schutz der eigenen Territorien und dem Ziel weltweiter politischer Sicherheit und Stabilität [40]. In der Realität jedoch ist die NATO längst zu einem Herrschaftsinstrument der USA geworden und hat sich mehrfach an Angriffskriegen beteiligt – etwa in Jugoslawien, Afghanistan oder in Libyen.

Der Internationale Strafgerichtshof: Gerechtigkeit mit Grenzen

Der Internationale Strafgerichtshof (ICC) ist ein ständiges Gericht mit Sitz in Den Haag. Seine juristische Grundlage bildet das Römische Statut vom 17. Juli 1998. Seit dem 1. Juli 2002 nimmt er seine Arbeit auf und beansprucht Zuständigkeit für 123 Staaten – rund 60 % der Länder, aber nur etwa 30 % der Weltbevölkerung [41].

Die USA, Russland, China, Indien, die Türkei, Israel und mehrere andere Länder haben das Statut nie ratifiziert und erkennen die Zuständigkeit des ICC nicht an. Der Gerichtshof soll über die

Kernverbrechen des Völkerrechts urteilen: Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Verbrechen der Aggression.

Dennoch wurde der ICC im März 2023 zum Schauplatz geopolitischer Instrumentalisierung: Er erliess einen Haftbefehl gegen Wladimir Putin – mit der unbewiesenen und spekulativen Begründung, er sei für die Deportation ukrainischer Kinder nach Russland verantwortlich [42]. Moskau stellte dies als Schutzmassnahme dar, um Kinder aus dem Donbass vor Kampfhandlungen zu bewahren. Westliche Staaten beharrten dennoch darauf, dass Putin festgenommen werden müsse, wenn er in einen Staat einreist, der Mitglied des ICC ist.

Deutlich trat die politische Schlagseite des ICC im Fall Israel zutage: Als der ICC im Mai 2024 Haftbefehle gegen Premierminister Netanjahu, Verteidigungsminister Gallant und zugleich drei Hamas-Führer beantragte, reagierten die USA mit Empörung. Am 1. Juni 2024 stimmte das US-Repräsentantenhaus für Strafmassnahmen gegen den ICC [43]. Sprecher Mike Johnson erklärte: „Die Vorstellung, dass sie Haftbefehle gegen die israelische Führung ausstellen würden, während sie für die Existenz ihrer Nation kämpfen, ist skrupellos. Der ICC muss für diese Aktion bestraft werden.“

Russlands Aussenamtssprecherin Maria Sacharowa spottete: „Es gibt römisches Recht, es gibt Gewohnheitsrecht – und es gibt amerikanisches Recht: ein dekadentes Arthouse, das in eine liberale postmoderne Bipolarität übergeht.“ [44] Die Doppelmoral ist offenkundig: Jubel über den Haftbefehl gegen Putin, Empörung über mögliche Ermittlungen gegen Israel.

SWIFT: Globale Infrastruktur als geopolitische Waffe

Die Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT) mit Sitz in Belgien wurde 1973 gegründet. Sie betreibt ein sicheres Telekommunikationsnetz (SWIFTNet), das mehr als 11.000 Banken, Brokerhäuser, Börsen und Finanzinstitutionen in 200 Ländern verbindet [45].

2017 wurden täglich über 26 Millionen Nachrichten verschickt; das Zahlungsvolumen lag 2018 bei etwa 30 Billionen US-Dollar. SWIFT ist damit eine unverzichtbare Infrastruktur für den globalen Zahlungsverkehr.

Doch erstmals in seiner Geschichte wurde SWIFT im Zuge des Ukrainekriegs zu einer Waffe gemacht: Unter westlichem Druck wurden russische Banken und die Zentralbank vom Netzwerk ausgeschlossen [46]. Deutschland zögerte lange, da klar war, dass dieser Schritt die Entwicklung alternativer Systeme befeuern würde. Genau das geschieht inzwischen durch die BRICS-Staaten, die eigene Zahlungssysteme aufbauen. Russland wickelt heute den Grossteil seiner Handelsgeschäfte direkt in Rubel oder in Partnerwährungen ab.

Der Internationale Währungsfonds: Stabilität oder Disziplinierung?

Der IWF wurde 1944 im Rahmen von Bretton Woods gegründet und ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit Sitz in Washington. Ursprünglich sollte er Währungsturbulenzen wie in der Zwischenkriegszeit verhindern und Stabilität sichern. Seine Aufgaben: Vergabe von Krediten an Länder in Zahlungsbilanzschwierigkeiten, Stabilisierung von Wechselkursen, Förderung von Handel und internationale Kooperation [47].

Heute zählt der IWF 190 Mitgliedsstaaten. Das Stimmrecht orientiert sich am Kapitalanteil. Die USA halten 16,5 %, Japan 6,1 %, China 6,0 %, Deutschland 5,3 %, Frankreich und Grossbritannien je 4 %. Beschlüsse erfordern 85 % Zustimmung – womit die USA allein und die EU-Staaten gemeinsam eine Sperrminorität besitzen [48].

Deutlich sichtbar wurde die politische Instrumentalisierung beim Ukrainekrieg: Am 31. März 2023 genehmigte der IWF ein Vierjahresprogramm in Höhe von 15,6 Milliarden US-Dollar für die Ukraine [49]. Zuvor hatte es bereits Notkredite in Höhe von 2,7 Milliarden gegeben. Selbst die IWF-Prognosen gehen von einem weiteren Anstieg der Staatsverschuldung der Ukraine aus und vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die Verschuldung in allen Szenarien angesichts des Krieges als nicht tragfähig eingestuft wird, es sei denn, es gäbe eine zusätzliche finanzielle Unterstützung zu sehr vorteilhaften Bedingungen, einschliesslich einer Umschuldung. Die konkrete Form und die Einzelheiten dieser Umstrukturierung wurden jedoch nicht festgelegt und sollten zu einem späteren Zeitpunkt behandelt werden, wenn mehr Gewissheit über die Wirtschaftsaussichten bestünde – eine äusserst vage und unverbindliche Formulierung, die die Instrumentalisierung des IWF zur Finanzierung des Kriegs entlarvt.

Hehre Ideale, harte Interessen

NATO, ICC, SWIFT, IWF – sie alle wurden einst als Säulen einer neuen, stabilen Weltordnung gegründet. Doch die Realität zeigt: Sie sind längst Teil einer westlich geprägten Architektur von Macht, Kontrolle und Einfluss.

Die selektive Anwendung von Recht, die Politisierung juristischer Institutionen, die Instrumentalisierung globaler Infrastruktur für Sanktionen – all dies untergräbt das Vertrauen in die „universellen Werte“ des Westens.

Der Westen hat Institutionen geschaffen, die heute nur noch als Fassade dienen: Sie verkörpern nicht Gerechtigkeit und Stabilität, sondern Macht und geopolitische Interessen. Doch je offenkundiger diese Heuchelei, desto stärker der Drang des Rests der Welt, Alternativen zu entwickeln.

Die „globale Ordnung“ der Nachkriegszeit zeigt Risse – nicht durch offene Kriege allein, sondern durch den schleichenden Verlust an Glaubwürdigkeit. Denn eine Ordnung, die nur für einige gilt, ist keine Ordnung, sondern ein Herrschaftsinstrument – und Herrschaft, die Legitimität verliert, zerbricht irgendwann von selbst.

-
- [1] Wladimir Putin, Rede auf der Waldai-Konferenz 2014.
 - [2] Europäische Kommission, EU-Sanktionsübersicht 2023.
 - [3] NATO-Statuten und Mitgliederpositionen, 2024.
 - [4] BRICS Joint Statement, Johannesburg Summit 2023.
 - [5] Weltbank-Daten 2024.
 - [6] Council on Foreign Relations, „Secondary Sanctions and Global Finance“, 2023.
 - [7] US Treasury Sanctions Report, 2023.
 - [8] Rede W. Putin auf dem BRICS-Gipfel 2024.
 - [9] Interview Ali Bagheri Kani, RIA Nowosti, 2024.
 - [10] Erklärung M. Mischustin, Moskauer Wirtschaftsforum, 2024.
 - [11] IWF, COFER-Datenbank 2024.
 - [12] Barry Eichengreen: *Exorbitant Privilege*. Oxford University Press, 2011.
 - [13] Niall Ferguson: *The Ascent of Money*. Penguin, 2008.
 - [14] US-Treasury, Schuldenstatistik.
 - [15] Congressional Budget Office, Fiscal Outlook 2025.
 - [16] Keynes/White: *Bretton Woods Agreements*, 1944.
 - [17] Nixon, R.: „Address to the Nation Outlining a New Economic Policy“, 15. August 1971.
 - [18] US-Saudi Oil-for-Dollar Agreement, 1974.
 - [19] Financial Times, „Saudi Arabia lets 50-year petrodollar pact expire“, Juni 2024.
 - [20] Politico Europe, „Saudi threat over Eurobonds stalls EU asset plan“, Juli 2024.
 - [21] Brookings Institution, „Ukraine Reconstruction and US Defense Industry“, 2023.
 - [22] SWIFT RMB Tracker, November 2023.
 - [23] People's Bank of China, Bilateral Swap Agreements Report, 2024.
 - [24] European Bank for Reconstruction and Development (EBRD), Jahresbericht 2023.
 - [25] EBRD, „Impact of Russia Sanctions on Global Finance“, 2022.

- [26] Weltbank, *Global Demographic Outlook*, 2024.
- [27] Fukuyama, F.: *The End of History and the Last Man*. New York 1992.
- [28] Chomsky, N.: *Hegemony or Survival*. Metropolitan Books, 2003.
- [29] Institute for the Study of War (ISW), „Ukraine Counteroffensive Assessment“, Sommer 2023.
- [30] International Crisis Group: *Sahel: The Struggle for Power*, 2024.
- [31] US Department of Defense, Abzugsankündigung Niger, Juli 2024.
- [32] *Der Spiegel*, 30.01.2024.
- [33] Russian Ministry of Natural Resources, Ethiopia Cooperation Report, Juni 2024.
- [34] Reuters: „Mali clash at Tinzaouatène leaves dozens dead“, Juli 2024.
- [35] Council on Foreign Relations: *US Military Bases in Africa*, 2023.
- [36] Carnegie Endowment: „Wagner’s Global Footprint“, 2024.
- [37] Chomsky, N.: *Hegemony or Survival*. Metropolitan Books, 2003.
- [38] Hersh, S.: „How America Took Out the Nord Stream Pipeline“, 2023.
- [39] Al Jazeera: „USS Eisenhower targeted in Red Sea attacks“, 2024.
- [40] NATO: *North Atlantic Treaty*, 1949.
- [41] Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 1998.
- [42] ICC: *Warrant of Arrest for Vladimir Putin*, 17. März 2023.
- [43] US House of Representatives, Congressional Record, 1. Juni 2024.
- [44] Statement von Maria Sacharowa, Russisches Aussenministerium, Juni 2024.
- [45] SWIFT Annual Report, 2018.
- [46] Council of the European Union, „Exclusion of Russian banks from SWIFT“, 2022.
- [47] IMF Articles of Agreement, 1944.
- [48] IMF Voting Shares, Stand 2023.
- [49] IMF Press Release: „Extended Fund Facility for Ukraine“, 31. März 2023.

Die Hybris und der kollektive Narzissmus

Selbstverliebtheit als Zivilisationsmerkmal

Der kollektive Narzissmus im Westen und die daraus resultierenden politischen und gesellschaftlichen Probleme beziehen sich auf eine übermässige Selbstverliebtheit und Selbstbewunderung der eigenen Gesellschaft und Kultur. Diese Selbstbezogenheit führt dazu, dass alternative Gesellschafts- und Politikmodelle als rückständig betrachtet werden. Dies erklärt auch die Ausgrenzung bürgerlicher Parteien in vielen westlichen Ländern, die als rechtsextrem bezeichnet werden. Gleichzeitig stilisiert man sich selbst als hochentwickelt und grenzt sich mit dem Begriff der «Ersten Welt» vom Rest der Welt ab. Doch so einfach ist die Sachlage nicht zu Beginn des 21. Jahrhunderts – die Welt hat sich verändert.

Im Westen lassen sich bestimmte Erkennungszeichen dieses kollektiven Narzissmus beobachten, die sich sowohl auf individueller wie auch auf kollektiver Ebene manifestieren. Ein zentrales Merkmal ist die übersteigerte Betonung des Selbstwertgefühls und der eigenen Stellung in der Welt – moralisch, wirtschaftlich und militärisch. Der Fokus liegt auf der Pflege des Images und der Selbstoptimierung, um Prestige, Erfolg und Anerkennung zu erlangen.

Dies spiegelt sich in einer Gesellschaft wider, die fast ausschliesslich von Konsumismus, Selbstpromotion, Nihilismus und der Fixierung auf das Streben nach Wachstum und Fortschritt geprägt ist – während familiäre, traditionelle, spirituelle und religiöse Werte zunehmend verdrängt werden [1].

Moralische Überheblichkeit statt Pragmatismus

Diese Mentalität des kollektiven Narzissmus hat erhebliche Auswirkungen auf die Politik des Westens und deren Wechselwirkung mit Staaten ausserhalb. Was einst durch Interessenausgleich und Pragmatismus bestimmt war, orientiert sich heute zunehmend an moralischem Impetus und Identitätspolitik – die paradoxerweise unter dem Label des Antirassismus genauso ausgrenzend wirkt wie Rassismus selbst [2].

Die Politik konzentriert sich auf die Demonstration moralischer Überlegenheit und Tugendhaftigkeit, anstatt pragmatische Lösungen für reale Probleme zu entwickeln. Daraus erwachsen gleich mehrere Schwierigkeiten: Einerseits werden Themen überbetont, die in erster Linie symbolischen Charakter haben, während drängende Fragen nahezu verdrängt werden. Andererseits sind Entscheidungsprozesse zunehmend von Emotionen bestimmt, nicht von nüchterner Bewertung der Folgen.

Hinzu kommt, dass Diskurse durch den kollektiven Narzissmus emotional und polarisierend geführt werden. Der Drang, moralische Überlegenheit zu demonstrieren, führt dazu, dass abweichende Meinungen als verwerflich gebrandmarkt werden. Dialogbereitschaft geht verloren, Respekt für andere Standpunkte ebenso. Das Sich-Hineinversetzen in die Motivationen eines Gegners – Grundlage für Kompromisse – wird heute oft als Anbiederung diffamiert. So verwandelt sich Politik in einen Wettbewerb um moralische Deutungshoheit, anstatt eine Arena sachlicher Auseinandersetzung zu bleiben.

Demokratie im Würgegriff

Um politische, ökologische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Probleme zu lösen, wäre ein radikales Umdenken im Westen notwendig. Entscheidungsprozesse müssten sich wieder stärker an Interessen und rationalen Fakten orientieren. Doch stattdessen wird die Annahme einer inhärenten

Schlussfolgerung: Hybris als Gefahr

Das Feigenmäntelchen, es gehe in der Ukraine um Demokratie, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, überzeugt jenseits des Westens kaum noch jemanden. Denn spätestens seit dem Maidan-Putsch war die Ukraine kaum mehr als souverän zu betrachten, da die Geschicke des Landes aus dem Westen gesteuert wurden.

Die grössere Gefahr liegt jedoch darin, dass das westliche Selbstbild – Verteidiger von Freiheit und Demokratie zu sein – zunehmend ins Gegenteil verkehrt wird. Überlegenheitsfantasien, die im Glauben an moralische Unfehlbarkeit wurzeln, lassen den Westen seine Fähigkeit zum Interessenausgleich und zum Dialog verlieren. Damit zerstört er schrittweise genau das, was er vorgibt zu bewahren: Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung.

Spätrömische Dekadenz und die Anmassung des Wissens

Die Politik im Westen scheint – von aussen betrachtet – eine Art Krankheit der Köpfe zu reflektieren, die tief in die Gesellschaft eingesickert ist. Tatsächlich befinden wir uns mitten in einer Art spätrömischer Dekadenz. Es scheint, als hätten sich die inneren Werte des Menschen unter dem Einfluss äusserer Bedingungen so entwickelt, dass Überfluss und Luxus, kombiniert mit dem Zerfall von Eigenverantwortung, Tugendhaftigkeit, Moral, Tradition und Spiritualität, unweigerlich zur Hybris und zur Erschlaffung des Geistes geführt hätten [7].

Der Staat ersetzt die Eigenverantwortung, Moral weicht einer dem Hedonismus frönenden Gesellschaft, Tradition wird ersetzt durch eine LGBTQ-geprägte multikulturelle Gesellschaft, und Spiritualität soll durch Konsumismus und die Überbetonung des eigenen Ichs gefunden werden. Eine Art Weltenretter-Hypermoral im Westen verhindert zudem eine an nüchternen Interessen orientierte Politik. Mit dieser Kombination von Irrwegen lassen sich fundamentale und komplexe gesellschaftliche, ökonomische und politische Probleme kaum lösen – folglich sind von den westlichen Eliten in Politik und Wirtschaft aktuell keine vernünftigen Entscheidungen zu erwarten, die den heutigen Krisen angemessen wären.

Die Ideologie des Absurden

Diese Art geistiger Krankheit manifestiert sich darin, dass in nicht wenigen westlichen Staaten gesetzlich verankert ist, es gebe Männer mit Gebärmutter und Frauen mit Penis, und dass man empfindliche Strafen riskiert, wenn man einen Mann, der sich als Frau fühlt, auch als Mann bezeichnet – von den immer zahlreicher werdenden und kaum mehr überschaubaren Geschlechteridentitäten ganz zu schweigen.

Die Überalterung der Gesellschaft dadurch lösen zu wollen, dass man eine mehrheitlich aus jungen Männern bestehende illegale Zuwanderung in die Sozialsysteme fördert, ist eigentlich eine Beleidigung des gesunden Menschenverstandes. Ähnlich absurd ist die Wahnvorstellung, eine Industrienation mit Windrädern und Solarzellen betreiben und nebenbei das Klima retten zu können. Russland – als grösste Atommacht der Erde – in der Ukraine besiegen zu wollen und das neue Credo, dass Waffen Frieden brächten, sind weitere Auswüchse derselben Geisteskrankheit. Gleiches galt für die Impfpflicht gegen eine Pandemie, die keine war, oder die Annahme, unbegrenztes Geldddrucken könne Wohlstand schaffen [8].

Wenn eine Gesellschaft intellektuell so weit erschlafft und verkommen ist, dass das offensichtlich Unsinnige als empirisch gesichert akzeptiert wird, und jede Kritik daran nonchalant als rechtsextrem diffamiert werden kann – ohne dass es zu einem Aufschrei im Wahlvolk oder zu fundamentalen

Korrekturen durch demokratische Wahlen kommt –, bedeutet dies im Grunde genommen die ultimative Unterwerfung und den Kotau der Bevölkerung vor ihren sie beherrschenden Eliten.

Geld als Ersatzreligion

Der Westen scheint jedes Problem mit Geld lösen zu wollen – Geld, das er zwar nicht hat, aber aufgrund der Weltwährungsfunktion des Dollars unbegrenzt drucken zu können glaubt. Dies wird allerdings nicht mehr lange gut gehen können. Praktisch jedes Problem wird durch noch mehr Schulden beantwortet; wer nur einen Hammer kennt, für den sieht alles wie ein Nagel aus.

Das gilt auch für Sicherheitspolitik und militärische Fragen. Doch die Wehrfähigkeit einer Nation hängt nicht primär vom Militärbudget ab, das man in unbegrenzter Menge zur Verfügung zu haben glaubt, sondern von Effizienz und strategischer Ausrichtung. Im Westen bestehen zwar enorme finanzielle Ressourcen, sie werden jedoch oft ineffizient eingesetzt – durch Bürokratie, veraltete Strukturen, überbeuerte Projekte, mangelnde Koordination der Teilstreitkräfte sowie durch Korruption und Lobbyismus [9].

Ein Sinnbild hierfür ist die ehemalige deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (2013–2019). In der sogenannten Berateraffäre vergab sie millionenschwere Verträge ohne Ausschreibung und klare Zielvorgaben an externe Berater. Der Bundestag setzte 2020 einen Untersuchungsausschuss ein. Trotz hoher Budgets blieb die Bundeswehr mangelhaft ausgestattet. Öffentlichkeitswirksame Symbolprojekte – wie „Cyber-Einheiten“ ohne reale Schlagkraft oder die Einrichtung von Kindertagesstätten im Ministerium – traten an die Stelle realer Reformen. Später wurde sie zur Präsidentin der Europäischen Kommission „wegbefördert“ – offenbar ein bewährtes Mittel, unpopuläre Politiker geräuschlos zu entsorgen.

Wehrfähigkeit jenseits der Budgets

Eine Nation, die gezielt in moderne Technologien, gut ausgebildetes Personal, vernetzte Systeme und logistische Infrastruktur investiert, erzielt mit deutlich weniger Geld eine höhere Wehrfähigkeit als ein Staat, der gigantische Summen in Symbolprojekte oder veraltete Rüstung steckt. Moderne Konflikte sind asymmetrisch: Cyberkrieg, hybride Bedrohungen und Desinformation gehören dazu. Wer ausschliesslich auf klassische Kriegführung setzt, verliert den Anschluss.

Israel ist hierfür ein Beispiel. Mit einem Militärbudget, das weniger als halb so gross ist wie das deutsche, gilt es als stärkste Macht im Nahen Osten. Moshe Dayan Moshe Dayan, israelischer General und Politiker, bemerkte einst: „Ich verstehe nicht, wie Deutschland mit einem so grossen Militärbudget kein Militär haben kann.“ [10]

Die im April 2025 im deutschen Bundestag beschlossene Lockerung der Schuldenbremse und das „Sondervermögen“ von 100 Milliarden Euro für das Militär werden an den strukturellen Defiziten der Bundeswehr wenig ändern. Die westlichen Rüstungsindustrien arbeiten bereits an der Kapazitätsgrenze, so dass aufgrund der gestiegenen Nachfrage ein Grossteil der zusätzlichen Finanzmittel durch Preissteigerungen aufgezehrt wird.

Russland als Gegenbeispiel

Russland demonstriert wie Israel, dass Wehrfähigkeit nicht vom Budget abhängt. Mit einem Etat, der nur einen Bruchteil des US-Budgets ausmacht, produziert es heute mehr Rüstungsgüter als der gesamte Westen zusammen. Während USA und Europa zusammen jährlich etwa 1,2 Millionen Artilleriegeschosse herstellen, liegt die russische Produktion bei rund 3 Millionen. Russland produziert zudem monatlich 80 bis 120 Panzer und hat seine Drohnenproduktion massiv ausgebaut – von 300

iranischen Shahed-Modellen pro Monat Anfang 2024 auf 3'000 Stück, ergänzt durch Eigenentwicklungen wie die „Garpiya-A1“ [11].

Im Westen dagegen kündigt Rheinmetall an, künftig 48 Panzer pro Jahr zu fertigen – sobald die Serienproduktion überhaupt beginnt. Die westliche Rüstungsindustrie ist primär auf Gewinn ausgerichtet, während Russland und China ihre Strukturen auf Kriegsführung, Produktion und schnelle Anpassung auslegen.

Korruption als Markenzeichen des Niedergangs

Korruption und Verschwendung sind damit zu einem Markenzeichen des Westens geworden. Offensichtlich wurde dies durch die spektakuläre Zerschlagung von USAID durch die Trump-Regierung und Elon Musk. Das neu geschaffene „Department of Government Efficiency“ sollte staatliche Ausgaben senken und Behörden restrukturieren. Während seiner 130-tägigen Amtszeit setzte Musk umfangreiche Kürzungen durch, darunter die Auflösung von USAID, das seit Jahrzehnten im Ausland politische Agenden – von Gender-Ideologie bis Klimapolitik – gefördert hat [12].

Während westliche Medien diese Vorgänge weitgehend ignorierten, berichteten nichtwestliche Quellen ausführlich. Besonders die Rolle von USAID in der Ukraine und anderen Staaten wurde kritisch beleuchtet. Die Aktion führte zu Einsparungen von rund 170 Milliarden US-Dollar, lag aber weit unter den von Trump angepeilten 1 Billion. Widerstand von Gerichten, Gewerkschaften und NGOs verhinderte weitergehende Massnahmen.

Demokratie unter Zensur

Im Westen manifestiert sich sein Niedergang ausserdem durch zunehmende Zensur. Der Meinungspluralismus wird eingeschränkt, „unsere Demokratie“ dient als Deckmantel, um abweichende Positionen – etwa zur NATO, zur Genderpolitik oder zum Ukrainekrieg – zu delegitimieren, denn das Wort «unsere» ist ein Possessivpronomen und ist ausgrenzend. Doch eine Demokratie verliert ihre Funktionsfähigkeit, wenn sie Kritik nicht mehr aushält und Debatten nicht mehr geführt werden können.

Gesellschaftliche Spaltung und Ungleichgewichte

Eines der Hauptungleichgewichte der westlichen Welt ist die Überschuldung seit der Abschaffung des Goldstandards in den 1970er-Jahren. [13] Früher musste für die Herausgabe eines US-Dollars noch eine gewisse Goldmenge hinterlegt werden. Heute leben wir in einem Geldsystem, das vollständig auf Schulden beruht – und auf dem Rückzahlen alter Schulden mit neuen Schulden.

Die über Jahrzehnte aufgehäuften Verbindlichkeiten müssten irgendwann abgebaut werden, da sie eine Last für kommende Generationen darstellen. Doch angesichts des eingeschlagenen schuldenpolitischen Pfades erscheint dies unrealistisch – selbst wenn man es wollte.

Die Zahlen sprechen für sich: Weltweit belaufen sich die Schulden mittlerweile auf rund 235 Billionen Euro, während das Welt-Bruttosozialprodukt bei etwa 95 Billionen Euro liegt. Das heisst: Es bestehen zweieinhalb Mal so viele Schulden wie die Wirtschaftsleistung eines Jahres. [14] Ein automatisches „Herauswachsen“ durch Wachstum ist nicht in Sicht – am allerwenigsten im Westen, wo zusätzlich die demografische Falle zuschnappt.

Würde man einen positiven Realzins ansetzen – etwa 6 % bei einer Inflation von 5 % – entspräche dies allein 15 Billionen Euro Zinsen jährlich, also 15 % der Weltwirtschaftsleistung. Schon an diesem Rechenexempel wird deutlich, wie sehr das System in ein fatales Ungleichgewicht geraten ist. [15]

Während die BRICS-Staaten an einer rohstoff- und edelmetallgedeckten Währung arbeiten und Industriegüter produzieren, die die Welt tatsächlich braucht, druckt der Westen weiterhin ungedecktes Papiergeld, um diese Güter zu kaufen. [16] Am Ende bleiben nur zwei Wege: Inflation oder Deflation – Pest oder Cholera.

Multipolare Weltordnung und die Thukydides-Falle

Wir beobachten mit wachsender Geschwindigkeit den Eintritt in eine multipolare Welt, die sich immer selbstbewusster gegen die US-amerikanisch dominierte Ordnung stellt. In der Geschichte führte der Aufstieg neuer Mächte oft zum Krieg – sei es beim Peloponnesischen Krieg zwischen Sparta und Athen, sei es 1914, als das aufstrebende Deutschland dem British Empire den Rang ablief. [17]

Heute zeichnet sich Ähnliches ab: Die Super-Wirtschaftsmacht China und die Rohstoffmacht Russland, flankiert von Partnern wie Indien und Iran, stellen die US-Hegemonie in Frage. Das geopolitische Hauptschlachtfeld ist die Währungsordnung, die mit militärischen Konflikten verknüpft ist – von der Ukraine über Gaza bis Taiwan.

Gerade Taiwan ist weniger ein „Kampf um Demokratie“, sondern ein geopolitischer Nerv: Mit einem Weltmarktanteil von über 90 % bei modernsten Halbleitern ist die Insel für Digitalisierung und KI-Revolution unverzichtbar. [18]

Bürokratie, ESG und die Planwirtschaftsgefahr

Ein weiteres Symptom westlicher Dekadenz ist die wuchernde Bürokratie, sichtbar am Beispiel ESG (Environmental, Social, Governance). [19] Ursprünglich als Ratingverfahren für Nachhaltigkeit gedacht, entwickelt es sich zunehmend zu einem Zwangssystem, das Kredite und Investitionen an ideologische Kriterien knüpft.

Unternehmen werden gefragt, wie sie heizen, wie sie gendern, wie ihr CO²-Fussabdruck ist oder was sie zur neuen, bunten Gesellschaft beitragen – und erhalten andernfalls schlechtere Kreditkonditionen, wenn sie nicht «nachhaltig» sind. Die Folge ist eine massive Fehlallokation von Ressourcen, da nicht mehr wirtschaftliche, sondern politische Kriterien entscheiden.

Das Resultat ist eine Art Planwirtschaft neuen Typs, die an die 4-Jahrespläne der Sowjetunion erinnert. Ironischerweise könnte sich der Westen auf diesem Weg zu einer Art Sowjetunion 2.0 entwickeln – während China, formal noch kommunistisch, längst ein kapitalistisches Erfolgsmodell betreibt, das über 300 Millionen Menschen in nur einer Generation aus der Armut in den Mittelstand geführt hat. [20]

Auch Russland wird im Westen notorisch unterschätzt. Dabei verfügt es über niedrige Kriminalitätsraten, eine hohe Wohneigentumsquote (über 90 %), geringe Staatsverschuldung und eine dynamische Wirtschaft. Dass Obama Russland 2014 als „Regionalmacht“ verspottete oder Yuval Noah Harari es als „Tankstelle mit Atomwaffen“ bezeichnete, zeugt von Überlegenheits-Hybris – und von fatalen Fehleinschätzungen. [21]

Die westliche Politik perfektioniert ein perfides, aber wirksames Prinzip: Teile und herrsche. Im Innern werden Gruppen gegeneinander ausgespielt – Weiße gegen Schwarze, Geimpfte gegen Ungeimpfte, rechts gegen links, Mann gegen Frau, Hetero gegen Homo. Das Resultat ist eine Tyrannei der Minderheiten, die das Gemeinwesen schwächt.

Das gleiche Muster gilt global: Unter dem Vorwand von Demokratie und Menschenrechten werden regionale Konflikte auf Kosten der betroffenen Bevölkerungen angezettelt, wie das Beispiel: Ukraine zeigt. In UNO-Abstimmungen sieht mehr die neuen Frontlinien: der Westen gegen den Rest der Welt.

Psychologie der Macht: Kollektiver Narzissmus

Die Ursache liegt im kollektiven Narzissmus der westlichen Eliten: Sie halten sich für moralisch überlegen, sind jedoch unfähig zur Selbstkritik und blind für die Perspektiven des Gegners. [22] Der kollektive Narzissmus verunmöglicht ein Umdenken, der aus innerem Antrieb oder eigener Erkenntnis kommen müsste, denn ein Narzisst ist überzeugt davon, recht zu haben. Dies erklärt, weshalb die von ihm ausgehende Kritik meist spiegelbildlich für ihn selbst gilt, denn er projiziert eigene Fehler stets auf andere – eine Erklärung, warum westliche Kritik an Russland, China und anderen Rivalen oft das widerspiegelt, was im Westen selbst geschieht: Demokratieabbau, Einschränkung von Meinungsfreiheit, Militarisierung der Politik.

So wundert es nicht, dass der Westen sich zunehmend selbst isoliert – während er Russland Isolation unterstellt. Die NATO-Doktrin, geprägt vom Kalten Krieg, erweist sich im Ukraine-Krieg als antiquiert, während Russland neue Methoden der asymmetrischen Kriegführung entwickelt hat.

Das westliche Narrativ behauptet russische Verluste in horrenden Dimensionen – doch in Wahrheit blutet eine ganze Generation von Ukrainern aus. Gleichzeitig wurde Russlands Wirtschaft für schwach und kurz vor dem Kollaps erklärt – während es nun die westlichen Volkswirtschaften sind, die mit Rezessionen kämpfen.

Der Westen leidet an einer strukturellen Überheblichkeit, die Finanzpolitik, Bürokratie, Geopolitik und Gesellschaft gleichermaßen durchzieht. Die Dekadenz erinnert an Rom am Vorabend des Niedergangs. Ohne ein radikales Umdenken – weg von Hypermoral und Überheblichkeitsfantasien, hin zu Nüchternheit, Interessenpolitik und Realitätssinn – wird er Gefahr laufen, sich selbst zu isolieren und zu schwächen.

-
- [1] Christopher Lasch: *The Culture of Narcissism*. Norton, 1979.
 - [2] Mark Lilla: *The Once and Future Liberal: After Identity Politics*. Harper, 2017.
 - [3] Naomi Klein: *The Shock Doctrine*. Knopf, 2007.
 - [4] Kishore Mahbubani: *Has the West Lost It?* Penguin, 2018.
 - [5] UNO-Vollversammlung: Abstimmungen zu Russland-Sanktionen (2022–2023).
 - [6] BRICS-Summit 2023, Johannesburg Declaration.
 - [7] Oswald Spengler: *Der Untergang des Abendlandes*. Beck, 1918/1922.
 - [8] Christopher Lasch: *The Culture of Narcissism*. Norton, 1979.
 - [9] Transparency International: *Global Corruption Report*. Mehrere Jahrgänge.
 - [10] Zitat nach Moshe Dayan, in: *Haaretz*, 1973.
 - [11] SIPRI Military Expenditure Database, 2024; diverse westliche Presseberichte.
 - [12] *The Moscow Times*, *Global Times*, *Al Jazeera* (2024/2025) über USAID und DOGE.
 - [13] Barry Eichengreen: *Globalizing Capital: A History of the International Monetary System*. Princeton University Press, 2019.
 - [14] IIF: *Global Debt Monitor* (2024).
 - [15] Kenneth Rogoff / Carmen Reinhart: *This Time is Different*. Princeton University Press, 2009.
 - [16] BRICS-Summit: *Johannesburg II Declaration*, 2023.
 - [17] Graham Allison: *Destined for War: Can America and China Escape Thucydides's Trap?*. Houghton Mifflin Harcourt, 2017.
 - [18] TrendForce: *Global Semiconductor Foundry Capacity Report*, 2024.
 - [19] EU-Kommission: *Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD)*, 2023.
 - [20] Kishore Mahbubani: *Has China Won? The Chinese Challenge to American Primacy*. PublicAffairs, 2020.
 - [21] Obama-Rede zur Krim-Krise, März 2014; Harari, Interview, 2018.
 - [22] Christopher Lasch: *The Culture of Narcissism*. Norton, 1979

Zwischenbetrachtung

Der Ukraine-Krieg als Stellvertreterkonflikt

Der Krieg in der Ukraine ist weit mehr als ein regionaler Konflikt. Er erscheint als Stellvertreterkrieg des Westens gegen Russland, eingebettet in die lange Tradition angelsächsischer Machtpolitik, die darauf abzielt, das Entstehen einer dominanten Machtkonstellation auf dem europäischen Kontinent zu verhindern. Im 20. Jahrhundert richtete sich diese Strategie gegen eine mögliche Allianz Deutschland–Russland, heute gilt sie der Verhinderung einer Achse Russland–Europa–China. Die eurasische Landmasse umfasst 55 Millionen Quadratkilometer, beherbergt 5,5 Milliarden Menschen und damit 70 Prozent der Weltbevölkerung – eine Dimension, die der Westen als Bedrohung seiner globalen Dominanz begreift [1].

Historische Tiefenschichten

Russland gewann den Zweiten Weltkrieg in Europa, nachdem Deutschland 1941 trotz des Hitler-Stalin-Paktes gegen seinen Verbündeten vorging. Diese historische Erfahrung nährt bis heute Russlands Selbstverständnis als Großmacht und sein Misstrauen gegenüber dem Westen. In der Tradition europäischer Machtpolitik sieht sich Moskau durch NATO-Erweiterung und die westliche Ukraine-Politik existenziell bedroht.

Die Ukraine wiederum ist ein Land mit gespaltenen Identitäten zwischen russischen und westeuropäischen Traditionen. Spätestens seit 2014 haben nationalistische und rechtsradikale Kräfte ihre Politik maßgeblich geprägt, mit einer aggressiven Haltung gegenüber Russland und der russischsprachigen Bevölkerung. Der Maidan-Aufstand, unterstützt und finanziert vom Westen, brachte eine neue, in Moskaus Augen illegitime Regierung an die Macht. Daraufhin entschied sich die damals halbautonome Krim für den Anschluss an Russland; Referenden in den Donbass-Regionen folgten.

Die Krim als geopolitischer Schlüssel

Ohne die Krim kann Russland keine Großmacht sein. Sie garantiert den Zugang zum Schwarzen Meer und damit zu Mittelmeer und Atlantik – entscheidend nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich. Die Krim war seit Jahrhunderten Zankapfel geopolitischer Rivalitäten. Für die NATO bedeutet die Rückkehr der Krim zu Russland eine strategische Niederlage, da sie Moskau dauerhaft am Zugang zu den Weltmeeren hindern wollte [2].

Die Illusion des ukrainischen Sieges

Trotz massiver westlicher Waffenlieferungen kann die Ukraine diesen Krieg nicht gewinnen. Russlands Sicherheitsinteressen wurden vom Westen weder anerkannt noch berücksichtigt. Vielmehr war die westliche Politik von Beginn an darauf ausgelegt, Russland mit Hilfe einer aufgerüsteten ukrainischen Armee militärisch und wirtschaftlich zu schwächen.

Russland hingegen hat nach anfänglichen Schwierigkeiten seine Kriegsführung angepasst, setzt auf Kontrakt-Soldaten und konnte bisher mit nur einer Teilmobilisierung seine Verluste überkompensieren. Die Ukraine hingegen verschleißt ihre Ressourcen, senkt das Einberufungsalter stetig und greift mittlerweile auf Zwangsrekrutierungen von Alten und Frauen zurück. Der Staat blutet still aus.

Propaganda und Realität

Der Westen beschuldigt Russland regelmäßig – meist ohne Beweise – schwerster Verbrechen, während die Opferzahlen im Ukraine-Krieg bislang weit hinter jenen kürzerer Konflikte wie im Gazastreifen zurückbleiben [3]. Die westliche Propaganda stilisiert Russland zum Aggressor, während der Westen sich selbst aus der Rolle der Kriegspartei heraushält.

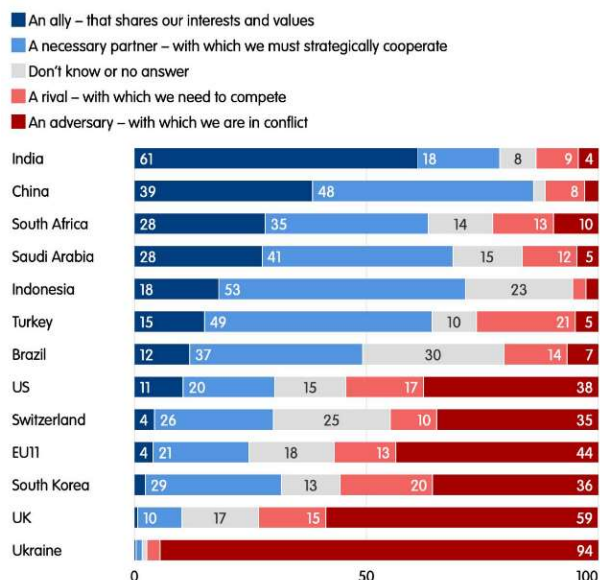
Doch die Realität widerspricht den Narrativen: Russland fügt der Ukraine erheblich höhere Verluste zu, sowohl an Menschen als auch an Material, und geht gestärkt aus dem Krieg hervor. Seine Rüstungsindustrie arbeitet auf Hochtouren und kann Waffen unter realen Kriegsbedingungen erproben und weiterentwickeln.

Der Westen im Spiegel seiner Hybris

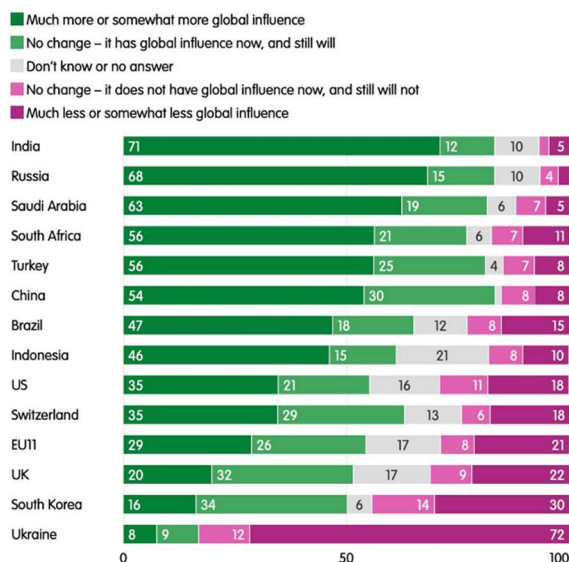
Die westliche Überzeugung, Sanktionen würden die russische Wirtschaft rasch kollabieren lassen, erwies sich als Fehleinschätzung. Fehlende nüchterne Analysen führten zu schwerwiegenden strategischen Irrtümern. Währenddessen baut der Rest der Welt alternative Institutionen auf, die im Zuge des demographischen und wirtschaftlichen Abstiegs des Westens zunehmend an Einfluss gewinnen [4].

Der Westen ist Opfer seiner eigenen Propaganda geworden – nicht nur in der öffentlichen Meinung, sondern auch auf Regierungsebene. Im Glauben an seine moralische Überlegenheit zeigt er seit Jahrzehnten eine Hybris, die zu wachsender Abwendung des globalen Südens führt. Anstatt den Übergang zu einer multipolaren Welt mitzugestalten, reagiert der Westen zunehmend erratisch und aggressiv.

Generally speaking, thinking about Russia, which of the following best reflects your view on what it is to your country? In per cent



Do you think Russia will have more or less global influence over the next decade, as compared to today, or will its influence remain unchanged? In per cent



Umfrage: Weltweite Unterstützung für Russland steigt trotz westlicher Bemühungen. Nationen wie China, Indien, Saudi-Arabien, Südafrika und die Türkei betrachten Russland als wichtigen Verbündeten, während Brasilien und Indonesien auf Russlands wachsende globale Macht setzen. Selbst in den Vereinigten Staaten, wo Russland von der herrschenden Klasse der Gesellschaft traditionell als Feind dargestellt wird, verändert sich die öffentliche Stimmung langsam.

Ausblick: Ein gefährlicher Abstieg

Die entscheidende Frage bleibt: Wie wird dieser Konflikt enden? Russland ist weder militärisch noch ökonomisch isoliert, während der Westen seine Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit zunehmend untergräbt. Der Ukraine-Krieg könnte so weniger das Ende russischer Macht bedeuten, als vielmehr den beschleunigten Abstieg westlicher Dominanz im internationalen System.

[1] Brzezinski, Zbigniew: *The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives*. New York 1997.

[2] Mearsheimer, John: *Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault*. *Foreign Affairs*, 2014.

[3] UN OCHA: Casualty Reports Ukraine & Gaza, 2022–2024.

[4] Acharya, Amitav: *The End of American World Order*. Cambridge 2014.

Kampf der Systeme

Vom Kolonialismus zur Finanzhegemonie

Nachdem die europäischen Großmächte die Welt jahrhundertlang mit Waffengewalt kolonialisierten und ausbeuteten, wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein neues Herrschaftssystem installiert. Dieses beruhte nicht mehr auf purer Militärgewalt, sondern auf der Kolonisation mit dem Scheckbuch und der Kontrolle über die wichtigen internationalen Institutionen.

Trotz der schleichenden Abkehr vom US-Dollar seitens der BRICS-Staaten stellen die ehemaligen Kolonialstaaten mit ihren zwei Hauptwährungen US-Dollar (2024: 57 %) und Euro (2024: 20 %) immer noch fast 80 % der weltweiten Währungsreserven [1] – allerdings mit sinkender Tendenz. Dieses Privileg ermöglicht es ihnen bis heute, praktisch unbegrenzt Geld zu drucken und sich nahezu grenzenlos zu verschulden, da es durch die Weltmarktpreisbindung eine künstliche Nachfrage nach diesen Währungen gibt – insbesondere nach dem US-Dollar. Rechnet man den japanischen Yen und das britische Pfund hinzu, kontrolliert der Westen sogar rund 90 % der globalen Währungsreserven.

Für den globalen Süden sind die Folgen verheerend und die modernen Kolonialisten können ihre Hände in Unschuld waschen: Im Gegensatz zu früheren Zeiten stehen zwar keine Soldaten mehr vor Ort, um Gewalt auszuüben und Marionettenregierungen zu stützen. Ganz im Gegenteil – heute inszenieren sie sich als „Philanthropen“, wenn sie Entwicklungshilfe leisten oder Kredite vergeben. Doch in Wirklichkeit bedeutet dies nichts anderes, als dass in reichen Staaten den Armen Geld entzogen wird, um Reiche in armen Staaten zu korrumpieren.

Entwicklungshilfe als Kreislauf der Abhängigkeit

Dieser Zusammenhang wurde eindrucksvoll im Bestseller *Dead Aid* von Dambisa Moyo analysiert, einer in Sambia geborenen und in den USA ausgebildeten Wirtschaftswissenschaftlerin [2]. Ihre Kritik richtet sich gegen das Modell der internationalen Entwicklungshilfe, das in Afrika nachweislich mehr Schaden angerichtet als Nutzen gestiftet habe. Moyo argumentiert, dass ausländische Hilfe einen fatalen Kreislauf der Abhängigkeit aufrechterhalte, lokale Initiativen untergrabe und Unternehmertum zerstöre. Entwicklungshilfe erscheint damit als Korruptionsschema, das dazu dient, die Wirtschaftspolitik der (neo-)kolonialisierten Länder im Sinne westlicher Profiteure zu steuern.

Kein Wunder also, dass die Kritik im Rest der Welt – vor allem in Afrika und Südamerika – immer lauter wird. Mehr und mehr Länder suchen den Schulterchluss mit den aufsteigenden Mächten China und Russland. Zugleich wächst die Liste der Staaten, die eine Aufnahme in den BRICS-Verbund beantragen.

Militärische Dimensionen des Aufbruchs

Diese neue Kooperation erschöpft sich nicht im Handel. Sie wird zunehmend auch auf militärischer Ebene gesucht. Grenzen für russische und chinesische Firmen und Produkte werden geöffnet, und parallel wird das Sekundärziel verfolgt, die Dominanz westlicher Währungen im Welthandel und als Reservewährungen zurückzudrängen.

Zur Eindämmung der US-Hegemonie werden bilaterale Vereinbarungen geschlossen, die oft auch die Stationierung von Militärbasen vorsehen. Beispiele sind die neuen russischen Stützpunkte in Nicaragua oder die regelmäßigen Anlandungen russischer Kriegsschiffe und Atom-U-Boote in Kuba – beides direkt vor der Haustür der USA. Russland verfügt darüber hinaus über Basen in Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan. Nachdem die syrischen Basen im Zuge des

Sturzes der Assad-Regierung 2024 aufgegeben werden mussten, verlagerte Moskau Teile seiner Präsenz nach Libyen.

Eine deutliche Trendwende lässt sich in Afrika beobachten: In Mali (2012), Burkina Faso (2022), Niger und Gabun (2023) wurden prowestliche Regierungen gestürzt, westliche Soldaten (meist aus Frankreich und den USA) vertrieben und deren Militärbasen geschlossen – während oft im Gegenzug russische Söldner stationiert wurden - und zwar stets im Einvernehmen mit den neuen Regierungen. Parallel dazu verstärkt China seine Präsenz: mit einem großen Stützpunkt in Dschibuti am Horn von Afrika und mit dem Bau eines Marinestützpunkts in Kambodscha.

Auch die jemenitischen Huthi, die sich zunehmend als Verbündete Irans, Chinas und Russlands verstehen, greifen auf der anderen Seite des Roten Meeres westliche Handelsschiffe und Israel an. Dabei geht es um eine Region von strategischer Weltbedeutung: Rund 40 % des globalen Schiffsverkehrs passieren das Horn von Afrika und den Golf von Aden [3].

Russland und China: „Unverbrüchliche Freundschaft“

Im April 2024 traten die Verteidigungsminister aus Russland und China Sergej Schoigu und Li Shangfu in Moskau medienwirksam vor die Kameras und bekannten sich zu einer „intensiveren militärischen Zusammenarbeit“ [4]. Ziel sei es, die Kooperation auf eine neue Stufe zu heben, um „einen stabilisierenden Einfluss“ auf die Weltordnung auszuüben. Schoigu sprach von der „unverbrüchlichen Freundschaft“ zwischen Russland und China, Li bekräftigte die Entschlossenheit Pekings, militärtechnische Zusammenarbeit und Waffenhandel weiter auszubauen. Eine klare Botschaft an Washington, das sich noch immer in der Rolle des Weltpolizisten sieht.

Parallel dazu rückt auch der Iran näher an Russland und China heran. Der Besuch von Ali Akbar Ahmadian, dem Vorsitzenden des iranischen Nationalen Sicherheitsrats, in Moskau im August 2024 galt als Startsignal für ein Militärbündnis.

Indien und Saudi-Arabien: Strategische Verschiebungen

Indien, das lange als Verbündeter des Westens galt, spielt heute eine ganz andere Rolle. Trotz westlicher Warnungen kauft Neu-Delhi Waffen und fossile Energieträger in großem Umfang aus Russland. Seit Beginn des Ukraine-Krieges haben sich Indiens Ölimporte aus Russland fast verzwanzigfacht: 2023 beliefen sie sich auf 90 Millionen Tonnen und deckten damit 40 % des indischen Bedarfs. Tendenz steigend: Allein 2024 erreichten die russischen Ölimporte einen Rekordwert von 53 Milliarden Dollar [5].

Indien weigert sich im UN-Sicherheitsrat, Russland für den Krieg in der Ukraine zu verurteilen – trotz erheblichen Drucks aus Washington. Die Bilder einer warmherzigen Umarmung zwischen Narendra Modi und Wladimir Putin im Juli 2024 verdeutlichten symbolisch, wie eng die Partnerschaft geworden ist. Auch die Verhängung von Zöllen gegen Indien seitens der Trump-Regierung als Strafmassnahme liess Indien unbeeindruckt.

Auch Saudi-Arabien, traditionell neben Israel der wichtigste Verbündete der USA im Nahen Osten, lässt sich nicht länger diktieren. Erstmals rechnet das Königreich Öl nicht mehr ausschließlich in US-Dollar ab – ein de-facto-Bruch mit der strategischen Partnerschaft zu Washington. Zudem wurde es in den BRICS+-Verbund aufgenommen. Russland und China halfen tatkräftig, das jahrzehntelange Kriegsbeil mit dem Iran zu begraben – eine tektonische Verschiebung im Nahen Osten.

Bruchlinien an der diplomatischen Front

Wohin man auch blickt: An der diplomatischen Front werden die Bruchlinien des sich anbahnenden Systemkampfes immer sichtbarer. Während Putin und russischen Diplomaten in weiten Teilen der Welt – außerhalb des Westens – der rote Teppich mit großem Staatspomp ausgerollt wird, begegnet man US-amerikanischen und europäischen Diplomaten oft mit kühler Distanz, manchmal gar mit demonstrativer Missachtung. Vor allem in den arabischen Golfstaaten war dies wiederholt zu beobachten. Auch China verteilt regelmäßig solche diplomatischen Ohrfeigen, genervt von westlichen Belehrungen über seine Handels- und Außenpolitik [6].



US-Außenminister Antony Blinken reiste am 25. April 2024 zu einem Besuch Peking, wo er ohne jegliche Staatszeremonie von niederrangigen Diplomaten (Yang Tao, Generaldirektor der Abteilung für nordamerikanische und ozeanische Angelegenheiten) begrüßt wurde.



Ein Monat später: Chinas Staatsherr Xi Jinping empfängt Russlands Präsident Wladimir Putin in Peking mit viel Pomp und einer grossen Delegation chinesischer Diplomaten und Wirtschaftsträger.

All diese Veränderungen sind Symptome eines globalen Ringens der Systeme, das noch meist im Verborgenen geführt wird.

Hypermoral als Herrschaftsinstrument

Das neokoloniale System, das der Westen nach 1945 errichtete, gründet auf einer Hypermoral, die sich anmaßt, den Rest der Welt darüber zu belehren, was gut und böse, richtig und falsch, demokratisch oder undemokratisch sei [7].

Zugleich sind westliche Gesellschaften tief gespalten, weil innere Feindbilder benötigt werden, um über ein System von *divide et impera* (teile und herrsche) die Opposition zu unterdrücken. Echte Systemkritik wird durch den nebulösen „Kampf gegen rechts“ marginalisiert und mundtot gemacht. Deshalb verwundert es nicht, dass westliche Staaten meist von Politikern geführt werden, die im eigenen Land ausgesprochen unpopulär sind. Der Premierminister von Großbritannien, Keir Starmer erreichte beispielsweise laut YouGov im Juli 2025 eine Zustimmungsrate von kläglichen 13 % bei 63 % Ablehnung, Bundeskanzler Friedrich Merz ja nach Umfrage im August 2025 nur noch 32 % Zustimmung,

während der Staatspräsident Frankreichs, Emmanuel Macron, anfangs 2025 21 % Zustimmung erreichte bei einer Rekord-Ablehnung von 77 %. Die geringen Beliebtheitswerte westlicher Politiker sprechen eine deutliche Sprache – im Gegensatz zu den als „Autokraten“ geschmähten Präsidenten Xi, Putin oder Orbán, von deren Zustimmungswerte die meisten Politiker im Westen nur träumen können [8].

Es scheint fast ein Wesenszug moderner Demokratien geworden zu sein, dass Regierende in Europa oder Nordamerika schlechte Popularitätswerte aufweisen, während außerhalb des Westens sogenannte „Autokraten“ über stabile Mehrheiten verfügen. Dass parallel die Wahlbeteiligung in westlichen Ländern auf historische Tiefststände gefallen ist, verstärkt diesen Kontrast.

Ideologien der Entgrenzung

Die immer bizarrerem ideologischen Auswüchse des Westens tragen ihrerseits zur Spaltung bei. Exemplarisch ist die Transgender-Ideologie, die eingebettet ist in eine umfassendere Transhumanismus-Vision: Im Kern geht es um die Abschaffung des Menschen. So wie Kommunisten einst den „neuen Menschen“ und die Nationalsozialisten den „Übermenschen“ erschaffen wollten, streben heutige Sozialisten im grünen Gewand nach dem „Transhuman“, der sich jenseits des Menschlichen definiert [9].

Frühere Ideologien gegen das Menschliche waren Auswüchse roten und braunen Sozialismus und endeten in Völkermord und Massenverbrechen. Dass man nun mit dem grünen Sozialismus erneut einen ähnlichen Weg beschreitet, zeigt, dass aus den Irrwegen früherer Sozialismen nicht gelernt wurde. Umso bemerkenswerter ist dies im Westen, wo einst Aufklärung, Fortschritt und Wissenschaft ihren Ursprung hatten.

Religion wurde privatisiert, Kollektivismus wich dem Individualismus – eine begrüßenswerte Entwicklung, die sich jedoch ins Gegenteil verkehrt hat. Heute leben wir in einer hypermoralisierenden Gesellschaft, die sich „woke“ nennt. Nationale, kulturelle, religiöse und geschlechtliche Identitäten werden geleugnet, um dem Anspruch gerecht zu werden, nicht diskriminierend zu sein. Doch dieser Weg bereitet den Boden für neuen Autoritarismus – nur mit umgekehrten Vorzeichen.



Die ehemaligen Kolonialisten im Westen sind heute «pazifistisch», «bunt» und «inklusiv», die Folgen ihrer Scheckbuch- und Gutmenschen-Politik sind aber genauso zerstörerisch.

Wokeismus als postkoloniale Ersatzreligion

Der Wokeismus ist zu einer Art Postkolonialismus im grünen Gewand geworden. Er macht linken Antisemitismus und Rassismus salonfähig, weil er definitionsgemäß nur Rechte und Weiße für

rassistisch oder antisemitisch erklären kann. Im Umkehrschluss existieren in dieser Logik weder Rassismus gegen Weiße noch linker Antisemitismus [10].

Vereinfacht gesagt bedeutet Postkolonialismus, dass alle Beziehungen zwischen globalem Norden und globalem Süden durch die Brille kolonialer Unterdrückung gedeutet werden. Das Muster lautet: Unterdrücker versus Unterdrückte. Da die Kolonialisierung den gesamten Globus erfasste, beansprucht die postkoloniale Theorie, sämtliche weltweiten Beziehungen, Machtverhältnisse und Konflikte erklären zu können – vom Umgang mit Minderheiten bis zur Klimakrise.

Das Individuum existiert hier nur noch als Gruppenidentität: Frau oder Mann, Schwarz oder Weiß, hetero-, bi- oder homosexuell, Jude oder Nichtjude, binär oder non-binär. Die Grenzen, die nach 1945 überwunden schienen, kehren so in neuer ideologischer Verkleidung zurück. Ein Rückschritt, der paradoxerweise im Namen von Fortschritt und Gerechtigkeit daherkommt.

Vielfalt als Einfalt

Im Westen scheint es inzwischen unerheblich, ob politische oder wirtschaftliche Eliten über Führungsqualitäten und Fachwissen verfügen. Entscheidender ist, ob sie „divers“ und „inklusiv“ erscheinen.

So jubelte *Forbes* im September 2022: „Liz Truss ernennt das vielfältigste Kabinett der Geschichte“. Die Medien lobten das „sozial exklusivste und vielfältigste Kabinett, das Großbritannien je gesehen hat“. Doch nach nur 49 Tagen war die Ära Truss beendet – die kürzeste Amtszeit einer Premierministerin in der Geschichte des Landes [11].

Auch in den USA wurde Joe Bidens Kabinett 2021 als „weiblich, divers, kompetent“ gefeiert. Während das Kabinett seines Vorgängers noch als „weiß und männlich“ galt, wurde Biden für die Vielfalt seiner Ministerriege bejubelt. Watson titelte: „Kamala Harris und Joe Biden stehen an der Spitze der vielfältigsten Regierung der Geschichte.“ Doch vier Jahre später fiel die Bilanz ernüchternd aus: außenpolitische Isolation, wirtschaftliche Schwäche, innenpolitische Spaltung und an der Schwelle zum Atomkrieg. Vielfalt wurde zum Selbstzweck – und entpuppte sich vielfach als Einfalt, wenn Kompetenz und Erfahrung hinter symbolischer Repräsentation zurückstehen mussten.

Ideologische Auswüchse im Westen: vom Wohlstand zur Hypermoral

Nachdem in Europa und den USA in den Wirtschaftswunderjahren nach dem Zweiten Weltkrieg ein beispielsloser Wohlstand blühte – getragen von Unternehmertum, freier Wirtschaft, niedrigen Steuern und einem zurückhaltenden Staat –, zeigte sich, dass der Westen seine Möglichkeiten überschätzte. Er verrannte sich in ein moralingetränktes Universum, das die Lebensrealität eines Großteils der eigenen wie auch der Weltbevölkerung kaum noch repräsentiert.

Der Wohlstand im eigenen Land wird heute durch sozialistische Umverteilungsprogramme und eine exzessive Gelddruckpolitik einer imaginären „Weltenrettung“ geopfert. Nüchtern betrachtet profitieren davon in erster Linie Oligarchen, globale Finanzakteure und ihre politischen Helfershelfer – auch „Globalisten“ oder „Neokolonialisten“ genannt [12].

Gelddrucken bedeutet nichts anderes, als die Folgen der Schuldenorgie auf kommende Generationen zu verlagern. Doch diese Generationen sind im Westen längst nicht mehr in Sicht: Im Westen bewegt sich die durchschnittliche Geburtenrate je nach Land zwischen 1,2 und 1,7 Kindern pro Frau – also deutlich unter dem Bestandserhaltungsniveau von 2,1. [13]

Demografie und Migration

Die Einwanderungspolitik des Westens – oft als „Willkommenskultur“ verklärt – kann diesen Trend nicht aufhalten. Sie orientiert sich in den meisten Fällen weder an beruflicher Qualifikation noch an Integration, sondern bringt überwiegend junge Männer ohne Ausbildung aus kulturfremden Kontexten ins Land. Zwar liegen die Geburtenraten der Zugewanderten anfangs meist höher, gleichen sich aber spätestens in der zweiten Generation dem westlichen Durchschnitt an [14].

Problematisch sind vor allem die wachsenden Parallelgesellschaften vor allem in europäischen Großstädten, die vielfach von Sozialtransfers leben und sich kulturell abkapseln. Genau diese Milieus werden eines Tages politisch nicht mehr ignorierbare Mehrheiten bilden. Ein Vorgeschmack zeigte sich bei den englischen Lokalwahlen 2024, als zahlreiche Kandidaten mit offener Nähe zum politischen Islam in Stadt- und Gemeinderäte einzogen [15].

Eine Lösung wäre eine radikal andere Familienpolitik, die kinderreiche Familien systematisch fördert. Doch aus ideologischen Gründen bleibt dieser Weg versperrt. Das Ergebnis: eine geburtenarme, zunehmend dekadente Gesellschaft, zersplittert in Partikularinteressen und bar eines verbindenden Nationalbewusstseins – ein Niedergang, der frappant an das späte Rom erinnert [16].

Valdai-Konferenzen: Putins Kontrastfolie

Ein Blick über den Zaun zeigt, dass sich der Rest der Welt zunehmend von westlichen Normen distanziert. Ein Schlüsselforum sind die Valdai-Konferenzen in Russland, seit 2004 ein Treffpunkt internationaler Experten, Politiker und Intellektueller.

Bemerkenswert war Putins Rede von 2013 – gehalten noch vor der Ukraine-Krise. Er stellte dem Westen eine alternative Gesellschaftsvision gegenüber, die auf Tradition, kultureller Vielfalt und nationaler Souveränität gründet. Zentrale Passagen lauteten:

„Man kann eine nationale Identität nicht einfach von oben diktieren. Sie ist kein starres Konstrukt, sondern ein lebender Organismus ... Wir sehen, wie viele euroatlantische Länder ihre Wurzeln verleugnen, auch ihre christlichen Werte, die Grundlage der westlichen Zivilisation. Moralische Anfänge und jede traditionelle Identität – nationale, kulturelle, religiöse, sogar geschlechtliche – werden geleugnet. Es wird eine Politik gemacht, die kinderreiche Familien und gleichgeschlechtliche Paare auf eine Stufe stellt, den Glauben an Gott mit dem Glauben an Satan gleichsetzt. Dieses Modell versucht man aggressiv der ganzen Welt aufzudrängen. Das ist der direkte Weg in die demografische und moralische Krise.“ [17]

Ob man Putin zustimmt oder nicht: Seine Worte entlarven die kulturellen Bruchlinien und zeigen, wie stark das Ringen der Systeme auch ein Kampf um Werte ist.

Der Westen auf sowjetischen Spuren

Während der Westen sich gern als Vorzeigemodell von Demokratie und Marktwirtschaft inszeniert, sprechen Zahlen eine andere Sprache. Die Staatsquote – der Anteil der Staatsausgaben am BIP – lag 2024 in Deutschland bei 49,5 %, in der EU im Schnitt bei 49,2 % und in den USA bei 39,7%. Zum Vergleich: Russland 18,6 % und China 17,2 % [18].

Der Westen nähert sich damit Strukturen, die einst der Sowjetunion zugeschrieben wurden, die eine Staatsquote von 60 bis 70 % aufwies. Es drängt sich die Frage auf, ob die liberalen Demokratien des Westens nicht längst zu einer Art Sowjetunion 2.0 mutiert sind, während die ehemaligen kommunistischen Staaten ihre Wirtschaft liberalisiert und dynamisiert haben.

Der Ukrainekrieg als geopolitisches Geschäftsmodell

Die Bruchlinien der Gegenwart werden im Ukrainekrieg sichtbar – ein Stellvertreterkonflikt, in dem die USA mit ihrem Werkzeug Ukraine Russland schwächen und zugleich enorme Gewinne abschöpfen wollen. Nicht von ungefähr besitzen westliche Konzerne wie BlackRock oder Vanguard maßgebliche Anteile an ukrainischen Schlüsselindustrien. Zwei Drittel der fruchtbaren Schwarzerdeböden und wichtige Rohstofflagerstätten – darunter Lithium und Titan – sind bereits durch westliches Kapital gesichert [19].

Selbst westliche Politiker sprechen offen über diese Interessen. Der CDU-Politiker Roderich Kiesewetter erklärte 2023 in der ARD, Europa brauche die ukrainischen Lithium-Vorkommen für die Energiewende [20]. Und US-Senator Lindsey Graham betonte 2024 im CBS-Interview, die Ukraine sitze auf „Mineralienreserven im Wert von 10 bis 12 Billionen Dollar“ und müsse Partner des Westens bleiben, um zu verhindern, dass Russland und China Zugriff darauf erhalten [21].

Auch Viktor Orbán warnte 2024: Der Westen wolle die Ukraine nicht verteidigen, sondern ihren Reichtum „erwerben und teilen“ – eine Neuauflage der 1990er Jahre, als sich westliche Investoren die russische Wirtschaft zur Beute machen wollten [22].

Schulden, Oligarchen und Kriegsgewinnler

Bereits 2014 hatte US-Milliardär George Soros ukrainische Anleihen in Milliardenhöhe billig aufgekauft. Heute verlangen er und Washington im Gleichschritt, dass Europa die Rückzahlung übernimmt. Die USA liefern Waffen meist auf Kredit, während europäische Staaten Gerät und Geld verschenken. So ist die Ukraine nicht nur überschuldet, sondern längst von einem permanenten Kreditkreislauf abhängig – eine gigantische Geldwaschanlage und ein Geschäftsmodell für Oligarchen und westliche Profiteure [23].

Präsident Selenskyj, der neben der ukrainischen auch die britische und die israelische Staatsbürgerschaft besitzen soll [24], verfügt über Immobilien in Zypern, Israel, Italien und Deutschland. Der US-Konzern Burisma, ein Energiekonzern mit Sitz in Limassol, Zypern, der ukrainische Erdgasvorkommen erschließt und ausbeutet und in dessen Vorstand nicht zufälligerweise der Sohn des ehemaligen US-Präsidenten Hunter Biden saß, illustriert die enge Verflechtung von Politik, Wirtschaft und Oligarchie [25].

Der Westen im Spiegel seiner Hybris

Der Westen predigt Menschenrechte, Demokratie und freie Märkte – praktiziert aber Krieg, moralische Hybris und wirtschaftliche Ausbeutung. Der Slogan „Demokratien gegen Autokratien“ klingt hohl, wenn westliche Gesellschaften selbst zunehmend autoritäre Züge tragen: enger werdende Meinungskorridore, identitätspolitische Spaltungen, wachsende Staatsquoten.

Während Russland den Westen als hegemoniale Gefahr begreift, sieht der globale Süden im Westen vor allem einen neokolonialen Akteur, der unter dem Banner der Moral reale Macht- und Profitinteressen verfolgt.

Warum der Westen Russland hasst

Der „Otto Normalverbraucher“ im Westen – gefangen in einem eingegengten Diskurs – glaubt vermutlich tatsächlich, dass in der Ukraine für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte gekämpft werde. Ein Lieblingssatz westlicher Entscheidungsträger lautet deshalb auch: *„Die Freiheit und Demokratie des Westens wird in der Ukraine verteidigt.“* – Was für ein Unsinn! [26]



*Ist Russland in einem
jahrhundertlangen
Existenzkampf gegen den
Westen?*

Umgekehrt ist Russland überzeugt, sich in einem jahrhundertelangen Kampf mit westlichen Großmächten zu befinden. Ein Blick in die Geschichte macht diesen Eindruck verständlich.

- Polen 1605–1618: Polnische Truppen eroberten Moskau und setzten den „falschen Dimitri“ als Zaren ein. Der Krieg endete 1618 mit dem Vertrag von Deulino, der Russland territoriale Zugeständnisse abverlangte [27].
- Schweden 1708–1709: König Karl XII. versuchte Moskau zu erobern. Die Niederlage bei Poltawa (im heutigen Ukraine-Gebiet) brachte Schweden den Machtverlust und Russland den Aufstieg [28].
- Napoleon 1812: Der Russlandfeldzug Napoleons mit 600.000 Mann endete für Frankreich in der größten Katastrophe der damaligen Militärgeschichte [29].
- Krimkrieg 1853–1856: Russland versuchte, den Zerfall des Osmanischen Reiches für sich zu nutzen und Zugang zum Schwarzen Meer zu bekommen, doch die Großmächte England, Frankreich und Österreich verhinderten das, indem sie sich gegen Russland [30] vereinigten, Russland erlitt eine Niederlage.
- Russisch-Japanischer Krieg 1904–05: Das Zarenreich erlitt eine empfindliche Niederlage gegen das damals aufstrebende Japan [31].
- Erster Weltkrieg: Russland kämpfte an der Seite der Entente, verlor aber dennoch. Im Frieden von Brest-Litowsk (1918) entstand unter deutscher Besatzung erstmals die „Ukraine“ als Staatsgebilde [32].
- Russischer Bürgerkrieg 1917–1922: Die Westmächte intervenierten mitten in den Bürgerkriegswirren direkt:
 - Briten besetzten Murmansk und Archangelsk,
 - Franzosen und Griechen besetzten Odessa und die Krim,
 - Amerikaner und Japaner besetzten Wladiwostok.
 Millionen Russen starben im Bürgerkrieg – ein Kapitel, das im westlichen Geschichtsbewusstsein kaum präsent ist [33].

- Polnisch-Sowjetischer Krieg 1919–21: Polen drang tief nach Osten vor, nahm Kiew ein, wurde aber bei Warschau („Wunder an der Weichsel“) gestoppt [34].
- Zweiter Weltkrieg: Hitler plante einen Vernichtungskrieg gegen Russland, um „Lebensraum“ und Rohstoffe zu gewinnen. Moskau hielt der damals stärksten Armee der Welt stand, trotz horrender Verluste [35].

Nach 1945 schuf die Sowjetunion den Warschauer Pakt – als Reaktion auf die Gründung der NATO, um sich gegen den Westen abzusichern. Doch nach 1991 rückte die NATO trotz anderslautender Zusicherungen immer weiter nach Osten – aus Moskauer Sicht ein Wortbruch [36].

Die Ukraine als rote Linie

Mit dieser Vorgeschichte versteht sich, warum Russland eine Ukraine im westlichen Bündnissystem als existentielle Bedrohung ansieht. Putin warnte jahrelang vor einer Überschreitung dieser roten Linie. Nach dem Maidan-Umsturz 2014, den Angriffen nationalistischer Bataillone im Donbass und mehreren NATO-Erweiterungsrunden definierte Moskau seine Ziele klar: Neutralität der Ukraine, Demilitarisierung, Denazifizierung und Verzicht auf NATO-Beitritt [37]. Dass westliche Medien die Existenz von Neonazi-Strukturen in der Ukraine vor dem Krieg thematisierten und später verneinten, verstärkte Russlands Misstrauen [38].

Berichte über gefallene NATO-Soldaten, die in der Ukraine verdeckt kämpften, kursieren seit 2022. Für viele Russen weckt dies Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg, als in der Waffen-SS Freiwillige aus fast allen europäischen Ländern gegen die Rote Armee kämpften.

UN-Resolution gegen Neonazismus - Diskriminierung und Cancel Culture

Auch die Vereinten Nationen bestätigen den Konflikt der Narrative. Am 19. Dezember 2023 nahm die UN-Generalversammlung die Resolution A/78/478 DR I zur „Bekämpfung der Glorifizierung von Nazismus und Neo-Nazismus“ an: Abstimmungsergebnis: 118 Staaten dafür, 49 dagegen, 14 Enthaltungen.

Unter den ablehnenden Staaten fast ausschließlich westliche Länder – darunter Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA, Polen, die baltischen Staaten und Japan [39].

Die Frage drängt sich auf: Warum weigert sich der Westen mit Blick auf die Ukraine, Neonazismus klar und eindeutig zu verurteilen, denn Russophobie und Ausgrenzung häufen sich:

- Lettland kündigte 2024 die Zwangsausweisung russischer Bürger ohne Sprachtests an, obwohl Russen ein Viertel der Bevölkerung stellen [40].
- In der Ukraine beschloss das Parlament 2019 ein Gesetz gegen die russische Sprache; 2023 wurden sogar Ortsnamen russischen Ursprungs verboten [41].
- Russische Sportler und Künstler werden von internationalen Wettbewerben ausgeschlossen oder dürfen nur unter Bedingungen teilnehmen (keine Hymne, keine Flagge, nur nach öffentlicher Distanzierung von ihrer Regierung).
- Kriegsdenkmäler der Roten Armee, die Hitler besiegte, werden in Osteuropa massenhaft abgerissen.

Aus russischer Sicht muss sich die Bedrohung aus dem Westen sehr real anfühlen: Fünf NATO-Erweiterungen, gebrochene Versprechen, militärische Aufrüstung in der Ukraine. Der Westen

predigt Freiheit und Demokratie, während er Russen diskriminiert, Neonazismus relativiert und eigene autoritäre Reflexe kultiviert.

Denunziantentum und digitale Fahndungslisten

Eine moderne Perversion des Denunziantentums, ja eine regelrechte Lizenz zum Töten, stellt die ukrainische Website *Molfar* dar. Mit Unterstützung britischer Geheimdienste eingerichtet, eröffnete sie eine Jagd auf Journalisten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die dem offiziellen Ukraine-Narrativ nicht folgen wollen [42].

Menschenrechtsaktivisten der Stiftung *Fonds zur Bekämpfung der Repression* deckten auf, dass *Molfar* gezielt persönliche Daten von Journalisten, Politikern und Intellektuellen aus westlichen Ländern sammelt und verbreitet – insbesondere von jenen, die sich für Frieden einsetzen und die NATO kritisieren [43].

Die Plattform, die Selenskyj faktisch in ein repressives Werkzeug des ukrainischen Geheimdienstes (SBU) verwandelt hat, ist weit mehr als ein bloßes Archiv: Sie diffamiert den Ruf der Betroffenen und bedroht direkt deren Leben und Gesundheit [44].

Die Spur des MI6

Die Stiftung legte Beweise vor, wonach eine Kampagne zur physischen „Eliminierung“ von Personen aus der Datenbank von *Molfar* eingeleitet wurde – angeblich auf direkten Befehl des britischen Geheimdienstes MI6 [45]. Dass zeitweise sogar Papst Franziskus auf der Liste geführt wurde, nur weil er sich für Frieden in der Ukraine aussprach, illustriert den Zynismus dieses Systems.

Noch schwerwiegender ist der Fall amerikanischer Staatsbürger, die abweichende Ansichten vertraten und in ukrainischen Gefängnissen verschwanden – ohne Konsequenzen für Kiew. Besonders bekannt ist der chilenisch-US-amerikanische Blogger, Autor und Regisseur Gonzalo Lira: Am 1. Mai 2023 wurde er in Charkow vom SBU verhaftet, unter dem Vorwurf, Material zur „Rechtfertigung des russischen Einmarsches“ erstellt zu haben. Sein öffentlicher Hilferuf über soziale Medien stieß zwar auf Echo, doch die damalige US-Regierung Biden und die Leitmedien schwiegen. Nicht einmal seine Staatsbürgerschaft führte zu einer offiziellen Reaktion Washingtons. Viele Indizien deuten darauf hin, dass Lira in Haft gefoltert und ermordet wurde [46].

„Fegefeuer“: Der digitale Pranger

Wer meint, *Molfar* sei ein Einzelfall, irrt. Auch auf der politisch gefärbten Wikipedia ist nachzulesen, dass unter dem Reiter *Tschistilischtsche* (übersetzt: „Fegefeuer“) Daten vermeintlicher „Feinde der Ukraine“ in russischer Sprache veröffentlicht werden [47]. Internationale Aufmerksamkeit erhielt dieses Portal nach den Morden an den Oppositionellen Oles Busyna und Oleh Kalaschnikow im Jahr 2015. Beide waren mit Adresse auf der Website gelistet – Tage später wurden sie vor ihren Häusern erschossen [48].

Auf den Listen finden sich Persönlichkeiten wie Gerhard Schröder, Viktor Orbán, Elon Musk oder Roger Waters – allesamt wegen Äußerungen, die vom Ukraine-Narrativ abwichen [49]. Im Mai 2016 veröffentlichte die Seite *Mirotworez* zudem mehr als 4.000 Namen, Telefonnummern und E-Mail-Adressen von Journalisten, die aus dem Donbass berichtet hatten. Selbst OSZE und das Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) sahen sich damals gezwungen, ihre Besorgnis zu äußern [50]. Im Januar 2022 umfasst die Liste über 187.000 Einträge – darunter auch unpolitische Sportler, deren einziges „Vergehen“ darin bestand, sich nicht explizit von Putin zu distanzieren [51].

Historische Blindstellen und Heuchelei

Es verwundert kaum, dass Russland den Krieg in der Ukraine auch als Abwehrkampf gegen eine Neonazi-Allianz in Gestalt der NATO interpretiert. Besonders absurd erscheint die Rolle Deutschlands: Während man im Inland den Kampf gegen Neonazismus beschwört, unterstützt man gleichzeitig kritiklos ein von Nationalisten durchgesetztes Regime in Kiew – mit Milliardenhilfen und Waffenlieferungen. Deutsche Panzer rollen heute wieder über Schlachtfelder wie Kursk, Charkow, Poltawa und Sumy – genau an den Orten, an denen bereits 1941 bis 1944 Millionen Menschen starben [52].

Erinnerungspolitik als Waffe

Während Berlin unermüdlich die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg betont, verweigert es bis heute Entschädigungen für die 27 Millionen sowjetischen Opfer. Besonders zynisch ist, dass russische Vertreter in den letzten Jahren sogar von Gedenkfeiern ausgeschlossen wurden, die ihrer Toten gedenken wollten. So ist seit 2022 Russland von den D-Day-Gedenkfeiern ausgeschlossen – jenem Ereignis, das die Westalliierten in der Rückschau glorifizieren, während der entscheidende Blutzoll von der Roten Armee getragen wurde. Bei den Feierlichkeiten 2024 zum 80. Jahrestag der Landung in der Normandie war Russland erneut nicht eingeladen – stattdessen aber die Ukraine, deren Nationalheld Stepan Bandera ein bekennender Nazi und Judenmörder war [53].

Die Umdeutung der Geschichte schreitet voran: Während der sowjetische Beitrag von 27 Millionen Toten marginalisiert wird, hofiert man Kräfte, die einst mit den Tätern kollaborierten. Russland wird damit schleichend in die gleiche moralische Schublade wie Hitlerdeutschland gestellt – ein Skandal von welthistorischem Ausmaß.

Auch bei den Auschwitz-Gedenkveranstaltungen blieb Russland außen vor. Der russische Botschafter Andrejew erklärte 2024, man nehme nicht mehr teil, weil diese Zeremonien zu Plattformen der Geschichtsfälschung verkommen seien. „Seit 2014“, so Andrejew, „hat keiner der Teilnehmer – außer Russland – erwähnt, wer Auschwitz, Polen und Europa tatsächlich vom Nazi-Abschaum befreit hat“ [54]. Wie tief muss eine westliche Erinnerungskultur gesunken sein, wenn sie historische Opfer instrumentalisiert, verdrängt und verfälscht – alles für den kurzfristigen Zweck billiger politischer Propaganda im Angesicht des Ukrainekriegs.

[1] International Monetary Fund (IMF): *Currency Composition of Official Foreign Exchange Reserves (COFER)*, 2024.

[2] Moyo, Dambisa: *Dead Aid: Why Aid Is Not Working and How There Is a Better Way for Africa*. London 2009.

[3] United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD): *Review of Maritime Transport*, 2023.

[4] Berichte der Nachrichtenagenturen TASS und Xinhua, April 2024.

[5] COMTRADE-Daten und International Energy Agency (IEA)

[6] Gulf Research Center: *Diplomatic Shifts in the Gulf Region*, 2023.

[7] Brzezinski, Zbigniew: *The Grand Chessboard*. New York 1997.

[8] Pew Research Center: *Global Leaders' Approval Ratings*, 2023.

[9] Kurzweil, Ray: *The Singularity is Near*. New York 2005.

[10] Pluckrose, Helen / Lindsay, James: *Cynical Theories*. London 2020.

[11] *Forbes Magazine*: „Liz Truss Appoints Most Diverse Cabinet in UK History“, September 2022.

[12] Moyo, Dambisa: *Dead Aid*. London 2009.

[13] OECD: *Fertility Rates 2023*.

[14] UN Population Division: *World Population Prospects*, 2022.

[15] The Guardian, „Muslim candidates make gains in UK local elections“, Mai 2024.

[16] Spengler, Oswald: *Der Untergang des Abendlandes*. München 1918.

[17] Putin, Rede auf der Valdai-Konferenz, Sept. 2013 (Kreml-Transkript).

[18] Trading Economics, 2024, TheGlobalEconomy.com, 2024.

[19] Weltwoche, 21.12.2023; Ukraine Business News, 2023.

[20] ARD, „Bericht aus Berlin Extra“, Interview mit Roderich Kiesewetter, Dez. 2023.

[21] CBS News, „Face the Nation“, Interview mit Lindsey Graham, Juni 2024.

- [22] Hir TV (Ungarn), Interview mit Viktor Orbán, 8. Juni 2024.
- [23] Soros, George: Rede beim European Council on Foreign Relations, 2014.
- [24] Diverse investigative Medienberichte; z. B. Asia Times, 2023.
- [25] NYT, „Hunter Biden and Burisma“, 2019.
- [26] John Mearsheimer: „Why the Ukraine Crisis Is the West’s Fault“, *Foreign Affairs*, 2014.
- [27] Robert I. Frost: *The Oxford History of Poland-Lithuania*, 2015.
- [28] Peter Englund: *Poltawa 1709*, München 1992.
- [29] Adam Zamoyski: *1812 – Napoleons Feldzug in Russland*, 2005.
- [30] David M. Goldfrank: *The Origins of the Crimean War*, 1994.
- [31] Richard Connaughton: *Rising Sun and Tumbling Bear*, 1988.
- [32] Fritz Fischer: *Griff nach der Weltmacht*, 1961.
- [33] Evan Mawdsley: *The Russian Civil War*, 2007.
- [34] Norman Davies: *White Eagle, Red Star*, 2003.
- [35] Timothy Snyder: *Bloodlands*, 2010.
- [36] Mary Elise Sarotte: *Not One Inch*, 2021.
- [37] Putin, Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, 2007.
- [38] BBC-Dokumentation „Ukraine’s far-right“, 2014.
- [39] UN-Generalversammlung, Resolution A/78/478 DR I, 19.12.2023.
- [40] *Der Spiegel*, 30.1.2024.
- [41] Kyiv Post, „Language Law“, 2019.
- [42] Anti-Spiegel: „Molfar – Geheimdienstprojekt gegen Kritiker“, 2023.
- [43] Stiftung „Fonds zur Bekämpfung der Repression“, Bericht 2023.
- [44] Ebd.
- [45] Ebd.
- [46] RT International: „The Gonzalo Lira case“, 2023.
- [47] Wikipedia-Eintrag „Mirotvorez“, Abruf 2024.
- [48] Kyiv Post, „Oles Buzina Murder Case“, 2015.
- [49] BBC News, „Ukraine blacklist controversy“, 2016.
- [50] OSZE & CPJ, Stellungnahme, 2016.
- [51] Human Rights Without Frontiers, Bericht 2022.
- [52] Deutsches Historisches Institut Moskau, Forschungsbericht 2019.
- [53] Norman Davies: *Europe at War 1939–1945*, Oxford UP 2006.
- [54] Zvezda TV, Interview mit Botschafter Andrejew, 2024.

Die Supermacht USA und der Niedergang des Westens

Imperien und ihr Universalanspruch

Die USA sind auch heute noch eine Supermacht, beziehungsweise ein Imperium – und sie meinen, sich auf dem diplomatischen Parkett alles erlauben zu können, weil Imperien sich universal begreifen. Ein Imperium beansprucht nicht nur die direkte oder indirekte Kontrolle über Territorien, sondern auch einen universalen Anspruch auf die Gestaltung der Weltordnung und die Interpretation von Narrativen. Es will dominieren, auf militärischer, spiritueller und ökonomischer Ebene den Takt angeben und die Richtung bestimmen [1].

Doch Imperien kommen und gehen. Das galt für die Griechen, die Römer und die Briten [2]. Es gab Imperien, die von langer Dauer waren, wie z. Bsp. das Byzantinische Reich (220-1453), und Imperien, die von kurzer Dauer waren, wie das Napoleonische Kaiserreich (1804-1815). Die USA verfügen heute noch immer über enorme Macht, haben aber vor allem von ihrem spirituellen Element - ihrer Soft Power, stark eingebüßt. Genau dies beschleunigt ihren Niedergang, da die Soft Power langfristig wichtiger ist als die sogenannte Hard Power – also die militärische und wirtschaftliche Stärke [3].

Dieser Prozess wird dadurch gefördert, dass die Welt außerhalb des Westens zunehmend den Schulterschluss mit den Befürwortern einer multipolaren Ordnung sucht. Die BRICS-Staaten spielen dabei nur eine Vorreiterrolle [4]. Zwar bleiben die USA militärisch auf absehbare Zeit noch die stärkste Macht des Planeten, doch ihr ökonomischer und auch militärischer Niedergang ist unübersehbar. Parallel verliert der kollektive Westen als erweiterte Machtbasis Washingtons an Anziehungskraft und ist kaum mehr in der Lage, eine Politik zu betreiben, die an den eigenen Interessen orientiert ist [5].

Hard Power und Soft Power – Grundlagen der Supermacht

Als Supermacht oder Imperium bezeichnet man einen Staat, der aufgrund seiner überragenden Fähigkeiten globale Entwicklungen beeinflussen und bestimmen kann. Einfluss reicht dabei weltweit auf fast alle Staaten und auch auf deren Beziehungen untereinander. Diese Macht wird traditionell in **Hard Power** und **Soft Power** unterteilt [6].

- **Hard Power** umfasst im Wesentlichen militärische und wirtschaftliche Dominanz, also die Fähigkeit zur weltweiten militärischen Machtprojektion. Sie setzt heute den Besitz strategischer Nuklearwaffen und die Fähigkeit voraus, an jedem Ort der Welt zuschlagen zu können. Supermächte sind ohne ein geeintes Eurasien im Sinne der Heartland-Theorie damit per Definition meist Seemächte: 70 % der Erdoberfläche sind von Wasser bedeckt, 90 % des Welthandels laufen über die Weltmeere. Wer hier dominiert, kontrolliert die globalen Handelsströme [7]. Zudem erfordert Hard Power wirtschaftliche Stärke, Kapital, Rohstoffe und technologisches Wissen.
- **Soft Power** beschreibt dagegen nicht-militärische Mittel: Einflussmöglichkeiten, die sich aus wirtschaftlichem, kulturellem und spirituellem Potenzial ergeben [8]. Im Falle der USA schließt dies seit jeher die Verbreitung amerikanischer Kultur, Musik und Filme ein, ebenso die globale Präsenz von Marken wie Coca-Cola, McDonald's oder Nike. Hinzu kommen die führenden Positionen von Technologieunternehmen wie Apple, Google und Microsoft, die Dominanz des Dollars als Leitwährung sowie die Attraktivität als Einwanderungs- und Reiseziel.

In den Nachkriegsjahrzehnten bis in die 1980er Jahre war diese Soft Power so unwiderstehlich, dass fast die ganze Welt dem „American Way of Life“ huldigte. Selbst in Kabul liefen in den 1960er Jahren Frauen in Miniröcken durch die Straßen – ein heute kaum vorstellbares Bild [9].



Frauen im Minirock in der Hauptstadt von Afghanistan, Kabul, früher und heute: ist die ehemals unwiderstehliche westliche Kultur mit ihrer Soft Power in ihr Gegenteil umgeschlagen, so dass Teile der Welt lieber wieder auf mittelalterliche Rezepte setzen?

Soft Power als eigentliche Grundlage von Herrschaft

Um eine Supermacht zu sein – und vor allem zu bleiben –, ist Soft Power entscheidender als Hard Power. Mit Gewalt allein lässt sich keine Welt beherrschen, denn ein Imperium müsste dafür in allen Ländern der Welt als Besatzungsmacht präsent sein und Marionettenregime installieren. Dies ist auf Dauer nicht finanzier- und kontrollierbar. Entscheidend ist vielmehr, dass andere Länder von der kulturellen Anziehungskraft fasziniert sind und freiwillig nacheifern [10]. Dies war bei den langdauernden Imperien auch stets der Fall.

Dies erklärt auch, weshalb Nazi-Deutschland, selbst im Falle eines militärischen Sieges, nie eine echte Supermacht hätte werden können: Es besaß keine Soft Power, sondern nur die Logik des Rechts des Stärkeren. Dagegen verfügten Rom, das Mongolenreich und das britische Empire über kulturelle Strahlkraft, die ihre Herrschaft über Generationen sicherte [11].

Vom „American Way of Life“ zur Ersatzreligion

Doch was ist aus der Soft Power der USA und des Westens geworden? Sie befindet sich in einem unaufhaltsamen Niedergang. Das spirituelle und kulturelle Element wurde durch eine auf Konsum, Identitätspolitik und moralischen Verfall gegründete Ersatzkultur ersetzt. Für viele Menschen außerhalb des Westens wirkt dies nicht attraktiv, sondern abstoßend [12].

Ein zunächst positiver Katalysator dieser Entwicklung war die Aufklärung. Sie drängte die Religion zurück, was zunächst emanzipatorisch wirkte. Doch das Ergebnis war im Kern die Abschaffung der Spiritualität. An ihre Stelle traten Konsumismus, Individualismus und ein moralischer Impetus – quasi eine Ersatzreligion, die Sinn stiften sollte, wo Religion keine Antworten mehr bot [13]. Der Mensch, als einziges Lebewesen seiner Endlichkeit bewusst, sucht ständig nach Sinn. Und ohne Religion wurde nun die „Weltenrettung“ zur neuen Religion: Klimaschutz, Verbreitung und Schutz der Demokratie, Antidiskriminierungsideologien oder der Kampf gegen das nebulöse „Böse“ von rechts [14].

Wie jede Religion erhebt auch diese Ersatzreligion Anspruch auf Universalgültigkeit und duldet keinen Widerspruch. Kein Wunder, dass die Cancel Culture gerade im Westen so stark ist: ein Versuch, abweichendes Verhalten öffentlich zu ächten und Personen oder Staaten zu boykottieren [15].

Cancel Culture und Identitätspolitik

Doch all diese Ersatzreligionen beruhen auf moralischen Schlagworten, während echte Moral verfällt. Stattdessen huldigt man dem Hedonismus. Frühsexualisierung ist in manchen Schulsystemen fester Bestandteil geworden. Randgruppen werden hochstilisiert, was unter dem Vorwand des

Minderheitenschutzes in Wahrheit oft einem „teile und herrsche“-Prinzip dient. So ist eine Tyrannei der Minderheiten entstanden, bei der jede Minderheit sich die meiste Aufmerksamkeit anmasst – ohne Widerspruch zu dulden [16].

Paradoxerweise wird damit die Identität zum alles entscheidenden Argument, während Klassenfragen und soziale Ungleichheit ausgeblendet und damit ungelöst bleiben. Doch Identitätspolitik ist ein reines Luxusproblem – sie löst keine realen Nöte der tatsächlich Benachteiligten. Politik und Medien spielen dabei eine verhängnisvolle Rolle: Sie bringen Menschen nicht ins Gespräch, sondern treiben sie gegeneinander auf. Je unvereinbarer die Positionen, desto besser. Profiteure sind nicht Minderheiten, sondern jene, die mit Identitätspolitik Karriere machen oder sich politische Pfründe sichern [17].

Widersprüche einer identitätsfixierten Gesellschaft

Das Ergebnis ist groteske Widersprüche: Islamisten können sich unter linkem Applaus als „neue Juden“ inszenieren, während sie selber zutiefst antisemitisch sind. Linke Kulturrelativisten feiern islamistische Redner auf Antirassismus-Events, finanziert von NGOs. Dass zum Beispiel die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland, die Grauen Wölfe, türkisch ist, stört in diesem Weltbild deshalb auch kaum [18]. So befördert Identitätspolitik tragischerweise genau das, was sie zu überwinden vorgibt: das Trennende.

Statt Brücken zu bauen, werden Mauern errichtet. Wo der Universalismus der Aufklärung noch das Individuum als Träger unveräußerlicher Rechte in den Mittelpunkt stellte, reduziert Identitätspolitik den Menschen auf Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht oder sexuelle Orientierung. Die Konsequenz: nicht das Gemeinsame zählt, sondern das Trennende. Aus Bürgern, die sich über gemeinsame Werte definieren sollten, werden Opfergruppen, die einander misstrauen.

Diese Logik zerstört den inneren Kitt westlicher Gesellschaften:

Spaltung statt Zusammenhalt: Die Zugehörigkeit zu einer Minderheit wird wichtiger als die Idee der gemeinsamen Nation. Gesellschaft zerfällt in Parallelwelten.

Moralische Hierarchien: An die Stelle universaler Gleichheit treten Opfer-Olympiaden. Wer am meisten Diskriminierung beanspruchen kann, erhält Deutungshoheit – unabhängig von Argument oder Vernunft.

Erstickte Debatten: Kritische Stimmen, die Widersprüche benennen, werden als „reaktionär“ oder „rechts“ gebrandmarkt. Dies verhindert offene Diskussionen und fördert Selbstzensur.

Paradoxe Bündnisse: Linke Aktivisten solidarisieren sich mit Gruppen, die diametral ihren eigenen Idealen widersprechen – etwa mit Islamisten, deren Weltbild patriarchal, homophob und antisemitisch ist.

Identitätspolitik verkehrt damit die ursprüngliche Idee von Emanzipation in ihr Gegenteil. Sie verspricht Freiheit, erzeugt aber Konformismus; sie predigt Inklusion, produziert jedoch Ausschluss. Wo sie herrscht, wird die Gesellschaft nicht offener, sondern enger – ein Käfig aus starren Kategorien, die Menschen auf ihre Zuschreibungen festnageln.

In letzter Konsequenz gefährdet Identitätspolitik das Fundament des Westens: die liberale Demokratie. Denn sie ersetzt das Prinzip gleiche Rechte für alle durch ein System partikularer Sonderrechte. Statt Bürgern begegnen sich privilegierte Gruppen, die um Einfluss und Anerkennung konkurrieren. Der Universalismus, auf dem Rechtsstaat und Demokratie beruhen, wird so ausgehöhlt – zugunsten einer fragmentierten Gesellschaft, die sich selbst entfremdet.



Die neue westliche Kultur – bunt oder einfältig? LGBTQ-Propaganda, Hedonismus, Satanismus und Sexismus an den Beispielen von ESC-Teilnehmern (Eurovision Song Contest): 2014 Gewinner Österreich (Conchita Wurst), 2023 Deutschland (Lord oft he Lost), 2024 Irland (Bambie Thug), 2024 Finnland (Windows95man) und der Gewinner Schweiz (Nemo)...



... und Blasphemie anhand der Eröffnungszeremonie der olympischen Spiele in Paris im Juli 2024 (Darstellung und Verhöhnung des christlichen, letzten Abendmahls mit Transsexuellen) und einer Demonstration mit LGBTQ-Flagge mit der Aufschrift «Satan».



Niedergang der westlichen Kultur

Dann kommt noch die Kultur: Westliche Filme und Musik wirken heute übersexualisiert, klischeebeladen und vor politischer Korrektheit triefend. Auch die Kunst verliert ihre Vielfalt: Künstler werden nicht nach Qualität, sondern nach Gruppenzugehörigkeit beurteilt [19].

Diese Entwicklung hat mehrere Ursachen. Zum einen ist die Kommerzialisierung der Kulturindustrie vorangeschritten: Streaming-Plattformen, Mainstream-Labels und Großstudios setzen auf einfache

Formeln und kalkulierte Effekte, die schnelle Profite versprechen, statt auf Originalität und Tiefgang. Kreatives Risiko wird durch algorithmisch ermittelte Trends ersetzt.

Zum anderen wirkt die Dominanz der Ideologie: Filme und Musik sowie ihre Darsteller werden nach ihrem vermeintlichen Beitrag zu „Diversity“ oder politischer Korrektheit bewertet, nicht nach ihrer künstlerischen Kraft. Drehbücher, Songtexte und Bühnenbilder scheinen oft in erster Linie dazu entworfen, moralische Signale zu senden. Die Folge ist eine erdrückende Gleichförmigkeit: austauschbare Figuren, stereotype Handlungsbögen und moralisch eindeutige Botschaften, die dem Publikum jede eigene Deutung abnehmen.

Hinzu kommt ein Niedergang der ästhetischen Maßstäbe. Während frühere Kunst und Musik durch Komplexität, Innovation oder emotionale Tiefe wirkten, regiert heute die Oberflächlichkeit. Sexuelle Provokation ersetzt Inhalt, grelle Effekte ersetzen Handlung, Autotune ersetzt Stimme. Wo einst die Suche nach Wahrheit und Schönheit stand, dominiert die Jagd nach Reichweite und Klickzahlen.

Diese Mechanismen zerstören nicht nur Qualität, sondern auch Vielfalt. Denn wenn Künstler nicht mehr nach Können, sondern nach Identitätsmerkmalen gefördert werden, verliert Kultur ihre Offenheit für das Unerwartete. Talente, die nicht ins ideologische Raster passen, bleiben ungehört. Statt einer freien Konkurrenz der Ideen entsteht ein System von Quoten, Förderprogrammen und moralischen Vorgaben, das die Kreativität stranguliert.

In Summe bedeutet dies: Die westliche Kultur läuft Gefahr, sich selbst zu neutralisieren. Filme, Musik und Kunst, die früher Welten öffneten und Horizonte erweiterten, verkommen zur pädagogischen Massenware – berechenbar, flach und langweilig. Wo einst das Fremde, Verstörende und Geniale seinen Platz hatte, herrscht heute ein saturiertes Mittelmaß, das niemandem wehtun soll und deshalb niemanden mehr wirklich bewegt. Damit zeigt sich der Niedergang des Westens nicht nur ökonomisch und militärisch, sondern vor allem kulturell und spirituell. Ohne Soft Power bleibt nur die Fassade einer Supermacht, die nach außen Stärke projiziert, innerlich aber an Dekadenz, Spaltung und Identitätsfixierung zerfällt [20].

„Sind wir die Sowjets?“ – Fergusons Diagnose

Einer der bekanntesten Historiker der Gegenwart, Niall Ferguson, hat einen bemerkenswerten Aufsatz geschrieben, in dem er die heutigen USA mit der Sowjetunion kurz vor deren Zusammenbruch vergleicht [21]:

„Ich habe bereits 2018 darauf hingewiesen, dass wir uns in einem neuen Kalten Krieg befinden. Doch erst vor Kurzem kam mir der Gedanke, dass wir (die USA) – und nicht die Chinesen – in diesem neuen Kalten Krieg die Sowjets sein könnten. Welche Fakten sprechen dafür? Hohe Defizite und schwache Ausgabendisziplin im öffentlichen Sektor stellten eine wesentliche Schwäche des Sowjetsystems dar. Ich sehe eine Version davon in den US-Defiziten, die laut Congressional Budget Office in absehbarer Zukunft auf über 5 % des BIP ansteigen werden [22]. Der starke Einfluss der Zentralregierung auf die Investitionsentscheidungen? ... Wir haben ein Militär, das gleichzeitig teuer und den Aufgaben, vor denen es steht, nicht gewachsen ist. ... Der Anteil des BIP, der für Zinszahlungen auf die Bundesschulden aufgewendet wird, wird bis 2041 das Doppelte dessen betragen, was wir für die nationale Sicherheit ausgeben [23]. Noch auffälliger sind für mich die politischen, sozialen und kulturellen Ähnlichkeiten, die ich zwischen den USA und der UdSSR entdeckte. Gerontokratische Führung war eines der Kennzeichen der späten sowjetischen Führung. Ein weiteres bemerkenswertes Merkmal der späten Sowjetunion war der öffentliche Zynismus gegenüber fast allen Institutionen. Wer die Klagen der Russen über ihr Leben in den 1980er Jahren noch einmal liest, stößt auf mehr als nur ein paar unheimliche Vorboten der amerikanischen Gegenwart. Die massenhafte Selbstzerstörung

der Amerikaner und die schwindende Lebenserwartung wird seit Jahren in der Formel ‚Tod aus Verzweiflung‘ zusammengefasst [24]. ... Wie das sowjetische System insgesamt hat sich auch das US-amerikanische Gesundheitssystem so entwickelt, dass eine ganze Reihe von Eigeninteressen leistungslose Gewinne (Renten) erwirtschaften kann. Die aufgeblähte, dysfunktionale Bürokratie ist gut für die Nomenklatura, lausig für die Proleten. Wie in der späten Sowjetunion trinken und betäuben sich die Hinterwäldler – eigentlich die Arbeiterklasse und auch ein großer Teil der Mittelschicht – zu Tode, während die politische und kulturelle Elite eine bizarre Ideologie vertritt, an die niemand wirklich glaubt. Eine Scheinideologie, an die kaum jemand wirklich glaubt, die aber jeder nachplappern muss? Überprüfen.“

Struktureller Niedergang des Westens

Der Westen befindet sich offensichtlich in einem demographischen, kulturellen und intellektuellen Niedergang. Die meisten Institutionen, die einst für die Wahrung von Frieden, Wohlstand, freien Handel und universale Werte einstanden, wurden in den letzten Jahrzehnten für machtpolitische Zwecke missbraucht [25]. Vor allem der Ukrainekrieg hat letzte Tabus niedergerissen, etwa die Beschlagnahmung russischen Staatsvermögens – ein Schritt, der selbst in den Hochzeiten des Kalten Krieges undenkbar gewesen wäre [26]. All dies geschieht, so Kritiker, um den Krieg am Laufen zu halten und den faktisch nicht zu gewinnenden Krieg gegen Russland so darzustellen, als habe man ihn nicht verloren.

Die amerikanische, unipolare Weltordnung – die sogenannte „rule-based order“ – hat damit ausgedient [27]. Der Niedergang des Westens gewinnt zusätzliche Dynamik, weil die Welt außerhalb des Westens erkennt, wie schamlos globale Institutionen für neokoloniale Zwecke instrumentalisiert werden: zur wirtschaftlichen Ausbeutung, zur Durchsetzung geopolitischer Interessen und im Rahmen einer Scheckbuchdiplomatie [28].

Die Attraktivität westlicher Werte und Kultur erodiert, dekadente Ausprägungen treten in den Vordergrund [29]. So kann man den Krieg in der Ukraine auch als Stellvertreterkrieg deuten: Russland als Speerspitze des globalen Südens im Kampf gegen den westlichen Hegemon. Dies erklärt, weshalb Russland außerhalb des Westens auf Sympathie stößt [30].

Jeder Tote, egal auf welcher Seite, ist einer zu viel. Doch am Ende könnte Russland die Rolle zufallen, das neokoloniale, globalistische Hegemonialsystem sichtbar an sein Ende geführt zu haben [31]. Der Westen könnte nur dann neue Legitimität und Wohlstand erlangen, wenn er sich wieder auf seine Werte besinnt und eine multipolare Weltordnung akzeptiert.

Derselbe Joe Biden, der während seiner Amtszeit ständig vor einer Zusammenarbeit Russlands, Chinas und Indiens gewarnt hatte, hielt sie früher für ausgeschlossen. Historische Spannungen zwischen Moskau und Peking schienen ihm unüberwindbar. Doch durch seine eigene Politik hat er ironischerweise Russland und China zu strategischen Partnern gemacht, die ihre militärische, wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit ausbauen und vertiefen [32]. Auch andere Akteure wie der Iran schließen sich dieser strategischen Achse an [33].

Realpolitik in Asien: Russland, Nordkorea, Vietnam

Während sich der Westen mit Luxusproblemen beschäftigt, betreiben andere Realpolitik. Ende Juni 2024 unterzeichneten Präsident Putin und Nordkoreas Diktator Kim Jong-un ein Abkommen über eine umfassende strategische Partnerschaft, das auch gegenseitige Hilfe im Falle von Aggression vorsieht. Ergänzt wurden Vereinbarungen zu Kultur, Tourismus, Handel und Wirtschaft [34]. Nur einen Tag später kündigte Putin in Vietnam neue LNG-Projekte und ein Nukleartechnologiezentrum an; mehrere

Abkommen vertieften die strategische Partnerschaft, auch im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich [35].

Globale Sympathien für Russland

Putins Russland genießt außerhalb des Westens Sympathie. Zahlreiche südamerikanische Präsidenten bezeichnen ihn offen als „Bruder“; Kuba, Nicaragua und Venezuela öffnen ihre Grenzen für russische Militärpräsenz [36]. In Afrika ziehen sich Franzosen und Amerikaner zurück, während russische Truppen und Söldner in Mali, Niger, Libyen und Burkina Faso willkommen geheißen werden [37]. Südafrika als wichtigste afrikanische Regionalmacht ist zudem BRICS-Gründungsmitglied und enger Partner Moskaus und Pekings [38].

Die Schwäche westlicher Kriegsführung

Westliche Armeen haben seit Langem keine großen Kriege mehr geführt. Schon bei geringen Verlusten schwindet die Unterstützung in der Bevölkerung. Beispiel Somalia: Im März 1994 zog die US-Armee ab, nachdem 18 Soldaten getötet und ihre Leichen durch Mogadischu geschleift worden waren [39]. Seither konzentrierte man sich auf Regime-Change-Operationen oder „Farbenrevolutionen“ – mit wechselhaftem Erfolg (Erfolg in der Ukraine 2014, Fehlschläge in Venezuela, Weißrussland, Kasachstan, Bolivien, Georgien) [40].

Auch Stellvertreterkriege oder Interventionen gegen schlecht ausgerüstete Gegner wurden geführt. Doch trotz technologischer Übermacht scheiterte man oft politisch: Aus Irak und Afghanistan zog man nach jahrelangen Kriegen ab, ohne die Kriegsziele erreicht zu haben. Milliarden Dollar wurden verschwendet, die Lage der Bevölkerung blieb desolat [41]. Merkels Mantra, „Freiheit und Demokratie am Hindukusch“ zu verteidigen, wirkt heute wie blanker Hohn [42]. Und dass es im Irak nie Massenvernichtungswaffen gab, weiß inzwischen jedes Schulkind.

Und ebenso offensichtlich sollte es jedem, der sich mit der Materie ernsthaft beschäftigt, sein, dass der Ukrainekrieg ein Stellvertreterkrieg des Westens ist – auch wenn die NATO immer wieder betont, keine Kriegspartei zu sein [43].

NATO-Gipfel: Eskalation statt Deeskalation

Beim 75-Jahr-Jubiläum im Juli 2024 bekräftigte der damalige NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg den „unumkehrbaren“ Weg der Ukraine in die Allianz – obgleich genau dies einer der Hauptgründe für Russlands Angriff im Februar 2022 war [44]. Wörtlich erklärte Stoltenberg: „Dies ist eine klare Botschaft der NATO-Verbündeten, dass wir den Beitritt der Ukraine wirklich wollen und dass wir mit der Ukraine zusammenarbeiten werden, um dieses Ziel zu erreichen.“

Hinzu kam ein Plan, die Ukrainehilfen auch im Falle eines Wahlsiegs Donald Trumps abzusichern. Ein bemerkenswerter Vorgang, bedenkt man, dass Trump angekündigt hatte, den Krieg sofort zu beenden, sollte er wieder Präsident werden [45].

Geradezu skandalös wirkten schließlich die Aussagen des neuen NATO-Chefs Mark Rutte im Dezember 2024: Die Bürger der Mitgliedsstaaten müssten „Opfer in Kauf nehmen“, etwa Einschnitte bei Renten-, Gesundheits- und Sicherheitssystemen, um die Verteidigungsausgaben zu erhöhen und die Sicherheit Europas langfristig zu gewährleisten [46].

Die letzten NATO-Gipfel verdeutlichen so eine Strategie der Eskalation bis zum „Endsieg“ – und den mangelnden Willen, Friedensgespräche auf Augenhöhe mit Russland zu führen. Offenkundig fürchtet man nichts mehr, als den Stellvertreterkrieg zu verlieren, weil dies den Nimbus des „stärksten Militärbündnisses der Welt“ zerstören würde [47].

-
- [1] Paul Kennedy: *Aufstieg und Fall der großen Mächte*, Frankfurt/M. 1989.
- [2] Edward Gibbon: *The Decline and Fall of the Roman Empire*, London 1776–1789.
- [3] Oswald Spengler: *Der Untergang des Abendlandes*, München 1918/1922.
- [4] Oliver Stuenkel: *The BRICS and the Future of Global Order*, Lanham 2015.
- [5] John Mearsheimer: *The Tragedy of Great Power Politics*, New York 2001.
- [6] Hans Morgenthau: *Politics Among Nations*, New York 1948.
- [7] Alfred Thayer Mahan: *The Influence of Sea Power upon History*, Boston 1890.
- [8] Joseph Nye: *Soft Power: The Means to Success in World Politics*, New York 2004.
- [9] William Dalrymple: *Return of a King: The Battle for Afghanistan*, London 2012.
- [10] Samuel P. Huntington: *The Clash of Civilizations*, New York 1996.
- [11] Niall Ferguson: *Empire: How Britain Made the Modern World*, London 2002.
- [12] Christopher Lasch: *The Culture of Narcissism*, New York 1979.
- [13] Charles Taylor: *A Secular Age*, Cambridge 2007.
- [14] Slavoj Žižek: *Living in the End Times*, London 2010.
- [15] Douglas Murray: *The Madness of Crowds*, London 2019.
- [16] Jordan Peterson: *12 Rules for Life*, Toronto 2018 (kritisch zu Identitätspolitik).
- [17] Francis Fukuyama: *Identity: The Demand for Dignity and the Politics of Resentment*, New York 2018.
- [18] Ahmad Mansour: *Generation Allah*, Frankfurt/M. 2015.
- [19] Roger Scruton: *Culture Counts: Faith and Feeling in a World Besieged*, New York 2007.
- [20] Niall Ferguson: *Civilization: The West and the Rest*, London 2011.
- [21] Niall Ferguson: „Are We the Soviets Now?“, 2023/2024.
- [22] Congressional Budget Office: *The Budget and Economic Outlook*, 2023.
- [23] CBO: *Long-Term Budget Outlook*, 2023.
- [24] Anne Case / Angus Deaton: *Deaths of Despair and the Future of Capitalism*, Princeton 2020.
- [25] John J. Mearsheimer: *The Great Delusion*, New Haven 2018.
- [26] EU-/G7-Beschlüsse zur Beschlagnahmung russischer Vermögenswerte, 2023/24.
- [27] Amitav Acharya: *The End of American World Order*, 2nd ed., 2018.
- [28] Joseph S. Nye: *Soft Power*, 2004.
- [29] Christopher Lasch: *The Culture of Narcissism*, 1979.
- [30] Oliver Stuenkel: *The BRICS and the Future of Global Order*, 2015.
- [31] Mohammed Ayoob: *The Third World Security Predicament*, 1995.
- [32] Bobo Lo: *A Wary Embrace: What the China–Russia Relationship Means for the World*, 2017.
- [33] Dina Esfandiary / Ariane Tabatabai: *Triple Axis: Iran’s Relations with Russia and China*, 2018.
- [34] Offizielle Kommuniqués Russland/Nordkorea, Juni 2024.
- [35] Gemeinsame Erklärungen Russland/Vietnam, Juni 2024.
- [36] R. Evan Ellis: Analysen zu Russland in Lateinamerika, *Center for Strategic and International Studies*.
- [37] Kimberly Marten: „Russia’s Military Engagement in Africa“, *International Affairs*, 2023.
- [38] BRICS-Johannesburg-Erklärung, 2023.
- [39] Mark Bowden: *Black Hawk Down*, 1999.
- [40] Lincoln A. Mitchell: *The Color Revolutions*, 2012.
- [41] SIGAR-/SIGIR-Reports (Afghanistan, Irak).
- [42] Chilcot Report (UK, 2016).
- [43] Lawrence Freedman: *Command: The Politics of Military Operations from Korea to Ukraine*, 2022.
- [44] NATO Washington Summit Communiqué, Juli 2024.
- [45] Zeitgenössische Presseberichte zu Trump, 2023/24.
- [46] Mark Rutte, Presse-Statement Dezember 2024.
- [47] Barry R. Posen: *Restraint: A New Foundation for U.S. Grand Strategy*, 2014.

Die Entstehung einer multipolaren Weltordnung

Die Niederlage des Westens in der Ukraine und das Ende einer Hegemonie

Wenn in der Ukraine der 3. Weltkrieg vermieden worden ist, spätestens dann wird sich in der Ukraine endgültig zeigen, dass die westliche Vormachtstellung in der Welt an ihr Ende gekommen ist. Dies erklärt, weshalb der Westen so verbissen auf Eskalation setzt – stets mit dem vermeintlich kalkulierbaren Risiko, knapp eine nukleare Katastrophe vermeiden zu können und Russland kriegsmüde zu machen. Doch der militärische, wirtschaftliche und moralische Niedergang des Westens ist nicht mehr aufzuhalten - der Krieg in der Ukraine ist strategisch verloren.

Das Maximum, was für den Westen noch erreichbar scheint, ist ein eingefrorener Konflikt, bei dem die eigene Niederlage nicht offen eingestanden werden muss. Doch genau dies wird nicht geschehen, da Russland sich auf bloße Waffenstillstandabkommen nicht einlassen wird. Moskau verlangt neben den bekannten Kriegszielen einen Friedenskonzept samt einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur, die allen Interessen gerecht wird.

Der Traum vom eingefrorenen Krieg – und seine Gegner

Der Westen hofft, den Krieg in die Länge zu ziehen. Damit ist die Hoffnung verbunden, dass die Kosten für Russlands Sieg untragbar hoch würden. Doch Hoffnung ist keine Strategie und dieses Kalkül entspringt zudem einem Denkfehler: Russland verfolgt eine langfristige, kohärente Strategie, während der Westen sein Sanktionsregime und die Ukraine als Rammbock benutzt, um Russland so weit wie möglich zu schaden, ohne selbst Soldaten an die Front schicken zu müssen. Mit Selenskyj hat der Westen einen nützlichen Idioten gefunden, der keine Skrupel zu haben scheint, sein Volk und sein Land für einen verlorenen Krieg aufzuopfern.

Viel zu viel politisches Kapital wurde im Westen investiert, nachdem der Weltöffentlichkeit über Jahre eingebläut worden war, die Ukraine werde dank unbegrenzter finanzieller, logistischer, geheimdienstlicher und materieller Unterstützung sowie präzedenzloser Sanktionen zwangsläufig gewinnen. Diese „Siegesgewissheit“ wurde vollmundig in der westlichen Presse verkündet – ein Narrativ, das nun in sich zusammenfällt. Der erlittene Imageschaden wird der Welt auch ausserhalb der westlichen Gesellschaft endgültig klarmachen, dass das stärkste Militärbündnis der Welt NATO und die USA nicht unbesiegbar ist.

Propaganda, Medienversagen und Manipulation

Dass für plumpe Propagandalügen, Russland sei ein Reich des Bösen, immer wieder unschuldige Zivilisten sterben müssen, zeigte ein Vorfall kurz vor dem NATO-Gipfel vom 9. bis 11. Juli 2024. Damals behauptete Kiew, Russland habe gezielt ein Kinderkrankenhaus in Kiew mit Marschflugkörpern beschossen – ein Vorwurf, den westliche Medien sofort kritiklos übernahmen [1]. Tatsächlich handelte es sich jedoch um eine westlich gelieferte Flugabwehrrakete vom Typ AIM-120 AMRAAM, abgefeuert durch das von den USA und Norwegen entwickelte NASAMS-System [2].

Solche „Zufälle“ treten regelmäßig dann auf, wenn wichtige internationale Termine anstehen, um das Narrativ vom bösen Russen aufrechtzuerhalten. Entsprechend erschienen die Berichte just am Vortag des NATO-Gipfels in Washington, bei dem für die Ukraine viel auf dem Spiel stand. Die gezielte Dramatisierung sollte politischen Druck auf die Verbündeten erzeugen.

Ähnliche Muster sind mehrfach dokumentiert: Im April 2022 meldete Kiew einen angeblichen russischen Raketenangriff auf Kramatorsk, kurz nachdem in Istanbul greifbare Fortschritte für einen Waffenstillstand erzielt worden waren. Mindestens 30 Menschen starben, sofort beschuldigte man Russland. Doch veröffentlichte Fotos westlicher Nachrichtenagenturen zeigten Trümmerteile mit Seriennummern, die die Rakete eindeutig als ukrainisch auswiesen [3]. Hinzu kam im gleichen Zusammenhang das in diesem Buch bereits dargestellte Massaker von Butscha im April 2022

Im September 2023 schlug eine Rakete auf dem Marktplatz von Konstantinowka ein, 16 Menschen starben. Westliche Medien schoben den Angriff sofort Russland zu – etwa titelte *Der Spiegel*: „Mindestens 16 Tote durch russischen Angriff auf Markt“ [4]. Doch eine Analyse der *New York Times* wies nach, dass die Rakete aus ukrainischem Gebiet abgefeuert worden war [5]. Brisant: Das Video, das diesen Befund nahelegte, war zunächst im Artikel des *Spiegel* verlinkt – und wurde später stillschweigend entfernt. Erst zwei Wochen später gab das Blatt eine Änderung zu, als kaum jemand noch Notiz davon nahm [6].

Die wiederkehrende Logik ist offenkundig: Wann immer ein propagandistischer Hebel gebraucht wird, treten plötzlich „russische Kriegsverbrechen“ auf die Agenda – exakt getimt, um diplomatische Prozesse zu sabotieren oder die westliche Unterstützung auszuweiten. Ob Kramatorsk, Butscha oder Konstantinowka – jedes Mal spielt der Faktor „Timing“ eine zentrale Rolle.

Propaganda wird so zu einem integralen Bestandteil des Krieges. Wer jedoch nur selektiv berichtet und jegliche forensische Sorgfalt unterlässt, läuft Gefahr, selbst zum Werkzeug des Krieges zu werden.

Dass Selenskyj und seine westlichen Sponsoren keine Skrupel haben, die ukrainische Armee an der Front zu Hunderttausenden zur Schlachtbank zu führen, ist tragisch genug. Doch die eigene Zivilbevölkerung zu töten und propagandistisch zu instrumentalisieren, markiert eine neue Stufe des Zynismus.

Westliche Medien stellen sich selten die naheliegende Frage, warum angebliche russische Verbrechen stets genau dann geschehen, wenn sie Kiew politisch nützen. Aufklärung bleibt aus, Fragen verhallen. Gerade dadurch beschleunigt sich der Niedergang des Westens: Wo die Presse zum Sprachrohr von Propaganda wird, verliert der Westen die moralische Grundlage, auf der er seinen Anspruch internationaler Führungsrolle jahrzehntlang errichtet hatte.

Das westliche Kriegsziel, Russland eine „strategische Niederlage“ zu bereiten, bleibt spätestens seit dem Ukrainekrieg ein illusionärer Traum [7]. Je deutlicher die Realitäten gegen dieses Ziel sprechen, desto größer scheint der Drang nach Eskalation. Forderungen, ukrainischen Militärflüchtlingen im Westen den Flüchtlingsstatus abzuerkennen oder das Wehrpflichtalter radikal zu senken, zeigen, wie weit die moralischen Schranken gefallen sind [8].

Globale Systemkonflikte und der Ukrainekrieg

Der weltweite Kampf der Systeme wird aktuell in der Ukraine in Form eines heißen Krieges ausgetragen und der verbale Schlagabtausch wird international immer lauter und könnte weitere Konflikte nach sich ziehen. Auf der Sitzung des UN-Sicherheitsrats am 16. Juli 2024 erhob der Vertreter Chinas, Fu Cong, schwere Vorwürfe gegen die NATO und die USA. Die NATO und „gewisse Länder“ seien beständige Unruhestifter, sagte er in der offenen Debatte des Sicherheitsrats [9].

Zuvor war China von der westlichen Allianz beschuldigt worden, Russland im Ukraine-Krieg zu unterstützen – ohne Beweise dafür vorgelegt zu haben. Doch die USA, die EU und die NATO haben von Anfang an offen Partei für die Ukraine ergriffen und leisten praktisch grenzenlose materielle und

finanzielle Unterstützung - und Friedensgespräche wurden sabotiert [10]. Die Blockbildung China/Russland/BRICS vs. USA/EU/NATO wird immer offensichtlicher.

Chinas Vorwürfe und westliche Eskalation

Die in China erscheinende, englischsprachige Zeitung *Global Times*, die unter der Schirmherrschaft des Organs der Kommunistischen Partei steht, schrieb in diesem Zusammenhang, die NATO und Washington würden weiterhin eine Politik der Ausweitung und Eskalation des Konflikts betreiben [11]. Während sich laut dem ständigen Vertreter Chinas bei der UNO zahlreiche friedliebende Länder im Hinblick auf die Ukraine-Krise wie auch den Palästina-Konflikt Sorgen um die internationale Sicherheit machten und unermüdlich nach Friedenslösungen suchten, strebe die NATO nach einer Ausweitung ihrer Einfluss-Sphäre, verbreite Desinformation und gieße Öl ins Feuer bestehender Konflikte. Fu Cong nannte die NATO einen Militärblock und ein Relikt des Kalten Krieges:

„Was die NATO tut, ist genau das Gegenteil von dem, was die internationale Gemeinschaft bei der Förderung von Frieden und Verhandlungen tut. Die Geschichte hat deutlich bewiesen, dass überall dort, wo die NATO ihre Finger im Spiel hat, Unruhe und Chaos entstehen. China rät hiermit der NATO und bestimmten Ländern, auf Zusammenhänge zu achten und nicht mehr als Unruhestifter zu agieren, die die gemeinsame Sicherheit auf Kosten anderer gefährden.“ [12]

Chinas Außenminister Wang Yi erklärte in einem Telefongespräch mit seinem ungarischen Amtskollegen Péter Szijjártó, China sei bereit, mit Ungarn zusammenzuarbeiten, um Kräfte zu bündeln, die sich für Frieden einsetzen, und um der Vernunft wieder eine Stimme zu geben. Eine politische Lösung der Ukraine-Krise sei notwendig [13]. Russlands Außenminister Lawrow warf der NATO überdies vor, nach dem Pazifischen Raum greifen zu wollen und auch dort Stabilität und Sicherheit zu gefährden [14].

Von der Friedensunion zur Verteidigungsunion?

In Europa wurden in der Zwischenzeit die Messer gewetzt und die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hatte versprochen, die EU im Falle ihrer Wiederwahl in eine Verteidigungsunion zu verwandeln [15]. Die Frage sei erlaubt: Was ist aus dem europäischen Friedensprojekt geworden? Nach dem Willen von der Leyens soll unter anderem ein Posten eines EU-Kommissars für Verteidigung eingeführt und das Projekt *European Air Shield* umgesetzt werden. [16] Von der Leyen erklärte in ihrem Wahlprogramm:

„In Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und in enger Abstimmung mit der NATO werden wir eine Reihe von Verteidigungsprojekten von gemeinsamem europäischem Interesse vorschlagen, beginnend mit einem europäischen Luftschild und der Cyberabwehr.“ [17]

Sie fügte hinzu, die EU müsse den globalen Trend zur geostrategischen Rivalität, insbesondere mit China, in ihrer Außenpolitik berücksichtigen. Sie führte weiter aus:

„Wir sind in ein Zeitalter geostrategischer Rivalitäten eingetreten. Die aggressivere Haltung und der unfaire wirtschaftliche Wettbewerb Chinas, seine grenzenlose Freundschaft mit Russland – und die Dynamik seiner Beziehungen zu Europa – spiegeln eine Verschiebung von Kooperation zu Wettbewerb wider... Diese neue Realität wird unabhängig vom Ausgang der Wahlen auf der ganzen Welt in den kommenden Monaten Bestand haben. Unsere neue Außen- und Sicherheitspolitik muss unter Berücksichtigung dieser ungefilterten Realität gestaltet werden.“ [17]

Juristische Grundlagen der Militarisierung

Die Entwicklung hin zu einer möglichen militärischen Union der EU lässt sich sogar direkt aus den geltenden EU-Verträgen ablesen. Was juristisch nüchtern formuliert ist, trägt das Potenzial einer tiefgreifenden politischen Verschiebung – weg vom zivilen Friedensprojekt, hin zu einer machtpolitischen Verteidigungsallianz.

- **Artikel 42 EUV:** „Die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik [...] führt zu einer gemeinsamen Verteidigung, sobald der Europäische Rat dies einstimmig beschließt.“ Damit wird der Weg zu einer vollwertigen Verteidigungsunion geebnet – ohne Vertragsänderung, ein einstimmiger Beschluss genügt [18].
- **Artikel 42 Abs. 7 EUV:** „Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats sind die anderen Mitgliedstaaten verpflichtet, ihm Hilfe und Unterstützung zu leisten.“ Diese sogenannte Beistandsklausel ähnelt Artikel 5 des NATO-Vertrags und zwingt auch traditionell neutrale Staaten zur militärischen Reaktion.
- **Artikel 46 EUV (PESCO):** Hier schließen sich Staaten mit „höheren militärischen Fähigkeiten“ zusammen, um Projekte durchzuführen, die der operativen Fähigkeit dienen. Über 60 PESCO-Projekte existieren bereits, darunter zur Entwicklung bewaffneter Drohnen, Cyberkriegsführung und Logistiksystemen für schnelle Truppenverlegung [19].

Damit verschwimmen die Grenzen zwischen innerer Sicherheit und äußerem Kriegseinsatz immer mehr. Die EU, einst als Friedensunion gegründet, steht an einem Scheideweg zur militärischen Union.

Die EU-Verträge beinhalten nämlich keineswegs nur zivile Mechanismen zur Konfliktlösung – im Gegenteil, sie ermöglichen eine tiefgreifende Militarisierung. Diese Entwicklung wird fast geräuschlos vollzogen, ohne breite gesellschaftliche Diskussion oder demokratische Legitimation. Wer aber genau auf Artikel 42 und 46 EUV blickt, erkennt: Die Europäische Union könnte schon bald nicht mehr nur als Friedensprojekt, sondern auch als militärischer Akteur auftreten.

Russische Perspektiven auf Europas Militarisierung

Kremlsprecher Dmitri Peskow äusserte nach den Ausführungen der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die EU in eine Verteidigungsunion verwandeln zu wollen, dass sich Russland außenpolitisch neu ausrichten müsse. Er sagte:

„Es bestätigt die allgemeine Haltung der europäischen Staaten zur Militarisierung, zur Eskalation der Spannungen, zur Konfrontation und zum Vertrauen auf konfrontative Methoden ihrer Außenpolitik ... Das sind die Realitäten, in denen wir leben müssen. Und natürlich zwingt uns all dies, unseren außenpolitischen Ansatz entsprechend anzupassen.“ [20]

Peskow betonte gleichzeitig, Russland stelle für niemanden in der EU eine Bedrohung dar. Vielmehr verteidige es lediglich seine Interessen in der Ukraine unter Bedingungen, in denen die EU-Länder den Dialog verweigerten und russische Sicherheitsbedenken ignorierten. Die starke Präsenz von NATO-Schiffen in der Schwarzmeerregion sei eine zusätzliche Bedrohung für Russland. „Natürlich wird Russland alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um seine Sicherheit zu gewährleisten“ [21].

Das Seidenstrassenprojekt

Das Argument von Ursula von der Leyen, China betreibe unfairen Wettbewerb, ist selbstverständlich nur vorgeschoben. In Wirklichkeit ist China preislich und qualitativ auf dem Weltmarkt höchst wettbewerbsfähig [22]. Jahrzehntlang wurden westliche Industrien faktisch nach China ausgelagert –

nun wird versucht, diesen Prozess mit Zöllen und Sanktionen rückgängig zu machen. Russland, China und Indien auseinanderzubringen, ist eine alte westliche Strategie. Doch sie findet längst keinen fruchtbaren Boden mehr. Vielmehr ist sie nun darauf ausgerichtet, das Megaprojekt der „Neuen Seidenstraße“ zu sabotieren [23].

Die sogenannte *Belt and Road Initiative* (BRI), auch Seidenstrassenprojekt genannt, ist ein gigantisches Infrastruktur- und Logistikprojekt, mit dem sich China auch aus der maritimen Umklammerung der USA zu befreien sucht. Bis zu 90 % des chinesischen Außenhandels werden über Seewege abgewickelt. Doch die führende Seemacht sind vorerst noch die USA, die mit ihrer Marine und ihrem weltumspannenden Netz von Basen und Allianzen theoretisch die Machtmittel hätten, im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung den chinesischen Außenhandel zu blockieren [24].

Trotz maritimer Aufrüstung kann China dem noch nichts Gleichwertiges entgegensetzen – auch wenn es in Riesenschritten aufholt. Hier setzt die neue Seidenstraße an: Sie verbindet die eurasische Landmasse, auf der 70 % der Weltbevölkerung leben, und würde damit einen Großteil des Welthandels dem Zugriff der USA entziehen [25].

Für dieses Projekt braucht China Russland – die führende Territorialmacht Eurasiens und flächenmäßig größte Nation der Erde. Dies erklärt auch ganz im Sinne der Heartland-Theorie von Mackinder, weshalb der Westen die Ukraine über viele Jahre gegen Russland in Stellung gebracht hat [26]. Zwischen Russland und dem Westen ist aber eine neue und gewollte Eiszeit entstanden. Der Stellvertreterkrieg in der Ukraine ist aus Sicht amerikanischer Strategen nur ein Vorgeplänkel für das, was folgen soll, wenn der Gegner nicht mehr Russland, sondern China heißt.

Investitionsvolumen und Hauptkorridore

Mehr als 1.000 Milliarden US-Dollar will die chinesische Regierung in Gleise, Straßen, Häfen und Brücken in über 100 Ländern investieren. Am Ende soll ein weit verzweigtes Transport- und Handelsnetz entstehen, das China noch enger mit der Welt verbindet – und zwar zum Vorteil aller beteiligten Länder [27].

Zusammengehalten wird die neue Seidenstraße von drei Hauptrouten:

- Die nördliche Landroute, die über Russland in die EU führt.
- Die südliche Landroute, die über den Iran nach Europa verläuft.
- Die maritime Seidenstraße, die sich vom pakistanischen Hafen Gwadar entlang der asiatischen Küste erstreckt und sich dort in Richtung Afrika und EU verzweigt.

Die Handelsgrößmacht USA kommt in diesen Plänen selbstredend nicht vor.

Im Duisburger Hafen fertigen Mitarbeiter schon heute wöchentlich rund 60 Güterzüge ab, die auf der gut 10.000 Kilometer langen Nordroute zwischen China und dem größten europäischen Binnenhafen verkehren. Von Duisburg aus werden die Waren per Bahn oder LKW nach ganz Europa verteilt. Umgekehrt gelangen europäische Produkte nach China, wo der Duisburger Hafen seinerseits an zwölf Bahnterminals beteiligt ist [28].

Auch an anderen Routen wird intensiv gebaut:

- in Sri Lanka entstand mithilfe chinesischer Kredite und Firmen ein Flughafen
- in Kenia, Ungarn und Serbien legten chinesische Eisenbahnfirmen neue Trassen
- in Pakistan wurde der Hafen Gwadar ausgebaut

Ebenfalls in Pakistan treiben chinesische Bauarbeiter Tunnel durch das Karakorum-Gebirge und errichten Brücken über tiefe Schluchten.

Und auch in China selbst schreitet der Ausbau voran – insbesondere im wenig entwickelten Westen. Laut Regierungsangaben soll die autonome uigurische Provinz Xinjiang zu einem zentralen Transportknotenpunkt werden. Dafür flossen Milliarden in Straßen, Schienen und Städtebauprojekte. In Korgas an der Grenze zu Kasachstan entstand ein riesiger Verladebahnhof für Container [29].

Probleme, Risiken und Widerstände

Doch den Fortschritten stehen zahlreiche Probleme gegenüber. China muss mit über hundert Staaten kooperieren, viele davon sind politisch instabil oder von bewaffneten Konflikten betroffen. Hinzu kommt, dass China meist nur investiert, wenn chinesische Firmen den Erstzuschlag für Projekte erhalten [30].

Manche Konflikte – so wird in Peking argumentiert – werden vom Westen gezielt geschürt, um den Bau und die Nutzung der Infrastruktur zu behindern [31]. In Pakistan sind chinesische Arbeiter und Ingenieure sogar bereits von Separatisten ermordet worden.

Gelingt es der chinesischen Regierung, das Projekt tatsächlich in Gänze umzusetzen, hat die neue Seidenstraße das Potenzial, die Weltwirtschaftsordnung grundlegend zu verändern. Anstelle von Amerika und Europa stünden dann Asien und Europa – Eurasien - im Zentrum. Mackinders Alptraum!

Das globale Machtgefüge im Wandel

Wir befinden uns heute in einer weltpolitisch hochbrisanten Situation, die gefährlicher ist als die Kubakrise 1962, als die Welt vor einem Atomkrieg stand [32]. Der heutige Konflikt mit Russland ist aus Sicht des Westens der europäische Meilenstein, um den größten Rivalen China einzukreisen und in Schach zu halten. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1990 treten die USA offen als imperialer Hegemon auf. Sie verursachen rund 37 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben [33]. NATO und EU sind dabei machtpolitische Werkzeuge der USA, die nur bedingt imstande sind, eine an genuin eigenen Interessen ausgerichtete Politik zu betreiben.

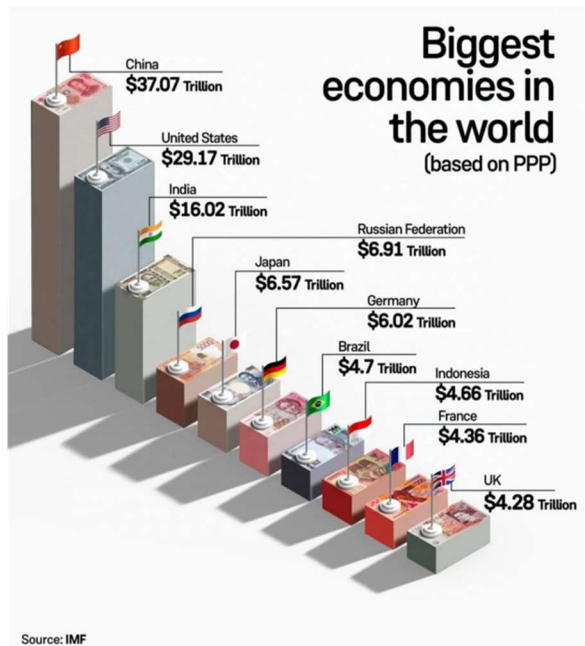
Die Herausforderung des Westens durch neue Mächte

Zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges treffen die USA und ihre Verbündeten allerdings auf ernstzunehmende Herausforderer: wirtschaftlich durch die BRICS-Staaten, geopolitisch durch Russland und China, regional auch durch den Iran, der die US-Dominanz am Persischen Golf zunehmend in Frage stellt [34].

Historisch betrachtet, kommt es meist dann zum Krieg, wenn ein Hegemon herausgefordert wird. Die Harvard-Historikerin Graham Allison hat in einem bemerkenswerten Buch anderthalb Dutzend solcher Fälle aus den letzten 2500 Jahren analysiert. In zwei Dritteln der Fälle führte die Konstellation „aufstrebende Macht gegen bestehenden Hegemon“ tatsächlich zu einem Krieg [35]. Die entscheidende Frage lautet daher: Können die USA dieser historischen Gesetzmäßigkeit entgehen?

Zwischen den USA und China – und allgemein zwischen dem Westen und dem Osten – ist längst eine nicht mehr zu leugnende Verschiebung der Kräfteverhältnisse eingetreten, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht. Kaufkraftbereinigt liegt Chinas Bruttosozialprodukt inzwischen auf Platz eins, vor den USA.

Russland hat Deutschland von Platz fünf verdrängt und auch Japan überholt, womit es nun den Rang vier belegt. Indien steht auf Platz drei. Der wirtschaftliche Niedergang des Westens lässt sich an dieser Weltrangliste exemplarisch ablesen. [36]



Als der Ukrainekrieg begann, verwies man in der westliche Presse mit Häm auf, dass die russische Wirtschaft kaum grösser sei als die Spaniens. Der IMF veröffentlichte 2024 aber ihren Bericht, aus dem hervorging, dass die Russische Föderation kaufkraftbereinigt die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt geworden ist - noch vor Japan und Deutschland. (Quelle IMF)

Wenn man berücksichtigt, dass westliche Gesellschaften heute praktisch reine Dienstleistungsökonomien sind, während außerhalb des Westens noch reale Güter produziert werden, wird der Abstieg des Westens noch deutlicher sichtbar. Besonders augenfällig ist die Investitionskraft Chinas: Sie ist mehr als dreimal so hoch wie diejenige der USA, resultierend aus einer wesentlich höheren Sparquote (45 Prozent vs. 17 Prozent) [37]. Langfristig aber bestimmt die Investitionskraft die Machtverhältnisse. Schon heute beträgt das Verhältnis 1 zu 3 zu Gunsten Chinas – eine klare Ansage, dass die USA ihre wirtschaftliche Dominanz ohne Kriege und Sanktionen nicht halten können.

Taiwan als geopolitische Schlüsselstelle

Neben der Ukraine in Europa steht im Fernen Osten Taiwan im Mittelpunkt des geopolitischen Konflikts. Völkerrechtlich ist Taiwan Teil Chinas [38]. Zugleich aber ist die Insel technologisch die Achillesferse des Westens: Ihre Chipindustrie ist qualitativ wie quantitativ weltweit führend. Vor allem im Bereich der Halbleiter herrscht eine extreme Abhängigkeit, nicht nur des Westens, sondern fast der gesamten Welt. Ohne taiwanische Chips wären die digitale Revolution und der Fortschritt in der Künstlichen Intelligenz in der gegenwärtigen Geschwindigkeit unmöglich [39].

Eine Eskalation des Konflikts um Taiwan würde daher die Weltwirtschaft empfindlich treffen – noch drastischer als die Folgen des Ukraine-Krieges.

Vom Partner zum Rivalen – und zum Feind

Wie verhält es sich also mit China? In den 1970er Jahren war das Land noch bettelarm und diente dem Westen als Werkbank. Mit dem Aufstieg zu einem Hightech-Staat wandelte sich die westliche Sicht: Aus einem Partner wurde ein Rivale, aus einem Rivalen schließlich ein Feind [40].

China soll deshalb genauso wie Russland strategisch eingekreist werden, ökonomisch wie militärisch. Taiwan bildet dabei den Schlüsselpunkt dieser Eindämmungsstrategie. Doch während Einkreisung militärisch funktionieren mag, ist sie ökonomisch zum Scheitern verurteilt. Denn der BRICS-Verbund

tritt inzwischen als Gegenmacht auf und verfolgt nichts weniger als den Aufbau einer neuen globalen Wirtschafts-, Handels- und Währungsordnung [41].

Mehr als 50 weitere Staaten haben bereits Interesse bekundet, Mitglied in diesem Verbund zu werden. Die entscheidende Frage für den Westen ist: Ist er bereit, zur Verteidigung seiner Vormachtstellung einen großen Krieg zu riskieren?

Graham Allison spricht hier von der „Thukydides-Falle“: Wenn ein aufstrebender Hegemon einem bestehenden die Führungsrolle streitig macht, kommt es in zwei Dritteln der Fälle zum Krieg. Beispiele sind Athen gegen Sparta oder Deutschland gegen Großbritannien 1914. Nur selten gelang eine friedliche Machtverschiebung – wie im Fall Großbritannien–USA nach dem Zweiten Weltkrieg, wahrscheinlich weil eine große kulturelle Nähe zwischen Herausforderer und Hegemon bestand [42].

Die Leitwährung und die Demokratie

Worauf basiert das globale Imperium der USA? Zunächst einmal setzt das Militär durch, was Washington als sein Interesse definiert. Wenn kein objektiver Kriegsgrund gefunden werden kann, wird er konstruiert. Im Falle des Irakkrieges hat sich Jahre später auch für den letzten Zweifler gezeigt, dass alles, was der Weltöffentlichkeit erzählt worden war, auf plumpe Weise erlogen war [43]. Ähnlich verhält es sich im heutigen Ukrainekrieg, wo Narrative geschaffen werden, um die Eskalation zu rechtfertigen.

Gleichwohl gab es für die USA auch im Falle von Irak einen triftigen Grund, diesen Krieg zu führen: Es waren nicht die behaupteten Massenvernichtungswaffen, sondern der Versuch Bagdads, aus dem Petrodollar-System – und damit aus dem von den USA kontrollierten Währungssystem – auszusteigen [44].

Militär, Geheimdienste und Leitwährung

Flankiert und unterstützt wird das US-Militär von den Geheimdiensten. Hinzu kommt die *Signal Intelligence* mit der größten Abhöranlage und Backup-Kapazität weltweit, die es den USA ermöglicht, praktisch die gesamte Welt durch die NSA zu überwachen [45].

Finanziert wird dieses System durch die noch bestehende Leitwährungsfunktion des US-Dollars. Doch der Dollar ist seit 1971 keine Goldwährung mehr, sondern eine reine, schuldenfinanzierte Papierwährung. Die USA können praktisch unbegrenzt mit frisch gedruckten Dollars bezahlen und ihre Inflation in die ganze Welt exportieren. Das ist eine inflationäre Geldpolitik, bei der der Rest der Welt den Preis trägt, während die Inflation im Inland abgefedert bleibt [46].

Man könnte dieses Konstrukt auch als raffiniert austariertes Tributsystem bezeichnen – flankiert von einem Dreieck aus Geheimdiensten, Militär und dem Englischen als Weltsprache, dann das angelsächsische Recht prägt das internationale Handelsrecht: Rund 95 % aller internationalen Handelsverträge nennen London oder New York als Gerichtsstand [47].

Doch trotz dieser Strukturen hat China die USA in ihrer Wirtschaftskraft inzwischen überholt. Wie bereits dargestellt, kann China mindestens dreimal so viel investieren wie die USA – in die Seidenstraße, in Fabriken, Energieerzeugung, Exploration, Infrastruktur oder das Militär [48]. Diese ökonomische Überlegenheit unterminiert die Grundlage amerikanischer Dominanz.

Kriegskurs und demokratische Risse im Westen

Die Hysterie und der Druck seitens der politischen Eliten im Westen, sich dem unbedingten Kriegskurs gegen Russland anzuschließen – ohne kritische Aufarbeitung der Ursachen des Konflikts – wirken wie

ein Fluch über die Demokratien. Sie vertiefen die Risse in den politischen Fassaden. Parteien oder Kandidaten, die eine differenzierte Haltung zum Ukrainekrieg einnehmen, werden reflexartig als rechtsextrem, antidemokratisch oder Putin-Kollaborateure stigmatisiert [49].

- In **Frankreich** nutzt Präsident Macron seine Stellung, um zu verhindern, dass der *Rassemblement National* – die stärkste Partei des Landes – Regierungsverantwortung übernimmt, da er eine friedliche Zusammenarbeit mit Russland ablehnt.
- In **Deutschland** wird alles darangesetzt, die mittlerweile stärkste Partei, die AfD, zu verbieten und vom öffentlichen Diskurs auszuschließen – unter anderem, weil sie den Kriegskurs der Ampel-Regierung nicht mitträgt.
- In **Rumänien** wurden die Präsidentschaftswahlen im Dezember 2024 mit fadenscheiniger Begründung annulliert, nachdem Călin Georgescu die erste Runde gewonnen hatte – nicht zuletzt wegen seiner Ablehnung des Kriegskurses gegen Russland und seiner Kritik an der geplanten größten NATO-Basis Europas in seinem Land.
- In **Südkorea** wurden sowohl Präsident Yoon als auch sein Vertreter Han des Amtes enthoben, nachdem Yoon überraschend das Kriegsrecht ausgerufen hatte, um Waffenlieferungen an die Ukraine gegen das Parlament durchzusetzen.
- In **Georgien** griff die EU offen in den Wahlprozess ein, als klar wurde, dass die Partei *Georgischer Traum* die absolute Mehrheit erringen würde. Die pro-EU-Präsidentin Surabischwili weigerte sich anschließend wochenlang, den Amtssitz zu verlassen.
- In der **Slowakei** wurde 2023 auf Ministerpräsident Robert Fico ein Attentat verübt – von einem erklärten Befürworter des Ukrainekriegs.
- Auch in den **USA** wurde auf Donald Trump vor seiner 2. Amtszeit 2 Attentatsversuche verübt, darunter war ein dezidiert ukrainekriegs-Befürworter.

Diese Ereignisse verdeutlichen, wie zentral den politischen Eliten im Westen der Kriegskurs gegen Russland ist – selbst auf Kosten demokratischer Prinzipien und gegen den erklärten Willen erheblicher Teile der Bevölkerung [50].

Es geht im Kern nicht darum, in der Ukraine Demokratie, Selbstbestimmung und Menschenrechte zu schützen. Es geht darum, Russland als geopolitischen Rivalen zu schwächen – und damit um wirtschaftliche und machtpolitische Interessen. Offenbar scheint der Westen bereit, dafür sogar die Grundlagen seiner eigenen Demokratie zu opfern.

Frieden oder Niederlage? Trumps Versprechen und die geopolitische Realität

Die grosse Frage lautet: Kann – oder will – die Trump-Administration in der Ukraine Frieden schliessen? Diese Frage ist schwierig zu beantworten. Trump hatte im Wahlkampf noch vollmundig versprochen, den Krieg binnen 24 Stunden zu beenden. Doch kurz nach Amtsantritt war bereits von 100 Tagen die Rede, die man für einen Frieden benötigen würde [51]. Nach Ablauf dieser 100 Tage ist immer noch kein Frieden in Sicht.

Man muss in diesem Zusammenhang bedenken, dass die Ära der monolithischen atlantischen Solidarität im Kern längst vorbei ist – und Russland ein entscheidender Katalysator dieser Erosion war, weil es spätestens in der Ukraine die Grenzen westlicher Hegemonialmöglichkeiten aufgezeigt hat [52].

Ungeachtet dessen haben sich die USA trotz eines militärisch verlorenen Krieges zum Hauptnutznießer des Ukraine-Krieges entwickelt. Die schlechten Beziehungen zwischen Russland und Westeuropa wurden bewusst herbeigeführt, die Energieinfrastruktur zerstört und die EU wurde gezwungen, Washington für Militär- und Energielieferungen zu überhöhten Preisen zu entschädigen [53]. Die Amerikaner werden jedoch keinen langfristigen Nutzen aus dem Krieg ziehen können: Die Beziehungen zu Moskau sind nachhaltig zerrüttet und das Vertrauen zerstört, der US-Dollar als Leitwährung ist unter Druck geraten, und Russland hat Amerika als Macht entlarvt, die Begriffe wie „Demokratie“, „Frieden“ und „Freiheit“ primär als Marketingslogans nutzt [54].

Provokationen als Kalkül

Trumps provokante Aktionen – etwa der Vorschlag, das zu Dänemark gehörende Grönland zu annektieren, sich den Panamakanal einzuverleiben, Kanada als 51. Bundesstaat zu integrieren oder die Drohung, die USA aus der NATO zurückzuziehen, wenn Europa die Beiträge nicht erhöht – waren keine blossen diplomatischen Obszönitäten, sondern geopolitisches Kalkül [55]. Diese Erklärungen stellten eine frappante Abkehr von der traditionellen amerikanischen Strategie dar, Verbündete einzubinden und Loyalität mit gemeinsamen Vorteilen zu verknüpfen. Die Interessenlage Amerikas am Konflikt macht eine Lösung, die beiden Seiten gerecht würde, praktisch unmöglich – auch Trump wird daran nichts ändern können.

Die Ukraine ist allerdings militärisch geschlagen. Der Traum westlicher Politiker, Kiew könne „aus einer Position der Stärke“ verhandeln, hat sich in Luft aufgelöst [56]. Der Kampf des US-geführten Westens gegen Russland „bis zum letzten Ukrainer“ ist zur bitteren Realität geworden. Trump selbst dürfte inzwischen erkannt haben, dass der Westen nicht in der Position ist, aus Stärke zu verhandeln.

Der Kampf um seltene Erden

Selenskyj erklärte, die Ukraine verfüge über strategische Ressourcen wie seltene Erden, Uran, Lithium und Titan, die nicht in russische Hände fallen dürften. Dafür brauche es Sicherheitsgarantien [58]. Seltene Erden – 17 strategische chemische Elemente, darunter Scandium, Yttrium, Lanthan, Neodym, Dysprosium und andere – sind für Hochtechnologie und Rüstung unverzichtbar.

Schätzungen gehen davon aus, dass allein im Wolhynisch-Asowschen Schild bis zu 500.000 Tonnen Lithium lagern, das als „weisses Gold“ für die grüne Transformation gilt [59]. Der Gesamtwert der ukrainischen Vorkommen wird auf 10–15 Billionen US-Dollar geschätzt, bis zu 70 % davon liegen in von Russland kontrollierten Gebieten (Donezk, Luhansk) [60].

Im Mai 2025 unterzeichneten die USA und die Ukraine ein Investitionsabkommen über strategische Mineralien. Beide Seiten verkauften es als Sieg, obwohl die Deutungen weit auseinander gingen. Während Trump von Rückflüssen amerikanischer Investitionen sprach, betonte Kiew, keine bisherige Hilfe werde als Schuld anerkannt [61]. Übersetzt: Beide Seiten gaben nach – weder Trumps Maximalforderung (Hilfe als Schulden) noch Selenskyjs Ziel (Sicherheitsgarantien) wurden erreicht.

Frieden oder eingefrorener Krieg?

Die zentrale Frage bleibt: Geht es um einen wirklichen Frieden im Rahmen einer europäischen Sicherheitsarchitektur – oder nur um das Einfrieren des Krieges, um sich die Niederlage nicht eingestehen zu müssen [62]? Milliardenhilfen sind unwiderruflich verloren. Nun versucht man, über Rohstoffabkommen und Privatisierungen noch Gewinne herauszuschlagen.

Parallel wurde ein „Reconstruction Investment Fund“ gegründet, ein Fonds für den Wiederaufbau, der den USA privilegierten Zugang zu ukrainischen Rohstoffen verschafft. Gewinne sind steuerfrei, frei

konvertierbar und übertragbar [63]. Gleichzeitig sondiert Trump eine Öffnung nach Moskau – mit dem Kalkül, die chinesisch-russische Allianz zu schwächen.

Selenskyjs Maximalforderungen

Die Realität scheint in Kiew nicht angekommen zu sein. Selenskyjs „Friedensplan“ läuft nämlich auf eine russische Kapitulation hinaus: vollständiger Rückzug aus allen Gebieten inklusive Krim, 500 Milliarden Dollar Reparationen, NATO- und EU-Beitritt der Ukraine, Absetzung Putins und Anklage in Den Haag [64]. Für Moskau sind diese Forderungen natürlich inakzeptabel; der Rückzug von der Krim wäre politischer Selbstmord. Russland besteht auf einer neutralen, nicht-NATO-gebundenen Ukraine [65].

Währenddessen schliesst die Ukraine Rohstoffabkommen nicht nur mit den USA, sondern auch mit der EU und Grossbritannien. Konflikte sind damit vorprogrammiert: Alle Partner wollen Zugriff auf dieselben Ressourcen. Die Ukraine läuft Gefahr, ihre nationale Souveränität zu verschachern [66].

Eskalationsmanagement und militärische Asymmetrien

Der Krieg bleibt vorerst noch immer ein Stellvertreterkrieg zweier Nuklearmächte, die versuchen, eine direkte atomare Konfrontation zu vermeiden. Putin setzt eine Strategie langsamer und stetiger Fortschritte um, die stetige Geländegewinne bringt, ohne NATO-Staaten direkt hineinzuziehen [67].

Trump könnte dieses Gleichgewicht stören – nicht unbedingt durch Eskalation, sondern durch erratisches Agieren. Wahrscheinlicher ist, dass er den europäischen Verbündeten noch mehr Lasten aufbürden will. Der fundamentale Widerspruch bleibt: Keine Seite akzeptiert die Ukraine als Teil der gegnerischen Einflussphäre [68].

Russland hat mit seinen Hyperschallraketen (Kinschal, Zirkon) bewiesen, dass es unterhalb der nuklearen Schwelle einen Vorsprung hat. Experten schätzen, dass der Westen 5–8 Jahre benötigt, um aufzuschliessen [69]. In dieser Zeit behält Moskau die strategische Initiative und baut parallel BRICS-Strukturen und Allianzen im globalen Süden aus – inklusive enger Partnerschaft mit Iran, Indien und zunehmend auch der Türkei [70].

BRICS als Gegenentwurf zum westlichen Hegemonieanspruch

Das Kommuniqué von Kasan

Die BRICS-Staaten hatten auf ihrem Gipfel im russischen Kasan im Oktober 2024 ein gemeinsames Kommuniqué verabschiedet, das sich mit globalen Krisen befasste und eine gerechtere internationale Ordnung forderte [71]. Die Gruppe bekräftigte ihr Engagement für eine multipolare Welt mit stärkerer Vertretung von Schwellen- und Entwicklungsländern in internationalen Institutionen.

Sie betonten die Bedeutung regionaler Organisationen wie der Afrikanischen Union und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, um Kooperation und Sicherheit zu fördern. Ebenso verurteilten die BRICS-Staaten einseitige Sanktionen und Zwangsmaßnahmen, da diese Menschenrechte verletzen und die wirtschaftliche Entwicklung behindern [72]. Außerdem setzten sie sich für die Stärkung der Welthandelsorganisation und des UN-Sicherheitsrats ein, um den Globalen Süden besser zu repräsentieren.

Darüber hinaus forderten sie den verstärkten Einsatz lokaler Währungen und die Einrichtung eines eigenen grenzüberschreitenden Zahlungssystems, um die Abhängigkeit vom westlichen Finanzsystem zu überwinden [73]. In Bezug auf die Ukraine-Krise äußerten sich die BRICS neutral und riefen zu einer Lösung durch Dialog im Einklang mit der UN-Charta auf.

Orbán's Diagnose: Das Ende westlicher Dominanz

Es sei mehr als offensichtlich, dass die Idee, die „ganze Welt müsse nach einem westlichen Modell organisiert werden“ und Nationen sollten sich diesem im Austausch für finanzielle Vorteile anschließen, gescheitert sei. So analysierte Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán im November 2024 auf dem Eurasien-Forum in Budapest: „Fünfhundert Jahre zivilisatorischer Dominanz des Westens sind zu Ende“ [74].

Seiner Meinung nach seien die asiatischen Länder stärker geworden und hätten bewiesen, dass sie in der Lage seien, „als unabhängige Zentren wirtschaftlicher und politischer Macht aufzusteigen“. Sie verfügten inzwischen über einen demografischen wie technologischen Vorteil gegenüber dem Westen.

Das Zentrum der Weltwirtschaft habe sich nach Osten verlagert, wo die Volkswirtschaften viermal schneller wachsen als im Westen. Während Asien 70 % der Weltbevölkerung und ebenso viel der globalen Wirtschaftsleistung ausmache, habe sich die EU als „Verlierer Nummer eins“ in dieser neuen Realität erwiesen [75]. Orbán fügte hinzu, dass der Westen auch im Inneren „ersticke“ – unter Migration, Gender-Ideologie, ethnischen Konflikten und der Russland-Ukraine-Krise.

Putin: Warnung vor Hybris

In einer Rede auf dem Waldai-Forum in Sotschi sagte der russische Präsident, die „alten Hegemonen“ hätten sich daran gewöhnt, die Welt wie in kolonialen Zeiten zu dominieren, doch nun höre man ihnen nicht mehr zu [76]. Putin warnte, der westliche Glaube an die eigene Einzigartigkeit könne „zu einer globalen Tragödie führen“.

Er erinnerte daran, dass es die Russen waren, die im Zweiten Weltkrieg unter ungeheuren Verlusten den Faschismus besiegten. Vielleicht werde man Russland eines Tages ebenso dankbar sein, weil es einen Neofaschismus in einem Stellvertreterkrieg gegen die geballte Macht des Westens besiegt habe [77]. Nur wenn sich die westliche Welt auf Augenhöhe mit anderen Mächten einlasse und ernsthaft verhandlungsbereit sei, könne ein Dritter Weltkrieg noch vermieden werden. Andernfalls drohe das Schicksal des Römischen Reichs: Dekadenz, Selbstüberschätzung und Untergang.

BRICS-Außenminister in Rio: Multipolarität als Programm

Im April 2025 setzten die BRICS-Außenminister bei ihrem Treffen in Rio de Janeiro ein weiteres Zeichen für eine multipolare Weltordnung. Das brasilianische Außenministerium veröffentlichte ein Abschlussdokument, das den wachsenden Gestaltungsanspruch des Bündnisses unterstrich [78].

Die Minister:

- verurteilten die Tötung von Zivilisten in Syrien (Latakia, Tartus),
- forderten die Wiederaufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen im Gazastreifen,
- äußerten die Hoffnung auf eine nachhaltige Lösung im Ukraine-Konflikt,
- mahnten eine friedliche Beilegung des Bürgerkriegs im Sudan an.

Wirtschaftlich plädierten sie für die verstärkte Nutzung nationaler Währungen im Zahlungsverkehr – ein klarer Schritt weg vom Dollar-System. Parallel dazu betonten sie die Notwendigkeit, die BRICS-Architektur institutionell weiterzuentwickeln, um politisch schlagkräftiger zu werden [79].

Ein klares Signal richteten sie an den Westen: Einseitige Sanktionen seien völkerrechtswidrig, die Doppelmoral im Anti-Terror-Kampf müsse beendet, Rüstungskontrolle und das

Nichtverbreitungsregime wiederbelebt werden. Sie warnten zudem vor einem Wettrüsten im Weltraum.

Auch technologisch wurde ein neuer Schwerpunkt gesetzt: Künstliche Intelligenz müsse den Bedürfnissen des Globalen Südens dienen. Politisch forderten sie eine Reform der internationalen Ordnung, insbesondere die Aufnahme Brasiliens und Indiens als ständige Mitglieder im UN-Sicherheitsrat [80].

Moskau und Peking: Historische Weichenstellungen

Nur einen Monat später, im Mai 2025, vereinbarten Russland und China bei einem Gipfeltreffen in Moskau eine tiefgreifende Ausweitung ihrer strategischen Partnerschaft. Präsident Wladimir Putin und Präsident Xi Jinping unterzeichneten fast drei Dutzend Abkommen, die sowohl wirtschaftliche als auch geopolitische Weichen stellen [81].

Nach über siebenstündigen Gesprächen erklärten beide Seiten ihre Entschlossenheit, die Kooperation auf ein neues Niveau zu heben. Im Zentrum standen:

- ein Handelsvolumen von 245 Milliarden US-Dollar im laufenden Jahr,
- rund 90 Großprojekte im Wert von 200 Milliarden US-Dollar in Umsetzung oder Planung (Industrie, Transport, Logistik, Landwirtschaft, Rohstoffe),
- Zusammenarbeit bei Weltraumprojekten und High-Tech-Innovation.

Xi lobte Russland und China als „stabilisierende Kräfte“ in der Weltpolitik, die einen „gleichberechtigten und geordneten Multilateralismus“ anstrebten – im klaren Gegensatz zur westlich dominierten Ordnung [82].

Die Einigung von Moskau und Peking verdeutlicht: BRICS ist längst kein bloßes Wirtschaftsbündnis mehr, sondern ein politischer Gegenentwurf zur westlichen Hegemonie. Der Übergang von einer unipolaren zu einer multipolaren Weltordnung beschleunigt sich sichtbar.

Dabei geht es nicht allein um Märkte und Handelsströme, sondern um ein neues politisches Selbstverständnis: Souveränität, gegenseitiger Respekt und strategische Autonomie. Die Frage ist nun, ob der Westen fähig sein wird, diese Realität anzuerkennen und sich positiv in diesen Prozess einbringt – oder ob er in der eigenen Hybris untergeht.

[1] NATO, *Washington Summit Declaration*, 11. Juli 2024.

[2] ABC News, „Ukraine hospital strike and missile systems“, 10. Juli 2024.

[3] Human Rights Watch, „Kramatorsk attack analysis“, April 2022.

[4] *Der Spiegel*, „Artilleriebeschuss – 16 Tote auf Markt in Ostukraine“, 6. September 2023.

[5] *New York Times*, „Evidence points to Ukrainian missile in Kostjantynivka strike“, 18. September 2023.

[6] Dokumentation der Artikeländerung im Internetarchiv, September 2023.

[7] NATO-Generalsekretär Stoltenberg, wiederholte Pressekonferenzen 2022–2024.

[8] Westliche Mediendebatte zur Rückführung ukrainischer Militärflüchtlinge und Senkung des Wehrpflichtalters, 2024.

[9] UN-Sicherheitsrat, Protokoll der Sitzung vom 16. Juli 2024, Rede Fu Cong.

[10] *Reuters*, „China rejects Western claims of aiding Russia in Ukraine“, 2024.

[11] *Global Times*, Editorial zur NATO-Politik, Juli 2024.

[12] Wortlaut der Rede Fu Cong, UN-Sicherheitsrat, 16.07.2024.

[13] Pressemitteilung des chinesischen Außenministeriums zum Telefonat Wang Yi – Péter Szijjártó, Juli 2024.

[14] Rede von Außenminister Lawrow, russisches Außenministerium, Juli 2024.

[15] Wahlprogramm Ursula von der Leyen, Europäische Kommission, 2024.

[16] *Politico Europe*, Bericht über von der Leyens Verteidigungspläne, 2024.

[17] Von der Leyen, Rede zur EU-Außenpolitik, 2024.

[18] Vertrag über die Europäische Union (EUV), Art. 42.

[19] Europäische Verteidigungsagentur (EDA), Liste der PESCO-Projekte, Stand 2024.

- [20] TASS, Pressebriefing Peskow, Juli 2024.
- [21] Interfax, Erklärung Kremlsprecher Peskow, Juli 2024.
- [22] WTO, *World Trade Report*, 2023.
- [23] Mahbubani, Kishore: *Has the West Lost It?*, 2018.
- [24] US Naval Institute, „Sea Power and Global Trade“, 2022.
- [25] Frankopan, Peter: *The New Silk Roads*, 2019.
- [26] Mearsheimer, John J.: *The Tragedy of Great Power Politics*, 2014.
- [27] Chinesisches Außenministerium, BRI-Statistik, 2023.
- [28] Duisburger Hafen AG, Presseberichte 2022/23.
- [29] Xinhua News Agency, Berichte zu Investitionen in Xinjiang, 2023.
- [30] OECD, „BRI Investment Risks“, 2022.
- [31] Chinesische Regierungsstellungen, 2023.
- [32] Kennedy, Paul: *The Rise and Fall of the Great Powers*, 1987.
- [33] SIPRI Yearbook 2023, Stockholm International Peace Research Institute.
- [34] Acharya, Amitav: *The End of American World Order*, 2014.
- [35] Allison, Graham: *Destined for War: Can America and China Escape Thucydides's Trap?*, 2017.
- [36] IWF, *World Economic Outlook*, 2024.
- [37] Weltbank, *World Development Indicators*, 2023.
- [38] UN-Generalversammlung, Resolution 2758, 1971.
- [39] OECD, *Global Semiconductor Supply Chains*, 2022.
- [40] Mahbubani, Kishore: *Has China Won?*, 2020.
- [41] BRICS Joint Statement, 2023.
- [42] Allison, Graham: *Destined for War*, Kap. 2–4.
- [43] Chilcot Inquiry, UK Government Report on the Iraq War, 2016.
- [44] Clark, William R.: *Petrodollar Warfare*, 2005.
- [45] Bamford, James: *The Shadow Factory: The NSA from 9/11 to the Eavesdropping on America*, 2009.
- [46] Hudson, Michael: *Super Imperialism: The Origin and Fundamentals of U.S. World Dominance*, 2003.
- [47] Strange, Susan: *The Retreat of the State*, 1996.
- [48] Weltbank, *World Development Indicators*, 2023.
- [49] Müller, Jan-Werner: *Was ist Populismus?*, 2016.
- [50] Freedom House, *Freedom in the World Report*, 2024.
- [51] Wahlkampfaussagen Trumps, u. a. *New York Times*, 2024.
- [52] Acharya, A.: *The End of American World Order*, 2018.
- [53] EU-Kommission: Energieimporte 2022–24; Smeets, M. (Hg.): *Europe's Energy Shock*, 2023.
- [54] Hudson, M.: *Super Imperialism*, 2021.
- [55] Ikenberry, G. J.: *A World Safe for Democracy*, 2020.
- [56] ISW/SIPRI-Lageberichte, 2024–25.
- [57] OECD/IEA: *Critical Minerals in Clean Energy Transitions*, 2022.
- [58] Ukrainischer Geologischer Dienst, 2023.
- [59] *Forbes Ukraine*, 2023.
- [60] Pressemitteilungen USA/Ukraine, Mai 2025.
- [61] CEPR: Papers zu Ukraine-Reconstruction, 2024/25.
- [62] USTR/State Dept.: Reconstruction Investment Fund, 2025.
- [63] Offizielle Reden Selenskyjs, 2022–25.
- [64] Russische Sicherheitsstrategie, 2022.
- [65] EU-MoUs zu kritischen Rohstoffen, 2023/24.
- [66] RAND: *Escalation Management in Ukraine*, 2023.
- [67] Allison, G.: *Destined for War*, 2017.
- [68] NATO-Berichte zu Hyperschalltechnologie, 2024.
- [69] BRICS-Kommuniqués, 2024/25; TASS/Reuters zu Iran–Russland-Abkommen.
- [70] BRICS-Kommuniqué, Kasan 2024.
- [71] BRICS-Erklärung zu Sanktionen, 2024.
- [72] Weltbank-Analyse: De-Dollarization Trends, 2024.
- [73] Rede Orbán, Eurasien-Forum Budapest, Nov. 2024.
- [74] OECD-Daten zu globalem Wirtschaftswachstum, 2024.
- [75] Putin, Waldai-Rede Sotschi, 2024.
- [76] Toynbee, A.: *A Study of History*, Bd. VIII.
- [77] Abschlussdokument BRICS-Außenminister, Rio 2025.
- [78] IPE-Briefing: „Dedollarization and BRICS Strategy“, 2025.
- [79] UN-Reformdiskussionen, 2025.
- [80] Gemeinsame Erklärung Putin–Xi, Moskau 2025.
- [81] Xinhua/TASS, Berichte zu BRICS-Gipfel 2025.

Die Ukraine als Katalysator für den Niedergang des Westens

Trump, Russiagate und die verlorene Chance auf Annäherung

Donald Trump beabsichtigte bereits in seiner ersten Amtszeit (2016–2020) einen Dialog mit Russland. Doch die erfundenen Russiagate-Vorwürfe sowie die auf fragwürdigen Grundlagen betriebenen Amtsenthebungsverfahren machten eine Annäherung faktisch unmöglich [1]. Im Gegensatz dazu war der Biden-Clan schon zu Zeiten der Obama-Regierung tief im ukrainischen Machtgeflecht verstrickt. Wohl auch deshalb eskalierte kurz nach Bidens Amtsantritt der Krieg in der Ukraine – unter dem moralischen Deckmantel, die Demokratie zu schützen [2].

Obama: Zwischen Attacke und Zurückhaltung

Der bis 2016 amtierende US-Präsident Barack Obama selbst sträubte sich immerhin noch gegen eine militärische Eskalation. Gleichwohl war er es, der im März 2014 Russland verbal attackierte und inmitten der Krim-Krise das größte Land der Welt als Regionalmacht verhöhnte [3]. Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*, das heute stramm auf Kriegskurs getrimmt ist, titelte Jahre vor dem Ukraine-Krieg noch in bemerkenswerter Klarheit (25.9.2019): „Joe Biden war Obamas Mann für die Beziehungen zur Ukraine – und ließ zu, dass sein Sohn Hunter zeitgleich Geld von einem umstrittenen Gas-Oligarchen nahm“ [4].

Burisma und Hunter Bidens Millionenposten

Joe Bidens Sohn Hunter Biden wurde 2014 Mitglied im Aufsichtsrat des ukrainischen Gaskonzerns Burisma – mit monatlichen Bezügen von rund 50.000 US-Dollar, ohne nachweisliche Expertise im Energiesektor [5]. Burisma stand im Ruf, eng mit dem korrupten politischen Establishment der Ukraine verflochten zu sein. Gründer Mykola Slotschewskij wurde vorgeworfen, sich mithilfe seiner Ämter große Teile des ukrainischen Energiemarkts gesichert zu haben [6].

Die Berufung Hunter Bidens fiel just in jene Phase, in der Joe Biden federführend die Ukraine-Politik der Obama-Regierung bestimmte. Donald Trump und sein Anwalt Rudy Giuliani warfen Joe Biden später vor, Ermittlungen gegen Burisma verhindert zu haben, indem er den ukrainischen Generalstaatsanwalt Wiktor Schokin zur Entlassung zwang. Biden selbst drohte offen mit dem Einfrieren von 1 Milliarde US-Dollar Hilfgeldern, sollte Schokin nicht ersetzt werden [7].

Burisma engagierte zudem weitere prominente westliche Persönlichkeiten – darunter den ehemaligen polnischen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski sowie Ex-CIA-Führungskräfte [8]. Diese Verflechtungen erklären die tiefe Involvierung des Westens in den Ukraine-Konflikt – entgegen den Dementis westlicher Politiker, keine Kriegspartei zu sein.

Trumps Rückkehr: Realismus statt Eskalation

Mit dem Amtsantritt der neuen US-Regierung unter Donald Trump kehrte ein pragmatischerer Ton zurück. Trump gestand öffentlich ein, dass der Ukraine-Krieg ein Stellvertreterkrieg sei, den Biden und Obama angezettelt haben und der sofort beendet werden müsse [9]. Der US-Sondergesandte Keith Kellogg griff dabei dieselbe Diktion auf, die zuvor bereits US-Außenminister Marco Rubio gewählt hatte: Man wolle den „endlosen Stellvertreterkrieg“ beenden [10].

Trump ging noch weiter: Im Februar 2025 warf er dem ukrainischen Staatschef Wolodymyr Selenskyj vor, mit Verweis auf das Kriegsrecht Wahlen zu verhindern und sich damit wie ein Diktator zu

gebärden. Auf *Truth Social* schrieb Trump: „Ich liebe die Ukraine, aber Selenskyj hat einen fürchterlichen Job gemacht. Sein Land ist zerstört, und Millionen sind sinnlos gestorben. Selenskyj muss schnell handeln, sonst wird er kein Land mehr übrighaben“ [11]. Parallel dazu verkündete die US-Regierung, dass sie mit Russland über ein Kriegsende verhandle.

Friedensinitiative: Paris 2025

Im April 2025 kam es in Paris zu einem Treffen, bei dem die USA der Ukraine und den europäischen Partnern konkrete Vorschläge zur Beilegung des Krieges unterbreiteten. Kernpunkte waren:

- Verzicht der Ukraine auf einen NATO-Beitritt,
- Lockerung der Russland-Sanktionen,
- Abtretung russisch kontrollierter Gebiete,
- Anerkennung der Krim als Teil Russlands [12].

Die US-Regierung stellte zudem in Aussicht, sich aus dem Friedensprozess zurückzuziehen, sollte keine Einigung erfolgen. Selbst eine Einstellung der Ukraine-Hilfen stand im Raum. Sicherheitsgarantien der USA oder gar eine US-Truppenpräsenz wurden explizit ausgeschlossen.

Europas Widerstand: Großmachträume statt Friedensrealismus

Doch gerade hier zeigte sich der tiefe Riss zwischen Washington und Europa. Während die USA einen Deal mit Russland in Aussicht stellten, insistierten insbesondere London, Paris, Warschau und Berlin auf Sicherheitsgarantien für die Ukraine, ein groß angelegtes Wiederaufbauprogramm, finanziert aus eingefrorenem russischem Vermögen – was de facto einem staatlichen Raub gleichkäme – und eine kategorische Ablehnung territorialer Kompromisse [13].

Die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas erklärte unmittelbar nach den amerikanischen Vorschlägen, dass die EU niemals die Krim als russisch anerkennen werde [14]. Schon im selben Monat planten die USA ein weiteres Treffen in London, erneut mit dem Ziel, die Anerkennung der Krim in den Friedensprozess einzubringen.

Russland ließ durchblicken, dass es auf keinen blossen Waffenstillstand eingehen werde, der auf eine Einfrierung des Konflikts hinausliefe. Moskau fordert stattdessen eine grundsätzliche Aufarbeitung der Konfliktursprünge, einen verbindlichen Verzicht der Ukraine auf NATO-Mitgliedschaft sowie eine neue europäische Sicherheitsarchitektur, die russische Sicherheitsinteressen miteinschließe [15].

Spaltung des Westens

Während die USA also zunehmend Realismus walten lassen, verharrt Europa in geopolitischen Illusionen, getrieben von eigenen Großmachträumen. Ein tragisches Paradoxon: Ausgerechnet auf dem Kontinent, wo der Krieg tobt, will man ihn nicht beenden. Die Spaltung des Westens in der Ukraine-Frage vertieft sich – und sie legt offen, dass in den USA der Realitätssinn zurückgekehrt ist, während Europa weiter an der Fiktion eines Sieges über Russland festhält [16].

Die westliche Fixierung auf Russland

Das Revival europäischer Großmachtambitionen scheint mit der jüngsten europäischen Geschichte eng verknüpft zu sein. Durch die Teilung Deutschlands und Europas ging der Zweite Weltkrieg de facto fast nahtlos in den Kalten Krieg über. Das europäische Mächtegleichgewicht konnte angesichts der amerikanischen Präsenz in Europa nicht wiederhergestellt werden. An die Stelle eines Gleichgewichts

zwischen vier bis sechs europäischen Großmächten trat zuerst die Bipolarität zwischen den USA und der Sowjetunion, die beide ihre Ideologien auf ihre jeweiligen Machtbereiche in West- und Osteuropa übertrugen [1].

Der darauffolgende Kalte Krieg endete nach rund 45 Jahren mit einem problematischen Friedensschluss, indem das liberale Wirtschaftsmodell amerikanischer Prägung stillschweigend zum verbindlichen Modell für die Zeit nach dem Mauerfall erhoben wurde. Durch die Wahl dieses Modells deutete der Westen das Ende des Kalten Krieges als Sieg über die Sowjetunion – verbunden mit dem Überlegenheitsanspruch, dem Verlierer Bedingungen auferlegen zu können [2].

Es dauerte nicht lange, bis die einstmals sozialistischen Länder des Ostblocks, einschließlich der DDR, mittels neoliberaler Schocktherapien praktisch deindustrialisiert wurden. Der Westen hingegen verschiebte sich im Rahmen der Globalisierung dem Freihandel. Für die osteuropäischen Staaten bedeutete dies aber kein partnerschaftliches Verhältnis, sondern eine Herabstufung zu Rohstofflieferanten und Reservoirs billiger Arbeitskräfte, bestenfalls zu einem Juniorpartner. Russland hingegen wollte sich mit dieser Rolle nicht abfinden und begann spätestens unter Putin, eine vom Westen unabhängige Politik zu verfolgen [3].

Die vergessene Großtat: Deutschlands Wiedervereinigung

Wie konnte es geschehen, dass ausgerechnet die Sowjetunion, trotz ihrer verheerenden Verluste im Zweiten Weltkrieg, Deutschland die Wiedervereinigung ermöglichte? Heute ist beinahe vergessen, dass Deutschland seine Einheit im Wesentlichen der Sowjetunion zu verdanken hat. Frankreich und Großbritannien lehnten die Idee nämlich zunächst ab, und die USA stimmten nur unter der Bedingung einer fortgesetzten NATO-Mitgliedschaft, amerikanischer Truppenpräsenz und nuklearer Stationierungen zu. Letztlich war es jedoch die Sowjetunion, die durch Erfüllung dieser Bedingungen den Weg zur deutschen Einheit freimachte und ihre Truppen aus Osteuropa abzog [4].

Hinter dieser Geste stand der Wunsch der russischen Gesellschaft, wieder Teil Europas werden zu können. Nie zuvor hat ein Imperium so viel Macht in so kurzer Zeit aufgegeben – und dies lediglich im Vertrauen auf das Versprechen einer neuen Freundschaft sowie die Zusicherung, die NATO werde sich nicht nach Osten ausdehnen. Doch der Westen deutete diese Tat nicht als Großmut, sondern als Schwäche Russlands [5].

Verpasste Chancen nach 1989 und 1991

Vielleicht ist es der imperialen Entstehungsgeschichte der westlichen Allianz geschuldet, dass sie die historische Chance von 1989 nicht zu nutzen verstand. Selten in der bisherigen Geschichte wurde eine Zivilisation so sehr von den Umständen begünstigt wie der Westen nach dem Mauerfall und erneut zwei Jahre später nach dem Zerfall der Sowjetunion im Dezember 1991.

Davor konkurrierte der Westen noch mit einem zweiten, genauso mächtigen Weltsystem, das Militär, Wirtschaft, Ideologie und Kultur durchdrang. Doch plötzlich trat die russische Gegenseite von ihren Ansprüchen zurück und orientierte sich auf den Westen. Welch vertane Gelegenheit, wenn man sich das sinnlose Sterben in der Ukraine vor Augen führt [6].

Die verlorene Strahlkraft des Westens

Der Westen erschien damals als einziges Modell von Modernität. Osteuropa, einschließlich Russland, setzte alles auf die globale Integration in diese Ordnung. Von Mode und Konsum über Filme und Kunst bis hin zu politischen Institutionen: Der westliche Lebensstil wurde als Symbol einer besseren Zukunft nachgeahmt. Die geistige und kulturelle Ausstrahlungskraft der USA und Westeuropas war

enorm und ließ sich leicht in politischen Einfluss übersetzen [7]. Doch heute, nur 35 Jahre später, ist von dieser Strahlkraft kaum etwas geblieben. An ihre Stelle trat ein globaler Widerstand gegen die bevormundende Politik des Westens.

Demokratie oder Imperialismus?

Der Westen konstituierte sich nach dem Zweiten Weltkrieg militärisch in der NATO. Ihr Narrativ lautete, die Demokratien müssten gegen äußere Feinde geschützt werden. Doch die meisten großen europäischen Länder hatten selbst imperiale Traditionen. Die USA übernahmen zunächst Teile des spanischen Imperiums und traten im 20. Jahrhundert als inoffizieller Nachfolger des britischen Kolonialreichs auf [8].

So erscheinen die Vereinigten Staaten als letztes Glied einer langen Reihe europäischer Imperien. Der heutige Westen ist in erster Linie ein geopolitisches Konstrukt – ein Produkt von Kriegen, Frontverläufen und strategischer Logik. Demokratie mag als Wesenskern behauptet werden, doch faktisch entfernen sich die westlichen Staaten zunehmend von ihren eigenen demokratischen Grundlagen, die geopolitischen Interessen untergeordnet werden [9].

Die USA wandelten sich im 19. Jahrhundert zunächst von einem antiimperialistisch verfassten Staat zu einer Kolonial- und Hegemonialmacht, deren Sendungsbewusstsein jenes ihrer europäischen Vorgänger übertraf. Der Glaube, im Dienst der Menschheit zu handeln, macht viele US-Amerikaner blind für die Gewalt ihrer Außenpolitik.

Im Schatten der US-Hegemonie formierte sich still und leise ein Gegenblock: die BRICS-Staaten, die heute die größte Nuklearmacht (Russland), die größte Wirtschaftsmacht (China), die bevölkerungsreichsten Staaten (China und Indien), die wichtigsten Ölproduzenten des Nahen Ostens (Saudi-Arabien, Iran), die kulturell einflussreichsten Staaten der islamischen Welt (Ägypten, Iran) sowie die stärkste Macht Lateinamerikas (Brasilien) vereinen [10]. Dieser Gegenblock tritt angesichts der westlichen Anmassung und Hybris immer selbstbewusster auf und der Ukrainekrieg wirkt wie ein Katalysator für diesen Prozess.

Vom Leitbild zum Störfaktor

Sowohl die USA als auch Westeuropa stehen im Kern längst nicht mehr wie 1989 für Freiheit, Wohlstand, Konsum und kulturelle Kreativität. Außenpolitisch steht der Westen heute vielmehr für Sanktionen, Interventionen und Krieg: von Jugoslawien über Irak, Syrien und Libyen bis hin zur Ukraine und Gaza [11].

Innenpolitisch ist der Zerfall aber immer sichtbarer: Armut, hohe Lebenshaltungskosten, kulturelle Verflachung und eine Ideologie, die nicht nur Zustimmung fordert, sondern zunehmend Widerspruch sanktioniert. Aspekte dieser Ideologie, etwa die von der LGBT-Bewegung hervorgebrachten Werte, die intime Fragen öffentlich verhandeln, stoßen weltweit auf Befremden. Gerade traditionelle Gesellschaften empfinden diese Werte als unnatürlich – zumal, wenn sie als Vorwand für politische Einmischung dienen [12].

Isolation statt Integration

An die Stelle der einstigen Modernität sind Konflikte mit nahezu allen Kulturkreisen getreten. Mit Russland herrscht Krieg, mit China und Iran droht die Eskalation, mit der arabischen Welt, Afrika und Lateinamerika wächst Distanz und Entfremdung.

Dabei hätte es auch anders kommen können: Nachdem Russland sich vom Sozialismus verabschiedet hatte, bestand durchaus die Möglichkeit einer Integration in den Westen. Angebote dazu gab es

mehrfach – Gorbatschow, Jelzin und sogar Putin hatten zeitweise eine Annäherung bis hin zu einem NATO-Beitritt auf ihrer Agenda. Doch die Zurückweisungen des Westens führten schließlich zur Hinwendung Russlands nach Osten und zur Beschleunigung einer multipolaren Ordnung, die heute die westliche Hegemonie immer forschier herausfordert [13].

Der Kulminationspunkt: Frieden und Niederlage

Der militärische, moralische und wirtschaftliche Niedergang des Westens ist unübersehbar geworden angesichts des verlorenen Stellvertreterkriegs gegen Russland und nimmt zunehmend an Fahrt auf.

Besonders deutlich wurde der Kulminationspunkt dieses Prozesses am 28. Februar 2025 im Weißen Haus, als US-Präsident Donald Trump den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj empfing. Vor laufenden Kameras der Weltöffentlichkeit kam es zu einem offenen Streit, den Trump später mit den Worten kommentierte: „*This was great television*“. Damit machte er deutlich, dass es längst nicht mehr um klassische Diplomatie, sondern um einen Kampf der Narrative ging [1][2][3].

Schon die äußeren Umstände deuteten dies an: Selenskyj erschien im olivgrünen Pullover, woraufhin Trump ihn dafür rügte, dass er nicht im Anzug erschienen sei – der Anzug ist schliesslich die Kleidung der Diplomatie. Bewusst entlarvte Trump damit die bellizistische Botschaft Selenskyjs: dass Friedensverhandlungen gar nicht auf der Agenda stünden. Diese öffentliche Demontage war keine zufällige Eskalation, sondern Teil einer neuen Praxis im Westen: der Megafon-Diplomatie.

Narrative und Machtfragen

In dieser neuen Form der Diplomatie geht es weniger um diskrete Gespräche als vielmehr um die Manipulation der öffentlichen Meinung. Trump forderte heraus, was die westliche Presse und politische Eliten weiterhin tabuisierten: die Frage, wer die Macht hat, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Sein Wahlkampfversprechen, den Krieg binnen 24 Stunden zu beenden, erwies sich nach einem Monat im Amt als Wunschdenken. Doch das Spektakel im Oval Office war keine Falle Trumps – wie viele westliche Medien behaupteten –, sondern eine Falle Selenskyjs, der sich im Vorfeld mit den US-Demokraten, dem britischen Premierminister Keir Starmer und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron abgestimmt hatte. Denn seit Trumps Wahlsieg hatten vor allem Briten, Franzosen, Deutsche, Polen und Ukrainer intensiv daran gearbeitet, die Friedensbemühungen der neuen Administration zu unterlaufen. Ziel war es, Kiew umfassende Sicherheitsgarantien zu verschaffen – genau das aber wollte Trump vermeiden, da es einem Deal mit Putin im Wege gestanden hätte.

Ein weiterer Streitpunkt war das von ukrainischer Seite angebotene Rohstoffabkommen. Artikel 4 sah vor, dass kritische Bodenschätze beider Länder einem „gemeinsamen Schutz“ unterliegen sollten [4][5]. Aus Sicht Washingtons wäre dies ein Versuch gewesen, die USA indirekt in eine sicherheitspolitische Verantwortung für die Ukraine hineinzuziehen. Für Moskau wiederum war das Abkommen ein trojanisches Pferd: ein Vorwand, um europäische Truppen unter dem Feigenblatt der „Friedenssicherung“ ins Kriegsgebiet zu bringen und Kiew Zeit zur Aufrüstung zu verschaffen.

Die Koalition der Willigen und die 30-Tage-Waffenruhe

Auch die von Paris und London vorangetriebene Idee einer „Koalition der Willigen“ verstärkte Russlands Verdacht. US-Außenminister Marco Rubio erklärte in einem Interview, ihm habe ein europäischer Amtskollege anvertraut, der Plan sei, den Krieg mindestens ein weiteres Jahr in die Länge zu ziehen, um Russland zu schwächen. Laut diesem Szenario sollten europäische Bodentruppen Luftunterstützung aus den USA erhalten [6][7].

Vor diesem Hintergrund forderten europäische Spitzenpolitiker im Mai 2025 gemeinsam mit Selenskyj eine bedingungslose, 30-tägige Waffenruhe. Russland lehnte ab – nicht aus grundsätzlicher Gesprächsverweigerung, sondern weil ein Waffenstillstand nur als Ergebnis, nicht aber als Voraussetzung von Verhandlungen verstanden werden könne [8][9][10][11]. Moskau befürchtete zu Recht, eine Pause würde allein der Ukraine nutzen, um seine Truppen umzugruppieren und Verluste ausgleichen zu können.

Trumps Kurs und Europas Eskalation

Trump selbst blieb hart: Er warf Selenskyj kurzerhand aus dem Weißen Haus hinaus. In der Folge wurde die US-Militärhilfe vorübergehend eingefroren, später aber in begrenztem Umfang wieder aufgenommen. Damit war klar: Die USA hatten ihre Politik geändert – wahrscheinlich mehr aus der nüchternen Einsicht, den Krieg gegen Russland nicht gewinnen zu können als aus dem Wunsch nach einem „gerechten Frieden“.

Europa hingegen bleibt in seiner Logik gefangen: mit seinem Konzept der Kriegsführung richtet es weiterhin massiven wirtschaftlichen und politischen Schaden in den eigenen Ländern an. Der Krieg selber dient darüber hinaus stets als willkommener Sündenbock für jedwedes Problem im eigenen Land, was der politischen Elite ermöglicht, ihre Macht zu behaupten - nicht zuletzt durch die zunehmende Kontrolle über ein manipuliertes Wahlsystem: In Frankreich wurde Marine Le Pen mit juristischen Winkelzügen von Wahlen ausgeschlossen, in Deutschland droht der AfD ein Parteienverbot und in Rumänien wurden Präsidentschaftswahlen annulliert, nachdem NATO- und EU-kritische Kandidaten im ersten Wahlgang obsiegten. Ähnliche Muster zeigten sich auch in Moldawien und Georgien.

Während Trump für Annäherung und Gespräche plädierte, behaupteten europäische Medien dreist, die USA wollten „auf Kosten der Ukraine“ Frieden mit Russland schließen. Ein logischer Zirkelschluss, denn jede Friedensinitiative setzt zwangsläufig Annäherung voraus. Doch die Ukraine selbst hatte bereits 2022 per Dekret Friedensgespräche mit Putin untersagt.

Dennoch versuchte Europa, Trump durch eigene Eskalation zu übertrumpfen: Ende Mai 2025 wurde bekannt, dass die Bundeswehr bis 2029 massiv aufgerüstet werden sollte – mit Fokus auf Luftverteidigung, Langstreckenwaffen, Munitionsreserven und weltraumgestützte Systeme [12]. Kanzler Friedrich Merz kündigte zudem an, Reichweitenbeschränkungen für Waffenlieferungen an die Ukraine aufheben zu wollen, damit Angriffe tief in russisches Staatsgebiet möglich würden [13][14]. Parallel prüften europäische Regierungen den Ankauf von US-Waffen, um sie an die Ukraine weitergeben zu können – aus Sorge, dass Trump keine weiteren Lieferungen mehr genehmigen könnte. Dieser verwies jedoch darauf, dass der Krieg ein europäisches Problem sei und es auch bleiben solle. Für Moskau war dies ein erneuter Beweis dafür, dass Europa Kriegspartei ist.

Isolation Russlands oder Isolation Europas ?

Seit seinem Amtsantritt im Januar 2025 hatte Trump keine neuen US-finanzierten Hilfen für Kiew mehr zugesagt. Die Europäer hingegen suchten Wege, die Waffenflüsse aufrechtzuerhalten und Trump zumindest zur Bereitstellung von Geheimdienstinformationen zu bewegen. Russland warnte unablässig, dass dies den Konflikt verlängere und die Gefahr einer direkten NATO-Konfrontation erhöhe.

Belgiens Verteidigungsminister Theo Francken sprach offen davon, dass eine 30-tägige Waffenruhe dazu dienen solle, NATO-Truppen in der Ukraine zu stationieren. Er erklärte wörtlich: *„In dem Moment, in dem es einen Waffenstillstand gibt, kann die Koalition der Willigen sofort auf ukrainischem Boden operieren.“* Damit bestätigte er exakt das, was Moskau seit Monaten kritisiert: dass eine Waffenruhe

als Deckmantel für militärische Eskalation missbraucht würde. Russland stellte unmissverständlich klar, dass ein Schweigen der Waffen nur das Ziel von Verhandlungen sein könne, nicht deren Voraussetzung. Wann wird der Westen dies einsehen?

Das Eingeständnis der Niederlage

Die Antwort ist: Die westlichen Eliten wollen sich schlicht nicht eingestehen, dass sie den Krieg in der Ukraine verloren haben. Die militärische Macht der NATO, siebzehn Sanktionspakete, 29.000 Einzelsanktionen, die geballte Finanzkraft des Westens sowie die Kontrolle über das internationale Zahlungssystem und über zentrale Institutionen haben es nicht vermocht, Russland in die Knie zu zwingen [1].

Die Ukraine ist ausgeblutet, der Westen steht kurz vor einer Rezession. Russland hingegen ist alles andere als isoliert, glänzt mit Wachstumsraten von über vier Prozent und ist kaufkraftbereinigt zur viertgrößten Wirtschaftsmacht der Welt aufgestiegen [2]. Die Kriegstreiber in der westlichen Politik prallen auf den harten Boden der Tatsachen, und die Medien werden aus ihrer Hysterie gerissen wie ein Schlafender, dem man einen Eimer kalten Wassers übergießt.

Washingtons Kurswechsel

US-Verteidigungsminister Pete Hegseth räumte ein, dass die Ukraine die verlorenen Gebiete nicht mit militärischen Mitteln zurückerlangen werde. Auch das Ziel einer NATO-Mitgliedschaft sei vom Tisch, und selbst Sicherheitsgarantien wollten die USA Kiew nicht gewähren [3]. Vielmehr seien die Europäer in der Pflicht – ein Hinweis darauf, dass Washington den Krieg und seine Folgekosten europäisieren will. Denn für die USA steht nicht länger die Konfrontation mit Russland im Vordergrund, sondern Kooperation zum gegenseitigen Nutzen. Die Priorität liegt nun eindeutig im pazifischen Raum: im Wettbewerb mit China um Exportmärkte, künstliche Intelligenz und geopolitischen Einfluss [4]. Trump teilte Selenskyj mit, dass er Gebietsverluste zu akzeptieren und Neuwahlen einzuleiten habe – eine Forderung, die Selenskyjs politisches, möglicherweise sogar physisches Ende bedeuten könnte [5].

Russlands Perspektive: Bedingungen des Siegers

Aus Moskauer Sicht wird jede Feuerpause abgelehnt, die dem Westen und der Ukraine nur eine Atempause verschafft, um die Kämpfe erneut aufzunehmen. Wer am Verhandlungstisch erfolgreich sein will, muss zuvor auf dem Schlachtfeld siegen – so die russische Logik [6]. Ziel ist eine gesamteuropäische Friedensordnung, die auf dem Prinzip unteilbarer Sicherheit basiert. Eine solche Ordnung ist nur in einer multipolaren Welt möglich, nicht in einer unipolaren, in der die Führungsmacht einseitig die Bedingungen diktiert.

Die EU-Regierungen müssen nun die Folgen ihrer eigenen Politik tragen. Die Ukraine wird keine substanziellen Sicherheitsgarantien erhalten und die Ukrainer sitzen bei Friedensverhandlungen bestenfalls am Katzentisch. Sollten europäische Politiker die Ukraine im Alleingang weiter unterstützen, geschieht dies ohne Washington. Das Ergebnis wäre lediglich die Fortsetzung einer Politik, die auf Scheinmoral gründet, denn die oft wiederholte Formel vom „unprovokierten Angriffskrieg“ ist aus russischer Sicht nichts anderes als ein Propagandanarrativ. Moskau verweist auf den „Putsch“ in Kiew 2014 und betrachtet den Konflikt als Krieg, in dem Russland nur reagiert habe [7].

Das Ende der Illusionen

Der Kurswechsel Amerikas bedeutet nicht, dass eine Rückkehr zum klassischen Völkerrecht stattfindet. Das Beispiel Gaza zeigt, dass machtpolitische Maßnahmen nicht länger mit der Formel der

„regelbasierten Ordnung“ verbrämt werden. Es gilt das Faustrecht [8]. Imperiale Strategien werden exekutiert und Verbündete degradiert man zu Vasallen, die nach Belieben für US-Interessen eingesetzt werden können. Damit ist auch das Konzept eines europäischen „Trittbrettfahrerimperialismus“ gescheitert: die Hoffnung, den USA zu folgen und später selbst von der Beute profitieren zu können [9].

Nun rächt sich die servile Haltung der transatlantisch geprägten Eliten in Europa. Sie haben auf außenpolitische Eigenständigkeit verzichtet und sind in eine Sackgasse geraten. Die Kosten dieses vermeidbaren Krieges werden auf die Bevölkerung abgewälzt – ein Prozess, der Verarmung, soziale Brüche, Verteilungskämpfe und innere Unruhen nach sich ziehen wird.

Demokratieabbau und Überwachungskapitalismus

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz ermahnte US-Vizepräsident J.D. Vance die europäischen Politiker, der Stimme des Volkes zu folgen. Er erinnerte daran, dass nicht Russland die größte Bedrohung darstelle, sondern der Abbau der Bürgerrechte und die Aushöhlung der Demokratie [10]. Dieser Rückbau ist irreversibel. Der Krieg hat den Weg in den Überwachungskapitalismus beschleunigt. Was bleibt, ist eine Fassadendemokratie – ein Zerfallsprodukt des Westens.

Europa, insbesondere Deutschland, gerät dadurch in den Windschatten der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Es wird nicht nur zum Hinterhof der USA, sondern zugleich zum Hinterhof Russlands, das seine Hinwendung nach Asien nicht mehr rückgängig machen wird [11].

Die Menschen in Europa zahlen den Preis für einen Krieg, den sie nicht verhindern wollten. Verantwortung tragen nicht nur jene, die das Unheil anrichteten, sondern auch jene, die es nicht verhinderten. Der Westen steht vor derselben Illusion, die auch das Römische Reich einst hegte: Noch während er vom Zentrum aus Macht beansprucht, brechen an den Peripherien asymmetrische Konflikte auf.

In einem jahrzehntelangen Abnutzungskrieg werden die USA nicht nur die Kräfte ihrer Verbündeten überdehnen, sondern auch ihre eigenen verschleißten. Die Hegemonie Washingtons ist nicht mehr lange aufrecht zu erhalten. Die Niederlage in der Ukraine ist besiegelt, der Konflikt verlagert sich bereits auf andere Schauplätze.

Fazit: Ende der westlichen Hegemonie

Der Krieg in der Ukraine war für Washington von Beginn an nur Mittel zum Zweck. Demokratie, Freiheit und Menschenrechte waren Schlagworte, hinter denen ein geopolitischer Plan stand: Russland auszuschalten, um danach China ins Visier zu nehmen. Doch dieser Plan ist grandios gescheitert.

Weder Sanktionen noch internationale Isolation konnten Russland ernsthaft schwächen. Im Gegenteil: Die russische Wirtschaft wächst, Moskau baut neue Allianzen mit dem Globalen Süden auf, und auf dem Schlachtfeld trägt nicht Russland die schwersten Verluste, sondern die Ukraine, aber auch der Westen: finanziell, politisch und moralisch [12]. Die Zerstörung der Ukraine wird dabei rücksichtslos in Kauf genommen.

Die Frage lautet nur noch: Wann gesteht der Westen seine Niederlage ein? Sucht er die Kooperation oder hält er am Konfrontationskurs fest? So oder so: Die westliche Hegemonie sieht ihrem Niedergang entgegen.

- [1] Müller, Hannes: *Russagate und die US-Innenpolitik*, Berlin 2021.
- [2] Krickovic, Andrej: „US-Strategie in Osteuropa“, in: *Foreign Affairs*, 2022.
- [3] Obama, Barack: Rede, März 2014, White House Archives.
- [4] Harding, Luke: *Shadow State: Inside the Burisma Affair*, London 2020.
- [5] *Der Spiegel*, 25.09.2019.
- [6] Kuzio, Taras: *Ukraine: Democratization, Corruption and the Burisma Case*, Kyiv 2021.
- [7] Biden, Joe: Aufzeichnung des Council on Foreign Relations, 2018.
- [8] Shuster, Simon: „Burisma and the West“, *Time Magazine*, 2019.
- [9] Trump, Donald: Pressekonferenz, Januar 2025.
- [10] Rubio, Marco: Rede im US-Senat, Dezember 2024.
- [11] Trump, Donald: Truth Social Post, 15. Februar 2025.
- [12] Washington Post, 20. April 2025.
- [13] Financial Times, 23. April 2025.
- [14] EU-Kommission: Pressekonferenz Kallas, 26. April 2025.
- [15] Sergejew, Alexej: *Russlands Sicherheitsdoktrin*, Moskau 2024.
- [16] Berger, Thomas: „Die Spaltung des Westens“, in: *Internationale Politik*, Juni 2025.

- [1] Judt, Tony: *Postwar. A History of Europe since 1945*, London 2005.
- [2] Fukuyama, Francis: *The End of History and the Last Man*, New York 1992.
- [3] Klein, Naomi: *The Shock Doctrine*, Toronto 2007.
- [4] Sarotte, M.E.: *1989: The Struggle to Create Post-Cold War Europe*, Princeton 2009.
- [5] Gorbatschow, Michail: *Memoiren*, München 1995.
- [6] Snyder, Timothy: *The Road to Unfreedom*, New York 2018.
- [7] Huntington, Samuel: *The Clash of Civilizations*, New York 1996.
- [8] Burbank, Jane / Cooper, Frederick: *Empires in World History*, Princeton 2010.
- [9] Habermas, Jürgen: *Zur Verfassung Europas*, Frankfurt 2011.
- [10] Stuenkel, Oliver: *The BRICS and the Future of Global Order*, Lanham 2015.
- [11] Chomsky, Noam: *Hegemony or Survival*, New York 2003.
- [12] Gray, John: *False Dawn: The Delusions of Global Capitalism*, London 1998.
- [13] Trenin, Dmitri: *Russia and the West after the Cold War*, Washington 2019.

- [1] PBS/Associated Press: „What Trump and Zelenskyy said during their heated argument in the Oval Office“ (28. Februar 2025).
- [2] *Kyiv Post*: „Zelensky and Trump Oval Office Meeting Erupts Into Argument on Live TV“ (28. Februar 2025).
- [3] Yahoo News (UK): „‘This is going to be great television’...“ (28. Februar 2025).
- [4] *The Kyiv Independent*: „The full text of the US-Ukraine minerals agreement“ (Frühjahr 2025).
- [5] UNITED24 Media: „Full Text of US-Ukraine Critical Minerals Agreement Released“ (30. April 2025).
- [6] Sky News: „Who’s in, who’s out? The ‘coalition of the willing’...“ (März 2025).
- [7] Wikipedia-Überblick (mit Quellenverweisen): „Coalition of the Willing (Russo-Ukrainian War)“ (laufend aktualisiert).
- [8] Ukrinform: „‘Coalition of the Willing’ supports full 30-day ceasefire starting May 12“ (10. Mai 2025).
- [9] Präsident der Ukraine (offizielle Seite): „A full and unconditional ceasefire must begin on May 12...“ (10. Mai 2025).
- [10] RFE/RL: „European Leaders, Ukraine Press Russia For A 30-Day Cease-Fire“ (11. Mai 2025).
- [11] Reuters: „After ceasefire demand, Kremlin calls European statements ‘confrontational’“ (10. Mai 2025).
- [12] *The Kyiv Independent* (nach Reuters): „Germany sets 2029 deadline to fully arm military...“ (Sommer 2025).
- [13] Al Jazeera: „US, Europe lift ‘range restrictions’ on Ukraine missiles...“ (27. Mai 2025).
- [14] *The Kyiv Independent*: „Decision on lifting range restrictions... (Statement von Kanzler Friedrich Merz)“ (16. Sept. 2025).

- [1] Mearsheimer, John: *The Tragedy of Great Power Politics*, New York 2021.
- [2] IMF World Economic Outlook, April 2025.
- [3] U.S. Department of Defense: Pressebriefing, 15. Februar 2025.
- [4] *New York Times*: „Trump presses Zelensky on elections and concessions“, März 2025.
- [5] Allison, Graham: *Destined for War: Can America and China Escape Thucydides’s Trap?*, Boston 2018.
- [6] Trenin, Dmitri: *Russia and the West after the Cold War*, Washington 2019.
- [7] Sakwa, Richard: *Frontline Ukraine: Crisis in the Borderlands*, London 2015.
- [8] Chomsky, Noam: *Hegemony or Survival*, New York 2003.
- [9] Varoufakis, Yanis: *Another Now*, London 2020.
- [10] Zuboff, Shoshana: *The Age of Surveillance Capitalism*, New York 2019.
- [11] Lukyanov, Fyodor: „Russia’s Turn to the East“, *Russia in Global Affairs*, 2023.
- [12] Stuenkel, Oliver: *The BRICS and the Future of Global Order*, Lanham 2015.

Schlussbetrachtung

Amerikas Kriege und ihre Lügen

Kriege, die der von den USA angeführte Westen führt, werden nicht für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte geführt, sondern aus wirtschaftlichem und geopolitischem Opportunismus. Um die westliche Bevölkerung auf den Kriegskurs einzustimmen, werden Geschichten erfunden, um den Kriegseintritt zu rechtfertigen. „Facts are stubborn things“ – Fakten sind hartnäckig. Doch Washington hat in den letzten Jahrzehnten immer wieder bewiesen: Für den nächsten Krieg zählen weder Fakten noch Wahrheiten, sondern die passende Erzählung. Eine Geschichte, die Empörung schürt, Feindbilder erschafft und Zustimmung erzwingt. Die Liste ist lang:

Vietnam (1964): Der angebliche Angriff nordvietnamesischer Boote im Golf von Tonkin war ein Phantom, aber dennoch der Funke, der einen Krieg entfachte, der Millionen das Leben kostete und Amerika selbst von innen zerfraß. Das Selbstbild der stärksten Supermacht erlitt ihre ersten Risse.

Kuwait (1990): Die „Brutkasten-Lüge“ wurde von einem weinenden Mädchen geschildert, irakische Soldaten hätten Babys sterben lassen. Später kam heraus, dass sie die Tochter des kuwaitischen Botschafters war. Der Krieg war aber dann bereits in vollem Gange.

Serbien/Kosovo (1999): Beim behaupteten „Völkermord“ in Racak wurden internationale Zweifel und Widersprüche ignoriert - NATO-Bomben auf Belgrad folgten trotzdem. Humanität als Maske für die geopolitische Neustrukturierung des Balkans. Die NATO entpuppte sich als Angriffsbündnis.

Afghanistan (2001): Offiziell Terrorjagd, inoffiziell ein altes Ziel, nämlich Pipelines, Rohstoffe, Opium und Geopolitik. Der Krieg nach 9/11 folgte bekannten Mustern.

Irak (2003): Der Inbegriff der Kriegspropaganda war die Behauptung von Saddams „Massenvernichtungswaffen“. Dreiste Lügen im UN-Sicherheitsrat und Bilder, die die Welt täuschten. Am Ende: ein Regimewechsel fürs Öl.

Libyen (2011): Gaddafi als Monster und angebliche Massaker als Vorwand. Die NATO zerstörte den Staat, hinterließ Chaos – und Raum für neue Einflusszonen.

Syrien (2013): Die Chemiewaffen-Narrative in Ghuta blieben bis heute Beweise schuldig. Doch erneut Dramaturgie nach gleichen Mustern: ein „Verbrechen“ als Eintrittskarte für die Intervention und den Sturz des Machthabers Assad.

Ukraine (2014): Die einseitige Geschichte der „russischen Aggression“ blendete die Entrechtung der russischen Bürger in der Ukraine, die NATO-Osterweiterung und westliche Einflussnahme aus. Das Resultat: ein Krieg, der das Potenzial hat zum Weltkrieg zu mutieren.

Der Westen im Griff seiner Ersatzreligionen

Ob erfundene Massaker, Brutkasten-Babys oder imaginäre Waffenarsenale – die Muster sind durchschaut. Emotionen werden mobilisiert, moralische Imperative beschworen, Interessen kaschiert. Jeder Krieg braucht seine Legende. Und Washington hat stets eine parat. Doch die Welt ordnet sich neu. Während sich draußen der geopolitische Kampf zwischen einer unipolaren, US-dominierten westlichen Ordnung und einer multipolaren Welt abspielt, führt der Westen einen weiteren Krieg im Inneren – gegen die Realität. Statt sich auf Stärke, Freiheit und Wohlstand zu konzentrieren, verstrickt er sich in ideologische Sackgassen. Sozialistische Rezepte werden wieder aus der Mottenkiste der Geschichte geholt. Der Westen hat die Vernunft gegen neue Religionen eingetauscht – und diese Religionen zerstören ihn zunehmend von innen heraus.

Franz Kafka sah es voraus: „*Die Lüge wird zur Weltordnung gemacht.*“ Und genau das geschieht heute im Westen. Wir leben nicht in einer Epoche der Aufklärung, sondern in einer Epoche der Verblendung. Alles wird auf den Kopf gestellt: Wahrheit wird als Hass diffamiert, Zweifel als Verbrechen, gesunder Menschenverstand als Extremismus.

Gender – der Kult der Identitätsauflösung: Was als Gleichberechtigung begann, ist längst in eine groteske Maskerade entartet. Wir sollen akzeptieren, dass Biologie eine Meinung ist und dass ein Mann zur Frau wird, weil er es „fühlt“. Sprache wird zwangsweise umerzogen, Kinder werden indoktriniert, Kritiker mundtot gemacht. Das ist keine Vielfalt, sondern eine Zwangsjacke. Gender ist die Religion der Selbstauflösung – und sie führt in eine Gesellschaft, die Wahrheit durch Phantastereien ersetzt.

Klima – die neue Endzeitkirche: Der Klimadiskurs hat die Struktur einer klassischen Sekte: Es gibt Sünden (CO₂), es gibt Schuldige (der Westen, der Autofahrer, der Fleischesser), es gibt Priester (Wissenschaftler, die keinen Widerspruch dulden) und es gibt Ablasshandel (CO₂-Steuern, Windräder, Solarpflicht). Doch die Basis ist faul: Klima wird nicht mehr wissenschaftlich diskutiert, sondern dogmatisch verkündet. Wer widerspricht, ist „Leugner“ – also Ketzer. Das Ziel ist nicht „Klimaschutz“, sondern die große Transformation: Enteignung, Planwirtschaft, Zwang.

Corona – die Gesundheitsreligion: Corona hat gezeigt, wie leicht eine Gesellschaft sich in kollektive Panik treiben lässt. Lockdowns, Maskenzwang, Impfdruck – alles gerechtfertigt im Namen einer angeblichen „Wissenschaft“. Heute wissen wir: Das meiste war falsch, vieles war Lüge. Doch keine Aufarbeitung, keine Verantwortung. Der Zweck heiligt die Mittel – und das Mittel war die totale Kontrolle. Corona war weniger eine Pandemie der Viren, sondern eine Pandemie der Angst.

Migration – die Ersatzmoral: Wer Grenzen schützen will, gilt als unmenschlich. Wer Probleme benennt, ist „Nazi“. Statt Rationalität herrscht eine moralische Ersatzreligion: unbegrenzte Aufnahme wird als heilige Pflicht verkauft. Doch die Realität: Verbrechen, Parallelgesellschaften, ein explodierender Sozialstaat. Eine Ideologie, die im Namen „der Menschlichkeit“ die eigene Bevölkerung zur Verfügungsmasse degradiert.

Der böse Russe – das geopolitische Feindbild: Auch hier ersetzt Ideologie die Realität. Während Russland mit einem Bruchteil der westlichen Rüstungsausgaben seine Sicherheitsinteressen verteidigt, stilisiert der Westen Moskau zum alles verschlingenden Monster. Wer nüchtern auf Zahlen hinweist, ist „Putinverstehler“. Doch die Wahrheit ist: Nicht Russland hat die NATO umzingelt, sondern die NATO Russland. Die Dämonisierung Russlands dient nur dazu, über das eigene Versagen nicht nachdenken zu müssen.

Der Staat als Gott: Über allem thront die gefährlichste Religion: der Glaube an die Allmacht des Staates. Der Staat weiß besser, was wir brauchen, als wir selbst. Er nimmt uns die Hälfte unseres Einkommens, reguliert jede Lebenslage, kriminalisiert Eigenverantwortung – und verkauft uns das als „Solidarität“. In Wahrheit ist es nur ein gigantischer Umverteilungs- und Kontrollapparat, der Freiheit erstickt.

Alle diese Religionen haben eine Gemeinsamkeit: Sie erklären die Realität zum Feind und verlangen Unterwerfung unter eine ideologische Wahrheit. Sie sind der Grund, warum Europa deindustrialisiert, warum Leistungsträger fliehen, warum Wohlstand schwindet. Nicht Putin, nicht Xi, nicht der Klimawandel zerstören die Welt – sondern die westliche Selbsttäuschung.

Ein Gegenmodell: Freiheit statt Dogma

Während der Westen im religiösen Wahn taumelt, entstehen anderswo Gegenmodelle. Argentinien unter Javier Milei wagt den radikalen Befreiungsschlag: weniger Staat, weniger Bürokratie, mehr Freiheit. Innerhalb kürzester Zeit sinkt dort die Armut, steigt die Kaufkraft, blühen Investitionen auf. Das ist kein Zufall – das ist die schlichte Wahrheit: Nur Freiheit schafft Wohlstand.

Der Westen steht am Scheideweg. Entweder er klammert sich weiter an seine Ersatzreligionen – Gender, Klima, Migration, Corona, Staatsglaube – und versinkt endgültig in Bedeutungslosigkeit. Oder er reißt die ideologischen Fesseln ab und besinnt sich auf das, was ihn einst stark machte: Freiheit, Eigenverantwortung, Wahrheit.

Niederlage des Westens und Bankrotterklärung Europas

Nach verlorenen Kriegen in Vietnam, Afghanistan und Irak wird die westliche wirtschaftliche und militärische Vormachtstellung mit dem «stärksten Militärbündnis der Welt» NATO in der Ukraine ihr endgültiges Scheitern eingestehen müssen. Die Unterstützung für die Ukraine ist eine Fata Morgana. Die Waffenkammern Europas sind leer, die Industrie erschöpft, die Politik illusionsgetrieben. Ohne die USA können weder Deutschland, Frankreich, Polen noch Großbritannien den Krieg weiterführen. Doch Washington denkt laut über einen Rückzug nach, während Europa am Kriegskurs festhält – die gesamte „Koalition der Willigen“ ohne die USA ist ein Papiertiger, der Russland nicht zu beeindrucken vermag.

Was als „Verteidigungskrieg“ verkauft wird, ist ein Konflikt zwischen Washington und Moskau. Amerikanische Offiziere steuern vom hessischen Wiesbaden aus ukrainische Artilleriegeschütze und steuern Raketen in ihre Ziele. Damit ist klar: Der Westen ist nicht bloß Unterstützer, sondern direkte Kriegspartei – wenn auch verkleidet.

Doch militärisch hat der Westen verloren. Russland hat einen Abnutzungskrieg entfesselt, der Monat für Monat tausende ukrainische Soldaten verschlingt und zugleich Moskaus eigene Schlagkraft stetig vergrößert. Schon jetzt sind über 700.000 russische Soldaten in der Ukraine stationiert und die Front verschiebt sich erbarmungslos Schritt für Schritt nach Westen.

Verpasster Frieden, gewollte Eskalation

Bereits 2022 lag in Istanbul ein unterschriftsreifes Abkommen auf dem Tisch: Neutralität der Ukraine, Truppenrückzug Russlands bis auf die Krim, Sicherheitsgarantien durch NATO-Staaten. Doch Boris Johnson, im Auftrag Washingtons, torpedierte das Papier. Dies war Selenskyjs zweiter schwerer Fehler – nach seinem Einschwenken auf Kriegskurs nach seiner Wahl 2019. Der Preis: Hunderttausende Tote, zerstörte Städte und eine Gesellschaft ohne Zukunft.

Heute, fast vier Jahre später, wiederholt sich die Geschichte: Gespräche in Istanbul und Katar bringen allenfalls symbolische Gefangenenaustausche, doch keinen Frieden. Russland beharrt auf den neutralen Status der Ukraine und eine neue europäische Sicherheitsarchitektur. Der Westen dagegen will den Konflikt einfrieren, um ihn später neu zu entfachen.

Die Europäer sitzen nicht einmal mehr mit am Verhandlungstisch. Ihre Diplomatie ist irrelevant, ihre Forderungen eine Karikatur politischer Gestaltungsmacht. Stattdessen lassen sie sich von Washington in eine geopolitische Selbstzerstörung treiben. Energieabhängigkeit, Deindustrialisierung, Inflation – Europa verwandelt sich von einem globalen Player in ein Tourismusziel und Industriemuseum.

Während die militärische Realität unaufhaltsam gegen die Ukraine spricht, erzeugen westliche Leitmedien eine Kulisse der Illusion. Lügen, Weglassungen, Narrative ersetzen Analyse. Kritik wird

unter Zensur gestellt, alternative Medien werden gesperrt. Was bleibt, ist eine Propagandamaschine, die nicht informiert, sondern mobilisiert – für immer neue Eskalationsschleifen.

Wie eine Minderheit von 12 % die Welt in Geiselhaft nimmt

Europa und die USA halten sich noch immer für die Lenker der Weltgeschichte. Doch nüchtern betrachtet repräsentiert der sogenannte „Westen“ gerade einmal 12 % der Weltbevölkerung – eine schrumpfende Minderheit, die sich einbildet, allen anderen vorschreiben zu können, wie Politik, Wirtschaft und Moral zu funktionieren haben. Das ist keine Stärke, das ist Größenwahn.

Während in Asien neue Bündnisse geschmiedet werden, China und Indien ihre Rivalitäten abbauen und Energieflüsse nach Osten umgeleitet werden, beschäftigt sich Europa mit Sanktionslisten, Truppschiebereien und Kriegsrhetorik. Wer sich heute die globale Landkarte anschaut, sieht eine klare Tendenz: Das Zentrum der Weltpolitik hat sich unwiderruflich verlagert – weg vom Atlantik, hin zum eurasischen Kernraum. Fortan werden Russland und China die Geschicke der Weltinsel leiten.

Die Welt ist nicht mehr unipolar, sondern multipolar. Sie wird von Asien getrieben, nicht mehr vom Atlantik. Doch solange Europa glaubt, es spiele noch immer die Hauptrolle, verharrt es im Wachkoma. Es klammert sich an Illusionen und verspielt die letzte Chance, als eigenständiger Akteur im 21. Jahrhundert wahrgenommen zu werden.

China produziert nicht nur billige Waren, sondern definiert die technologische Zukunft: Elektroautos, Solarenergie, grüne Schifffahrt, Hochgeschwindigkeitszüge. Europa? Diskutiert Wärmepumpen und bittet um US-Flüssiggas zu Wucherpreisen. Die industrielle Dynamik hat sich längst verschoben, nur in Berlin, Paris und Brüssel scheint man das noch nicht bemerkt zu haben.

Washington und seine europäischen Statthalter halten an der Illusion fest, man könne Moskau, Peking, Neu-Delhi oder Brasília Befehle erteilen – wie Provinzgouverneure eines untergegangenen Imperiums. „Kauft dies nicht, verkauft jenes nicht, unterschreibt sofort einen Waffenstillstand.“ Doch die Adressaten dieser Kommandos nicken höflich – und bauen gleichzeitig eine Weltordnung, in der westliche Befehle keine Rolle mehr spielen.

Statt die eigenen Stärken auszuspielen – Wissenschaft, Kultur, Diplomatie – klammert sich Europa an Blockdenken, Sanktionsmoral und Abhängigkeit von den USA. Energiebrücken werden gesprengt, Industrien ausgelagert, Gesprächskanäle nach Osten gekappt. Währenddessen schmilzt der Wohlstand, die politische Bedeutung schrumpft, die Bevölkerung altert.

Der Sicherheits-Mythos

Die europäische Politik lebt weiter in der Manie, Russland plane den Sturm auf Westeuropa. Historisch betrachtet eine groteske Verzerrung: Wer 27 Millionen Tote im Zweiten Weltkrieg zu beklagen hatte, ist vor allem von Sicherheitsängsten getrieben – nicht von Expansionslust. Doch statt Dialog herrscht das alte Muster: Dämonisieren, aufrüsten, blockieren. Eine Politik aus dem Kalten Krieg, angewandt im Jahr 2025.

Ob Moskau weitere Oblaste erobert oder nicht – die strategische Niederlage des Westens ist unübersehbar. Der Krieg hat bewiesen, dass Europa nicht souverän ist. Washington zieht die Fäden, Moskau diktiert die Bedingungen, Peking baut die Alternativen. Europa bleibt ein Vasall – zerrieben zwischen den Machtzentren und unfähig, eine eigene Strategie zu entwickeln.

Die eigentliche Frage lautet daher: Wann erkennen westliche Gesellschaften, dass ihre Regierungen keinen Frieden, sondern nur ihren eigenen Untergang verwalten?

Drei Jahrzehnte nach dem Fall der Berliner Mauer errichtet Europa erneut einen Eisernen Vorhang – diesmal nicht quer durch Deutschland, sondern tief in der Ukraine. Entlang dieser neuen Trennlinie entscheidet sich die geopolitische Ordnung des 21. Jahrhunderts.

Halford John Mackinders berühmte Heartland-Theorie bekommt beklemmende Aktualität: *„Wer Osteuropa beherrscht, kontrolliert das Herzland; wer das Herzland kontrolliert, beherrscht die Weltinsel; und wer die Weltinsel kontrolliert, beherrscht die Welt.“* Gemeint war das riesige Gebiet von Osteuropa bis Sibirien – geschützt durch Eis, Wüsten und Gebirge – das für Seemächte kaum zu erobern war. Diese Theorie prägte über Generationen die Strategien der Großmächte. Schon Nazi-Deutschland versuchte vergeblich, zugleich gegen die Seemächte im Westen und die Landmacht Russland im Osten anzutreten. Der US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski übertrug Mackinders Theorie in die Neuzeit. In seinem geopolitischen Standardwerk *„The Grand Chessboard“* warnte er 1997 davor, dass die USA ihre Vormachtstellung nur halten könnten, wenn sie das Entstehen einer dominanten Macht auf der eurasischen Weltinsel verhinderten. Seine Schüler führten diese Linie bis heute fort.

Die Ukraine-Krise seit 2014 fügt sich nahtlos in dieses Muster: Mit massiver westlicher Unterstützung wurde Russland in einen Konflikt gezogen, der Europa dauerhaft von der eurasischen Landmasse abtrennt. Washingtons Strategie, Russland von Europa abzukoppeln, ist damit vorerst aufgegangen – doch der Preis ist hoch.

Denn die geopolitische Trennung beschleunigt zugleich eine tektonische Verschiebung: Russland, China und Indien arbeiten an einem alternativen Finanz- und Handelssystem, unabhängig von Dollar, Euro, IWF und Weltbank. Das Projekt Chinas, die „Neue Seidenstraße“, sollte Eurasien von Shanghai bis Rotterdam wirtschaftlich verknüpfen – angesichts des Ukrainekrieges wird die Verknüpfung mit Westeuropa allerdings noch auf sich warten müssen, zum Schaden des gesamten Westens. Gleichzeitig kämpft der Westen selbst mit hausgemachten Krisen: Rekordschulden, Inflation und eine fragile Wirtschaftslage setzen die USA, Japan und die EU unter Druck. Höhere Zinsen drohen Insolvenzen und Staatspleiten nach sich zu ziehen. Manche Ökonomen sehen bereits das Ende der westlichen Währungsdominanz.

So könnte ausgerechnet der Versuch, Russland durch den Ukrainekrieg zu schwächen, den Westen langfristig schwächen. Ein direkter Krieg mit Russland bleibt für die USA und ihre Verbündeten aller Kriegsrhetorik zum Trotz keine Option, denn ein solcher Konflikt würde in einen atomaren Schlagabtausch münden. Doch die geopolitischen Ambitionen der USA dulden kein Nachgeben. In Washington läuft längst Plan B: die Zersetzung Russlands von innen, allen Friedensschalmeien zum Trotz.

Die neue Frontlinie wird dann entlang der russischen Peripherie verlaufen: Staaten wie Rumänien, Kasachstan, Moldawien, Armenien, Georgien und Kirgisistan geraten zunehmend ins Fadenkreuz amerikanischer Einflussoperationen. Ziel Washingtons ist es, in Russland Instabilität zu säen, benachbarte Regierungen unter Druck zu setzen, Opposition aufzubauen und soziale Spannungen zu schüren. Hybride Kriegsführung ersetzt den konventionellen Schlagabtausch. Sanktionen, politische Erpressung, orchestrierte Aufstände und wirtschaftliche Abhängigkeiten sollen Russland auf Dauer destabilisieren. Doch Russland hat dazu gelernt und ist resilient geworden.

Das strategische Endziel bleibt für die USA weiterhin unverändert: Der Zerfall Russlands in kleine, kontrollierbare Bruchstücke. Ein zerlegtes Russland wäre politisch neutralisiert, wirtschaftlich ausgeliefert und seine gewaltigen Rohstoffreserven stünden westlichen Konzernen zur freien Verfügung. Gleichzeitig würde jeder künftige russische Wiederaufstieg als geopolitische Kraft dauerhaft ausgeschlossen.

Diese Strategie ist brandgefährlich, denn Russland wird sich weder wirtschaftlich erdrosseln noch politisch zerlegen lassen, ohne zurückzuschlagen. Russland ist nicht zuletzt auch wegen des Ukrainekrieges zur numerisch zweitstärksten, dafür aber zur kampferprobtesten Armee der Welt aufgestiegen. Je stärker Washington seine hybride Kriegführung ausweitet, desto größer wird die Gefahr eines unkontrollierbaren Flächenbrandes in Zentralasien, im Kaukasus und entlang der gesamten russischen Westgrenze zu Europa.

Der Krieg in der Ukraine war ein Vorspiel. Ein Vorspiel, bei dem Russland dem Westen auf demütigende Weise die Grenzen seiner militärischen und wirtschaftlichen Macht aufgezeigt hat und in dessen Folge China und Russland immer näher kooperieren – wirtschaftlich und militärisch. Der Kampf um die Zukunft der globalen Machtordnung geht ungeachtet dessen weiter. Im Prinzip befinden wir uns längst in einem 3. Weltkrieg, der einfach nur noch nicht eskaliert ist. In Syrien gelang dem Westen ein Etappensieg Ende Dezember 2024 mit dem Sturz der Assad-Regierung in Syrien, wo nun als Marionette des Westens ein ehemaliger Terrorist namens Ahmed al-Scharaa mit brutaler Gewalt regiert. Der Angriff auf Iran seitens Israel/USA im Juni 2025 hat allerdings dort nicht den gewünschten Regime-Change herbeigeführt und die iranische Urananreicherung konnte nicht gestoppt werden.

Prognose

1. Das Ende der unipolaren Ordnung

Die Ära der unipolaren, westlich geprägten Weltordnung unter US-amerikanischer Vorherrschaft geht langsam, aber sicher zu Ende. Die Vereinigten Staaten erkannten erstmals unter der Trump-Regierung offiziell die multipolaren Realitäten an. In Riad verhandelten sie unmittelbar nach Trumps Amtsantritt mit Russland auf Augenhöhe: sechs Arbeitsgruppen diskutierten über strategische Sicherheit, Rüstungskontrolle, die globale Sicherheitsarchitektur, diplomatische Normalisierung, Sanktionen, Energie und Rohstoffe. Es ging dabei nicht mehr um universale Werte, sondern um Zonen der Einflussnahme – in Europa, Ostasien, dem Nahen Osten, Afrika und sogar in der Arktis. Der Geist von Jalta kehrte zurück, in neuer Form.

2. Die Ukraine als geopolitischer Sündenbock

Der Westen hat den Ukrainekrieg strategisch verloren. Für Washington ist die Ukraine nicht länger ein geostrategisches Projekt mehr, sondern ein unbequemer Kostenfaktor. Seit 2014 durch westliche Gelder und Beratung fremdbestimmt, wird sie nun zur europäischen Belastung. Die USA ziehen sich zurück – aus dem Kalkül, dass der Krieg nicht zu gewinnen ist, ohne eine direkte Konfrontation und damit einen Weltkrieg heraufzubeschwören. Die aussenpolitische Doktrin verschiebt sich von globalem Interventionismus hin zu nationalem Egoismus: „America First“. Europa bleibt mit den geopolitischen und wirtschaftlichen Trümmern zurück – als geopolitischer Juniorpartner, dem man die Zeche überlässt. Henry Kissingers Warnung bewahrheitet sich: «Es kann gefährlich sein, Amerikas Feind zu sein, aber Amerikas Freund zu sein ist fatal.»

3. Geopolitisches Schach: Eurasien als Zankapfel

Die Grundlinie amerikanischer Geopolitik bleibt dennoch erhalten: die Weltinsel Eurasien, das Heartland, darf nicht unter einer dominanten Machtkonstellation zusammenfinden. Die chinesisch-russische Zusammenarbeit, die erst dank der kurzsichtigen westlichen Politik in dieser Ausprägung zustande kommen konnte, soll aufgelöst werden. Die temporäre Annäherung an Russland dient lediglich dem pragmatischen Ziel, es aus Pekings Orbit zu lösen – dies wird aber nicht gelingen, denn Russland möchte mit beiden Seiten zusammenarbeiten und würde China nicht in den Rücken fallen. Gleichzeitig soll ein noch tieferer Keil zwischen der EU und Moskau getrieben werden – durch

Energieabhängigkeit, militärische Eskalation und politische Isolierung. Eine mögliche Übernahme von Nord Stream durch US-Firmen wird die europäische Energieabhängigkeit von den USA noch weiter erhöhen. Parallel setzen die USA auf künstliche Intelligenz, Ressourcen in der Arktis und protektionistische Wirtschaftspolitik. Doch trotz temporärer Erfolge ist der langfristige ökonomische Abstieg des Westens unausweichlich, wobei die USA aufgrund des US-Dollars als Weltreservewährung und einer freiheitlichen Wirtschaft noch etwas länger durchhalten werden. Die EU droht zu einer technokratisch-bürokratischen, militarisierten Fassade ohne friedenspolitische Vision zu verkommen – eine EU, die in sich gespalten bleibt.

4. Die Teilung der Ukraine

Eine Teilung der Ukraine wird zur stillen Lösung des Konflikts werden. Die russisch kontrollierten Oblaste im Osten und Süden bleiben Teil der Föderation – und wahrscheinlich kommen noch weitere hinzu, wenn die europäischen Staaten nicht bald auf den amerikanischen Friedenskurs einschwenken. Moskau setzt auf eine Pufferzone bis zum Dnjepr, um sich gegen eine wiederaufgerüstete Ukraine und den Westen zu wappnen, da insbesondere von der EU aus keine echten Friedensbemühungen zu erwarten sind. Hinter verschlossenen Türen werden Washington und Moskau möglicherweise einen Deal schliessen: Russland erhält Territorien, die USA dafür freie Hand im Nahen Osten und in Lateinamerika – etwa für eine neue Pipeline in Syrien. Die Ukraine bleibt geopolitisches Bauernopfer im globalen Spiel.

5. Europas wirtschaftlicher Ausverkauf

Die USA werden Europa dazu zwingen, die Ukraine in die EU aufzunehmen und ihren Wiederaufbau zu finanzieren. Eine beschleunigte, finanzielle Erschöpfung Europas ist die Folge – ökonomischer und politischer Zerfall inklusive. Die EU wird in der Weltwirtschaft zur Randfigur degradiert, ein geopolitischer Hinterhof der Supermächte. Die Illusion europäischer Souveränität zerplatzt im Schatten amerikanischer Interessen. Russland wird der ewige Feind der EU bleiben, während die USA sich mit Russland arrangieren.

6. Neue Arbeitsteilung, alte Muster

Eine funktionale Arbeitsteilung zwischen USA und Europa entsteht: Washington konzentriert sich auf den systemischen Rivalen China, während Grossbritannien und die EU den Druck auf Russland aufrechterhalten. Die antirussische Führungsrolle verlagert sich nach Brüssel und London – gemäss der klassischen Heartland-Theorie, nach der der Schlüssel zur Weltherrschaft in der Spaltung Eurasiens liegt. Doch die NATO steht unter Druck: interner Dissens, aussenpolitische Zielkonflikte und mangelnde Legitimation drohen, sie in die Bedeutungslosigkeit zu stürzen.

7. Post-völkerrechtliche Weltordnung

Eine gesamteuropäische Friedensordnung auf Basis unteilbarer Sicherheit rückt in weite Ferne. Völkerrecht und regelbasierte Ordnung werden durch brachiale Machtpolitik ersetzt. Souveräne Deals zwischen Grossmächten verdrängen multilaterale Prinzipien. Europa hat in dieser neuen Weltordnung kaum noch eine Stimme – zu fragmentiert, zu abhängig, zu schwach, mit eigenen, hausgemachten Problemen beschäftigt.

8. Militarisierung und soziale Zerrüttung

Europa folgt widerstandslos dem Diktat wachsender Rüstungsausgaben auf 5 % vom BIP. Deutschland und andere EU-Staaten erhöhen ihre Militärbudgets in vorseilendem Gehorsam massiv – auf Kosten sozialer Stabilität. Die politische Klasse, abgeschottet von realen Kriegsfolgen, kanalisiert soziale

Spannungen in Russophobie und Kriegseuphorie. Mit medialer Mobilmachung, rechtlicher Repression und manipulativen Wahlstrategien wird innenpolitischer Protest ausgeschaltet. Der äussere Feind dient als Projektionsfläche für die eigenen Systemfehler. Die Demokratien in Europa werden immer offensichtlicher keine Demokratien mehr sein.

9. Der Weg in den Abstieg

Die europäischen Wähler haben – bewusst oder unbewusst – nicht für Stabilität, sondern für den schleichenden Zerfall votiert. Wie Hegel einst bemerkte: «Das Einzige, was wir aus der Geschichte lernen, ist, dass wir nichts aus der Geschichte lernen.» Die alten Fehler wiederholen sich in neuen Kriegen. Europa taumelt ohne strategische Vision seinem Ende entgegen – lethargisch, zersplittert, führungslos. Die NATO entlarvt sich als Papiertiger, die EU als labiles Konstrukt am Rande der Implosion. Der Kampf um die Ukraine wird zum Menetekel eines doppelten Zerfalls: jenes der amerikanischen Weltmacht – und jenes des europäischen Traums.

10. Was kann der Westen tun?

Nachdem der Sozialismus den Westen erneut in den Untergang zu befördern droht und das Etikett «Demokratie» zum reinen Werbeslogan verkommen ist, stellt sich die Frage, welches das bestmögliche Szenario für den Westen ist, das angesichts seines Niedergangs zu erwarten ist?

Demokratie sollte ein Verfahren zur Entscheidungsfindung für die beste Lösung durch Vielfalt sein. Doch diese Vielfalt wurde zunehmend durch Gleichförmigkeit in Medien und Politik eingeschränkt. Dies schuf Raum für Fehlentscheidungen, da alternative Perspektiven unterdrückt wurden und ungehört blieben. Meinungsabweichungen wurden kriminalisiert oder ignoriert. Besonders der mediale und politische Ausschluss bestimmter Stimmen bei zentralen Debatten wie Krieg und Frieden zeigt, dass eine echte demokratische Entscheidungsfindung weder möglich noch gewünscht war. Die grassierende Zensurkultur gefährdet somit das, was sie vorgibt zu schützen: die Demokratie selbst.

Und doch liegt in jeder Krise eine Chance zur Erneuerung. Sollte es dem Westen gelingen, eine demokratisch inspirierte, bürgerliche Revolution inklusive einer Rückbesinnung auf freiheitlich-konservative Grundprinzipien zu bewerkstelligen, könnte er als integraler Bestandteil einer multipolaren Welt bestehen. In einem solchen Szenario würde wieder ein freier Wettbewerb der Systeme entstehen, bei dem sich das beste und anziehungskräftigste durchsetzt.

Positiv daran wäre, dass der Westen nicht zwangsläufig verschwinden würde, sondern im Prozess des Niedergangs Ballast abwirft: ideologische Überfrachtung, moralischen Dogmatismus und politische Gleichschaltung. Aus den Trümmern könnte eine neue Form westlicher Gesellschaft entstehen, die stärker, nüchterner und pragmatischer ist. Eine Gesellschaft, die nicht länger auf Illusionen baut, sondern auf Realitätssinn, Eigenverantwortung und eine Kultur der offenen Debatte.

Der Westen müsste dabei nur zu seinen alten Werten zurückfinden – Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, Leistungsprinzip und geistige Freiheit. Ergänzt durch die Erfahrung des Scheiterns könnte so ein neues, vielleicht reiferes Modell westlicher Zivilisation entstehen: weniger arrogant, aber widerstandsfähiger; weniger missionarisch, aber attraktiver durch Vorbild.

Damit bestünde die Chance, dass der Niedergang nicht das Ende, sondern eine notwendige Häutung wäre – der Beginn einer neuen Epoche, in der der Westen, befreit von seiner ideologischen Erstarrung, wieder zu jener Kraft würde, die er einst war: ein Ort der Freiheit, der Kreativität und der Anziehungskraft für Menschen auf der ganzen Welt!

Der Ukrainekrieg und der Kampf um eine neue Weltordnung

Der Krieg in der Ukraine erschüttert Europa und die Welt – doch seine Ursachen reichen tiefer, als es die täglichen Schlagzeilen vermuten lassen. Dieses Buch liefert eine umfassende und präzise Analyse des Konflikts: von den historischen Spannungen zwischen Russland und der Ukraine über die verpassten Chancen der Diplomatie bis hin zur Eskalation des Krieges seit 2022.

Denn der Krieg in der Ukraine ist viel mehr als ein blosser regionaler Konflikt. Er ist das sichtbare Beben eines globalen Machtkampfes, der unser aller Zukunft prägen wird. Während auf den Schlachtfeldern Europas gekämpft wird, verschieben sich im Hintergrund die geopolitischen Kräfte – und der Westen steht vor dem größten Stresstest seiner Geschichte.

Dieses Buch geht dahin, wo andere Analysen enden: Es deckt die verborgenen Interessen der Großmächte auf, benennt Fehler, Versäumnisse und westliche Illusionen und zeigt, wie der Ukrainekrieg zum Katalysator für den schleichenden Niedergang westlicher Dominanz wird.

Doch damit endet das Buch nicht: Mit einer schonungslosen Prognose entwirft der Autor ein aufrüttelndes Szenario über die bevorstehenden geopolitischen Verschiebungen – und zeigt, wie der schleichende Niedergang des Westens an Fahrt gewinnt, während neue Machtzentren entstehen.

Ein hochaktueller, fesselnder, mutiger und provokanter Blick hinter die Fassade – für alle, die bereit sind, sich unbequemen Wahrheiten zu stellen und die Hintergründe des Ukrainekriegs und seine weltweiten Konsequenzen verstehen zu wollen.

.